REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 399 · 13.2.1997

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 32 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Hamburger Hafenkrankenhaus besetzt! - gg.
2. NIX hoch 3 - Endspurt der Mobilisierung. Castor-Behälter starten vorausichtlich am 3. März 1997 - rem.
3. DGB-Kongreß: Sieg der Linken? - gg.
4. Dokumentation der RAF-Erklärung von November 1996
5. "Erfurter Erklärung" - Ya basta à la BRD? Gutmenschen fordern Regierungswechsel und APO - SPD und Grüne: Ohne uns! - mb., Berlin
6. Bis hierher und nicht weiter! Dokumentation der Erfurter Erklärung: Verantwortung für die soziale Demokratie
7. Wie hältst du"s mit der PDS? Überblick über die Diskussion bei SPD und Bündnisgrünen - mb., Berlin
8. Sieg der Reformtroika in der PDS. PDS- Parteitag sagt Ja zum Regieren und Nein zu einer Vorsitzenden - Peter Nowak
9. Wir schwimmen weiter gegen den Strom. Autonomes Frauenhaus Kassel widersetzt sich der Übernahme - Frauenhaus Kassel
10. Rassismus: Ganz demokratisch und legal. Redebeitrag auf der Antifa-Demo in Eningen am 1.2.1997 - Komitee gegen die Bezirksstelle
11. Lübeck: Ermittlungen auf der Anklagebank - Vorstellung des Prozeßinfos
12. ak feierte - und ziemlich viele kamen! - Vo
13. Glückwünsche zum ak-Jubiläum
14. Vom Betriebskampf ins Grüne und zurück? Anmerkungen eines unzufriedenen Veranstaltungsgastes - Gaston Kirsche
15. Beim Schweineschlachten auf den Hauptfeind achten! Antwort der ak-Redaktion auf Heiner Möllers "böse" Geburtstagsgrüße in jW 29.1.97
16. Internationalismus - Analyse und Agitation. Anmerkungen zu "Der Sieg ist nicht mehr gewiß" (ak 397, S. 11) - Js.
17. Faschisierung oder Rückkehr zur Normalität? Eine Antwort auf Georg Fülberth - ES, Hamburg
18. "Es geht vor allem um einfache pragmatische Dinge." Gespräch zwischen Willi K. Goltermann und Knut Mellenthin - Teil 3
19. Stadtguerilla, Diskurspolitik und Persönlichkeitsspaltung. Zwischen Köln und San Francisco: Neue politische Bücher - Js.
20. Reformen und Rückkehr. Irak: "food-for-oil"- Abkommen - Andrea Fischer-Tahir, Christian Pommerening - Kahina-Zentrum, Leipzig
21. Korea im Jahr des Büffels - Rainer Werning
22. La lotta continua. 22 Jahre Knast für Adriano Sofri und Genossen - Js.
23. Verhärtete Fronten in Lima. Verhandlungsbeginn scheitert an den Vorbedingungen beider Seiten - kuk
24. Von der fernen Insel Utopia nach Europa. Zu Joscha Schmierers Essay "Mein Name sei Europa" - Balduin Winter
25. Wider den affirmativen Europadiskurs. Anmerkungen zu Schmierers Programmschrift - Hans-Jürgen Bieling
26. Nicht hinter Dutschke verstecken! Betr.: Dutschke-Kritik - Entgegnung auf Christoph Jünke (ak 398, S. 30) - Js.
27. Elemente einer neuen ArbeiterInnenbewegung. Einladung zur Internationalen Tagung vom 6.-9. März in Frankfurt/Main - TIE/express
28. Ramos Vega in akuter Lebensgefahr. Zusicherungen werden nicht eingehalten - Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega
29. Begegnung mit der jüngsten Vergangenheit. Zur Eröffnung des Museums der Arbeit in Hamburg - ge.
30. Quelldatei 13.htm
31. Quelldatei 14.htm
32. Quelldatei 32.htm

1. Hamburger Hafenkrankenhaus besetzt!

Autor: gg. · Rubrik: Gesundheitspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:35

Während am Abend des 3. Februar etwa 1.500 Menschen gegen die Schließung des Hafenkrankenhauses auf St. Pauli Richtung Rathausmarkt demonstrierten, besetzten rund 100 Menschen dessen schon seit zwei Wochen stillgelegte Station D. Mit dieser spektakulären Aktion - die die volle Unterstützung der Belegschaft hat - wollen sie den Hamburger Senat (SPD/ Statt Partei) von der endgültigen Schließung des Hafenkrankenhauses zum 1.3.97 abbringen. Sollten die von den Krankenkassen und Gesundheitsminister Seehofer durchgesetzten Sparmaßnahmen in Gänze umgesetzt werden, würde dies für Hamburg den Abbau von 1.000 Krankenhausbetten und die Streichung von 1.800 Stellen bis Ende 1998 bedeuten. Mit der geplanten Schließung des Hafenkrankenhauses wären auf einen Schlag 203 Bettenplätze beseitigt. Den zur Zeit 476 Beschäftigten wurden vom Landesbetrieb Krankenhäuser Ersatzarbeitsplätze zugewiesen.

Für den Stadtteil St. Pauli würde die Schließung eine weitere Verschlechterung der sozialen Situation bedeuten. Gegen diese Entwicklung gibt es schon seit Monaten Proteste (über 100.000 gesammelte Unterschriften) und Demonstrationen. Bei der Besetzung geht es nicht allein um die Arbeitsplätze, sondern um die medizinische Versorgung im Stadtteil. Pro Jahr werden im Hafenkrankenhaus etwa 18.000 Patienten versorgt, davon 13.500 ambulant und 4.500 stationär.

Gegen das Schließungskonzept des Senats stellen der Personalrat des Hafenkrankenhauses und die Initiative "Ein Stadtteil steht auf" ihr Konzept "Gesundheitszentrum 2000". Dessen Herzstück ist das derzeit bedrohte Haus. Hinzu kommen Arztpraxen, auch zur Vor- und Nachsorge, Rehabilitationsbehandlung, Drogenhilfe, Stadtteileinrichtungen usw. - alles unter einem Dach.

Der Hamburger Senat bot nunmehr einen "Befriedungsbeitrag" (O-Ton SPD-Landesvorsitzender Kuhbier) an: eine Notfall-Ambulanz ohne OP, Intensivbetten und Nachsorge am alten Standort Hafenkrankenhaus. Damit geben sich BesetzerInnen, Stadtteilinitiative und Beschäftigte nicht zufrieden. Sie fordern den regulären Weiterbetrieb, bis ein für alle tragbares Konzept auf dem "runden Tisch" liegt und umgesetzt wird. Die Besetzung und die Demonstrationen gehen weiter. Vor dem Hafenkrankenhaus (Zirkusweg, St. Pauli) sind Info-Zelte aufgebaut. Dort gibt es täglich ab 14 Uhr Informationen über die weitere Entwicklung. Ab 19 Uhr finden dort offene Beratungsplena statt.

Der Personalrat des Hafenkrankenhauses ist über Fax 040/31102-327 erreichbar;

die KrankenhausbesetzerInnen über Tel. 040/31102-242 oder Fax 040/31102-799.

gg.

2. NIX hoch 3 - Endspurt der Mobilisierung. Castor-Behälter starten vorausichtlich am 3. März 1997

Autor: rem. · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:34

Castor kommt voraussichtlich am 5. März 1997

Auch wenn die Bahngleise den Castor-Transporten nicht standhalten, die Atom-Lobby läßt sich nicht beirren: Anfang März sollen die geplanten Castor-Transporte nach Gorleben rollen. Nach letzten Informationen soll nun doch versucht werden, den sogenannten Sechser-Pack mit abgebrannten Brennelementen (u.a. aus der französischen Plutoniumschmiede La Hague und dem AKW Neckarwestheim) auf die Strecke zu bringen. Die Transporte sollen am Montag, den 3. März, gestartet werden. Sie werden voraussichtlich am Dienstag in Dannenberg eintreffen und am Mittwoch, den 5. März, auf die Strecke Richtung Gorleben gehen.

Die beiden bisherigen Transporte kamen die Staatsgewalt teuer zu stehen, die "Sicherung" der Strecke zwischen Dannenberg und Gorleben brachten der BRD die größten Polizeieinsätze seit Bestehen der Republik. Bei NIX2 waren 19.000 Polizisten im Einsatz und verursachten Einsatzkosten von ca. 90 Millionen Mark.

Beim derzeitigen Stand der Mobilisierung innerhalb der offenbar neu erstarkten Anti-AKW-Bewegung steht zu erwarten, daß die Proteste gegen NIX3 wohl noch mehr Menschen auf die Straße bringen werden als im Mai vergangenen Jahres. In Lüneburg wird es am Samstag, dem 1. März, eine bundesweite Auftakt-Demonstration geben. Diese sowie die anderen Protestaktionen am Wochenende vor dem Transport (X-Minus-Wochenende, Zeitplan siehe Kasten) bieten auch all denen die Möglichkeit, gegen die Castor-Transporte bzw. für den sofortiegen Ausstieg aus der Atomenergie aktiv zu werden, die an den eigentlichen Blockaden nicht teilnehmen (können). Für alle diejenigen, die während der ganzen Woche im Landkreis bleiben wollen, stehen mehrere Camps zur Verfügung.

Die Staatsgewalt versucht dem erwarteten Widerstand mit massiver Kriminalisierung im Vorfeld zu begegnen. Das neue niedersächsische Polizeigesetz unterhöhlt das Demonstrationsrecht, indem es u.a. ermöglicht, sogenannte "Platzverbote" gegen DemonstrantInnen auszusprechen. Das Betreten von Bahnanlagen (z.B. bei Schienenblockaden) kann als Straftat geahndet werden etc. Zu den Einschüchterungen der Castor-GegnerInnen zählen auch zwei Hausdurchsuchungen im Dezember 1996 und Januar 1997. Den Betroffenen wird vorgeworfen, in den Zügen der Deutschen Bundesbahn die von den AtomkraftgegnerInnen herausgegebene "Kundeninformation Strahlenschutz" verteilt zu haben.

Für die Atomlobby bedeutet der Standort Gorleben als Endlager den Ausstieg aus der - wirtschaftlich viel zu teuren - Wiederaufbereitungstechnologie (siehe ak 398: "Ökoinstitut Darmstadt auf seltsamen Abwegen"). Für die Anti-AKW-Bewegung ist der Widerstand gegen die Castor-Transporte ins Wendland zu einem neuen Kristallisationspunkt geworden. Es geht nicht um die Verlagerung des Problems auf neue Transportrouten, in neue Zwischenlager oder gar in die Plutoniumfabriken in Großbritannien und Frankreich, sondern um den Stopp der Atommüllproduktion. Es geht um den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Jährlich rollen Dutzende von Castor-Transporten quer durch unsere Republik. Ihr Ziel: die sogenannten "Wiederaufarbeitungsanlagen" im französischen La Hague und im britischen Sellafield. Auch diese müssen blockiert und verhindert werden. Die letzte spektakuläre Behinderung eines internationalen Atom-Transportes war die erfolgreiche Blockade eines Brennelemente-Transportes aus Krümmel. Die Blockade der Bahngleise durch Mitglieder der örtlichen Bürgerinitiativen und Greenpeace konnte den für den 27. Januar geplanten Transport immerhin um eine Woche verzögern.

Der erste (bekanntgewordene) größere Unfall in der letzten Woche hat die Mär der sicheren Atomtransporte einer breiteren Öffentlichkeit vor Augen geführt. Am 3. Februar entgleiste in Apach/Lothringen an der deutsch-französischen Grenze ein Zug mit drei Excellox-Behältern (der britischen Variante des Castor) auf dem Weg vom AKW Lingen nach Sellafield. Selbstverständlich kam die - bei solchen Gelegenheiten immer wieder gern wiederholte - Versicherung des Bundesumweltministeriums, daß keine Radioaktivität ausgetreten sei und eine Gefahr für die Bevölkerung nicht bestanden hätte.

Am gleichen Tag erlitt ein Lokführer beim Transport von zwei Castor-Behältern aus dem AKW-Krümmel (die ebenfalls für Sellafield bestimmt sind) einen Schwächeanfall, der aber ohne Unfallfolgen blieb. Im Januar kam es ebenfalls zu einer Entgleisung eines Atom-Zuges, als ein Waggon von den vereisten Schienen rutschte. Glücklicherweise passierte dieser Unfall bereits beim Antransport der noch leeren Behälter.

rem.

Veranstaltungen und Aktionen

im Vorfeld von NIX3:

15.2.97: "Renaturierung der Bahnstrecke Uelzen", ein Schienenaktionstag der örtlichen Gruppen

21.-22.2.97: Internationales Frauen-Camp im Wendland

22.2.97: "20 Jahre Standortbenennung Gorleben", u.a. Fest im Schützenhaus in Dannenberg

27.2.97: Mobilisierungsveranstaltung der Hamburger Anti-Castor-Initiative, 19 Uhr, Curio-Haus

Infos zu NIX3: BI Lüchow Dannenberg

Tel.: 05841/4684 (Mo, Mi, Fr, Sa 9-12 Uhr, Do 15-18.30 Uhr)

Internet-Adresse:

http://www.oneworldweb.de/castor

Foto links: S. Orge / C.P.I.

X-Minus-Wochenende

Freitag: 18.30 Uhr:

Treffen auf dem Lüneburger Marktplatz - Protestaktionen vor der Bezirksregierung

Sonnabend:

Demonstration in Lüneburg

ab 11.00 Uhr: Stern"marsch" zur Kundgebung

12.00 Uhr: Auftaktkundgebung, Am Sand

14.00 Uhr: Beginn der Demo

ab 16.00 Uhr: Start Konvoi über Dahlenburg nach Dannenberg

18.00 Uhr: Kulturprogramm in Dannenberg

Sonntag:

12.00 Uhr: "Stunkparade" der Bäuerlichen Notgemeinschaft - mit Schleppern und Wagen von Dannenberg zum "Zwischenlager", Kundgebung am Endlager

Ab Montag:

Diverse Protestaktionen bis zum Eintreffen des Transports; Treffpunkte: die Wiese an der Esso-Tankstelle oder die Camps an der Strecke

3. DGB-Kongreß: Sieg der Linken?

Autor: gg. · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:19

Die InitiativgruppeInnen, um die sich im letzten Jahr der innergewerkschaftliche Protest gruppierte, stellte in einer Erklärung zwei Wochen vor Beginn des 5. außerordentlichen Bundes-Kongresses des DGB in Dresden (13.-16.11.1996) fest, ihre Einmischung habe sich gelohnt. Die Hessen plädierten aber für eine Fortführung der Diskussion um eine programmatische Reform und ein neues DGB-Grundsatzprogramm. Dresden wollten sie als eine Art Zwischenbilanz nutzen. Eine Verschiebung der Beschlußfassung über das Programm konnte nicht ereicht werden. Das hatten u.a. IG Medien, DPG, GEW, GHK, die DGB-Landesbezirke Thüringen, Sachsen und Baden-Württemberg, der Gewerkschaftstag der ÖTV und etliche DGB-Kreise gefordert.

Immerhin wurde von den ProgrammkritikerInnen erreicht, daß der Satz "Die soziale Marktwirtschaft ist besser als andere Wirtschaftsordnungen geeignet, die Ziele der Gewerkschaften zu erreichen" ersetzt wurde durch: "Die sozial regulierte Marktwirtschaft bedeutet gegenüber einem ungebändigten Kapitalismus einen großen historischen Fortschritt." Wurde der hohe materielle Wohlstand "unserer Gesellschaft" im Programmentwurf noch auf die "Leistungsfähigkeit" und "Leistungskraft der Menschen" zurückgeführt, wird nunmehr festgestellt, daß "die soziale Regulierung - vor allem durch die Gewerkschaften" eine Teilhabe am Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten gewährleistet hat.

Zwar sind der DGB und seine Einzelgewerkschaften 1996 programmatisch nicht mehr "durchdrungen von der Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern und dem ganzen Volk", wie es noch 1981 in der Präambel stand, aber sie sehen sich in einem harten Wettbewerb stehend. Das Motto des DGB bei der "Gestaltung der Ökonomie" lautet: "Wettbewerb durch Innovation auf der Grundlage fairer Wettbewerbsbedingungen. (...) Bildung, Forschung und Technologie sind Schlüsselfaktoren im weltweiten Wettbewerb und damit im Kampf um Vollbeschäftigung." Fit sein für den Verdrängungswettkampf auf gesättigten Märkten bzw. bei der Erschließung neuer Märkte zum Wohle der eigenen Klientel und zum Schaden der KollegInnen in anderen Weltregionen - so ließe sich dieser Satz auch formulieren. Es handelt sich hierbei um ein Kapitel im neuen Programm, das sich nur in Marginalien vom vorhergehenden Entwurf unterscheidet. Das Standortdenken hat im DGB eine recht breite Basis, so daß sich hier die gewerkschaftliche Linke in einer kontroversen Diskussion nicht durchsetzen konnte.

Abkehr vom Normalarbeitsverhältnis

Eine Öffnung des Programms für Fragen wie "Umverteilung der Arbeit", "alternative Arbeitszeitordnung", "weg von der Fixierung auf das Normalarbeitsverhältnis", Neubestimmung der Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern", "Dezentralisierung der Gewerkschaften" ist in dem '96er Programm unverkennbar. Auch wenn hierfür von linkeren Kräften im DGB größerer Zeit- bzw. Diskussionsraum eingefordert wurde, der schlußendlich nicht gewährt wurde, so ist doch der Diskussionsprozeß darüber im Gange. Nicht umsonst wird von den Kongreß-TeilnehmerInnen die Diskussionsfreudigkeit und das teilweise hohe Niveau der Wortbeiträge - im Gegensatz zu den sonst üblichen Abnick- und Abstimmungsorgien - betont.

Das neue Programm zeichnet sich dadurch aus, daß gewerkschaftliches Handeln nicht mehr nur vom Normalarbeitsverhältnis her abgeleitet wird. Durch die Benennung der Vielfältigkeit von Arbeits- und Lebensformen gerät auch endlich die Situation derjenigen in den Blickwinkel gewerkschaftlicher Programmatik, die 1981 keine Beachtung fanden: nicht erwerbstätige Frauen, Arbeitslose, Kinder - sicherlich ein Erfolg der Gewerkschaftslinken. Inwieweit dies in der Praxis umgesetzt wird, daran sind Zweifel mehr als berechtigt. Weiterhin wurde gegen die Empfehlung der Antragskommission vom Kongreß die Forderung nach einem weiteren Ausbau des Sozialstaats im Zusammenhang mit einer grundlegenden Veränderung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Verteilungspolitik beschlossen.

Daß sich im Laufe der Jahre erhebliche Veränderungen in der DGB-Programmatik ergaben, zeigt auch ein Vergleich der Passagen zur Energiepolitik. 1981 hieß es dazu: "Die Kernenergie ist nur in unumgänglichen Ausmaß auszubauen. Dabei ist eine sichere Entsorgung, die Sicherung der im Kernenergiebereich tätigen Arbeitnehmer und der Schutz der Bevölkerung sowie der Ausschluß der Verwendung spaltbaren Materials zu Zwecken der atomaren Rüstung zu gewährleisten. Das Ziel einer Überführung von markt- und

wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum hat gerade für den Bereich der Energiegewinnung, -erzeugung und -versorgung besondere Bedeutung. Die Bedeutung der friedlichen Nutzung der Kernenergie, aber auch die mit ihr verbundenen Gefahren erfordern staatliches Eigentum an allen Kernbrennstoffen und eine strenge öffentliche Kontrolle des Kernbrennstoffkreislaufs im Hinblick auf eine Koordinierung der gesamten Energiepolitik sowie aus Gründen des Arbeits- und Bevölkerungsschutzes". Die DKP wird über diese Passage damals sicherlich erfreut gewesen sein.

Was damals unter Energiepolitik gefaßt wurde, findet sich heute unter der Losung "Ökologisch wachsen und umsteuern": "Die Gewerkschaften halten aus wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gründen an einer Energiepolitik fest, die es ermöglicht, so rasch wie möglich auf den Einsatz der Kernenergie zu verzichten. Um diesen Verzicht sozialverträglich durchzuführen, muß eine Neubewertung der gesamten Energiepolitik erfolgen. Dabei müssen alle wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen, technologischen und gesellschaftspolitischen Folgen einer solchen Entscheidung genau geprüft werden." Auch wenn diese Passage sich floskelhaft um eine konkrete Aussage drückt und keinem weh tut, so ist doch festzustellen, daß die ökologische Diskussion einen größeren Einfluß auf die DGB-Programmatik genommen hat. Immer berücksichtigend, daß das Programm mit der realen Politik der Einzelgewerkschaften bzw. der jeweiligen Gewerkschaften auf betrieblicher oder regionaler Ebene kaum etwas zu tun hat. Und weiter berücksichtigend, daß es dem DGB bei der "ökologischen Umgestaltung" auch um eine Verbesserung der Konkurrenzbedingungen des Wirtschaftsstandortes BRD geht. Sätze wie "ökologisch umsteuern erfordert zugleich eine nachhaltige Veränderung unserer Konsum- und Lebensgewohnheiten" hätten vor einigen Jahren noch keinen Eingang in die gewerkschaftliche Programmatik gefunden und könnten auf gewerkschaftspolitischer Ebene für eine andere Politikorientierung genutzt werden.

Macht die Strukturreform den DGB obsolet?

Auch wenn erst 1998 - auf dem nächsten ordentlichen Kongreß - die Strukturreform des DGB beschlossen werden sollte, die Fakten werden jetzt geschaffen. Während im Saal die Debatte über das Programm lief, verkündete der IG-Metall-Vorsitzende die Fusion mit der Gewerkschaft Holz und Kunststoff. Jegliche Diskussion über eine Strukturreform des DGB und seine eventuelle Stärkung wird durch das Agieren der großen Einzelgewerkschaften IG Metall, ÖTV und IG Chemie ad absurdum geführt. Wahrscheinlich werden diese drei Großgewerkschaften, die sich die anderen kleineren Gewerkschaften einverleiben werden, durch die zusätzliche Gründung einer Dienstleistungsgewerkschaft ergänzt. Der DGB in seiner momentanen Rolle und Funktion wäre dadurch obsolet - und damit auch das gerade verabschiedete Programm.

Inwieweit die positiven Neuerungen des aktuellen DGB-Programms von den dann alles dominierenden Großgewerkschaften übernommen werden, läßt sich heute zwar nicht eindeutig beantworten. Hinweise darauf, daß sie wieder zurückgedrängt werden, gibt es allemal. Der vom DGB-Bundesvorstand vorgelegte Programmentwurf lebte noch von der "Bündnis für Arbeit"-Ideologie. Den DGB-Rechten ist es nicht gelungen, die "Dogmatiker im Gewerkschaftslager", wie IG-Chemie- Vorsitzender Hubertus Schmoldt die kritischen Kräfte zu bezeichnen beliebt, gänzlich auszuschalten. Daß doch erhebliche Veränderungen vorgenommen werden konnten, dürfte allerdings vorrangig am rabiaten Vorgehen des Arbeitgeberlagers und der Bundesregierung gelegen haben. Hätten sie nicht die knallharte Linie gefahren, wären die meisten Gewerkschaften weiter auf der Konsensschiene gefahren, und die Programmentwurfkritiker wären mit ihren Positionen isoliert geblieben. So wurde deutlich, daß zum Erhalt eines auch nur geringen Einflusses des DGB auf ökonomische und politische Prozesse Gegenmachtpositionen erforderlich sind. Dies steht, zumindest für die Spitzen von DGB und IG Metall nicht im Widerspruch zu Gesprächsrunden mit dem Kanzler, zu Konsensgesprächen in der Metallbranche oder zu gemeinsamen Erklärungen von DGB und Arbeitgeberverbänden über eine vorgeblich erforderliche Senkung der "Lohnnebenkosten" zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes D.

In der Sozialismus Nr. 12/96 stellen Richard Detje, Otto König und Michael Wendl zu Recht fest, daß die gewerkschaftliche Linke dazu beigetragen hat, "den beabsichtigten Richtungswechsel zu verhindern". Sie geben ehrlicherweise zu, daß die Gewerkschaftslinken aber "wegen organisatorischer und inhaltlicher Defizite selbst keine neue Richtung, keine alternative Strategie über die Position der Gegenwehr hinaus, verdeutlichen können."

Um hier einen Schritt weiter zu kommen, veranstaltet die "Initiative neue soziale Politik", anknüpfend an die Arbeit der Initiativgruppe hessischer GewerkschafterInnen, eine Konferenz zum Thema "Protest ohne Alternativen? Gegen Neoliberlalismus - für eine neue soziale Politik" (6./7. Juli 1997, Uni Frankfurt/Main). Das Bündnis linker GewerkschafterInnen und kritischer WissenschaftlerInnen will die Entstehungsbewegungen dieses Umbruchs untersuchen, die gegenwärtigen Entwicklungslinien analysieren und bewerten, sowie schließlich greifbare Widersprüche, Neuformierungen von sozialen Akteuren und Protest- und Kampfformen einer neuen Ebene des Konfliktes diskutieren.

gg.

4. Dokumentation der RAF-Erklärung von November 1996

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:04

Es ist mittlerweile hinreichend bekannt, daß Christoph Seidler nie in der RAF gekämpft hat. Weiterhin wird der ehemalige Verfassungsschutz-Spitzel Siegfried Nonne als Zeuge des Staatsschutzes geführt. Alle Welt weiß, daß der gesamte Komplex Nonne eine Erfindung deutscher Geheimdienste ist. Er selbst berichtete vor Jahren in einer Fernsehsendung, daß er vom VS unter Druck gesetzt wurde, die Aussagen als die seinigen zu bestätigen. Der Bruder des Siegfried Nonne, Hugo Föller, lebte genau in der Zeit, in der C. Seidler und andere dort gelebt hätten, in derselben Bad Homburger Wohnung. Er hat damals dem BKA gegenüber ausgesagt, daß außer ihm und Nonne dort niemand weiteres lebte - auch keine angeblichen Militanten der RAF. Mysteriöserweise verstarb der Bruder völlig unerwartet, kurz nachdem er seine Aussagen beim BKA gemacht hatte. Trotz seiner Aussage wurde er von staatlicher Seite praktisch nicht mehr erwähnt. Der Verdacht liegt auf der Hand, daß deutsche Staatsschutzbehörden etwas mit dem Tod des Bruders von Nonne zu tun haben.

Die Geheimdienstoperation bzw. das Rückkehrerprogramm, in dem Christoph Seidler jetzt zurückgekommen ist, läuft schon seit einigen Jahren. Thomas Simon wurde vom BKA spätestens im Juli '90 vom Fahndungsplakat gestrichen. Seitdem läuft das Programm auf jeden Fall. Das BKA wollte C. Seidler ursprünglich ab Juli 1991 vom nächsten Fahndungsplakat nehmen. (SZ, 25.11.96) Spätestens da hat der VS aller Wahrscheinlichkeit nach bereits gewußt, daß Christoph Seidler nie bei der RAF gewesen ist. Danach erst hat der VS seine Nonne-Erfindung der Öffentlichkeit präsentiert, bewußt und in dem Wissen, daß C. Seidler weder ein Militanter der RAF gewesen ist noch etwas mit dem Kommando Wolfgang Beer zu tun hatte.

Fest steht also, daß der Staatsschutz Beweise erfunden und konstruiert hat und auf dieser Grundlage jemand über Jahre hinweg verfolgt wurde. Wäre Christoph Seidler bei uns gewesen, wäre er im Falle seiner Verhaftung wegen dieser vom Staatsschutz erfundenen Zeugenaussage im gegen uns üblichen Ausmaße verurteilt oder erschossen worden.

Wie leider nicht anders zu erwarten, kursieren mancherorts Gerüchte, daß wir etwas mit der Rückkehr des Christoph Seidler und dem in diesem Zusammenhang stehenden VS-Programm zu tun hätten.- Dem ist nicht so. Wir haben nichts mit irgendwelchen "Aussteigerprogrammen" zu tun.

Aussteigerprogramm und Kronzeugenregelung sind zwei Seiten einer Medaille. Illegale oder Gefangene sollen dazu gebracht werden, sich zum Werkzeug des Staatsschutzes zu machen und so nicht nur ihre GenossInnen, sondern auch ihre eigene Geschichte zu verraten. In diesem Sinn zielt das Aussteigerprogramm auf "die prinzipielle Denunziation linker militanter Politik". Die Ehemaligen, die in den 80ern in der DDR im Exil lebten, haben zum größten Teil ein trauriges Beispiel dafür gegeben, was dieses Programm ist. Gebrochene frühere Linke hingen der Bundesanwaltschaft an den Lippen und diktierten ihnen, was diese hören wollten. So kamen die erneuten Verurteilungen von Sieglinde Hoffmann, Christian Klar, Rolf-Clemens Wagner und Heidi Schulz zustande.

Bei Christoph Seidler liegen die Dinge natürlich anders als bei den früheren RAF-Militanten, die später in der DDR lebten. Wir wissen natürlich nicht, was er alles ausgesagt hat. Aus der RAF konnte er nicht aussteigen, weil er dort nie war. Das "Programm", auf das er sich eingelassen hat, ist infolgedessen auch ein ganz anderes - im Konkreten jedenfalls. Wir sehen auch, daß er sich in einer schwierigen Situation befunden hat, in der er sich auf das Prozedere der Gegenseite einläßt oder hätte bleiben müssen, wo er war; obwohl er mit dem, weswegen er gesucht wurde, nichts zu tun hat, und auch sonst zur Zeit offensichtlich nur wenig Bezug zum revolutionären Kampf hat. Einfach "in Ordnung" ist das trotzdem nicht. Immerhin hat er auf jeden Fall Informationen über sein Exil preisgegeben und deutsche Geheimdienste dort hingeschickt, wo er solidarisch aufgenommen wurde und viele Jahre Schutz erhalten hat. Vom Standpunkt der radikalen Linken gibt es unseres Erachtens momentan keine gute Lösung für solch eine problematische Situation. Wir haben keine Antwort auf die Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben. Es gibt in den derzeitigen Verhältnissen nur einen wirklich korrekten Weg: Die Linke müßte sich ihre illegal und oftmals im Exil lebenden GenossInnen, die aus den letzten 25 Jahren Kampfgeschichte der Linken kommen, zurückkämpfen - sofern diese das wollen. Angesichts des Epochenbruchs auch für die Geschichte der Linken wäre heute dafür der richtige Zeitpunkt.

Das aber läßt das gegenwärtige Kräfteverhältnis nicht zu. Wenn wir sagen, wir haben deswegen keine Antwort auf die Frage, wie damit umzugehen ist, heißt das trotzdem: Aussagen über illegale Strukturen und geheime Orte des Exils sind und bleiben absolut abzulehnen

Die Blüten, die das Einlassen auf VS-Programme treibt, sind richtig sichtbar geworden, indem eine Genossin, die früher selbst in der RAF gekämpft hat, über Christoph Seidler und weitere GenossInnen Aussagen gemacht hat. (taz, 4.11.96) Konkret ist es zwar richtig, daß es verschiedene "Fälle" der Linken gegeben hat, die aus verschiedensten Gründen in die Illegalität mußten (nicht unbedingt wegen dem Vorwurf in der RAF organisiert zu sein. Das ist kein Kriterium für uns, ob wir jemandem helfen oder nicht). Manche konnten sich nicht vorstellen, sich illegal in der BRD zu organisieren. Solchen haben wir immer geholfen, wenn es erwünscht war, und wir das konnten. Allerdings ist das nichts, worüber es etwas mit dem Staatsschutz zu besprechen gäbe. Die Aussagen von Eva Haule, die sie im Zusammenhang des Aussteigerprogramms gegenüber den Bullen gemacht hat, sind ein absoluter Hammer. Zum Teil entlasten sie noch nicht mal Christoph Seidler, sondern haben mit dessen Rückkehr nichts zu tun. Kriterien und Bewußtsein sind verloren gegangen. Es fehlt an Distanz zu solchen "Programmen". Was nicht heißt, daß diese nicht wieder zurückerobert werden könnte. Wir wollen die Probleme aber nicht individualisieren und auf niemandem rumhacken. Es ist nicht nur ein Problem im Zerfallsprozeß unseres gesamten ehemaligen politischen Zusammenhangs, sondern eines der Linken. Es ist sicher kein Zufall, daß ausgerechnet in den letzten Jahren verschiedentlich offen wurde, daß erhaltenswerte Grundsätze bezüglich des Verhältnisses zu Aussagen und unnötigem Gerede flöten gegangen sind. Für viele ist nicht nur eine Epoche zu Ende, sondern manch eine/r findet sich auch ganz persönlich nicht mehr wieder im radikalen Kampf gegen das System und/oder in illegalen Strukturen der Linken. Es sollte aber niemand vergessen, daß mit der eigenen Entscheidung andere nicht zum Objekt gemacht werden können. Die Entscheidung von Einzelnen führt weder dazu, daß der revolutionäre Kampf gleich ganz abgeblasen wird - noch dazu, daß in der zukünftigen Linken nicht wieder illegale Kampfstrukturen gebraucht werden.

Es bleibt für alle Zeiten dabei - Zerfallsprozesse hin oder her: Keine Aussagen über bestehende illegale (oder legale) Strukturen! Keine Aussagen über geheime Exil-Orte und Strukturen! Es wird immer wieder GenossInnen geben, die davon Gebrauch machen und darauf angewiesen sind, daß die Bullen nicht alles darüber wissen, wie linke Strukturen so etwas organisieren könnten. Keine (scheinbar heute harmlosen) Infos über die Illegalität und wie diese zu organisieren möglich ist! Weder in der Form von Aussagen noch von entpolitisiertem Gelaber in Medien, "Anekdoten aus früheren Zeiten" in Büchern oder am Tresen, oder egal in welcher Form der Selbstdarstellung!

Zurück zum Staat: Die ganze Geschichte rückt verschiedene Dinge ans Licht.

Verfolgungen und eventuelle Verurteilungen von Illegalen und Legalen, ohne daß der Staatsschutz irgend etwas in der Hand hat, sind absolut üblich - wie eben auch gegen Christoph Seidler. Sie gaben vor, alles über ihn zu wissen - außer wo er sich aufhält. Die Wirklichkeit hatte mit den Staatsschutzbehauptungen nichts zu tun. Sie konstruieren eine künstliche Wirklichkeit in der bewußten Täuschung der Öffentlichkeit.

Sie wissen nicht viel über uns. Sie haben noch nie wirklich durchgeblickt, wie unsere Strukturen aussehen oder wer in der RAF organisiert ist. Wenn der Staatsschutz das Gegenteil behauptet, kann getrost davon ausgegangen werden, daß er täuscht. Das mindestens ist ja wohl ausreichend bewiesen mit dieser Geschichte. BKA-Fahndungsplakate sind keine "Mitgliedslisten" der RAF. Selbst die Tatsache, daß der VS-Spitzel Steinmetz sich mit welchen von uns treffen konnte hat sie nicht dazu befähigt, uns zu zerschlagen.

Wir wollen an dieser Stelle auch etwas zu den Staatsschutz-Märchen im Zusammenhang der Aktion des Kommandos Katharina Hammerschmidt in Weiterstadt sagen. Sie behaupten, Steinmetz sei daran beteiligt gewesen. Natürlich wissen sie genauso wie wir, daß es sich auch hierbei um eine Erfindung staatlicher Organe der BRD handelt. Der Haftbefehl gegen einen ihrer Zuträger ist absolut lächerlich. Und natürlich gibt es keine Behörde der BRD, die ihn ernstlich kriminalisieren will.

Wir denken, daß es für diese Lüge zwei Gründe gibt. 1. Die Aktion wurde von außergewöhnlich vielen Leuten gut gefunden. Auch über die Linke hinaus wurde dieser militanten Aktion mit Sympathie begegnet. Sie wurde von vielen als sinnvoll erachtet, was heutzutage keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Deswegen möchten die Geheimdienste genau diese Aktion denunzieren. Wer würde es nicht als Dreck empfinden, wenn so eine

Aktion, die als Ablehnung herrschender Gewaltverhältnisse und bewußte Auflehnung gegen die herrschende Ordnung daherkam, in Wirklichkeit eine Geheimdienstoperation gewesen wäre.

Gerade in der historischen Situation, in der die Linke sich überlegen kann und muß, was sie in Zukunft zu tun gedenkt, soll der bewaffnete Kampf der vergangenen Jahrzehnte als diffuse und nebulöse Inszenierung unter Beihilfe der Geheimdienste denunziert werden. Um das zu schaffen, wurden in der Vergangenheit u.a. Bücher verfaßt oder mindestens deren Verfasser mit Falschinformationen gefüttert ("RAF-Phantom"). Oder eben das Gerede von der steinmetzschen Beteiligung an der Aktion oder den lancierten Schwachsinn, die Bullen von Weiterstadt hätten in dieser Nacht etwas anders gemacht als in anderen Nächten. Das hätten sie gerne in den Köpfen, daß so eine Aktion nur unter ihrer "Duldung" möglich ist, und unmöglich eine Widerstandsaktion sein kann. Schade, daß solche Staatsschutzpropaganda hier und da in der Linken Fuß fassen kann . Auch das bewußt gestreute Gerücht, der VS hätte bereits vorab durch seinen Spitzel über die anstehende Aktion Bescheid gewußt, hat diesen Zweck. Sicher - im Nachhinein gesehen war es ein Gang auf Messers Schneide, in einem Zeitraum eine Aktion zu machen, in dem wir gleichzeitig mit einem Spitzel zu tun hatten. Wir haben damals riesiges Glück gehabt.

Es ist wohl überhaupt keine Frage, daß es für den Staatsschutz in dieser Situation keine bessere Sache hätte geben können, als ein ganzes Kommando von uns mitten in dieser Aktion hochzunehmen. Es hätte eine ganze Reihe von Festnahmen oder Toten gegeben, die Knastsprengung hätte es nicht gegeben und ihr Spitzel hätte vordergründig mit einer solchen Aktion gegen uns nichts zu tun gehabt. Zunächst wäre es für sie wesentlich naheliegender gewesen, auf diese Art Steinmetz im Spitzeldienst gegen uns und andere zu halten. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß sie darauf verzichtet hätten, wenn sie vorab eine Information über die anstehende Aktion gehabt hätten. Dann hätte Weiterstadt für eine Niederlage der RAF gestanden und nicht für eine Möglichkeit des Widerstandes gegen ihr System.

2. Sie erfinden die Beteiligung ihres Spitzels, um uferlose Kriminalisierungen zusammenkonstruieren zu können. Verunsichert sein sollen alle, die irgendwann auch nur in der Nähe von Steinmetz gewesen sind.

Sie behaupten, daß Legale den Sprengstoff in einem Motorradkoffer mit einem Motorrad für uns transportiert hätten. Das ist so unwahr wie unrealistisch. Die Tatsache, daß unser Kommando gut 1 t Sprengstoff in Weiterstadt benutzte - was heute eigentlich uninteressant ist - zeigt aber, wie absurd diese Geschichte ist. Natürlich weiß der Staat, daß die von ihnen angegebene wesentlich geringere Menge Quatsch ist. Aber selbst um diese zu transportieren würde uns was besseres einfallen als "Szene"-Motorräder zu benutzen. Dieser Unsinn, den BAW und BKA behaupten, soll die Verfolgung einer Genossin wegen der angeblichen Beteiligung an Weiterstadt ermöglichen. Soweit also alles normal - könnte man meinen. Das Spezielle an dieser Geschichte ist aber, daß der VS über seinen Spitzel Steinmetz und dessen Beziehung zu Andrea Wolf explizit weiß, daß sie absolut nichts mit der Aktion in Weiterstadt zu tun hat. Hier wiederholt sich von der Struktur her etwas, was schon bei Christoph Seidler zum Tragen kam. Nur daß die Widersprüche, in die sich der Apparat mit seinem Zeugen Nonne verfangen hat, an die Öffentlichkeit geraten sind und nun nur schwerlich unter den Teppich zu kehren sind. Es wiederholt sich - wie auch im zu Ende gegangenen Prozeß gegen Birgit Hogefeld und immer noch in der zusammengeklebten Konstruktion gegen Monika Haas ... und nicht nur da ... und nicht erst heute.

Der Staat hat heute äußerst wenig Probleme damit, daß er zu immer offeneren Lügen gezwungen ist. Alle wissen, daß unser Genosse Wolfgang Grams - bereits gefangen - von der GSG 9 hingerichtet wurde. Trotzdem gibt es außerhalb der radikalen Linken so gut wie keine "kritische Medienöffentlichkeit", von der es sich sagen ließe, sie hätten ein wenigstens halbwegs ausgeprägtes Interesse an der Wahrheit. Zugunsten der staatstragenden Version machen sie sich lieber zum Hampelmann der herrschenden Klasse.

Wir halten die Verwunderung darüber, daß der Staat trotz der Schwäche der Linken weiterhin mit Härte gegen sie vorgeht, für unverständlich. Im Gegenteil tritt er gerade deswegen nochmal nach. Vor allem in der historischen Situation, in der die Linke sich wandeln wird und eine neue systemoppositionelle Kraft entstehen kann, setzt der Staat um so mehr auf repressive Abschreckung. Niemand soll sich jemals mehr trauen, die Regeln des Systems bewußt und konsequent zu durchbrechen. Niemand soll sich mehr das Recht rausnehmen, gewalttätige Verhältnisse mit revolutionärer Gegengewalt zu beantworten. Und schon gar nicht in organisierter Form. Das wollen die Herrschenden der Linken mit auf den Weg geben. Deswegen soll jede

Aktion der RAF abgeurteilt werden, auch wenn die Beweise dafür Phantasieprodukte der staatlichen Seite sind. Deswegen sollen GenossInnen auf Ewigkeiten in den Knast. Dafür ist dem Staatsschutz jede Lüge recht.

Die Militarisierung im Innern ist ihre politische Antwort auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Entwicklung, die abzusehen ist. Die Vervielfachung des Polizeiapparates und die Legalisierung geheimdienstlicher und polizeilicher Maßnahmen gegen immer größere Teile der Gesellschaft, der totale Überwachungsstaat sind Begleitwerkzeuge zum sozialen Kahlschlag, den das kapitalistische System jetzt und für die Zukunft einfordert. Noch nie seit dem Nazi-Faschismus ist das System und sind damit auch die gesellschaftlichen Verhältnisse strukturell so gewalttätig gewesen wie heute. Die personelle und materielle Aufrüstung von Polizei und BGS, der Justiz und der Bau immer neuer Knäste, der Aufbau von immer weiteren Sicherheitsdiensten, die Aufstellung von Bürgerwehren, der gesamte Abschiebeapparat und der ganze Terror gegen Flüchtlinge und Nichtweiße sowie gegen Viele ohne deutschen Paß sind Ausdruck davon. Die potentielle Gewalt, die in dieser Maschine steckt, ist objektiv um ein vielfaches größer als bsw. 1977. Die polizeiliche Aufrüstung wird offen rassistisch begründet. Alle ImmigrantInnen und alle Nichtweißen sind die, die von der gesellschaftlichen und systemischen Entwicklung am härtesten angegriffen werden.

Heute werden flächendeckende Kontrollen, Razzien und Abhörmaßnahmen u.v.m. mit der Abschottung der Metropolen vor Flüchtlingen und mit anderer rassistischer Hetze begründet und in diesem Zusammenhang eingesetzt. Genauso gegen die kurdische Bevölkerung, die mit dem Verbot der PKK zu einem großen Teil unter Versammlungsverbot gestellt worden ist. Sie werden in voller Härte bekämpft. Heute gibt es in der BRD mehr politische Gefangene aus dem kurdischen Befreiungskampf als aus der sonstigen Widerstandsgeschichte in der BRD. Abschiebungen in Folter und Tod sind jederzeit möglich. Kanther, der wohl ohne Übertreibung als einer der größten Schreibtischmörder Europas in der Gegenwart bezeichnet werden kann, wähnt sich im Krieg gegen die "organisierte Kriminalität", die jeden Tag etwas anderes sein kann; alle können das sein. Der Rassismus von Typen wie Kanther macht aber vorzugsweise Rumänen, Vietnamesen, Russen, Chinesen ... usw. zu organisierten Kriminellen, vor denen "die Deutschen" zu schützen seien. Was von dem Geschrei über die Notwendigkeit der Bekämpfung der Mafia zu halten ist, wird besonders deutlich angesichts der herzlichen und intensiven Zusammenarbeit des deutschen Staates mit der von der herrschenden Klasse in der Türkei um Außenministerin Tansu Ciller organisierten Drogen,- Geheimdienst- und Militärmafia. Die Zusammenarbeit im schmutzigen Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung und die fortschrittlichen und linken Teile der Bevölkerung der Türkei laufen auf allen Ebenen. Das Rüstungsgeschäft der deutschen Industrie läuft wie geschmiert.

Die Überlegung, der Staatsschutzapparat bräuchte die RAF oder ähnliche Gruppen um seine Existenz zu begründen, nimmt die rassistische Entwicklung nicht ausreichend wahr. Zudem stellt es unsere gesamte Kampfgeschichte und die aller bewaffnet kämpfenden Gruppen der BRD-Linken auf den Kopf. Dabei wird negiert, daß es immer eine ganz bewußte Entscheidung von jeder/m von uns gewesen ist, sich einer der bewaffnet kämpfenden Organisationen anzuschließen und deren Politik weiterzuentwickeln. Es gibt darin keine Zwangsläufigkeit, die Politik als Reflex auf die Eskalationen des Imperialismus einzuengen. Wo das passierte, waren es selbst zu verantwortende Fehler. Der subjektive Aufbruch ist hier ein entscheidendes Moment unseres Kampfes gewesen. Die Entscheidung ist immer mit Hoffnungen und der Vorstellung verbunden gewesen, im gemeinsamen weltweiten Kampf um Befreiung ein herrschaftsfreies Leben erkämpfen zu können. Unseren Kampf heute zum Objekt des Staates umzudeuten heißt, sich der eigenen Geschichte zu berauben. Daraus können keine Erkenntnisse für die Zukunft gezogen werden.

Auch der Gedanke, der Staat verhalte sich wie 1977, weil er immer noch mit voller Härte versucht, jeglichen Widerstand auszumerzen, berücksichtigt nicht die Realität von System und Gesellschaft. Die Militarisierung ihrer Politik nimmt umgekehrt die Entwicklung der kommenden Jahre oder vielleicht Jahrzehnte vorweg. Das sind die Ausgangsbedingungen, die sich der Linken stellen und die wir uns nicht aussuchen können.

Das System braucht nicht die RAF sondern den Polizeistaat - als Umgehensweise mit den Widersprüchen, die das System selbst produziert. Das ist ihre gesellschaftliche Vision. Egal ob Gruppen wie die RAF existieren oder nicht.

Die Auseinandersetzung um die Geschichte der Linken macht für uns nur einen Sinn, wenn sie zur Neubestimmung revolutionären Politik und Neuformierung einer radikalen Linken beiträgt. Nur von da aus wird es möglich sein, systemüberwindende Visionen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu tragen.

Hierzu wird es keine "Signale der Politik" von staatlicher Seite geben. Diese peitscht zugunsten der Entwicklung des Kapitals nach außen imperialistische Großmachtpolitik und nach innen eine neue Gesellschaft durch. Das ist ihre Konsequenz aus der Krise des kapitalistischen Systems und der Versuch, daraus als politische und ökonomische Macht gestärkt hervorzugehen. Deshalb das roll back dessen, was innerhalb des Kapitalismus an sozialen Rechten in der Metropole durchgesetzt werden konnte. Armut und Ausgrenzung werden in ganz anderem Ausmaß Bestandteil der gesellschaftlichen Realität in der Metropole sein. Staatlicher und gesellschaftlicher Rassismus gehören zu den am meisten bestimmenden Erscheinungen des Lebens in Deutschland.

Es gibt keine Berührungspunkte zwischen denen, die das verantworten und den Auseinandersetzungen, die auf unserer Seite notwendig sind, um im Prozeß der sozialen Revolution das alles hinwegzufegen.

Rote Armee Fraktion

29.11.1996

5. "Erfurter Erklärung" - Ya basta à la BRD? Gutmenschen fordern Regierungswechsel und APO - SPD und Grüne: Ohne uns!

Autor: mb., Berlin · Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer); Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:20

Von der taz bis zur FAZ, von der CDU über die SPD bis zu den GRÜNEN sind die "Erfurter Erklärung" und mit ihr auch diejenigen, die sie unterschrieben haben, mit herben Worten bedacht worden: als "politische Regression aus der Modergruft" (FAZ), als "nur gut gemeint" (taz), als "schamlos" (Hintze) oder als "Stußpapier" (Werner Schulz). Das Neue Deutschland dagegen nannte den Aufruf ein "couragiertes Dokument". Somit scheint alles klar: Nichts wird's mit "Ya basta". Eigentlich sollte es ja um eine "außerparlamentarische Opposition" gehen. Deren etwas ungewöhnliches Ziel: die Bonner Opposition dazu zu bewegen, den Regierungswechsel 1998 - notfalls auch gemeinsam - anzustreben.

Da haben sich also linke Intellektuelle zusammengefunden, um mit der "Erfurter Erklärung" zu einem Regierungswechsel in Bonn aufzurufen. "Die regierende Politik ... ist in einem Zustand von gnadenloser Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und fehlenden Perspektiven versunken" - so wird die Rechnung mit der Politik der Kohl-Regierung aufgemacht. Der "soziale Konsens, auf dem (der) Erfolg (der BRD; Anm. mb.) beruht", werde durch "radikale Umverteilung zugunsten der Einfluß-Reichen zerstört". Die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit untergrabe den Staatshaushalt und die sozialen Sicherungssysteme. Die Schulden des Staates vergrößerten den Reichtum der Banken und Geldvermögenbesitzer. Die BRD erlebe einen "Epochenwechsel": "Der kalte Krieg gegen den Sozialstaat hinterläßt eine andere Republik." Deshalb sei es notwendig, daß "alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenfinden, die bereit und imstande sind, die Verantwortung für die soziale Demokratie mit der Bindung an ein soziales Europa zu übernehmen".

Zentrale Aufgabe sei heute die gerechte Verteilung der Einkommen und Güter, die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit oberstes Ziel. Deshalb müsse für die "radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei angemessenem Lohnausgleich" gefochten werden, ein neuer Typ der Vollbeschäftigung entstehen, der sich an "gesellschaftlichen Nutzen und ökologischer Nachhaltigkeit" orientiert. Daneben müsse die Binnennachfrage angekurbelt werden. Notwendig seien auch ein "vorausschauendes Management" und "Steuerehrlichkeit". "Geldtransfers, Gewinne, Groß-Erbschaften, Vermögen, Spekulationen mit Grund und Boden und Umweltzerstörung müssen spürbar stärker besteuert werden." Es wird der "Einstieg" in die ökologische Steuerreform gefordert - aber im gleichen Atemzug auch eine "Reform des Sozialstaats, die den Namen verdient". Letztendlich beschwören die UnterzeichnerInnen "eine Regierung, die handelt".

Weder Fisch, noch Fleisch

"Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung. Sie muß auf die Opposition in den Parlamenten überspringen. Die Erfahrung von 1968 und der Geist von 1989 sind für 1998 aufgerufen, den Machtwechsel herbeizuführen." Denn "Grundlegendes muß sich verändern". Irgendwie konsequent kulminiert der Aufruf dann in der Forderung: "Wir brauchen eine andere Politik, also brauchen wir eine andere Regierung." Wir lernen: Grundlegendes verändert sich durch Regierungswechsel (was die AutorInnen folgerichtig als Machtwechsel verkaufen wollen). Und wie ist das zu erreichen?

Das mit der APO ist anscheinend eine einfache Sache, denn im weiteren wird hierzu kein Wort mehr verloren. Nur am Ende des Aufrufs kommt noch ein indirekter Hinweis: "Wer soll das tun, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt. Wir brauchen ein Bündnis für soziale Demokratie." Ansonsten wenden sich die "Erfurter Erklärer" mit ihrer gesamten Aufmerksamkeit den Bonner Oppositionsparteien zu: "Gebraucht wird eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will. Sie kann nur aus den bisher getrennten Oppositionskräften entstehen. Kein Nichtberührungsgebot darf sie schrecken." Und scheinbar ganz selbstbewußt werden im Anschluß daran SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS mit Forderungen konfrontiert, doch bei näherem Betrachten sind die Ermahnungen doch recht unterschiedlich gewichtet: Die SPD wird aufgefordert, "Mut zur Opposition auf ganzer Linie" und "Entschlossenheit zur Macht" zu zeigen; die GRÜNEN sollten "auch" als soziale Reformkraft Kontur gewinnen und den Eindruck widerlegen, sie wollten letztendlich die FDP ersetzen; von der PDS klagt mensch staatstragend ein, sie solle "bei aller Entschiedenheit, eine

demokratisch-sozialistische Kraft im Spektrum der Parteien zu sein", auch ihre "demokratische Zuverlässigkeit" unter Beweis stellen.

Ansonsten ist zu diesem Thema nichts zu erfahren. Es wird so getan, als fehle es den drei Parteien nur an gutem Willen. Warum und wieso sie nicht zu einer gemeinsamen Strategie finden können, wird nicht gefragt.

Breite Ablehnung

Bei den etablierten Parteien stieß die "Erfurter Erklärung" auf vehemente Ablehnung. Jeweils wurde derjenige Aspekt der Erklärung aufgegriffen, der für das politische Alltagsgeschäft nutzbar schien. CDU-Generalsekretär Peter Hintze erkannte, daß der Text von "gescheiterter sozialistischer Ideologie" durchtränkt sei. Die Aufforderung in Richtung SPD und GRÜNE zur Zusammenarbeit mit der PDS sei "schamlos" und ein Dokument "erschütternder Ignoranz". (ND, 10.1.97) Als "Hetzgeschrei" bezeichnete Christoph Bergner, stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender und CDU-Oppositionsführer im Landtag von Sachsen-Anhalt, die Erklärung und "rief die Deutschen auf, sich nicht beeinflussen zu lassen". (Leipziger Volkszeitung, 10.1.97) Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel kam auf den nicht unbedingt abwegigen Gedanken, die UnterzeichnerInnen seien "Oldies, die überall unterschreiben, wo noch etwas Platz ist". (SZ, 15.1.97) Bundeskanzler Helmut Kohl tat sich mit der Bemerkung hervor, einige der Unterzeichner habe er in der Vergangenheit "nicht nur als Gegner, sondern als Feinde erlebt" - womit er besonders Stefan Heym und Gerhard Zwerenz meinte. (Kölner Stadt-Anzeiger, 10.1.97). Die "Erfurter Erklärung" sei ein "Alarmsignal", es sei mit einem "schlimmen Wahlkampf der Linken" zu rechnen. "Intellektuelle Anstifter" - wie Schorlemmer oder Grass (der sich nachträglich der Erklärung anschloß) - verfolgten das Ziel, ein "Freund-Feind-Bild" in Deutschland aufzubauen. (WamS, 19.1.97)

Summa summarum diente die "Erfurter Erklärung" der CDU als erneute Vorlage für ihre Rote-Socken-Kampagne, die sich bekanntermaßen gegen die PDS richtet, aber eigentlich der SPD schaden soll. Scharping in seiner Funktion als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion erkannte in der Erklärung dann auch nur ein "Verzweiflungsmanifest" (Welt, 10.1.97) und zeigte sich überzeugt, daß es "in der politischen Debatte keine bedeutende Rolle spielen" werde. (FR, 10.1.97) Für die SPD schon gar nicht, sei die PDS doch in ihrer Wirkung ein "Bündnispartner der Regierung Kohl". (Berliner Zeitung, 10.1.97)

"Realitätsfremd und kontraproduktiv" - so das Urteil des bündnisgrünen Landesgeschäftsführer in Sachsen, Hubertus Grass. Eine rot-grüne Perspektive werde vollends zerschlagen, wenn mensch die PDS mit ins Boot nehme. (ND, 10.1.97) Zwar lud der grüne Bundesvorstand die VerfasserInnen der Erklärung zu einem "kritischen Dialog" ein, gleichzeitig aber begann bei den Bündnisgrünen die Abgrenzungshysterie. Bundestagsfraktion ("Wörlitzer Erklärung") und BuVo beschlossen innerhalb weniger Tage mehr oder minder scharf formulierte Abgrenzungsbeschlüsse.

Allein die PDS war zufrieden. Gregor Gysi nannte den Aufruf eine "zutreffende Analyse und die Forderungen notwendig". (taz, 10.1.97) Als "ausgestreckte Hand, die sie gerne annehme", bezeichnete die thüringische PDS-Fraktionsvorsitzende Klaubert die Bündnisüberlegungen der "Erfurter". (FAZ, 10.1.97)

Bündnis von wem

und für was?

Mit den Reaktionen von Hintze & Co. war zu rechnen gewesen. Aber daß selbst SPD und GRÜNE harsch die Überlegungen der bunten Intellektuellenschar zurückwiesen, muß ernüchternd auf diese gewirkt haben. Überrascht zeigten sich die "Erfurter", daß hauptsächlich ihre parteipolitischen Überlegungen Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung wurden. Was aber eigentlich nicht überraschen kann, wenn mensch sich den Aufruf vergegenwärtigt. Ja sicherlich, das Spektrum, das sich hier versammelt hat, ist recht heterogen: westdeutsche Linksintellektuelle, Theologen und Schriftsteller aus Ost und West, Gewerkschaftsfunktionäre (sog. Wossis) - und in dieser Mischung wohl noch nicht da gewesen. Wie Daniela Dahn, eine der Unterzeichnerinnen, außerdem mitzuteilen weiß: "90 Prozent der Initiatoren sind SPD-Mitglieder." (Berliner Zeitung, 18.1.97) Insofern sollte niemand zu hohe Erwartungen haben. Aber es ist schon bezeichnend für die Qualität der Erklärung, daß der "soziale Konsens" und der "Erfolg" der BRD in den vergangenen Jahrzehnten dafür herhalten muß, um die Kritik an der herrschenden Politik zu begründen. Es hat den Anschein, als sollten hier nur Joschka Fischers Schwüre zur Verteidigung des "Rheinischen Kapitalismus" durch eine Bewegung

von "außen" ergänzt werden. Folglich geht es auch nicht mehr um die Kritik an der Politik der Herrschenden. Aber warum beschwört mensch eine "außerparlamentarische Bewegung"? Für etwas Öko- und Sozialreform, etwas mehr Demokratie, "Steuerehrlichkeit" und "vorausschauendes Management"! Darf's nicht ein bißchen mehr sein?

So entwickelt die "Erfurter Erklärung" - zu Recht - nur geringe Dynamik, jedenfalls dort, wo ihre Bündnisoption wenig überzeugend wirkt: in Westdeutschland. In den ostdeutschen Bundesländern ist das anders, dort ist eine Zusammenarbeit von SPD, PDS und Bündnisgrünen denkbar und über kurz oder lang wahrscheinlich. Hier waren auch die Reaktionen der SPD weniger schroff bzw. eher zustimmend (Tenor: eine interessante Grundlage, um zu diskutieren).

Daß die "Erfurter Erklärung" "einen wichtigen Anstoß zur Organisierung einer Gegenoffensive" gibt, wie Mohssen Massarrat meint, ist nicht zu erkennen. (FR, 15.1.97) Vielleicht sollten die "Erfurter" seinen Vorschlag aufgreifen und für den Sommer einen Kongreß organisieren - das kann ja nie schaden. Dort könnten dann, wie Massarrat anregte, Wege diskutiert werden, die "aus der herrschenden Lähmung und Resignation heraus - und zu einer neuen politisch-kulturellen Wende hinführen könnten." Dort wäre dann auch die Möglichkeit, die staatstragende Ausrichtung der "Erfurter Erklärung" zu überdenken.

mb., Berlin

6. Bis hierher und nicht weiter! Dokumentation der Erfurter Erklärung: Verantwortung für die soziale Demokratie

Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer); Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:12

"Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

Grundgesetz Artikel 14.2

1. Die regierende Politik in unserem formal vereinten Land ist in einem Zustand von gnadenloser Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und fehlenden Perspektiven versunken. Im fünften Jahrzehnt ihrer Existenz wird in der Bundesrepublik der soziale Konsens, auf dem ihr Erfolg beruhte, durch radikale Umverteilung zugunsten der Einfluß-Reichen zerstört. Der kalte Krieg gegen den Sozialstaat hinterläßt eine andere Republik. Der Notstand ständig steigender Arbeitslosigkeit führt Staatshaushalte und Sozialversicherungssysteme in die Krise, und der öffentliche Schuldendienst vermehrt den Reichtum der Banken und der Besitzer großer Geldvermögen. So entsteht Macht, die nicht demokratisch legitimiert ist. Es handelt sich nicht um einen Konjunktureinbruch, vielmehr stehen wir mitten in einem Epochenwechsel. In dieser Lage müssen sich in unserem Land alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenfinden, die bereit und imstande sind, die Verantwortung für die soziale Demokratie mit der Bindung an ein soziales Europa zu übernehmen.

2. Gerechtere Verteilung der Einkommen und Güter ist die zentrale Aufgabe einer neuen Politik. Die deutsche Einheit wird zum massivsten Umverteilungsprozeß von unten nach oben seit Bestehen der Bundesrepublik mißbraucht. XXX1

3. Wir brauchen eine andere Politik, also brauchen wir eine andere Regierung. Wer sie will, muß aus der Zuschauerdemokratie heraustreten. Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung. Sie muß auf die Opposition in den Parlamenten überspringen. Die Erfahrung von 1968 und der Geist von 1989 sind für 1998 aufgerufen, den Machtwechsel herbeizuführen. Resignation löst kein Problem. Sie richtet nur Schaden an. Viele denken: Bis hierher und nicht weiter! XXX2 Wir brauchen eine Regierung, die das Volk nicht als Gegner behandelt, dessen Widerspruch es zu brechen gilt.

4. Wir brauchen eine andere Politik. Oberstes Ziel muß das Überwinden der Massenarbeitslosigkeit sein. Es fehlen in der Bundesrepublik sechs bis sieben Millionen Arbeitsplätze. Die Gründe dafür liegen nicht im mangelnden Export. Auch nicht bei den Lohnstückkosten und angeblich überteuerten Sozialpflichten. Sie liegen bei der enorm gestiegenen Produktivität, den rückläufigen Wachstumsraten und den versäumten Konsequenzen für die Arbeitszeit. Auch fehlt es an Binnennachfrage und vorausschauendem Management. XXX3

Die Schulden der einen sind die Gewinne der anderen: Jede Schuldenmilliarde der öffentlichen Hände macht Bund, Länder und Kommunen abhängiger von den Geldgebern. Kapital ist reichlich vorhanden: Neuneinhalbtausend Milliarden Mark macht die Summe der persönlichen Vermögen in der Bundesrepublik aus. Die Hälfte davon gehört zehn Prozent der Haushalte. Zugleich wirken angekündigte Massenentlassungen wie Siegesmeldungen an der Börse. Sie treiben die Aktienkurse nach oben und machen die Aktionäre zu Profiteuren der sozialen Perspektivlosigkeit der Arbeitslosen. Die herrschende Politik zerteilt die sozial begründete Republik. In ihrem Polarkreis erstarrt das Eintreten füreinander.

- Wenn Notstand an Arbeit herrscht, muß sie neu und gerecht verteilt werden, durch weitere radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei angemessenem Lohnausgleich.

- Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit muß sich an dem Leitbild eines neuen Typs von Vollbeschäftigung für Männer und Frauen orientieren. Die Erwerbsarbeit der Zukunft muß auf gesellschaftlichen Nutzen und ökologische Nachhaltigkeit verpflichtet werden. Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

- Wir brauchen den Einstieg in eine ökologische Steuerreform, und wir brauchen Reformen des Sozialstaats, die den Namen verdienen: XXX4

- Statt die "Zwänge" der deregulierten Güter- und Kapitalmärkte als Schicksal hinzunehmen, brauchen wir eine Regierung, die handelt: XXX5

5. Wie ist das alles finanzierbar? Ein einziges Kriterium würde Entscheidendes ändern: Steuerehrlichkeit. Die Finanz- und Steuerpolitik muß ihren Kurs korrigieren. Geldtransfers, Gewinne, Groß-Erbschaften, Vermögen, Spekulationen mit Grund und Boden und Umweltzerstörung müssen spürbar stärker besteuert werden. Durch einen gesetzlichen Ausgleich der Lasten zwischen West und Ost, Alt und Jung, Erben und Armen kann die Bundesrepublik um vieles humaner werden. XXX6

6. Gebraucht wird eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will. Sie kann nur aus den bisher getrennten Oppositionskräften entstehen. Kein Nichtberührungsgebot darf sie schrecken, zumal die amtierende Macht sich in eigener Sache keineswegs darum schert: Der Kanzler versichert Reformsozialisten für Osteuropa seiner Freundschaft. Im Inneren der Republik sind Reformsozialisten für ihn der böse Feind, obwohl seine Regierung 1990 und 1994 mit Kadern der vier früheren SED-Schwesterparteien die Mehrheit errang. Allzu schnell hat sich die veröffentlichte Meinung darüber hinwegtäuschen lassen. Wir brauchen eine Regierung, die ohne inneres Feindbild regiert. Das Gut- Böse-Schema aus der Zeit der Systemkonfrontation kann das Vollenden der Einheit nicht leisten.

Von der SPD fordern wir: Mut zur Opposition auf ganzer Linie. Die Mehrheit der Bevölkerung traut ihr mehr Gerechtigkeit zu, aber noch nicht die Entschlossenheit zur Macht, sie auch zu verwirklichen. XXX7

Vom Bündnis 90/Die Grünen fordern wir: Den begonnenen Weg der Überwindung ihrer "Ein-Punkt-Kompetenz" (Ökologie) fortzusetzen. Sie sollte auch Kontur als soziale Reformkraft gewinnen und den Eindruck widerlegen, sie wolle die FDP ersetzen. XXX8

Von der PDS fordern wir: Ihre Positionen zum historisch gescheiterten Sozialismusmodell weiter zu klären. Es geht nicht um Demutsgesten und den Verzicht auf antikapitalistische Strömungen. Es geht um demokratische Zuverlässigkeit bei aller Entschiedenheit, eine demokratisch-sozialistische Kraft zu sein.

An alle drei Parteien: XXX9

7. Wir brauchen eine andere Regierung. XXX10

Unzählige sagen sich heute: Grundlegendes muß sich verändern. Und viele fragen sich: Wer soll das tun, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt. Wir brauchen ein Bündnis für soziale Demokratie. Lassen wir uns an der Schwelle zum neuen Jahrtausend den Wert von Visionen nicht ausreden, und beginnen wir zu handeln.

Erfurt/Berlin, 9. Januar 1997

Die Unterzeichnenden:

Prof. Dr. Elmar Altvater; Frank Castorf; Daniela Dahn, Schriftstellerin; Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Landeskirchlicher Beauftragter für Mission und Ökumene; Ulrike Duchrow, Studienrätin; Dr. Dr. Heino Falcke, Probst i.R.; Matthias Freitag, Bezirksvorsitzender der Eisenbahner-Gewerkschaft Thüringen und Sachsen; Jürgen Fischbeck, Physiker; Max von der Grün; Stefan Heym; Prof. Dr. Rudolf Hickel; Prof. Dr. Walter Jens; Dr.Inge Jens; Dieter Kelp, Pfarrer; Toni Krahl, Rockmusiker; Dieter Lattmann, Schriftsteller; Dr. theol. Gerhard Liedke; Marion Liedke, Oberstudienrätin; Prof. Dr. Peter von Oertzen; Prof. Dr. Norman Paech; Ulrich Plenzdorf; Bodo Ramelow, HBV-Vorsitzender Thüringen; Dr. Edelbert Richter, Theologe, MdB; Prof. Dr. Horst Eberhard Richter; Dr. Erika Runge; Herbert Schirmer, Kulturminister a.D.; Gisbert Schlemmer, Vorsitzender Gewerkschaft Holz und Kunststoff; Horst Schmitthenner, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall; Friedrich Schorlemmer; Prof. Dr. Dorothee Sölle; Frank Spieth, DGB-Vorsitzender Thüringen; Eckart Spoo; Prof. Dr. Uwe Wesel; Gerhard Zwerenz

Bis hierher und nicht weiter!

Dokumentation der Erfurter Erklärung: Verantwortung für die soziale Demokratie

"Eigentum verpflichtet. Sein

Gebrauch soll zugleich dem Wohle

der Allgemeinheit dienen."

Grundgesetz Artikel 14.2

1. Die regierende Politik in unserem formal vereinten Land ist in einem Zustand von gnadenloser Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und fehlenden Perspektiven versunken. Im fünften Jahrzehnt ihrer Existenz wird in der Bundesrepublik der soziale Konsens, auf dem ihr Erfolg beruhte, durch radikale Umverteilung zugunsten der Einfluß-Reichen zerstört. Der kalte Krieg gegen den Sozialstaat hinterläßt eine andere Republik. Was von der Bundesregierung unter der Vorspiegelung von Reformen verfügt wird, erweist sich als geistig-moralischer Bankrott. Der Notstand ständig steigender Arbeitslosigkeit führt Staatshaushalte und Sozialversicherungssysteme in die Krise und der öffentliche Schuldendienst vermehrt den Reichtum der Banken und der Besitzer großer Geldvermögen. So entsteht Macht, die nicht demokratisch legitimiert ist. Es handelt sich nicht um einen Konjunktureinbruch, vielmehr stehen wir mitten in einem Epochenwechsel. In dieser Lage müssen sich in unserem Land alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenfinden, die bereit und imstande sind, die Verantwortung für die soziale Demokratie mit der Bindung an ein soziales Europa zu übernehmen.

2. Gerechtere Verteilung der Einkommen und Güter ist die zentrale Aufgabe einer neuen Politik. Die deutsche Einheit wird zum massivsten Umverteilungsprozeß von unten nach oben seit Bestehen der Bundesrepublik mißbraucht. Niemand unterschätze die Dramatik der Lebenssituation in den ostdeutschen Ländern: Sehr viele neue Bundesbürger erleben, was gegenwärtig geschieht, als Enteignung ihrer erworbenen Rechte und ihrer Hoffnung auf Freiheit, Gleichheit, Mitmenschlichkeit. Im Westen meinen viele, sie geben ihr Bestes dem Osten, dort meinen viele, man nimmt ihnen das Letzte. In Ost und West gemeinsam sehen sich jedoch Millionen Mitbürger durch immer schwerwiegendere Belastungen vor unlösbare Probleme gestellt.

3. Wir brauchen eine andere Politik, also brauchen wir eine andere Regierung. Wer sie will, muß aus der Zuschauerdemokratie heraustreten. Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung. Sie muß auf die Opposition in den Parlamenten überspringen. Die Erfahrung von 1968 und der Geist von 1989 sind für 1998 aufgerufen, den Machtwechsel herbeizuführen. Resignation löst kein Problem. Sie richtet nur Schaden an. Viele denken: bis hierher und nicht weiter! Ihr Sammelpunkt ist der Wunsch nach Verwirklichung der sozialen Menschenrechte und die Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir brauchen eine Regierung, die das Volk nicht als Gegner behandelt, dessen Widerspruch es zu brechen gilt.

4. Wir brauchen eine andere Politik. Oberstes Ziel muß das Überwinden der Massenarbeitslosigkeit sein. Es fehlen in der Bundesrepublik 6 bis 7 Millionen Arbeitsplätze. Die Gründe dafür liegen nicht im mangelnden Export. Auch nicht bei den Lohnstückkosten und angeblich überteuerten Sozialpflichten. Sie liegen bei der enorm gestiegenen Produktivität, den rückläufigen Wachstumsraten und den versäumten Konsequenzen für die Arbeitszeit. Auch fehlt es an Binnennachfrage und vorausschauendem Management. "Kapitalisten, hört die Signale!" überschrieb unlängst die Züricher Weltwoche einen Leitartikel, der fragte: Wer soll die Waren kaufen, wenn die Bevölkerung immer weniger verdient?

Die Schulden der einen sind die Gewinne der anderen: Jede Schuldenmilliarde der öffentlichen Hände macht Bund, Länder und Kommunen abhängiger von den Geldgebern. Kapital ist reichlich vorhanden: Neuneinhalb Tausend Milliarden Mark macht die Summe der persönlichen Vermögen in der Bundesrepublik aus. Die Hälfte davon gehört zehn Prozent der Haushalte. Zugleich wirken angekündigte Massenentlassungen wie Siegesmeldungen an der Börse. Sie treiben die Aktienkurse nach oben und machen die Aktionäre zu Profiteuren der sozialen Perspektivlosigkeit der Arbeitslosen. Wer für die Benachteiligten nur noch den Zynismus "Sozialneid!" übrig hat, verhöhnt die Sozialpflicht des Eigentums nach dem Grundgesetz. Die herrschende Politik zerteilt die sozial begründete Republik. In ihrem Polarkreis erstarrt das Eintreten füreinander.

- Wenn Notstand an Arbeit herrscht, muß sie neu und gerecht verteilt werden, durch weitere radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei angemessenem Lohnausgleich.

- Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit muß sich an dem Leitbild eines neuen Typs von Vollbeschäftigung für Männer und Frauen orientieren. Die Erwerbsarbeit der Zukunft muß stärker denn je auf

gesellschaftlichen Nutzen und ökologische Nachhaltigkeit verpflichtet werden. Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

- Wir brauchen den Einstieg in eine ökologische Steuerreform, und wir brauchen Reformen des Sozialstaats, die den Namen verdienen: Die Systeme der sozialen Sicherung müssen armutssicherer gemacht werden.

- Der historisch-politische Auftrag des Grundgesetzes erfordert angesichts sich ausbreitender Massenarmut eine Stärkung der Prinzipien des Solidarausgleichs und der sozialen Mindestsicherung.

- Statt die "Zwänge" der deregulierten Güter- und Kapitalmärkte als Schicksal hinzunehmen, brauchen wir eine Regierung, die handelt: Sie muß in der Europäischen Union, der Welthandelsorganisation, gegenüber dem internationalen Währungsfonds und der Weltbank für sozialökologische und demokratische Rahmenbedingungen eintreten.

5. Wie ist das alles finanzierbar? Ein einziges Kriterium würde Entscheidendes ändern: Steuerehrlichkeit. Die Finanz- und Steuerpolitik muß ihren Kurs korrigieren. Geldtransfers, Gewinne, Groß-Erbschaften, Vermögen, Spekulationen mit Grund und Boden und Umweltzerstörung müssen spürbar stärker besteuert werden. Durch einen gesetzlichen Ausgleich der Lasten zwischen West und Ost, Alt und Jung, Erben und Armen kann die Bundesrepublik um vieles humaner werden. Was in den fünfziger Jahren an Umverteilung gelang, sollte angesichts des Reichtums Hunderttausender und der Vermögen von Millionen nicht wiederholbar sein?

6. Gebraucht wird eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will. Sie kann nur aus den bisher getrennten Oppositionskräften entstehen. Kein Nichtberührungsgebot darf sie schrecken, zumal die amtierende Macht sich in eigener Sache keineswegs darum schert: Der Kanzler versichert Reformsozialisten in Osteuropa seiner Freundschaft. Im Inneren der Republik sind Reformsozialisten für ihn der böse Feind, obwohl seine Regierung 1990 und 1994 mit Kadern der vier früheren SED-Schwesterparteien die Mehrheit errang. Allzu schnell hat sich die veröffentlichte Meinung darüber hinwegtäuschen lassen. Wir brauchen eine Regierung, die ohne inneres Feindbild regiert. Das Gut-Böse-Schema aus der Zeit der Systemkonfrontation kann das Vollenden der Einheit nicht leisten.

Von der SPD fordern wir: Mut zur Opposition auf ganzer Linie. Die Mehrheit der Bevölkerung traut ihr mehr Gerechtigkeit zu, aber noch nicht die Entschlossenheit zur Macht, sie auch zu verwirklichen. Die sozialdemokratische Mehrheit im Bundesrat überträgt ihr eine zwiespältige Rolle, weil nur zu oft der Eindruck einer großen Koalition entsteht. Die SPD muß ihrer Herkunft als Partei der sozialstaatlichen Reformen auf neue Weise gerecht werden: sie muß auch in nachhaltig veränderten Zeiten mehr Demokratie wagen.

Von Bündnis 90/Die Grünen fordern wir: Den begonnenen Weg der Überwindung ihrer "Ein-Punkt-Kompetenz" (Ökologie) fortzusetzen. Sie sollte auch Kontur als soziale Reformkraft gewinnen und den Eindruck widerlegen, sie wolle am Ende die FDP ersetzen. Wer von den Grünen diese Vorstellung als absurd empfindet, wird die Mathematik der Mehrheit realistisch sehen. Es gilt, für eine parlamentarische Kraft neben der SPD, die in den ostdeutschen Ländern eindrucksvoll gewählt wird, offen zu sein.

Von der PDS fordern wir: Ihre Positionen zum historisch gescheiterten Sozialismusmodell weiter zu klären. Es geht nicht um Demutsgesten und den Verzicht auf antikapitalistische Strömungen. Es geht um demokratische Zuverlässigkeit bei aller Entschiedenheit, eine demokratisch-sozialistische Kraft im Spektrum der Parteien zu sein.

An alle drei Parteien: Sie dürfen der Verantwortung nicht ausweichen, sobald die Mehrheit für den Wechsel möglich wird. Lassen Sie niemanden im Zweifel, wie schwierig es sein wird, Kompromisse einzugehen und dennoch die eigene Unverwechselbarkeit zu bewahren. Gleichzeitig die Kraft für neue Konzeptionen, Theorie und Vision aufzubringen, erfordert Toleranz in den eigenen Reihen.

7. Wir brauchen eine andere Regierung. Ein neuer gesellschaftlicher Aufbruch kann die Mehrheit in Bonn und für Berlin verändern. Parteiförmige Politik allein kann das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Demokratie nicht mehr hinreichend begründen.

Unzählige sagen sich heute: Grundlegendes muß sich verändern. Und viele fragen sich: Wer soll das tun, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt. Wir brauchen ein Bündnis für soziale Demokratie. Lassen wir uns an der Schwelle zum neuen Jahrtausend den Wert von Visionen nicht ausreden, und beginnen wir zu handeln.

Berlin/Erfurt, den 9. Januar 1997

Die Unterzeichnenden:

Prof. Dr. Elmar Altvater; Frank Castorf, Intendant der Volksbühne Berlin; Daniela Dahn, Schriftstellerin; Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Landeskirchlicher Beauftragter für Mission und Ökumene; Ulrike Duchrow, Studienrätin; Dr. Dr. Heino Falcke, Probst i.R.; Matthias Freitag, Bezirksvorsitzender der Eisenbahner-Gewerkschaft Thüringen und Sachsen; Prof. Heinrich Fink, Komitee für Gerechtigkeit; Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Physiker; Günter Grass, Schriftsteller; Max von der Grün, Schriftsteller; Stefan Heym, Schriftsteller; Prof. Dr. Rudolf Hickel; Prof. Dr. Walter Jens, Präsident der Akademie der schönen Künste; Dr. Inge Jens, Literaturwissenschaftlerin; Dieter Keip, Pfarrer; Toni Krahl, Rockmusiker; Dieter Lattmann, Schriftsteller; Dr. theol. Gerhard Liedke, Pfarrer; Marion Liedke, Oberstudienrätin; Heiko Liez, Pfarrer; Prof. Dr. Peter von Oertzen; Prof. Dr. Norman Paech; Ulrich Plenzdorf, Schriftsteller; Bodo Ramelow, HBV-Vorsitzender Thüringen; Dr. Edelbert Richter, Theologe, MdB; Prof. Dr. Horst Eberhard Richter, Psychoanalytiker; Dr. Erika Runge, Schriftstellerin und Psychoanalytikerin; Herbert Schirmer, Kulturminister a. D.; Gisbert Schlemmer, Vorsitzender Gewerkschaft Holz und Kunststoff; Horst Schmitthenner, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall, Friedrich Schorlemmer, Theologe und Publizist; Prof. Dr. Dorothee Sölle; Frank Spieth, DGB-Vorsitzender Thüringen; Eckart Spoo, Journalist; Prof. Dr. Uwe Wesel; Gerhard Zwerenz, Schriftsteller, MdB.

Kontaktadresse:

Erfurter Erklärung; c/o Kulturverein Mauernbrechen e. V.; Juri-Gagarin-Ring 150; 99084 Erfurt;; Fax 0361 6599899; Tel.: 0361 5961399

7. Wie hältst du"s mit der PDS? Überblick über die Diskussion bei SPD und Bündnisgrünen

Autor: mb., Berlin · Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer); Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:30

Sozialdemokratischer Ost-West-Konflikt

Zeitgleich mit dem Lagerwechsel der Ex-Bürgerrechtler um Vera Lengsfeld veröffentlichte die FR ein "Strategiepapier" bzw. "Notizen", wie der Verfasser eilig betonte, unter dem Titel: "Gesichtspunkte für eine Verständigung der ostdeutschen Sozialdemokraten zum Thema 'Umgang mit der PDS'". (FR, 19.12.96) Darin deutet Partei-Vize Wolfgang Thierse, bislang Vorzeige-Ossi der SPD, Bewegung an, was das Verhältnis seiner Partei zur PDS auf ostdeutscher Länderebene anbelangt. Formal gilt in der PDS immer noch die "Dresdener Erklärung" von 1994, die als Reaktion auf das Magdeburger "Tolerierungsmodell" und die danach einsetzende CDU-Kampagne beschlossen wurde. Eine Zusammenarbeit mit der "Partei der ehemaligen Staatsfunktionäre" komme für Sozialdemokraten nicht in Frage, heißt es da. Die offizielle Linie: Harte inhaltliche Auseinandersetzung mit der PDS bei gleichzeitiger klarer Abgrenzung.

Unbehagen wegen dieser Linie gab es in der Ost-SPD schon damals. So warnten neben Thierse der Brandenburger Ministerpräsident Manfred Stolpe, sein Kollege in Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner, und Harald Ringstorff aus Mecklenburg-Vorpommern vor einer rabiaten Ausgrenzung der PDS. Mit wenig Erfolg. Als die SPD in Mecklenburg-Vorpommern 1994 und 1995 Anstrengungen unternahm, mit der PDS ins Geschäft zu kommen, scheiterte dies vor allem an dem vehementen Veto der SPD-Führung. In der PDS-Frage existiert ein offener Widerspruch zwischen der West- und der Ost-SPD. Die SPD im Westen vertritt einen scharfen Abgrenzungskurs. Zwei Motivlagen vermischen sich hierbei: 1. wollen große Teile der SPD gegenüber dem Lager rechts von der Mitte signalisieren, daß sie eine verläßliche Kraft gegen "sozialistische Bestrebungen" sind. 2. ist die Meinung vorherrschend, ein solcher Kurs stoße bei der Mehrheit der Bevölkerung in den westlichen Bundesländern auf Zustimmung.

Durch die anhaltende Ausgrenzung der PDS verbaut sich die SPD - jedenfalls in Ostdeutschland - jegliche Option jenseits von Großer Koalition oder Opposition. Thierse bringt in seinem Papier das "Dilemma der SPD" auf den Punkt: "Die SPD muß sich der Tatsache bewußt sein, daß ihr eine offenere Haltung gegenüber der PDS im Osten möglicherweise nützen könnte (eine Mehrheit der Bevölkerung hat keine Einwände mehr gegen eine Übernahme von Verantwortung durch die PDS), im Westen dagegen überwiegend schaden würde (hier lehnt eine sehr große Mehrheit eine Regierungsbeteiligung der PDS ab.)" (1)

Die Sozialdemokratie befindet sich in einer (macht-)politischen Selbstblockade. Der Partei-Vize empfiehlt einen Befreiungsschlag: "Die SPD kann einer Zusammenarbeit mit der PDS in Ostdeutschland nicht ausweichen." Generell rät er dazu, die Bündnisfrage bis nach den entsprechenden Wahlen offenzuhalten - wobei die dann zu fällende Entscheidung allein Sache der jeweiligen Landesverbände sein dürfte - ohne Einmischung der Bundesebene also. Für die Bundesebene freilich plädiert er weiterhin für die strikte Ausgrenzung der PDS, da die PDS - und hier ist ihm auch das fadenscheinigste Argument nicht zu schade - als "tatsächlich" nur in der Ex-DDR vertretene Partei über "kein demokratisches Mandat" für die gesamte BRD verfüge.

Auf diesen im Grunde defensiven Vorschlag reagierte der rechte Flügel der Sozialdemokratie mit scharfen Angriffen. Für Rolf Schwanitz, MdB und Chef der Arbeitsgruppe "Deutsche Einheit" der SPD-Bundestagsfraktion, stellte sich in diesem Zusammenhang "die Frage nach den Grundwerten" seiner Partei. In einer fünfseitigen "Entgegnung" unterstellt er Thierse, auf "eine politische Umorientierung der Partei von grundsätzlicher Bedeutung" abzuzielen. (2) Schwanitz gehört dem rechten "Seeheimer Kreis" an. Dessen Chefideologe Karl Hermann Haack forderte in einem Brief an den SPD-Vorsitzenden Lafontaine "Konsequenzen" für Thierse. Dieser habe eine Diskussion "über das größte Spalterthema" losgebrochen. Die Parteirechten warnen vor Weiterungen. Schwanitz formuliert es noch ein wenig verklausuliert: "Zu hoffen, man könnte landespolitisch die Optionen öffnen und auf Bundesebene Grundsatztreue glaubhaft machen, ist an politischer Naivität kaum zu überbieten."

Die Parteirechte reagierte wohl diesmal auch deshalb öffentlich, weil sie sich der Unterstützung durch die gesamte Parteiführung nicht mehr sicher sein kann. Unbestritten gilt für die Bundestagswahl 1998: keine

Koalition mit der oder Tolerierung durch die PDS. Das gilt selbst für die SPD-Linke. Die Ost-SPD befürwortet mehrheitlich, die Abgrenzung gegenüber der PDS aufzugeben. Die Landesvorsitzenden Steffen Reiche (Brandenburg), Richard Dewes (Thüringen), Rüdiger Fikentscher (Sachsen-Anhalt) und Harald Ringstorff (Mecklenburg-Vorpommern) haben sich ausdrücklich hinter die Thesen Thierses gestellt. Und Oskar Lafontaine sieht momentan keinen Entscheidungsbedarf. Eine Entscheidung, ob es eine Zusammenarbeit mit der PDS auf Landesebene geben werde, werde erst dann getroffen, "wenn sie anstehe" - das sagt Thierse auch. (taz, 9.1.97)

Bündnisgrüne ohne Realpolitik

Bei den Grünen entbrannte die PDS-Debatte mit der "Erfurter Erklärung". Auf einer Klausur der bündnisgrünen Bundestagsfraktion, die zeitlich mit der Veröffentlichung der "Erfurter Erklärung" zusammenfiel, konnte sich die Gruppe um Werner Schulz durchsetzen, die schon seit langem eine verbindliche Stellungnahme eines Parteigremiums in dieser Frage verlangte. Die Parteirechte spricht sich für eine klare Abgrenzung auf Landes- und Bundesebene aus. Zum einen sei bei der PDS keine glaubwürdige Erneuerung zu beobachten ("Indiz" u.a.: "Im Wandel von der SED zur PDS wird ein Muster erkennbar, das nicht untypisch ist für die "Kommunistische Weltbewegung"); zum anderen sei sie "unberechenbar und weder koalitions- noch regierungsfähig". (3)

Schulz, Parlamentarischer Geschäftsführer, der aus dem Bündnis 90 kommt, gilt als Hauptbetreiber der sogenannten "Wörlitzer Erklärung". Darin bekräftigen die grünen Bundestagsabgeordneten zum wiederholten Male, daß es keine Zusammenarbeit mit der PDS auf Bundesebene - sei es in einer Koalition oder in Form einer Tolerierung - geben werde: "Wir wollen eine rot-grüne Mehrheit im Bundestag, die stark genug ist, die in Deutschland notwendigen Reformen durchzusetzen." (4) Doch neben diesem machtstrategischen Argument wurden noch vier Kriterien präsentiert, an denen eine "erneuerte PDS" sich messen lassen müsse: "1. Aufarbeitung der SED-Vergangenheit und der historischen Schuld aus der SED-Nachfolge, 2. Anerkennung des demokratischen Rechtsstaats und Lösung von dem ideologischen und finanziellen Erbe der SED, 3. Auseinandersetzung mit den Stasi-Verstrickungen von Parteimitgliedern und führenden Repräsentanten, 4. Trennung von Alt- und Poststalinisten."

BuVo-Sprecher Trittin kritisierte diese Erklärung als "politisch kurzsichtig" und "weitgehend politikfrei", auch wenn er mit der zentralen Aussage übereinstimme. (5) Was er seinen "realpolitischen" Widersachern vorwarf, war deren fehlende realpolitische Herangehensweise. Zu Recht wies er darauf hin, daß bei Entscheidungen über eine Zusammenarbeit mit der PDS alleine (macht-)politische Erwägungen eine Rolle spielen werden und nicht die Kriterien der "Wörlitzer Erklärung". Doch noch am selben Tag, an dem diese Äußerungen bekannt wurden, bestätigte der grüne BuVo einstimmig die Erklärung der Bundestagsfraktion durch einen eigenen Beschluß - nur diesmal ohne die vier Kriterien.

Der gegenwärtige Stand der Diskussion ist aus Sicht der Parteirechten um Schulz nur ein Teilerfolg. Eigentlich wollten sie 1. die Ausgrenzung auch auf die Länderebene ausgedehnt wissen und 2. einen Parteitagsbeschluß in dieser Sache. Damit sind sie gescheitert. Bestätigt wurde aber das Dogma, daß eine rot-grüne Regierung in Bonn unter Tolerierung der PDS ein Ding der Unmöglichkeit sei. Dieses Dogma befürworten SPD und Bündnisgrüne gemeinsam - wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Die SPD hält sich weiterhin alle Optionen offen. Starke Kräfte in der Partei stehen selbst einer rot-grünen Bundesregierung ablehnend gegenüber. Viele halten eine große Koalition für die bessere Alternative, wie sie bei allen wichtigen tagespolitischen Ereignissen in der einen oder anderen Form schon heute exerziert wird. Die Äußerungen der SPD-Rechten im "Seeheimer Kreis" sind nicht nur hierfür ein Indiz. Eine Normalisierung des Verhältnisses zur PDS ist aufgrund dieser internen Widersprüche nicht denkbar.

mb., Berlin

Anmerkungen:

(1) "Gesichtspunkte für eine Verständigung der ostdeutschen Sozialdemokraten zum Thema ,Umgang mit der PDS`", in: FR, 19.12.96, "SPD kann Zusammenarbeit mit der PDS im Osten nicht ausweichen".

(2) Abgedruckt in der FR, 9.1.97, unter der Überschrift: "Es stellt sich die Frage nach den Grundwerten".

(3) vgl. das Papier von 17 Bündnisgrünen, u.a. Marianne Birthler, Werner Schulz, Gerd Poppe, Michaele Schreyer, Andrea Fischer, in: FR, 15.1.97.

(4) "Wörlitzer Erklärung" der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, in: taz, 11.1.97

(5) "Die ‚Wörlitzer Erklärung` taugt nicht", FR, 14.1.97

8. Sieg der Reformtroika in der PDS. PDS- Parteitag sagt Ja zum Regieren und Nein zu einer Vorsitzenden

Autor: Peter Nowak · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:08

Ein Treffen ohne Überraschungen - auf diesen kurzen Nenner läßt sich der 5. Parteitag der Partei der demokratischen Sozialisten (PDS) bringen, der vom 17. bis 19.1.1997 in Schwerin, der Hauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern, über die Bühne ging. Dabei wurden diesmal Nägel mit Köpfen gemacht. Die PDS will nach den Bundestagswahlen 1998 als Teil einer Reformkoalition gemeinsam mit der SPD und den Bündnisgrünen die liberalkonservative Regierung ablösen.

Das mit großer Mehrheit angenommene Bekenntnis zur Regierungsverantwortung war innerhalb wie außerhalb der Partei erwartet worden. Die Richtungsentscheidung auf programmatischer Ebene wurde personell mit der Wahl des entschiedensten Protagonisten des Reformlagers, André Brie, in den Parteivorstand untermauert. Gregor Gysi kandidierte nicht mehr für dieses Gremium, wird aber als Vorsitzender der Bundestagsfraktion weiterhin entscheidenden Einfluß auf die Politik der Partei haben.

Die Ergebnisse des Parteitags sind ein Erfolg der Reformtroika Gysi, Brie und Bisky. Nach dem PDS-Strategiekongreß in Berlin Anfang November 1996 (siehe ak 396) durfte allerdings nichts anderes erwartet werden. Dort konnte die Basis noch einmal Dampf ablassen, damit der jetzige Parteitag von prinzipiellen Diskussionen verschont blieb.

Damit wurde der Stimmung eines Großteils der Parteibasis Rechnung getragen, die in Leserbriefen in der Tageszeitung Neues Deutschland in den letzten Wochen ein Ende der parteiinternen Auseinandersetzungen gefordert hatte. Und so strahlte der 5. Parteitag ein großes Maß an Harmonie aus, obwohl entscheidende - und in der PDS durchaus umstrittene - Beschlüsse für die Zukunft der Partei gefaßt wurden.

Harmonieparteitag

Kein Parteiflügel sollte als Verlierer aus dem Kongreß hervorgehen. Nachdem am Samstag der Kandidat der Kommunistischen Plattform (KPF), Michael Benjamin, bei der Wahl zum Parteivorstand unterlegen war, und die KPF deshalb wieder nicht in dem höchsten Parteigremium vertreten sein wird, milderten die Delegierten am Sonntag diese Niederlage etwas ab. Der Antrag des Parteivorstands, durch eine Statutenänderung die Rechte der KPF empfindlich einzuschränken, wurde mehrheitlich zurückgewiesen. So wird die KPF auch in Zukunft sechs Delegierte zu Parteitagen entsenden können sowie finanzielle und materielle Unterstützung durch die Partei erhalten. Und so konnten am Ende alle mit den Beschlüssen leben, und die angereisten Fotografen mußten sich auf den Rausschmiß eines Journalisten der neofaschistischen Wochenzeitung Junge Freiheit stürzen, um wenigstens eine kontroverse Szene auf Zelluloid bannen zu können.

Daß ausgerechnet das Bekenntnis zur Koalitionsfähigkeit so reibungslos über die Parteitagsbühne gehen konnte, überrascht vor allem westdeutsche Beobachter, die noch immer die jahrelangen Auseinandersetzungen bei den Grünen vor Augen haben. Doch der Vergleich PDS-Bündnisgrüne hat nie gegriffen. Denn im Gegensatz zu den Grünen war die PDS nie eine Bewegungspartei. Ihr Verhältnis zur Macht war als ehemals führende Staatspartei dem der Ökopartei diametral entgegengesetzt.

Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß es bei den innerparteilichen Auseinandersetzungen der PDS am wenigsten um die Frage der Regierungsbeteiligung geht. So betonte die KPF noch vor dem Parteitag ihre Bereitschaft zum Mitregieren, falls eine Analyse der Kräfteverhältnisse ergebe, daß durch eine Regierungsbeteiligung Wesentliches zur Verbesserung der Situation geleistet werden könne. Diese Position nahm KPF-Sprecher Heinz Marohn bereits nach der siebten Bundeskonferenz der KPF am 8.12.1996 in Berlin in einem Interview mit der jungen Welt (10.12.96) ein.

Streitpunkte zwischen KPF und Reformern liegen eher in der Beurteilung der DDR, in der Bedeutung des Klassenkampfes für die aktuelle Politik und in dem Bezug auf die Klassiker Marx und Lenin. Auch um das Marxistische Forum, das bei seiner Gründung im Sommer 1995 heftige Reaktionen beim Parteivorstand ausgelöst hatte (siehe ak 380), ist es ruhig geworden. Zunächst wurde eine Spaltung der Partei herbeigeredet, nur weil 35 abgewickelte DDR-Intellektuelle bemängelten, daß die PDS ihre Hilfe und Beratertätigkeit zu wenig in Anspruch nehme. Ihr Angebot zur konstruktiven Mitarbeit kleideten sie in den Aufruf "In großer Sorge". Doch

weitere Initiativen blieben aus. Vor dem Parteitag erklärte das Marxistische Forum, daß die Diskussion über eine Regierungsbeteiligung der PDS Teil der Debatte um eine Gesellschaftsanalyse der Partei sein müsse, keineswegs aber prinzipiell abgelehnt werde.

Auch die AG-Junge GenossInnen (AGJG), von konservativen Medien und vom Verfassungsschutz zur verfassungsfeindlichen, radikalen Kaderschmiede hochgespielt, ist heute weitgehend in die Partei integriert. Dazu trug die von Gregor Gysi geförderte Wahl der AGJG-Vorsitzenden Angela Marquardt zur stellvertretenden Parteivorsitzenden auf dem vorletzten Parteitag bei. Eine erneute Kandidatur in diesem Jahr hat sie aus persönlichen Gründen abgelehnt. Polarisierende Anträge gehen von der AGJG, anders als noch vor zwei Jahren, zur Zeit nicht aus. In der Auseinandersetzung zwischen dem Reformflügel und der KPF steht die AGJG in der Regel an der Seite der Reformer. Wenn es auch bei der Jugend Kritik am Anpassungskurs der PDS gibt, so sieht man doch eher bei den Reformern als bei der KPF Bündnispartner für die eigenen feministischen, ökologischen und lebensreformerischen Zielsetzungen. Heute bekleiden AGJG-AktivistInnen Funktionen auf verschiedenen Parteiebenen. Als eigenständige Strömung hingegen ist die AGJG - auch auf Grund von verbandsinternen Querelen - kaum noch existent.

Die einzigen Querschüsse kommen von einem heterogenen Bündnis aus vornehmlich West-PDSlerInnen. Dies möchte "dem Anpassungsdruck und den parteiinternen Eskapaden der sog. Erneuerer" entgegentreten und verschickt Einladungen zum "Vorbereitungstreffen für die zweite Basiskonferenz der PDS". Eigentlich sollte der Termin schon feststehen. Doch der KPF-Vorstand wollte sich vor dem Parteitag nicht festlegen. Die geringe innerparteiliche Resonanz der ersten Basiskonferenz im Dezember 1995 in Berlin läßt allerdings gewisse Zweifel aufkommen, ob mit diesem erneuten Anlauf größere Wirkung erzielt werden kann.

Wie feministisch

ist die PDS?

Im Medienrummel um die Regierungsbeteiligung ging unter, daß erstmals in der Parteigeschichte das feministische Selbstverständnis der Partei zur Diskussion stand. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen der PDS ging mit konkreten Anträgen zur Quotierung und zur Transparenz von Machtstrukturen in den Parteitag und löste damit schon im Vorfeld heftige Verwirrung in der männlich dominierten Parteispitze aus. Ausgerechnet André Brie, der noch in seinen im letzten Jahr erschienen politischen Selbstzeugnissen "Ich tauche nicht ab" (siehe ak 395) dem Feminismus einen hohen Stellenwert für sein Konzept einer modernen linkssozialdemokratischen Partei einräumte, verwarf die Forderungen der Parteifrauen. Die Partei sei dafür noch nicht reif, lautete die Begründung. Als "eine Entmündigung der Parteidelegierten" (jW, 14.01.97) bezeichnete Christina Schenk, frauenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe, Bries Verhalten. Der Feminismus sei eines der Felder, auf dem sich entscheiden werde, ob die PDS eine linke zukunftsfähige Partei wird, meinte sie weiter.

Der Antrag, den Parteivorsitz mit einer Frau und einem Mann doppelt und quotiert zu besetzen, wurde von den Parteitagsdelegierten abgelehnt. Allerdings sieht die Bundesfrauenreferentin der PDS, Vera Vordenbäumen, dennoch frauenpolitische Fortschritte. So habe der Parteitag den zentralen Leitantrag der Bundesfrauenkonferenz sowie ein Förderkonzept für PDS-Politikerinnen, mit dem Frauen in der Partei unterstützt werden sollen, angenommen. Eine Parteivorsitzende schloß Vordenbäumen für die Zukunft nicht aus. Der Parteitag habe gezeigt, daß es genügend qualifizierte Politikerinnen gebe.

Bündnis mit wem?

In der obligatorischen Pressekonferenz in der Berliner PDS-Zentrale am Montag nach dem Parteitag erklärte ein sichtlich zufriedener Gregor Gysi, daß "die rückwärtsgewandten AnhängerInnen der PDS klar zurückgewiesen" worden seien. Als große Erfolge der ReformerInnen nannte er die Ablehnung der Doppelmitgliedschaft in der PDS (dies betrifft hauptsächlich Mitglieder der DKP) und die Einspruchsmöglichkeit der Vorstände gegen die Bildung von Arbeits- und Interessengemeinschaften in der Partei. Das richtet sich vor allem gegen den Bund Westdeutscher KommunistInnen (BWK), der seit längerem versucht, als Arbeitsgemeinschaft in der PDS anerkannt zu werden (siehe ak 377 und 378). Auch in der Statutenfrage sieht Gysi noch alles im Fluß. Der nächste Parteitag könne da sicher noch korrigierend eingreifen.

Die größten Hindernisse für die PDS-Reformer liegen jetzt außerhalb der Partei. Erst wenige Tagen vor dem Parteitag haben die Bündnisgrünen in ihrer Wörlitzer Erklärung jede Zusammenarbeit mit der PDS ausgeschlossen. In der SPD geraten Politiker wie Wolfgang Thierse, die auf Länderebene eine Festlegung gegen die PDS vermeiden wollen, unter Druck des rechten Parteiflügels. So muß einstweilen die Erfurter Erklärung, in der Gewerkschaftslinke und den Bündnisgrünen, bzw. der SPD nahestehende Linksintellektuelle für eine Reformkoalition unter Einschluß der PDS plädieren, als Hoffnungsschimmer für eine Veränderung des politischen Klimas im Lande herhalten.

Vorausgesetzt, daß die Bonner SPD mitspielt, wird die PDS nach den nächsten Landtagswahlen in einem der fünf neuen Bundesländer die Gelegenheit zum Mitregieren bekommen. Die GegnerInnen einer Regierungsbeteiligung sind innerparteilich in einer solch minoritären Situation, daß auch dann keine großen Brüche in der Partei zu erwarten sind.

Peter Nowak

9. Wir schwimmen weiter gegen den Strom. Autonomes Frauenhaus Kassel widersetzt sich der Übernahme

Autor: Frauenhaus Kassel · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:31

Autonome Frauenhäuser sind zunehmend in ihrer Existenz bedroht und werden entweder geschlossen oder von genehmeren TrägerInnen übernommen. Besonders die Arbeiterwohlfahrt (AWO) hat sich hier hervorgetan, wie ak in der Ausgabe 393 (vom 22.8.96) berichtete. Doch in Kassel leisten Frauen Widerstand.

Das zweite Ultimatum, daß die Stadt Kassel dem seit 20 Jahren arbeitenden autonomen Trägerinnenverein Frauenhaus Kassel gestellt hat, ist abgelaufen. Erst bis zum 20.12.96, dann bis zum 2.1.97 sollten die Mitarbeiterinnen das in städtischem Besitz befindliche Gebäude verlassen haben. Die umtriebige Stadt forderte gleichzeitig, alles was jemals aus Spendenmitteln, Bußgeldern oder Zuschüssen angeschafft wurde, an Ort und Stelle zu belassen, was einer Enteignung gleich kommt.

Jetzt will die Stadt beim Landgericht die Räumung für die AWO erzwingen. Dabei hatte sich die seit dem 1.1.97 in den Startlöchern stehende AWO alles so schön ausgedacht. Unter dem Vorwand, Renovierungsarbeiten zwischen den Jahren durchführen zu müssen, ließ die AWO "in Absprache mit der Frauenbeauftragten" die Bewohnerinnen des Frauenhauses wissen, daß es sich bei ihrem Verein um den neuen Träger des Frauenhauses handelte, und legten ihnen nahe, in der Zeit vom 20.12.96 bis Anfang/Mitte Januar '97 in ein anderes Frauenhaus in der näheren Umgebung auszuweichen, da ab dem 20. Dezember "keine Betreuung für Sie und Ihre Kinder" angeboten wird. Lediglich ein Haus kam in der Umgebung in Frage: das AWO-Frauenhaus in Homberg, welches die AWO erst Mitte letzten Jahres vom einstigen autonomen Träger einkassiert hatte. "Ihr Wunsch nach Anonymität wird von uns respektiert" schrieb die AWO weiter in dem Brief, "wir benötigen von Ihnen folgende Angaben für den Abfahrtstag am 20.12.96: Anzahl der Personen, Anzahl der Gepäckstücke, Uhrzeit 14 oder 17 Uhr." Ganz konspirativ wurde als Treffpunkt eine Straßenecke in der Nähe des Frauenhauses genannt, von der aus Frauen und Kinder "ganz anonym" abtransportiert werden sollten. Zum Schluß ein freundlicher Gruß der Vorsitzenden und Mitarbeiterinnen der AWO.

Offensichtlich rechneten weder die AWO noch die Stadt mit der folgenden Reaktion der Bewohnerinnen:

- Aus Protest gegen die beispiellose Ignoranz gegenüber ihrer Situation und der ihrer Kinder kurz vor Weihnachten,

- aus Solidarität mit dem autonomen Frauenhausverein und damit den Mitarbeiterinnen und

- aus Protest gegenüber dem designierten Träger AWO und den damit gleichzeitig in Kraft tretenden Mietverträgen, die zahlreiche Verschlechterungen nach sich ziehen, entschlossen sich alle Frauen, mit ihren Kindern im Haus zu bleiben und gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen der Dinge zu harren, die da kommen. So konnten alle zusammen ein schönes Weihnachtsfest feiern. Doch mit einer gewaltsamen Räumung war und ist zu rechnen.

Neben zahlreichen Solidaritätsschreiben und -faxen von Einzelpersonen, von Gruppen und Projekten, die sowohl beim Sozialministerium in Wiesbaden, im Rathaus Kassel als auch bei der Arbeiterwohlfahrt in Kassel und Bonn zur Kenntnisnahme eingegangen sind, fand im November eine Soli- und Protestaktion der Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser in Hessen statt. Vor Ort wurde Frau Nimsch als zuständige Ministerin und Hauptfinanzierungsträgerin der Personalkosten der Frauenhäuser aufgefordert, aus der abwartenden Deckung herauszukommen. Ihre politische Stellungnahme "mir ist ein autonomes Frauenhaus nicht nur in Kassel lieber" ist zwar gut gemeint, aber völlig unzureichend. Sie wurde aufgefordert, als Grüne Ministerin ein eindeutiges und unmißverständliches Votum für den autonomen Frauenhausträger in Kassel abzugeben und gleichzeitig der Arbeiterwohlfahrt mitzuteilen, daß mit einer Finanzierung aus ihrem Hause nicht zu rechnen sei.

Symbolische Übernahme der AWO

Anfang dieses Jahres wurde das Gebäude der AWO in der Wilhelmshöher Allee symbolisch von zahlreichen Frauen und Lesben übernommen. "Sie haben eine Stunde Zeit, Ihren Arbeitsplatz zu verlassen", wurden MitarbeiterInnen und Vorstand der AWO von den protestierenden Frauen in Kenntnis gesetzt. "Nehmen Sie bitte nur Ihre persönlichen Sachen mit! Das autonome Frauenhaus ist ab sofort die neue Trägerin der AWO." Jens Jäger, der Chef der AWO, zog die vornehme Blässe vor und hielt sich wie immer mit öffentlich zugänglichen Äußerungen zurück. Verunsichert drohte er den Frauen mit einer Anzeige, wenn sie das Büro nicht verlassen. "Wieviele Frauen kommen denn noch?" AWO-MitarbeiterInnen in anderen Büros wunderten sich über die Aktion, weil sie innerhalb der AWO nicht an der Auseinandersetzung mit dem autonomen Frauenhaus beteiligt worden waren. Vor dem Gebäude wurde mit Transparenten und Flugblättern auf die AWO-Übernahme aufmerksam gemacht. Mit einer Kofferparade "Hände weg vom autonomen Frauenhaus Kassel" wurden gleichzeitig immer wieder die Autofahrer zum Stoppen gebracht, um ihnen das Lesen der Transparente und Flugis zu ermöglichen. Bei der - nicht nur aufgrund der Bereitschaft zur Übernahme des Frauenhauses - ins Zwielicht geratenen Kasseler AWO mochte indes keine richtige Freude über diese gelungene Aktion aufkommen.

Wieder war die Kreisvorsitzende Anneliese Wolf diejenige, die die Lokalpresse HNA (Hessisch-Niedersächsische Allgemeine) wissen ließ, daß die AWO völlig unschuldig sei, sich niemals als Frauenhausträger beworben habe, sondern von der Stadt gebeten wurde, nur ihre Pflicht tue und sich der politischen Willensbildung beuge....

Sie vergaß auch nicht zu betonen, welch wichtige Rolle Frauen bei der AWO schon immer gespielt haben. Vergessen hat sie allerdings, daß zumindest in den letzten Jahrzehnten diese Rolle vornehmlich an der Basis der Hierarchiepyramide angesiedelt war. Wolf tat weiter kund, daß die AWO von Frauen gegründet wurde (was richtig ist. Maria Juchacz, Gründerin des Sozialkonzerns AWO, würde diesen heute sicherlich gründlich von unten nach oben aufmischen und ihre WohlfahrtlerInnen mal lehren, was praktische Solidarität mit anderen Vereinen, Selbsthilfegruppen und der Frauenbewegung heißt). Und last but not least ließ sie die Presse wissen, daß die Arbeiterwohlfahrt bereits bundesweit 32 Frauenhäuser unterhalte und damit quasi prädestiniert für diese Arbeit sei. Was sie hier geflissentlich unterschlagen hat, ist die besondere Erfahrung der AWO im Ausschalten autonomer Frauenhausvereine, um dann das Erbe der häufig jahrelangen unbezahlten Aufbauarbeit der Frauenhausbewegung anzutreten. Das Frauenhaus Homberg/Efze, das Frauenhaus Kassel und das Frauenhaus Emden stehen dabei wahrlich nur beispielhaft (vergl. ak 393).

Politische und gerichtliche Auseinandersetzung

Hätte aber die AWO, eine Schwesternorganisation der SPD, der Übernahme des autonomen Frauenhauses nicht zugestimmt, wäre der Trägerwechsel politisch nicht entscheidbar gewesen. Die Bemühungen der SPD-Landtagsabgeordneten Lisa Vollmer, ihre ParteigenossInnen in Kassel umzustimmen und die AWO zum Ausstieg aus den Verhandlungen zu bewegen, scheiterten. Auch mit dem gemeinsam mit VertreterInnen von Bündnis 90/Die Grünen durchgesprochenen neuen Vertragsvorschlag des autonomen Frauenhauses ließen die GenossInnen in Kassel sie Anfang des Jahres '96 auflaufen. Anfang Januar '97 sprang die SPD der immer mehr in Bedrängnis geratenen, z.T. mit der SPD personalidentischen AWO endlich auch öffentlich zur Seite. Die Frauenhausfrauen hätten sich durch ihre ungeschickte Verhandlungstaktik die Situation selbst zuzuschreiben, und die AWO sei ein kompetenter Frauenhausträger, so die Zusammenfassung einer Pressemitteilung der SPD. Indes äußert sich der CDU OberbürgerInnenmeister und Frauen- und Lesbendezernent der Stadt Kassel nur ausweichend. Weil die Frauenhausfrauen die von ihm vorgelegten neuen Verträge nicht unterschreiben wollten, hätte er jetzt die AWO als neuen Träger des Frauenhauses beauftragt. Daß die AWO weit bessere Verträge zur Unterzeichnung vorgelegt bekam als das autonome Frauenhaus, daß in diesen Verträgen eine zahlenmäßig nicht definierte Öffnungsklausel für anfallende Defizite eingearbeitet wurde, verschweigt der OB lieber. Die Einrichtung AWO-Frauenhaus ist somit finanziell weit besser abgesichert, als es das autonome Frauenhaus jemals war. Für die Bewohnerinnen und ihre Kinder entstehen Nachteile durch die Einführung eines verdeckten Pflegesatzes der Mietzahlungen. Insbesondere Migrantinnen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus werden in diesem Frauenhaus die Tore verschlossen bleiben.

Bei allem öffentlichen Gerede um den neuen Träger des Frauenhauses hat der OB bis heute nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß die Stadt Kassel lediglich einen weiteren Frauenhausträger beauftragen kann. Dem autonomen Frauenhausverein die Trägerschaft abzuerkennen, steht nicht in ihrer Macht. Sie kann nur

das sich in städtischem Eigentum befindliche Gebäude zurückfordern. Und das versucht die Stadt. Sie hat mittlerweile ein Räumungsverfahren gegen den Frauenhausverein angestrengt. Die Klage erreichte am 15.1.97 das autonome Frauenhaus. Doch Bewohnerinnen und Mitarbeiterinnen sind optimistisch. "Die Stadt hat es versäumt, die Verträge für das Gebäude zu kündigen. Sie haben sich um ein weiteres Jahr verlängert", so eine Sprecherin des Frauenhauses.

Nicht nur hierüber werden die Gerichte zu entscheiden haben. Sollte es tatsächlich zu einer Räumung des Gebäudes kommen, stehen weitere Prozesse ins Haus. "Bei der Übernahme des Frauenhauses handelt es sich rein rechtlich ganz klar um eine Betriebsübernahme. Der designierte Träger AWO ist verpflichtet, die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses zu übernehmen und weiter zu beschäftigen", so die Rechtsauskunft von kompetenter Seite. Die AWO hat sich dazu noch nicht geäußert, jedoch anderslautende Fakten geschaffen. Zu Beginn des neuen Jahres hat sie sieben Frauen als Frauenhausmitarbeiterinnen umbesetzt bzw. neu eingestellt, einschließlich der Heimleitung.

Solidarität ist praktische Unterstützung

Die gerichtliche Auseinandersetzung indes ist nur eine Seite des Konflikts. Die Frauenhausfrauen sind in jedem Falle entschlossen, weiterzumachen - notfalls auch in einem anderen Gebäude. Solidarität mit dem Frauenhaus hat auch praktische Seiten. Viele Frauen (und auch Männer) haben dies in der Vergangenheit bewiesen. Für den Fall der nicht auszuschließenden Fälle existiert bereits eine Telefonkette, die unbegrenzt erweitert werden kann. Sollte es zu einer gewaltsamen Räumung des Frauenhauses kommen, ist für diesen Tag ein Treffen vor dem Kasseler Rathaus um 15 Uhr angesetzt. Was Ihr ganz praktisch machen könnt, erfahrt Ihr unter der Telefonnummer 0561/898889. Infomaterial kann im Frauenhaus angefordert werden. Auch ist das Frauenhaus weiterhin auf Spenden für die praktische Arbeit und für Öffentlichkeitsarbeit angewiesen.

Einem warmen Herbst kann ein lauer Frühling folgen, einem kalten Winter ein heißer Sommer!

Frauenhaus Kassel

Kontakt: Frauenhaus Kassel, Postfach 101103, 34011 Kassel, Tel. 0561/898889, Fax. 84313 Spenden: Kto.Nr. 618371, Sparda Bank Kassel, BLZ 52090500, Stichwort ÖFF-Arbeit

10. Rassismus: Ganz demokratisch und legal. Redebeitrag auf der Antifa-Demo in Eningen am 1.2.1997

Autor: Komitee gegen die Bezirksstelle · Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:18

Am Samstag, den 1.2.1997, demonstrierten rund 3.000 Menschen in Eningen bei Reutlingen (Baden-Württemberg) gegen die dortige "Nationale Begegnungsstätte" der NPD. Nach dem Tod von zwei alten Faschistinnen vor drei Jahren hatte die Partei in Eningen eine Villa geerbt. Seit dem vergangenen Jahr ist dort Holger Apfel, der Bundesvorsitzende der "Jungen Nationaldemokraten" polizeilich gemeldet; andere Jung- und Altnazis gehen ein und aus.

In den vergangenen drei Jahren hat es eine Vielzahl von lokalen und regionalen Aktivitäten gegen die NPD-Villa gegeben. Getragen wurden sie von einer örtlichen Bürgerinitiative und von autonomen Antifas aus dem benachbarten Reutlingen.

Zu der antifaschistischen Demonstration am 1.2. hatte ein breites Bündnis von autonomen Antifa-Gruppen über die VVN bis hin zur örtlichen IG-Metall aufgerufen. Wir dokumentieren den Redebeitrag des Komitees gegen die Bezirksstelle (KGB), einer antirassistischen Gruppe aus Reutlingen. Der Text wurde von der ak-Redaktion gekürzt.

Diese Demonstration ist notwendig, um die Gemeinde Eningen in ihrem Kampf gegen das Neonazi-Zentrum zu bestärken und um den verantwortlichen Behörden Druck zu machen. Wir wollen es nicht hinnehmen, daß die NPD hier ein überregionales Ausbildungszentrum einrichtet. Wir wollen es nicht hinnehmen, daß sich hier Leute treffen, die dann überall in der BRD ihre Menschenverachtung an Flüchtlingen, MigrantInnen, Obdachlosen, Schwulen und Lesben, Behinderten, sozial Schwachen usw. auslassen.

Wir wollen unseren Blick aber nicht nur auf die Neonazis richten, sondern auf unsere gesamte Gesellschaft und auf die herrschende Politik in diesem Land. Diese Politik hat vieles von dem umgesetzt, was das ganz rechte politische Spektrum von Reps bis NPD schon davor gefordert hatte. Unsere Gesellschaft ist im gesamten stark nach rechts gerückt. Spätestens seit der Wiedervereinigung ist ein nationalistischer und rassistischer Umbau unserer Gesellschaft zum Markenzeichen des herrschenden Parteienspektrums geworden. Ganz demokratisch und legal haben die Herrschenden das Ausländergesetz verschärft und neue Sondergesetze für Flüchtlinge und MigrantInnen eingeführt. Flüchtlinge wurden wieder in menschenunwürdigen Kasernen, Containern und Fabriken untergebracht, isoliert, umzäunt und überwacht. Die Herrschenden haben das Grundrecht auf Asyl abgeschafft, sie haben Abschiebeknäste eingerichtet, die Grenzen dicht gemacht und tausende Menschen abgeschoben. Derzeit steht gegenüber den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Ex-Jugoslawien die größte Abschiebewelle in der Geschichte der BRD an. Dieselbe Politik wird unter deutscher Führung auch in der gesamten Europäischen Union umgesetzt.

Alle diese Maßnahmen haben zum Tod von mehreren hundert Menschen geführt - sie starben durch Selbstmord aus Angst vor der Abschiebung, sie erfroren an den Grenzen, sie kamen durch rassistische Brandanschläge um, sie wurden auf offener Straße ermordet. Das sind die Leichen, über die unsere gewählten VolksvertreterInnen in den letzten Jahren gegangen sind. Und es werden weitere hinzukommen, wenn sich nichts ändert.

Privilegien für Deutsche

Migration und Flucht sind eine weltweite Realität. Sie sind Folge jahrzehntelanger kapitalistischer Ausbeutung des Südens, Folge von ökologischer Zerstörung und von Kriegen, Folge von sexistischer Gewalt und von Diktaturen, die vom Westen unterstützt werden. Auf die wenigen Flüchtlinge, die hierher kommen, reagieren die Herrschenden in diesem Land mit Repression und Abschreckung, mit Ausgrenzungsstrategien und mit Selektion. Eine Lockerung der Migrationspolitik ist mittlerweile kaum mehr denkbar. Der "Standort Deutschland", die "Globalisierung" oder die "Arbeitslosigkeit der Deutschen" sind die Schlagworte, die jegliche Gegenargumente ersticken sollen. Und seien wir ehrlich: Die meisten Menschen in unserer Gesellschaft sehen in dieser Politik keinen Grund zum Widerstand, sondern die Sicherung ihrer Privilegien.

Unsere ganze Gesellschaft ist mittlerweile rassistisch durchstrukturiert:

- wir haben einen rassistischen Arbeitsmarkt, aus dem Nicht-Deutsche immer mehr ausgegrenzt werden und wo einflußreiche Teile der Gewerkschaften mittlerweile auch ins herrschende Horn blasen

- wir haben einen großen Teil der Medien, der die herrschende Politik propagandistisch verbreitet

- wir haben eine soziale Versorgungsstruktur, in der zwar auch für Deutsche gekürzt wird, aus der Flüchtlinge und MigrantInnen aber systematisch ausgegrenzt und in die Illegalität getrieben werden

- wir haben moderne Innenstädte, aus denen alle Menschen vertrieben werden, die nicht ins Bild dieser reichen Konsumgesellschaft passen

- und es hat sich eine Mentalität in den vergangenen Jahren entwickelt, die sich das herrische Recht herausnimmt, unter die deutsche Geschichte einen "Schlußstrich" zu ziehen. Als ob aus der rassistischen Vernichtungspolitik gegen Juden und Jüdinnen, gegen Roma und andere keinerlei Verantwortung für die Gegenwart mehr erwächst.

Wir haben ein gesellschaftliches Klima, in dem Flüchtlinge und MigrantInnen als Grund für alles Übel dieser Gesellschaft angesehen werden. Sie werden nur dann toleriert, wenn man sich an ihnen ökonomisch oder kulturell bereichern kann. Wir bezeichnen dieses gesellschaftliche Klima als rassistischen Konsens in unserer Gesellschaft. Es wäre daher ein Fehler, wenn wir Rassismus und Nationalismus nur im ganz rechten Spektrum der Gesellschaft verorten würden. Denn die Übergänge zwischen der gesellschaftlichen Normalität und extrem rechten Denkweisen und Handlungsweisen sind fließend.

Es macht deswegen keinen Sinn, die Rechten für eine Entwicklung verantwortlich zu machen, die nicht nur von ihnen gemacht wurde. Die Normalität der herrschenden bürgerlichen Gewaltverhältnisse muß der Ausgangspunkt für jeden emanzipatorischen Widerstand sein. (...)

Flüchtlingslager

in Reutlingen

Gerade in Reutlingen gibt es mittlerweile seit über vier Jahren die Bezirksstelle für Asyl und zwei große Flüchtlingslager. Von hier aus wird die verschärfte Asylpolitik vorbildlich umgesetzt. Flüchtlinge werden in Lagern interniert, im Schnellverfahren abgelehnt und abgeschoben. Aus der deutschen Bevölkerung gab es bisher kaum Protest gegen diese Lager und diese Asylpolitik. Trotz der jahrelangen rassistischen Hetze gegen Flüchtlinge und den zahlreichen Morden und Brandanschlägen, trotz der jahrelangen rassistischen Politik, die sich gerade auch in Reutlingen umsetzt, ist Solidarität mit Flüchtlingen in Reutlingen auch für die meisten progressiven politischen Kräfte kein Thema. Wir halten dies für eine Schwäche unserer antirassistischen und antifaschistischen Politik.

Daran sollten wir etwas ändern, und nicht nur deshalb, weil sich hier jetzt auch Neofaschisten heimisch machen wollen und sich damit die Lebensgefahr für Flüchtlinge in der Region erhöht. Solange es diese Lager gibt, ist die Gefahr für Flüchtlinge besonders hoch, zur Zielscheibe rassistischer Gewalt zu werden. Wir wollen deswegen hier alle auffordern:

- Setzt euch für die Abschaffung der Lager in Reutlingen und anderswo ein!

- Unterstützt antirassistische Initiativen!

- Unterstützt Flüchtlinge bei ihren politischen Protesten und in ihren Asylverfahren!

- Gewährt von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen Zuflucht!

- Vermittelt Flüchtlingen Arbeitsplätze und Wohnungen!

- Setzt euch für ein gesellschaftliches Klima ein, in dem auch Menschen ohne deutschen Paß und ohne deutsche Herkunft als Menschen gesehen werden!

Komitee gegen die Bezirksstelle, 1.2.97

11. Lübeck: Ermittlungen auf der Anklagebank

Autor: Vorstellung des Prozeßinfos · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:17

"Immer weiter entfernt sich der Prozeß von dem Versuch, Safwan Eid eine Schuld an dem Brand des 18. Januar nachzuweisen. Statt dessen gerät die Tätigkeit der Ermittler und Staatsanwälte immer mehr ins Kreuzfeuer. In einer Erklärung warf die Verteidigung Staatsanwalt Böckenhauer vor, den Inhalt eines Haftbefehlsantrags gegen Safwan verfälscht zu haben. Gustave Soussou war als der Familienvater benannt worden, an dem sich angeblich gerächt werden sollte - obwohl es hierfür keinerlei Anhaltspunkte gab. Die Auftritte zweier Kriminalbeamter in der letzten Woche gaben weiter Einblicke in die katastrophal schlampige Arbeit der Polizei. So schlampig, daß bloße Versäumnisse als Erklärung immer weniger glaubhaft sind." - So faßt die jüngst erschienene vierzehnte Ausgabe des Lübecker "Prozeßinfo" den Stand des Verfahrens gegen Safwan Eid zusammen.

Das "Prozeßinfo" hat es geschafft, von Verhandlungstag zu Verhandlungstag eine kontinuierliche Berichterstattung über das Prozeßgeschehen zu gewährleisten und dabei auch die "Kleinigkeiten" zu dokumentieren, die weder FAZ noch (Bundes-) taz für berichtenswert halten: die penetranten Versuche der Staatsanwaltschaft etwa, nicht genehme Zeuginnen mit Fragen nach den Vätern ihrer Kinder, nach "wechselnden Männerbesuchen" etc. herabzuwürdigen. Oder die möglicherweise bedeutsame Tatsache, daß es nicht nur ein leicht zu öffnendes Fenster im Vorbau des Hauses, sondern auch einen offenstehenden Briefkastenschlitz gab, und daß einer der Grevesmühlener Rechten neben drei Benzinkanistern nach Aussagen eines Kumpans stets auch einen Benzinschlauch im Auto mitzuführen pflegte ...

Das "Prozeßinfo" dokumentiert Stellungnahmen der Verteidigung, z.T. auch der Staatsanwaltschaft, im Wortlaut. Weiter berichtet es über die Kampagne "Bleiberecht jetzt!" für die Flüchtlinge und über Solidaritätsaktionen wie die Demonstration von 500 SchülerInnen in Lübeck anläßlich des Jahrestages des Brandes.

Das "Prozeßinfo" wird noch mindestens bis zur Nr. 20 erscheinen - wahrscheinlich weit darüber hinaus. Abonnieren lohnt sich also - auch für Initiativen und WeiterverteilerInnen! Adresse:

Lübecker Bündnis gegen Rassismus,

Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck,

Tel. 0451-7020748

Untersuchungen: Nöö ..!

Zeuge Nr. 6 war ein weiterer Kripobeamter: Andreas R., seit Oktober letzten Jahres bei der Spurensicherung, Kriminalkommissar zur Anstellung. Er gab ebenfalls zum besten, was die Polizei alles unterlassen hat: Den Vorbau zum Filmen der Leiche Sylvios hat er nicht betreten. Aufnahmen lediglich aus einigen Metern Entfernung gemacht. Auf diesem Film war nach eigenem Eingestehen wenig zu erkennen. Ob die Lage der Leiche gekennzeichnet wurde, fragte die Verteidigung. Antwort: "Nö, von mir nicht".

Vom 18. bis 20. Januar bestand seine Aufgabe im Durchsieben und Prüfen des Brandschutts im Vorbau. Funde habe er einem der Sachverständigen vom LKA oder seinem Vorgesetzten bei der Spurensuche gezeigt, aber erst einmal "beiseite gelegt". In leicht ärgerlichem Ton fragte Richter Wilcken mehrmals, wie denn die Zuordnung möglich sei, als inwieweit dokumentiert wurde, wo im Vorbau denn die Funde gelegen haben. Das habe er nicht festgehalten, er habe gesiebt. Da man sich von vorne bis hinten durchgearbeitet habe, sei eine ungefähre Zuordnung gegeben. Von einer Systematik der Durchsuchung, z.B. durch Einrichtung von Planquadraten ist R. nichts bekannt. Ein Paradebeispiel für exakte Arbeit...!

Um das Haus herum habe man das Einwegfeuerzeug ("wohl weggeworfen worden"), zwei Flaschen und Glasscherben gefunden. Der PI-Detektor zum Aufspüren von Brandlegungsmitteln sei "praktisch überall" angewandt worden. Aber an die PID-Untersuchung am Fenstertritt des Vorbaus kann er sich nicht erinnern. Das Gerät habe nirgendwo ausgeschlagen. Auch wo genau die geschmolzenen Reste der Türfüllung gefunden wurden, wußte er nicht mehr (daraus hätten sich Rückschlüsse über den Öffnungszustand ziehen lassen...).

Auch Herr R. war mit der Begutachtung des Wartburgs beauftragt. Als die Verteidigung fragte, ob bestimmte Untersuchungen daran stattgefunden haben, war seine Standardantwort ebenfalls "nö".

Einen Stadtplan von Lübeck habe man im Wagen gefunden, die Hafenstraße war darauf aber nicht besonders gekennzeichnet. Ob es eine Untersuchung des Stadtplanes auf Fingerabdrücke gegeben habe, um evtl. deren Konzentration auf bestimmte Punkte auszumachen? "Nö". Müll sei im Auto gewesen, unaufgeräumt, ganz dreckig. Wurde der Müll näher untersucht? "Nö".

Ob Kanister im Wagen waren, kann er nicht mehr erinnern. Gleichwohl war es seine Aufgabe, gerade nach solchen Gegenständen zu suchen...

Ob er mit seinen Kollegen darüber gesprochen hat, daß eine richtige kriminaltechnische Untersuchung am Wagen nicht stattgefunden hat? "Nö, hab' ich nicht".

Daß sein Kollege L. die Begutachtung als Auftrag zu einer solchen kriminaltechnischen Untersuchung bezeichnet hat, hält er für ein Mißverständnis.

Die Zuschauer konnten sich fragen, ob die Polizei immer so arbeitet, und - wenn ja - warum überhaupt jemals Kriminelle überführt werden.

Doch selbst wenn wir unterstellen, daß der Prozeß die typischen Vorgehensweisen der Lübecker Kriminaltechnik offenbart: irgendjemand hat (frühzeitig!) entschieden, keine Profis mit den Untersuchungen gegen die Nazis aus Grevesmühlen zu betrauen.

Man brauchte Beweise gegen Safwan - die fanden nicht einmal die Profis -, deutsche Täter waren und sind unerwünscht.

aus dem Prozeßinfo Nr. 11 vom 12.12.96

12. ak feierte - und ziemlich viele kamen!

Autor: Vo · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:24

Hauptseitig frohgestimmt-gespannt und nebenseitig mulmig-verzagt machte sich Schreiber dieser Zeilen am Samstag, den 25. Januar 1997, auf den Weg ins Haus Drei in Hamburg-Altona. Dort sollte die Feier anläßlich des 25jährigen Bestehens von Arbeiterkampf / analyse und kritik / ak steigen. Im Vorraum zum Veranstaltungssaal so gegen 16.15 Uhr dann erfolgte der Umschlag von Haupt- und Nebenseite: Dem Schreiber dieser Zeilen wurde doch äußerst mulmig, als er ein Flugblatt in die Hand gedrückt bekam, in dem ausführlichst der Kampf zweier Linien in der KP Perus (auch bekannt als "Leuchtender Pfad") dargestellt und in messerscharfer Beweisführung erläutert wurde, wer die Bösewichter und wer die Guten waren. Die Sonderlinge der linken Bewegung waren also da. Aber wo waren die Massen? Ein scheuer Blick in den Veranstaltungssaal verhieß nichts Gutes, verloren sich dort doch gerade mal ein Dutzend Leutchen. Wenn mensch davon ausging, daß die BesucherInnen einer Veranstaltung wie dem 25-Jahre-Jubiläum einer Arbeiterzeitung irgendwann einmal "proletarische Disziplin" gelernt hatten, mithin pünktlich sein würden (der Beginn war auf 16.30 Uhr terminiert) - dann sah es finster aus.

Jedoch, welch' eine Überraschung: nur ein Viertelstündchen später (cum tempore - wie man in Kreisen des akademischen Proletariats sagt) hatte sich der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt (Hoffnungsfreude und Verzagtheit rangen im Innersten des Schreibers heftig miteinander), und draußen vor dem Saal sowie auf den Gängen standen noch etliche Menschen, die zu spät gekommen und keinen Stuhl mehr ergattert hatten (tja, wer es an "proletarischer Disziplin fehlen läßt, den bestraft das Leben!). Das Umfeld stimmte also, erinnerte sogar ein wenig an alte Zeiten, als der die Zeitung herausgebende Verein regelmäßig die (zum Teil weit größeren) Säle bei seinen Veranstaltungen proppevoll zu bekommen vermochte.

Die Diskussion

Und inhaltlich lief es dann auch recht gut. Die Redaktion hatte zu einer Diskussion geladen zum Thema: "Die soziale Frage - Ansatzpunkt für linke Politik?" Auf dem Podium nahmen dazu Stellung Judith Dellheim vom PDS-Parteivorstand (zudem aktiv im Koordinierungsausschuß Betrieb und Gewerkschaft der PDS); Jutta Klaß von der Vereinigung Sozialistische Politik (VSP), aktiv in der Internationalismus-Arbeit mit Schwerpunkt Mexiko; die Sozialwissenschaftlerin Gisela Notz (Redakteurin der Zeitschrift "beiträge zur feministischen theorie und praxis") sowie schließlich - gewissermaßen als Alibi-Mann - Karl-Heinz Roth, vom Moderator vorgestellt als "Arzt und Historiker" (mit dem kleinen Nachtrag: "... und wichtiger Theoretiker des linken und linksradikalen Spektrums").

Den PodiumsteilnehmerInnen waren vorab von der Redaktion einige (um präzise und ehrlich zu sein: neun - also ziemlich viele) Fragen zugegangen, auf die sie sich gefälligst in ihren auf zehn Minuten begrenzten Einleitungsbeiträgen beziehen sollten. Die Fragen zielten u.a. auf Handlungsräume für nationalstaatlich regulierte Sozialpolitik angesichts von "Globalisierung", veränderte Ausgangsbedingungen für linke Politik angesichts des Endes des keynesianischen Wohlfahrtsstaates, die Rolle der Gewerkschaften, Sinn oder Unsinn der Orientierung linker Politik an "der Arbeiterklasse" und - damit zusammenhängend - die Bedeutung "revolutionärer Subjekte" (falls vorhanden) in den ausgegrenzten und abgespaltenen Sektoren der Gesellschaft. In seinem Einleitungsbeitrag skizzierte der Moderator kurz den Hintergrund dieser Fragen: stetig steigende Arbeitslosigkeit, eine grandiose gesellschaftliche Umverteilung von unten nach oben, rücksichtslose Demontage des Sozialstaats, Gewerkschaften, die nicht Gegenmacht organisieren, sondern sich bei der Gegenseite als Verhandlungspartner anbiedern und allenfalls die Interessen ihrer Klientel unter der Facharbeiterschaft der Großbetriebe vertreten, aber Arbeitslose, Menschen in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen - und hier insbesondere Frauen - links (?) liegenlassen.

Selbstverständlich konnten die ReferentInnen nicht auf alle diese Probleme eingehen, trafen daher ausgehend von ihrem je spezifischen Ansatz eine Auswahl, wobei sich herausstellte, daß sie sich recht gut ergänzten. Lediglich Judith Dellheim präsentierte ein sehr weit gefaßtes Verständnis des Themas; sie verhandelte auch Fragen der Friedenssicherung, Umweltzerstörung und Menschenrechte als Aspekte der "sozialen Frage", was dazu führte, daß ihr Beitrag irgendwie diffus wurde und "ausfranste". Ihr mehrfach wiederholtes Diktum, bei der sozialen Frage gehe es im Kern um die "Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben", trug da auch nicht gerade zur Klarheit bei, schließlich haben sowohl der Obdachlose und die Sozialhilfeempfängerin als

auch der Multimillionär von der Elbchaussee "irgendwie" ja wohl "am gesellschaftlichen Leben teil". Praktisch-politisch wollte Dellheim die Politik der Linken hinsichtlich der sozialen Frage auf den "Kampf um existenzsichernde Arbeit" und "Kampf um soziale Grundsicherung" zuspitzen. Nun ja.

Gisela Notz thematisierte die soziale Frage als Frauenfrage. Sie kritisierte, daß die Frauenfrage lange Zeit von der radikalen Linken in den Bereich der "Nebenwidersprüche" abgeschoben worden sei und demgegenüber der "Hauptwiderspruch" von Lohnarbeit und Kapital - an den dann auch die "soziale Frage" geknüpft worden sei - als das "eigentlich" wichtige Aktionsfeld gegolten habe. Und auch heute sei es immer noch keine Selbstverständlichkeit in der Linken, die Frauenfrage als soziale und die soziale als Frauenfrage zu begreifen.

Jutta Klaß verwies insbesondere auf die internationale Dimension des Themas und stellte die Verbindung her zwischen den sozialen Kämpfen etwa in Mexiko und hier bei uns. Nicht zuletzt äußerte sie Verwunderung über das Fragezeichen in der Themenstellung der Veranstaltung, schließlich sei linke Politik ohne Auseinandersetzung mit der "sozialen Frage" gar nicht denkbar. Spätestens angesichts dieser Einschätzung machte sich bemerkbar, daß auf dem Podium ein bestimmtes Spektrum der Linken (wiewohl eingeladen) nicht vertreten war, welches - salopp gesagt - nach dem Motto: "Vergeßt die soziale Frage!" Ansatzpunkte für richtige, d.h. "radikale" linke Politik zumindest gegenwärtig nur auf anderen gesellschaftlichen Feldern sieht (Stichworte: Antirassismus, Antifaschismus, Antinationalismus, Antipatriarchalismus...).

Daß man die soziale Frage sehr wohl zum Angelpunkt linksradikaler Politik machen kann und machen muß - das versuchte einmal mehr Karl-Heinz Roth in seinem Beitrag darzulegen. Er ging aus von der Ambivalenz der Individualisierung, die mit den Veränderungen der Produktions- und sozialen Strukturen der letzten Jahre einhergegangen sei, und versuchte den Versammelten Mut zu machen, diese sozioökonomische Individualisierung nicht nur als Zersplitterung und Vereinzelung zu sehen, sondern auch als politische Potenz und Chance (wie ja auf dem politischen Gebiet übrigens sehr viele GenossInnen die Chance der Individualisierung ja durchaus auch ergriffen hätten). Dazu sollten wir endlich anfangen, über uns, unsere eigene Lage zu sprechen und uns selber mithin als Teil der "sozialen Frage" zu begreifen. Das leuchtete vielen TeilnehmerInnen (auch dem Schreiber dieser Zeilen, einem hochgradig individualisierten, äußerst unstetig beschäftigten akademischen Gelegenheitsarbeiter) unmittelbar ein, wie sich an einer ganzen Reihe von an Roth anknüpfenden Beiträgen aus dem Plenum im Verlaufe der Diskussion, die auf die Eingangsreferate folgte, zeigte.

Auch diese Diskussion war interessant, nach Anlaufschwierigkeiten meldeten sich doch recht viele Leute zu Wort. Sie bemühten sich (mit einer "sektiererischen" Ausnahme), aufeinander einzugehen und verhielten sich tolerant zueinander. So kam ein breites Spektrum von Meinungen zum Ausdruck: Von jenen, die einmal mehr die Lauheit der deutschen Arbeiterklasse beklagten und mit der Militanz der Arbeiterkämpfe in Südkorea, Frankreich und anderswo verglichen, bis zu jenen, die - gewichtig das Haupt wiegend - zu bedenken gaben, daß man Straßenkämpfe nicht umstandslos als höchste Form des Klassenkampfes abfeiern solle und daß das Fehlen solcher Kampfformen in Deutschland ja vielleicht auch etwas mit der institutionellen Stärke der Gewerkschaften hierzulande zu tun habe, die es den ArbeiterInnen erspare, auf die Straße zu gehen.

Insgesamt wurde der ak-Redaktion anhand der Debatte wenigstens zweierlei deutlich: Unser Überblick über die Lage in Gewerkschaften und Betrieben ist mittlerweile grottenschlecht; "eigentlich" ist auf diesem Gebiet intensive "Untersuchungsarbeit" angesagt. Und: Wir sollten ernsthaft prüfen, ob und wieweit der Roth'sche Ansatz: Laßt uns über uns als Teil der sozialen Frage reden! für die Entwicklung linker Politik auf diesem Felde trägt. Wir werden überlegen, wie wir das in und mit der Zeitung "operationalisieren" können.

Fazit: Zum Ende der Nachmittagsveranstaltung hatten sich beim Schreiber dieser Zeilen Zuversicht und Optimismus vollends gegen Verzagtheit und mulmiges Gefühl durchgesetzt. Und selbst wenn diese Veranstaltung sicher nicht neue Erkenntnisse zuhauf gebracht hat, so soll sie doch für die ak-Redaktion Anlaß sein, Mut zu schöpfen für die Planung ähnlicher Projekte.

Feier-Abend

Der abendliche Teil des Festes war dann fast ein Selbstläufer. In den Räumen des Hauses Drei drängelten sich auf allen Etagen die Massen (so um die vierhundert bis fünfhundert Menschen sollen es gewesen sein), sprachen den bereitgestellten kulinarischen Köstlichkeiten und alkoholischen Getränken zu und - was noch viel wichtiger ist: sprachen vor allem miteinander (das ist vielleicht auch ein Grund dafür, daß sich der Zuspruch

zum Alkohol und damit der Getränkeverkauf in Grenzen hielt; das war zwar unter geschäftlichem Gesichtspunkt nicht so doll, politisch-moralisch aber selbstverständlich aufs schärfste zu begrüßen). So manches Wiedersehen zwischen "alten" Genossinnen und Genossen konnte gefeiert werden, so manche Geschichte aus alten und jüngeren Zeiten des "Arbeiterkampfes" konnte wieder in Erinnerung gerufen werden. Kurz: Die Anwesenden waren ziemlich begeistert von diesem Fest.

Dazu trug nicht zuletzt das Kulturprogramm des Abends bei. Der Chor Hamburger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter brachte den übervollen Saal mit seinem internationalen Repertoire in Stimmung, und Schreiber dieser Zeilen registrierte mit Genugtuung, daß beim "Solidaritätslied" immerhin die große Mehrheit der Anwesenden in der Lage war, zumindest den Refrain mitzusingen. Abi Wallenstein heizte den Massen dann so richtig ein, wäre es nach dem Wunsch der Anwesenden gegangen, hätte er die ganze Nacht durch spielen sollen. Und auch die Leute von Engelscore (Punk-Over), die den Altersdurchschnitt auf der Tanzfläche erheblich nach unten drückten, konnten nicht nur ihre mitgebrachte Fangemeinde überzeugen, sondern fanden auch darüber hinaus ein begeistertes Publikum: Die ansonsten nicht als besonders impulsiv bekannte Berliner Ortsgruppe konnte beim Pogo beobachtet werden.

Über die abendliche Festrede auf ak soll nicht viel gesagt werden - es wäre ein wenig peinlich, wenn hier all' das Lob für Zeitung und Redaktion wiedergegeben würde (wir sind schließlich bescheiden und zurückhaltend). Nur eine kleine kritische Anmerkung: Wir sollten uns vor Mythen- und Legendenbildung in acht nehmen: Daß der "Arbeiterkampf" eigentlich immer eine eigenständige Zeitung gewesen sei, die weitgehend unabhängig von der sie tragenden Organisation und im Zweifelsfalle selbst gegen die Leitung der Organisation geschrieben und agiert habe - das stimmt so wohl doch nicht; lange Zeit war auch diese Zeitung schlicht Organisationszeitung, folgte der "Linie" der Organisation bzw. richtete die GenossInnen auf diese "Linie" aus. Das muß der Ehrlichkeit halber gesagt werden.

Geschwoft wurde bis in den frühen Morgen. DJane Kathrin hat es bravourös verstanden, die Leute tanzen zu lassen - und ebenso souverän hat sie dann um vier Uhr morgens dafür gesorgt, daß die Tanzfläche ganz gewaltfrei geräumt werden konnte. Zu dieser frühen Morgenstunde mußten dann auch die härtesten antinationalen Trinker auf sanft-energischen Druck des Haus Drei-Personals (ihr wart großartig - vielen Dank!) hin das Feld endgültig räumen. Und da selbst zwischenzeitlich verloren gegangene Brillen, Uhren usw. letztendlich ihren schusseligen BesitzerInnen von treusorgenden HelferInnen (auch diesen HelferInnen, ohne deren engagierten Einsatz das Fest nicht hätte steigen können, ein ganz herzliches Dankeschön!) wieder ausgehändigt werden konnten, sollte eigentlich jede und jeder mit dem Gefühl nach Hause (oder anderswohin) gegangen sein: Es war ein schönes Fest. Sowas sollte mensch öfters mal machen ?!?!

Vo

13. Glückwünsche zum ak-Jubiläum

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:33

Liebe ak-Redaktion!

Es ist schon lange her, daß ich euch geschrieben habe, so daß ich auch schon die Zeilenlänge nicht mehr weiß. Hoffentlich klappt's trotzdem. Der Anlaß des Schreibens ist eure o.g. Familienfeier, die in guter alter Manier durchorganisiert war und den Bedürfnissen von Kopf und Bauch gut tat. Das Audi-Max habt ihr zwar nicht gerade mehr gefüllt (wie 1973 nach dem Putsch in Chile), aber Gedränge herrschte doch im Tanzsaal des Haus 3, als die politische Diskussion langsam in Gang kam.

In der ihm eigenen Logik warf Karl Heinz Roth das Thema des Abends einem jeden vor die Füße: Die soziale Frage sind wir alle! Daß das revolutionäre Subjekt demnach nicht unbedingt nur im marginalen Sektor der Gesellschaft zu finden sein dürfte, war ihm dann auch schnell klar. Ob wir das alles nach dem ersten Versuch nun ohne "Großtheorien, Parteikader", falsche Gewißheiten, Ausblendung der Individualität noch einmal und mit der dem KB doch auch eigenen Effektivität hinkriegen könnten, wurde allerdings nicht beantwortet.

Wer aber bei dem zusah, was so mancher Gruftie noch bei der Musik von Abi Wallenstein auf die Tanzfläche kriegte, mußte nicht jegliche Hoffnung fahren lassen. Auch wenn diese bei den Klängen der kidie-band der Mut offenbar gänzlich verließ.

Allerdings ist die Zeit von "Venceremos! Vitoria est certa!" und der absoluten Gewißheit, auf der Gewinnerseite der Weltgeschichte zu stehen, gänzlich vorbei. Auch so manchem Ex-LG-Kader fiel am Beginn der politischen Diskussion am Abend zunächst nichts mehr ein, oder sie hielten sich vornehm zurück, waren sie sonst doch rasch zu Wort gekommen und hatten zur Identitäts- (und Gewißheits-) stiftung im KB entscheidend beigetragen. Aber zum Einmischen in den Lebenszusammenhängen, in denen wir gerade stehen (Arbeit, Schule, Uni, Familie, Stadtteil) müßte es eigentlich bei uns allen noch reichen. Und macht der "Arbeiterkampf" z.B. in Südkorea, der plötzlich und unerwartet die politische Weltbühne betreten hat, nicht Mut?!

Bei der alltäglichen politischen Auseinandersetzung im privaten und öffentlichen Bereich wird der ak sicherlich nicht mehr "Organisator" sein, aber hoffentlich noch lange ein Ratgeber, eine Stütze und zuverlässiger Informant!

Aufgemuntert verließ ich gegen 23.00h die Veranstaltung. Klar, daß der letzte Heiermann noch in die Sammelbüchse flog!

S. (Ex-KB-Sympie)

Power

Liebe Genossinnen & Genossen,

als ich den ak das erste Mal in der Hand hielt, war ich noch ein kleines punk (ich bin ja grad so alt) und dachte: was ein altlinkes Gelaber. Mittlerweile bin ich auch ein bißchen altlinker geworden und verstehe schon einiges, was dort niedergeschrieben wird. (Auch wenn ich nach wie vor schmissige Texte mit kurzen Sätzen, ohne viele Fremdwörter bevorzuge.) Auf jeden Fall will ich den ak nicht mehr missen. Also wünsche ich ihm noch mindestens weitere 25 Jahre mit guten Diskussionen & Aufgeschlossenheit gegenüber jungen Punks. Den MacherInnen viel Power und 'ne gute Fete!

Hanna aus Amsterdam

Schade

Liebe RedaktörInnen,

hiermit meinen Herzlichsten zum 25. Bestehen meines Leib- und Magenblattes. Gern würde ich in die Hansemetropole kommen und mit euch feiern. Es geht aber leider nicht, da ich morgen meinen Geburtstag feiere. Und da ich ein paar Jährchen mehr auf dem Puckel habe, nehmt ihr es mir gewiß nicht übel, daß ich dem Alter den Vorrang vor der Intelligenz gebe. Also, viele Grüße sendet und noch lange frohe Schreibschaffe wünscht euch

gerd bedszent

Gratulation

Vor ca. zehn Tagen ist mir eure Jubiläumsausgabe ins Haus geflattert und ich bin wirklich begeistert. Gerade für junge Leute wie mich, die es noch nicht auf soviel Jahre bringen wie AK/ak, tut es gut, nochmal was über frühere Debatten zu lesen. Beim Lesen dieser Ausgabe bekomme ich richtig Lust, mir auch mal ältere Ausgaben eurer Zeitung anzuschauen und mal euer Archiv durchzugucken. Natürlich nur, so es von euch aus in Ordnung geht und es sich zeitlich einrichten ließe ...

Dirk

Bonne Chance

Hallo ak-Leute,

Namens die Konfrontatie-digital-redaktion gratulieren wir euch met euer 25 Jahre ak!! Mit Karl Heinz Roth sagen wir: Bonne Chance ak!!

Liebe Grüße aus Holland,

Hans

Aus Moskau

Ich wünsche euch eine schöne Feier mit wenig Nostalgie und vielen neuen Ideen. Die Jub.-Nr. ist wirklich gelungen. Nur ein paar Stimmen von "der Basis" fehlen mir. Es wäre schön, wenn man in Richtung KB-Geschichte weiter arbeiten könnte. Vielleicht gibt es demnächst noch mal ein Datum, wo man mit weiteren Veröffentlichungen, vielleicht auch Kontroversen, nachlegen kann. Ich stoße mit einem Glas Sowjetskoje Champanskoje mit euch, auf uns, an.

Ulli

Revolutionäre Grüße

Liebe ak-Redaktion!

Herzlichen Glückwunsch zu eurem 25jährigen Bestehen. Als eine revolutionär-marxistische Organisation, die auf eine fast 67jährige Geschichte in diesem Land zurückblicken kann, wissen wir, welche Bedeutung einem Vierteljahrhundert linker Publizistik zukommt. Das derzeitige politische Kräfteverhältnis weltweit und hierzulande macht dieses Engagement sicherlich nicht leichter. Darum wünschen wir euch und uns auch weiterhin politische Ausdauer und verbleiben mit solidarischen Grüßen!

Politisches Sekretariat des RSB

(Revolutionär Sozialistischer Bund)

14. Vom Betriebskampf ins Grüne und zurück? Anmerkungen eines unzufriedenen Veranstaltungsgastes

Autor: Gaston Kirsche · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:29

Der Jubiläumsparty der Zeitung analyse und kritik (ak) am 25. Januar in Hamburg ging eine Diskussionsveranstaltung voraus. Über "Die soziale Frage - Ansatzpunkt für linke Politik?" sollte dort geredet werden. In der Diskussion brauchte es einen aktiven Gewerkschaftslinken, der nicht im KB war, um diese Fragestellung zu korrigieren: Es gehe nicht um irgendeine losgelöste "soziale Frage", sondern um Klassenauseinandersetzungen. Vom Podium konnte ihm darauf nicht geantwortet werden, denn in Ermangelung eigener Ideen beschränkte sich ak/KB-Mehrheit auf die Diskussionsleitung mit geladenen Gästen von der VSP (Jutta Klaß, Lehrerin), den "beiträgen zur feministischen theorie und praxis" (Gisela Notz, beruflich bei der Friedrich-Ebert-Stiftung tätig), vom (alten und neuen) PDS-Bundesvorstand Judith Dellheim und dem Erfinder der neuen Proletarität (Karl Heinz Roth, Arzt und Historiker). Wenn Judith Dellheim als frühere DDR-Bürgerin nicht mit auf dem Podium gewesen wäre, wäre die Annexion der DDR in der Diskussion überhaupt nicht vorgekommen. So konnte mann (anwesende radikalere Zwischenrufer) sich dann über besonders plumpe Formulierungen zur Mitgestaltung und Mitverantwortung in der BRD aufregen, die von anderen Diskutierenden vorsichtiger ähnlich vertreten wurden. So empfahl Gisela Notz ernsthaft, die "Modelle alternativen Wirtschaftens von Anfang der 70er wieder zu versuchen". Ihre ganze Kritik bestand darin, daß es damals bessere Bedingungen gegeben hätte, nicht aus der Not geborene. Trotzdem könnte damit heute wieder eine Gegengesellschaft aufgezeigt werden.

Selbständige

und Proletariat

Als sich im Publikum dann über die Gründung von Genossenschaften für Scheinselbständige ergangen wurde und mann sich selbst als soziales Subjekt (wieder)entdecken wollte, war das vor allem eines: ehrlich. Sich selbst als Subjekt mitzudenken wurde damit verwechselt, eine Analyse gesellschaftlicher Entwicklung über den Tellerrand der eigenen Szene hinaus ganz sein zu lassen. Mit revolutionärem Bruch hatte dieses mühsame Reden, was nur das Vorprogramm zur Nostalgieparty war, kaum etwas zu tun. Da saßen Unternehmensberater, GrafikerInnen, RechtanwältInnen, viele AkademikerInnen und wollten wieder was machen, gegen die Vereinzelung und Konkurrenz. Traurig wurde die Debatte durch die Verwechselung von sozialen Ängsten des heutigen alternativen Mittelschichtsmilieus mit dem, was früher mal Betriebskampf hieß und ArbeiterInnenselbstorganisierung.

Was soll dabei herauskommen, wenn kleine ArbeitgeberInnen neben ArbeiterInnen so diskutieren, als ob sie die gleichen Interessen beim Verkaufen der Arbeitskraft hätten? Zum Teil hatte diese Debatte Karl Heinz Roth verbockt, als er dazu aufrief, von der eigenen sozialen Realität auszugehen. Dieser Ansatz ist sicher brauchbar, wenn die verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse zusammengedacht werden und mensch auch so ehrlich ist, seine eigene Stellung darin mit zu untersuchen. Das fand nicht statt: Es wurde viel über Vereinzelung, Computerisierung der Arbeit geredet - und überhaupt nicht über die Rolle des zweiten Bildungswegs beim Schwund der Betriebslinken in akademische Berufe. Um nicht mißverstanden zu werden: Ich studiere auch und habe mich seit langem vom Dreischichtarbeiten als Drucker verabschiedet. Nur stelle ich mich auch nicht hin und erkläre mich zum revolutionären Subjekt qua ökonomistischer Klassenlage.

Daß Klassenverhältnisse ohnehin mehr beinhalten als die individuellen Arbeitsbedingungen, spielte keine Rolle. Es war wie eine Klassenkurzanalyse der 70er, nur wurde die industrielle Arbeiterklasse durch die vereinzelten Ex-Mitglieder des KB ausgewechselt. Daß sich über 300 zu Zeiten des KB sehr aktive Linke zur Diskussion einfanden, ist sicher der Jubiläumsausgabe der ak zu verdanken, durch die sich viele der Anwesenden an alte Zeiten erinnert fühlten. Ob daraus mehr als ein einmaliges Klassentreffen wird, wage ich zu bezweifeln.

Die Erfahrungen des KB drohen mit der Organisation selbst zu verschwinden. Der point of no return ist dabei bereits überschritten. Deutlich wird das auch daran, daß ein in den 80er Jahren in Hamburg wichtiger

sozialrevolutionärer Ansatz der sozialen Selbstorganisation überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wird in der Diskussion bei ak. Die Jobber- und Erwerbslosenintiativen Schwarze Katze - schon vergessen? Dabei stand gerade in Nr. 10 der Zeitschrift Arranca ein längerer Rückblick auf diese Gruppen, die damals im KB auch als "vernünftige Autonome" respektiert wurden. Bei dieser Art des Umganges mit linken Kämpfen und Ansätzen ist es um so wahrscheinlicher, daß das 25-Jahre-ak-Feuerwerk schnell verpufft.

Noch mehr daneben lag ein anderer Diskutant. Bei ihm hatte ich, wie bei einigen anderen Anwesenden, den Eindruck eines Altlinken, der zwar nie im KB war, sich aber immer noch im politischen Bezugssystem der 70er/80er einordnet, in dem der frühere KB eine wichtige statische Größe war. Er ging soweit zu behaupten, mit seinem Korporatismus und seiner Sozialpartnerschaft hätte der DGB doch viel für die Arbeiterklasse erreicht, das sei eine Chance. Der einzige, der ihm bei dieser, sämtlichem KB-Politikverständnis entgegenstehenden Position widersprach, war Karl Heinz Roth. Roth widersprach auch anderen, als er kritisierte, ein positiver Bezug auf den Sozialstaat sei falsch: Dieser sei gerade in Deutschland immer auch Zwangsstaatlichkeit und Kontrolle gewesen. Der Abbau des Sozialstaates sei nicht nur negativ, eine Krise könnte auch von links genutzt werden.

Roths erster Punkt, das Ausgehen von der eigenen sozialen Realität, kann sinnvoll sein und bricht vielleicht mit der beliebten StellvertreterInnenpolitik. Auf dieser Diskussionsveranstaltung ging das aber in eine falsche Richtung, falls Roth nicht die Gründung von Mittelstandszirkeln im Visier hat. Es bleibt aber bei Roth auch theoretisch eine verkürzte Analyse, proletarische Zirkel zu propagieren und dabei das Patriarchat, die Nation mit ihrem Rassismus und den Wohlstandschauvinismus gerade auch der weißen, sich selbst "deutsch" definierenden Arbeiterklasse auszublenden.

Ohne Stellvertreter?

Karl Heinz Roth stellte zwei weitere Bedingungen für zukünftige linke Politik, die linken Traditionen in ihren bürgerlichen Ordnungsvorstellungen entgegenstehen: Der künftige (proletarische?) Widerstand bräuchte

- keine Institutionen, keine Parteikader, sei nur als Selbstorganisierung möglich; und

- soziale Gleichheit in den eigenen Beziehungen/Strukturen sei unabdingbar.

Leider ging auf diese, für linke Reorganisierung notwendigen Voraussetzungen niemand ein. Dabei handelt es sich um weitreichende Kritiken gerade auch an der heutigen Betriebslinken, die meist nur im Gewerkschaftsapparat aktiv ist. Der ex-KB könnte da auch einiges in Frage stellen: den Gang in die grünen und PDS-Parteivorstände und Parlamentsfraktionen; die fatale Verwechselung kommunistischer Praxis mit dem linkstechnokratischen Managen von Polit-Bündnissen. Der KB hielt das Vermitteln zwischen Autonomen und Grünen in den 80ern für eigene Politik. Der "erfolglosen Position linksunten" wurde zunehmend das "Anschieben von realer Politik" vorgezogen.

Ein BWK-Genosse aus Schleswig fragte mich 1987 erstaunt, ob X. aus Flensburg denn tatsächlich im KB sei - er würde immer als Grüner auftreten. X. war nicht nur im KB, er war Mitglied des "Leitenden Gremiums". Mit seinem Verhalten von Stellvertreterpolitik war er keine Ausnahme. Folge war ein Ausbleiben der Debatte unter radikalen Linken oder kommunistischen Gruppen, was sich als Fehler erwies. Anstatt das zu hinterfragen, können sich in der Jubiläums-ak frühere KBler über den Marsch durch die Grünen ausbreiten. Die KB-Mehrheit zehrt von den Ideen des Kommunistischen Bundes der 70er Jahre und von den Erfahrungen des KB im Überwintern aus den 80er Jahren. Mehr nicht. Dabei wird, wie bei imaginierten Gemeinschaften üblich, eine gut handhabbare Tradition erfunden.

Wer die Jubiläums-ak liest, wird nicht viel von den Brüchen und Widersprüchen herauslesen können, die das Eigenleben im KB aus seinen Konflikten heraus bestimmten, voranbrachten und ihn schließlich auseinanderbrechen ließen. Die KB-Minderheit der Spaltung/Auflösung von 1991, bekannter als Gruppe K, antinationaler Ansatz für eine kommunistische Neukonstituierung, kommt nicht mit Nachdrucken oder AutorInnen zu Wort. (1) Die Gruppe K scheiterte und löste sich im Oktober 1995 auf. Vorher hat sie aber an einigen Punkten KB-Geschichte aufgearbeitet, nachlesbar in Artikeln über Spuren von Antisemitismus auch in ak. Die Chance, aus der Geschichte des KB in ihrer spannenden Widersprüchlichkeit zu lernen, wird in der Jubiläumsnummer verschenkt zugunsten verklärender, weichgespülter Inszenierung von Identität und

Tradition. Die Geschichte von KB und ak wird allein dafür eingesetzt, um das heutige Produkt ak zu legitimieren und mit einer Herkunftslegende interessant zu machen.

Daß auch der KB, obwohl er eine voranbringende Form von Organisierung war, intern eher am deutschen Vereinsleben als am herrschaftsfreien Kommunismus dran war, wird überdeutlich an den Schrullen, die sich sogenannte verdienstvolle Genossen aus der Leitung leisteten: Da wurde allen Ernstes 1982 vorgeschlagen, den Arbeiterkampf (AK) in "Fünf vor Zwölf" umzutaufen, in Anlehnung an das Selbstmitleid der deutschen Friedensbewegung mit ihrer Angst vor den sowjetischen Atomraketen. Auch wenn sich dieser Vorschlag in einer längeren internen Debatte nicht durchsetzen konnte: Grundfrage im KB der 80er Jahre war das Verhältnis zu den Grünen und der Friedensbewegung, deren Initiativen hinterhergelaufen wurde. An teilweise erfolgreiche Versuche der 70er Jahre, neue soziale Bewegungen durch weitergehende Forderungen und organisierte Massenmilitanz zu radikalisieren, konnte hierbei nicht mehr angeknüpft werden. Dabei will ich die Anti-Atom-Bewegung, Kämpfe gegen Nazis, den Abbau demokratischer Rechte oder Sparpolitik in den 70ern nicht glorifizieren. Nur gab es damals ein erkennbares linksradikales Profil in Bewegungen, das nicht so losgelöst vom Rest existierte wie die "autonomen" BewegungsradikalisiererInnen der 80er Jahre. Die heutige linksradikale Politik kopiert oft bewußtlos das Konzept der Radikalisierung von Sozialprotest durch besonders eifriges Engagement. Ein Ansatz, um vom unüberlegten Aktionismus wegzukommen, könnte die Aufarbeitung der 70er Jahre sein oder die Frage: Was bedeutet "rödeln"?

Drei Mythen

In der Festrede, die nach dem Auftritt des Chors Hamburger GewerkschafterInnen auf ak gehalten wurde, wurden drei Mythen des KB für ak neu aufgelegt:

- Der "AK war unabhängig, kein Linienblatt vom KB".

Natürlich war der AK als Zeitung des Kommunistischen Bundes ein Linienblatt. In ihm wurden Kampagnen des KB propagiert, andere Linke kritisiert. Der AK wurde als kollektiver Organisator im Sinne von Lenin verstanden. Der Großteil der Mitglieder beteiligte sich an der Untersuchungsarbeit, der Kommissionstätigkeit, in der das Materialauswerten und Artikelschreiben stattfand. Sicher kamen im AK auch andere Linke zu Wort - aber vor allem drückten sich in ihm die politischen Sichtweisen des KB aus.

- Ohne die "verdienstvolle kleine Gruppe der Redaktion" hätte es AK/ak so nicht gegeben.

Heute sind es sicher wenige, von denen ak am Laufen gehalten wird. Aber gerade die heutigen Redaktionsmitglieder haben sich in der Organisation KB miteinander qualifizieren können. Dafür ist eine Organisation schließlich auch da. Einem Verständnis, wonach einige fähige Köpfe AK/ak gemacht hätten, halte ich gerne die "Fragen eines lesenden Arbeiters" von Brecht entgegen.

- Die "Weiterentwicklung"

Im Gegensatz zum Festredner sehe ich keine theoretische Weiterentwicklung in ak. Eine Erweiterung der Themen, okay. Aber wo ak inhaltlich stehengeblieben ist, machte der Redner unfreiwillig selbst klar. Er zählte die "identitätsstiftenden" Bewegungen auf, über die der Einstieg beim KB/AK erfolgte: Bei ihm war es der Internationalismus, außerdem nannte er Betriebskampf, Anti-AKW und Frieden ... Auf den Zwischenruf "Frauenbewegung" antwortete er, da fühle er sich nicht kompetent.

So bleibt vom KB nur eine monatlich erscheinende Beschreibung tagespolitischer Ereignisse und aktueller Hintergründe, eine Art Pressedienst für aktive Linke. Leider geht es anderen Gruppen und Zeitungen oft nicht anders. Der Aufbruch zu neuen Ufern kann so lange nicht gelingen, wie einfältig über die "soziale Frage" fabuliert wird, ohne Rassismus und Patriarchat als integrale Bestandteile mitzudenken. Ein Abschied vom vereinfachenden Grundmuster "wir alle hier unten gegen die da oben" findet aber leider kaum statt. Statt dessen holt sich der Rest der um die ak-Redaktion übriggebliebenen KB-Mehrheit auf ihrer Suche nach Orientierung Rat bei Karl Heinz Roth mit seiner Neuen Proletarität. Vorwärts in die 70er!

Gaston Kirsche

(gruppe demontage,

im SSB/KB von 1976 bis 1991)

Anmerkung der ak-Redaktion

1) Die von der Redaktion angesprochenen Exponenten der KB-Minderheit bzw. des antinationalen Spektrums (ca. fünf Personen) waren aus unterschiedlichen Gründen nicht bereit oder in der Lage, einen Beitrag für den Jubiläums-ak zu schreiben.

15. Beim Schweineschlachten auf den Hauptfeind achten! Antwort der ak-Redaktion auf Heiner Möllers "böse" Geburtstagsgrüße in jW 29.1.97

Antwort der ak-Redaktion auf die "bösen" Geburtstagsgrüße von Heiner Möller (jW vom 29.1.97)

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:15

Der folgende Artikel wurde für die junge Welt geschrieben. Er erschien in der jW vom 6. Februar, gekürzt und als Leserbrief.

Der folgende Artikel wurde für die junge Welt geschrieben. Er erschien in der jW vom 6. Februar, gekürzt und als Leserbrief.

Vielleicht sollten wir dankbar sein, daß die jW-Redaktion unser 25jähriges Jubiläum überhaupt der Erwähnung wert gefunden hat: Ein Verriß ist immer noch besser als Nichterwähnung, auch Antiwerbung ist Werbung. Allerdings sind mit Heiner Möllers Nachruf zu Lebzeiten die ohnehin beklagenswerten innerlinken Umgangsformen auf einem neuen Tiefpunkt angelangt. Die Überschrift "Die Leiche des Trüffelschweins" ist nicht nur jenseits des guten Geschmacks; linke Zeitungen sollten es angesichts ihrer prekären Lage schon aus eigenem Interesse vermeiden, eine vermeintliche oder tatsächliche Konkurrentin als stinkenden Kadaver zu bezeichnen - schließlich weiß niemand, welche Zeitschrift als nächste das Erscheinen einstellen muß. (Die Herausforderung der jW-Redaktion nehmen wir natürlich gern an: Wir wünschen uns ein langes Leben - und Euch auch!)

Heiner Möllers Totalverriß unserer Jubiläumsausgabe (ein Bestseller - Restexemplare vorhanden!) lebt nicht zuletzt von den - gelinde gesagt - unpräzisen Angaben zu seiner Person: "Bis 1989 Redakteur des ak", dann gegangen, weil die KB-Mehrheit angeblich für die Wiedervereinigung ("das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes") eingetreten wäre - ganz so war es denn doch nicht. 1. war Heiner ak-Redakteur bis Juni 1992, als die RedakteurInnen der KB-Mehrheit wegen unüberbrückbarer Differenzen und ätzender Auseinandersetzungen mit der Gruppe K beschlossen, den ak künftig allein herauszugeben. Die Gruppe K, auch Heiner Möller, wollte den ak als gemeinsames Projekt von KB-Mehrheit und Gruppe K ("Dach-ak") weiterführen. 2. trat die KB-Mehrheit nicht für die Wiedervereinigung, sondern für den Fortbestand der DDR ein. Die "These von der neuen aggressiven Großmacht Deutschland", angeblich eine Spezialität der Gruppe K, wird von der ak-Redaktion geteilt. Allerdings widersprechen wir gedankenlosen Floskeln vom "Vierten Reich" oder vom unausweichlichen "dritten Griff nach der Weltmacht". Ebenfalls verzichten wir nicht wegen der Wiedervereinigung darauf, auch halbherzige Opposition gegen das neue Modell Deutschland kritisch zu unterstützen.

"Weitermachen" bei der KB-Mehrheit (und der derzeitigen ak-Redaktion), mutiger "Bruch" mit alten Vorstellungen bei der Gruppe K - auf diesen ebenso einfachen wie falschen Nenner bringt Heiner Möller den Streit zwischen den beiden ehemaligen KB-Flügeln. Seine Beispiele für unseren angeblichen Konservatismus zeugen entweder von Unkenntnis bzw. Gedächtnisschwäche oder von Böswilligkeit: Dimitroffs Faschismus-Definition war schon zu Heiners Redakteurszeit nicht mehr Richtschnur unserer Antifa-Arbeit; in unserer siebenteiligen Serie "Kapitulation und Befreiung" zum 50. Jahrestag des 8. Mai 1945 wird das in unzähligen Artikeln deutlich (ak-Ausgaben 374-380, Januar bis Juli 1995). Und "der antisemitische Gehalt des spezifisch linken Antizionismus", wie Heiner sich ausdrückt, ist schon 1988 in etlichen ak-Artikeln und einem 127 Seiten starken Buch kritisiert worden - vom selben Autor, der in der Jubiläumsausgabe eine Bilanz unserer "Nahost-Politik" zieht. Statt sich mit unseren Positionen auseinanderzusetzen, findet Heiner es angebracht, ak mit der rechtsextremen Jungen Freiheit in Zusammenhang zu bringen.

Und die junge Welt druckt diese Tiraden nicht nur, sondern legt in ihrer Bildunterschrift noch eine persönliche Beschimpfung nach: "Reents machte alles mit", erst die Grünen, dann die PDS. Schande über ihn, diesen "links-abgetakelten" und "im bürgerlichen Politbetrieb erfolgreichen Ex-Genossen"! Tatsächlich hat Jürgen Reents uns ein spannendes und sehr ehrliches Interview gegeben. Andere, die wir ebenfalls um einen

Gastbeitrag für unsere Jubiläumsausgabe gebeten hatten, waren dazu nicht zu bewegen: darunter Heiner Möller, der, statt den Meinungsstreit zu führen, lieber seine kleinlichen Rachegelüste auslebt. Schade.

Mitglieder der ak-Redaktion

Die Leiche des Trüffelschweins (Auszug)

Wie es zu Niedergang und Spaltungen kam, ist im neulich erschienen Jubiläums-ak (Nr. 397) leider kaum zu erfahren. So stünde zum Beispiel zur Reflexion an, was konstitutiv für den KB und seine spezifische Originalität gewesen war: Die These von der "schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft" (...)

Auch die Diskussion um eine schärfere Definition des Nationalsozialismus ist am ak vorbeigegangen: Die frühere Verkürzung des Nationalsozialismus auf Unterdrückung der eigenen Arbeiterbewegung und Bevölkerung, der Bezug auf Dimitroffs Formel vom Faschismus als der "Diktatur der reaktionärsten Teile des Kapitals" wird nicht thematisiert: der Nationalsozialismus erscheint so weiter als Veranstaltung zur Unterdrückung der Deutschen, anstatt die Vernichtungspotentiale gegen Juden und Nichtdeutsche als seinen Kern zu dechiffrieren.

So verwundert kaum, daß in der Bilanz der KB-Nahostpolitik der antisemitische Gehalt des spezifisch linken Antizionismus keine Erwähnung findet, sondern auf Revolutionarismus, die Kinderkrankheit des Linksradikalismus, zurückgeführt wird. Verschwiegen wird der jahrelange KB-Konflikt um den linken Antisemitismus, dafür werden unkommentiert die antisemitischen, der Jungen Freiheit würdigen Arbeiterkampf-Titelseiten aus dem Jahre 1982 mit den Schlagzeilen "Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser" und "Die Endlösung der Palästinenserfrage" nachgedruckt.

Diese Auseinandersetzungen kulminierten auf widersprüchliche Weise in der KB-Spaltung im Zuge der Wiedervereinigung, was konsequenterweise auch nur verstümmelt dargestellt wird. Die inhaltliche Kluft im KB tat sich damals an der Frage des "Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes" auf und weitete sich angesichts des barbarischen Völkerfrühlings in Jugoslawien und der Sowjetunion zu einer generellen Debatte um die nationale Frage aus. Während die Mehrheit von der "Normalisierung" des deutschen Imperialismus ausging, hielt die Minderheit dem die These von der neuen aggressiven Großmacht Deutschland entgegen; anstelle der vermeintlichen "Massenpolitik" setzte die Minderheit angesichts der einheitsbesoffenen Demonstranten in Leipzig und anderswo auf "Sektierertum"; "Wir machen weiter" sagte die Mehrheit (so ist pikanterweise auch der Titel des jetzigen Jubiläums-ak), dagegen postulierte die Minderheit den Bruch mit einer Reihe bisheriger Annahmen und politische wie theoretische Neubestimmung.

Es ist eine seltsame Melange, die da vom alten KB übriggeblieben ist. Unfähig zu eigenen Positionsbestimmung, wird doch zugleich der Eindruck erweckt, man arbeite an einer wiederauferstehenden Linken. Durchgängig werden "Politikfähigkeit" und "Massenpolitik" beschworen, obwohl doch auch die Zeitungsmacher qua Größe und Einfluß, in den Augen der Massen sowieso, zu just jenem Sekterierspektrum gehören, von dem sie sich angewidert abwenden. Ein Tiefpunkt des selektiven Blicks auf die Geschichte ist der Konservatismus, mit dem taktizistische Positionen der Vergangenheit, die sich für die damalige Zeit durchaus begründen lassen, zu unumstößlichen Wahrheiten erklärt werden. So ignoriert die immer noch mit Stolz hochgehaltene Polemik gegen den "primitiven Antiparlamentarismus" die grundlegende Staats- und Parlamentskritik und wärmt sich nur nostalgisch an der zeitweisen Fähigkeit, den Trend der Zeit früh erkannt zu haben. Heute wird die Wahlbeteiligung zu den Strategen schlechthin erklärt, auch wenn keiner der Autoren einen Hauch von Strategie damit verbindet. (...)

Heiner Möller

aus: junge Welt, 29.1.97

16. Internationalismus - Analyse und Agitation. Anmerkungen zu "Der Sieg ist nicht mehr gewiß" (ak 397, S. 11)

Autor: Js. · Rubrik: KB und AK; Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:16

Die Genossen Al. und ef. haben mit ihrer Bilanz der Internationalismus-Arbeit von KB und AK ein schwer zu bewältigendes Thema angepackt. Das zu sichtende Material ist derart umfangreich, daß es ohne Auslassungen nicht abgehen kann. Angesichts dieser Schwierigkeiten verdient die Arbeit der beiden Genossen Respekt. Auch der "Tendenz" ihres Artikels möchte ich nicht widersprechen. Sie formulieren manche berechtigte Kritik: So sei "die innere Dynamik der revolutionären Prozesse selbst nur sehr oberflächlich analysiert" worden; auch sei "die gesellschaftliche Schwäche der politisch dominanten Befreiungsbewegungen (in Afrika) vollkommen unterschätzt" worden. Allgemeiner gesagt: Die Beurteilung revolutionärer Prozesse und antikolonialer Befreiungsbewegungen war - trotz aller Bemühungen um ein realistisches Bild - immer noch zu optimistisch.

Zu berücksichtigen ist bei dieser Kritik allerdings - und das kommt in dem Bilanz-Artikel zu kurz - , daß die damaligen "Einschätzungen zur Lage" immer praxisorientiert waren. Sie mußten in Politik umsetzbar sein. Dazu gehörte auch die Abgrenzung von der DKP und den MLern, wie Al. und ef. ganz richtig schreiben. Rein instrumentell war das Verhältnis des KB zu seinen internationalen Bündnispartnern dennoch nicht. In der Chronologie "Vom Arbeiterkampf zu analyse & kritik" (Jubiläums-ak, S. 10) ist nachzulesen, was vom KB an materieller Unterstützung geleistet wurde. Die Spendensumme zugunsten des chilenischen MIR belief sich Ende 1976 auf 284.000 DM; auch andere Organisationen wie die palästinensische PFLP (117.000 DM) und der portugiesische MES (76.000 DM) erhielten erhebliche Zuwendungen von Mitgliedern und Sympathisanten des KB.

Diese Leistung wird nicht dadurch geschmälert, daß bei den SpenderInnen auch revolutionäre Euphorie und "naive" Siegesgewißheit als Motivation eine Rolle spielten. Daß dieser naive Glaube - "revolutionärer Subjektivismus" - bestimmend für eine ganze Epoche, nämlich von 1968 bis 1976, gewesen sei, wie Al. und ef. meinen, ist eine Übertreibung. Auch die Parole "Der Sieg ist gewiß" erhält bei den Autoren eine Bedeutung, die sie nicht hatte: Es handelte sich um eine von der angolanischen MPLA übernommene Agitationslosung, mit der nicht zuletzt die Spendenbereitschaft der westdeutschen Linken erhöht werden sollte. Was auch gelang. Wer internationale Solidarität organisieren will, wird um "agitatorische" Vereinfachungen nicht völlig herumkommen. Etwas überspitzt ausgedrückt: Aktivitäten wie die "legendäre" Hamburger Afrika-Veranstaltung mit den Befreiungsbewegungen Angolas, Mosambiks, Namibias etc. lassen sich nicht unter das Motto stellen: "Kommt und prüft kritisch, was uns die afrikanischen Freunde zu sagen haben." Wer Tausende mobilisieren will, muß schon auch Emotionen schüren. Als allgemeine Richtschnur muß gelten, "Pessimismus der Analyse" mit "Optimismus des Handelns" zu verbinden - eine Gratwanderung.

Bei aller Begeisterung für die antiimperialistischen Befreiungskämpfe und militanten Oppositionsbewegungen war das Verhältnis des KB zu seinen internationalen Bündnispartnern dennoch nicht unkritisch: Daß "Verlautbarungen" ungeprüft übernommen wurden, ist sicherlich vorgekommen. Aber Al. und ef. behaupten das für ganz Lateinamerika und formulieren darüberhinaus so, daß dieser schwere Fehler getrost auch beliebigen anderen "Inter"-Artikeln unterstellt werden darf.

Für den entgegengesetzten Fall, den offenen Streit mit befreundeten linken Organisationen und Befreiungsbewegungen, lassen sich ebenfalls etliche Beispiele anführen. Oft genug hat sich der KB - über den AK - ungebeten mit mehr oder weniger klugen Tips und Kritiken eingemischt, vor allem innerhalb Europas, wo die Lage am ehesten überschaubar schien.

"... oberflächliche Analyse..."

Aber Europa kommt in dem Artikel von Al. und ef. nur in Randbemerkungen vor. Die beiden Autoren wollen erkannt haben, daß der KB sich vor allem dort engagierte, wo der bewaffnete Kampf geführt wurde - nicht zuletzt wegen der günstigen Gelegenheit, die Ideologen des "friedlichen Übergangs" (DKP u.a.) zu entlarven.

Mit ihrer Ausklammerung Europas folgen Al. und ef. nicht nur der von ihnen kritisierten Prioritätensetzung. Sie übergehen auch einen immens wichtigen Bereich internationalistischer KB-Politik: die Portugal-Solidarität in den Jahren nach der "Nelken-Revolution" vom 25. April 1974.

Unbeeindruckt von ihrem friedlichen Charakter investierte der KB hier immens viel Kraft. Aus gutem Grund: Die portugiesische Revolution war für die gesamte westeuropäische Linke Ansporn und Hoffnung. Eine Hoffnung, die sich bald zerschlug - woran nicht zuletzt die Sozialistische Internationale, angeführt durch den abgedankten deutschen "Friedenskanzler" Willy Brandt, maßgeblichen Anteil hatte. In dem Artikel von Al. und ef. kommt Portugal nur in einer gehässigen Randbemerkung über "revolutionäres Pathos" vor. Daß es das gab - vor allem in Reiseberichten von KB-GenossInnen - soll nicht bestritten werden. Prägend für die Berichterstattung und Analyse war es nicht. So wurde der 25. April zunächst vorrangig als "Taktikwechsel der Bourgeoisie" (AK 44 und 45) gewertet; schon 1974, und verstärkt seit Anfang 1975, wurde immer wieder vor einem faschistischen Putsch gewarnt.

Ab Sommer 1975 lautete eine zentrale KB-Parole "Portugal darf nicht das Chile Europas werden". Das klingt nun eher defensiv und keinesfalls nach "revolutionärem Pathos". In der Tat stand in Portugal nicht der Sozialismus auf der Tagesordnung, sondern die Verteidigung einer demokratischen Revolution gegen rechte Putschversuche und imperialistische Einmischung. Nach dem Rechtsputsch vom November 1975 brachte die AK-Redaktion eine zweiseitige Kritik an den befreundeten revolutionären Gruppen MES und PRP-BR, die auf den "bewaffneten Aufstand" orientiert hatten. Der letzte Absatz dieses Artikels kann auch als grundsätzliche Kritik am "revolutionären Subjektivismus" verstanden werden: "Die Erfahrung hat unserer Meinung nach bestätigt, daß es falsch ist, die Machtfrage und den bewaffneten Aufstand als kurzfristige Perspektive ins Auge zu fassen, solange der Masseneinfluß des Revisionismus nicht entscheidend gebrochen ist und solange keine einheitliche revolutionäre Führung existiert, hinter der an den entscheidenden Punkten die Mehrheit der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes steht." (AK 71, Dezember 1975)

Ein weiteres, wenn auch weniger wichtiges Objekt revolutionärer Hoffnungen (oder auch Schwärmereien) war Italien. Bei Al. und ef. wird Italien in drei Sätzen erwähnt - als ein Land unter anderen, in die der KB seine Faschisierungsthese zu exportieren versucht habe. Als Beleg dient ein Zitat über die besondere Rolle des PCI "bei der polizeistaatlichen Unterdrückung der revolutionären Linken und bei der Rechtfertigung der Faschisierung". Abgesehen von dem Begriff "Faschisierung" würde ich den Satz aus AK 103 (April 1977) noch heute unterschreiben. (Daß der PCI gleichzeitig eine fortschrittliche Rolle spielte - vor allem bei der Schaffung von demokratischer Gegenkultur in einem reaktionär-katholisch geprägten Land - wurde seinerzeit allerdings meist unterschlagen.)

Nicht ganz klar wird, wie Al. und ef. die Haltung des KB zu den Arbeiterkämpfen in Polen beurteilen. Die "Interventionen der SU und ihrer Verbündeten" seien im AK nur "relativ zahm" kritisiert worden, schreiben sie; das gelte sowohl für Afghanistan als auch für die "Ausrufung des Kriegsrechts in Polen".

Als Tatsachenbehauptung ist das nicht falsch. Exemplarisch für die "zahme" Kritik an der Sowjetunion ist der Aufmacher von AK 191 (Dezember 1980) "Droht Polen ‚brüderliche Hilfe`?" In diesem Artikel wurden vor allem die Imperialisten angeklagt, die der SU im Falle einer Intervention mit "schwerwiegenden Folgen" und dem "Ende der Entspannung" drohten. Es war, wir erinnern uns, die Zeit der atomaren "Nachrüstung" der NATO und der Propaganda von der Bedrohung Westeuropas. Da kamen die Moskauer Drohungen gegen die polnischen Arbeiter gerade recht. Im AK hieß es dazu: "Nicht erst eine eventuelle reale Intervention, sondern schon das jetzige Säbelrasseln gegen Polen demonstriert erneut, daß die sowjetische Führung ihren ‚Sozialismus` nicht als Ergebnis freier Entscheidung von Völkern in ihrem eigenen Land begreift." Der Artikel endet mit dem fettgedruckten Satz: "Schon das Säbelrasseln gegen Polen - unabhängig von Spekulationen über dessen konkreten Sinn und Dringlichkeit - muß für jeden Linken und Demokraten unerträglich sein." Zu zahm?

Das von Al. und ef. konstatierte "Unwohlsein" bei der Berichterstattung über die polnische Opposition erklärt sich vor allem aus deren zwiespältigem Charakter. Gleiches gilt für Oppositionsgruppen in anderen "realsozialistischen" Ländern; die "Zurückhaltung", die die Autoren zu kritisieren scheinen, war sehr wohl geboten.

... und "pauschale Glaubenssätze"

Nun ließe sich die von Al. und ef. getroffene Länderauswahl - Chile, südliches Afrika, Vietnam/Kambodscha - damit rechtfertigen, in diesen "exemplarischen Konflikten" seien ebenso exemplarische Fehler der Internationalismus-Arbeit des KB am deutlichsten sichtbar geworden. Die Schwerpunktsetzung wäre also aus pädagogischen Gründen gerechtfertigt. Andererseits bewirkt der Pädagoge bekanntlich viel weniger durch Belehrungen als durch das eigene Beispiel. Genau das lassen die Autoren an mehreren Stellen vermissen. "Subjektivismus pur", "Oberflächlichkeit", "pauschale Glaubenssätze", "Vereinfachung bis zur Unkenntlichkeit" u.ä. sehen Al. und ef. in der Internationalismus-Arbeit des KB am Werke - und, wie gesagt, zum Teil zu Recht.

Aber sie wiederholen auch die diagnostizierten Fehler. Gesellschaftliche Widersprüche wie die in Portugal, Italien und Polen lassen sich nicht im Vorbeigehen abhandeln. Die Autoren suggerieren mit ihren Randbemerkungen, sie könnten beliebig weitere Beispiele für "revolutionären Subjektivismus", "Oberflächlichkeit der Analyse" etc. anführen. An zwei Stellen deuten sie ihr Wissen gar nur noch per name-dropping an: Das SB wird in einem Sätzchen lobend erwähnt, während an anderer Stelle schnell noch Gramsci genannt werden muß (leider mit einem verballhornten Zitat).

Solche kleinen Tricks, die den Effekt steigern, sind auch in der linken Publizistik nicht unüblich. Nur fallen sie in dem fraglichen Artikel besonders auf - eben weil die Autoren mit ihrer Kritik gleichzeitig hohe Ansprüche formulieren. An einer Stelle wird das besonders ärgerlich: Die Behauptung von der "kathartischen (reinigenden, läuternden; Anm. Js.) Wirkung, die man - implizit, nicht explizit! - dem bewaffneten Kampf zusprach", muß so nebulös formuliert werden, damit niemand auf die Idee kommt, Belege zu verlangen. Die als angebliche Stichwortgeber genannten Che Guevara und Frantz Fanon waren für die internationalistische Publizistik des KB ohne Bedeutung (mal abgesehen von Ches Parole "Schafft zwei, drei viele Vietnam", die allerdings von der gesamten Neuen Linken übernommen wurde). Die These, daß der "neue Mensch in der Schlacht entstehe", wird sich in den einschlägigen AK-Artikeln nicht finden lassen, auch nicht "implizit".

Falsch war es sicherlich, aus der chilenischen Erfahrung das Dogma abzuleiten, weltweit und ohne Ausnahme seien Revolutionen nur auf dem Wege des Bürgerkriegs erfolgversprechend. Aber auch bei der Kritik des bewaffneten Kampfs (bzw. seiner Verabsolutierung) sollte nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden. Sonst wird das nicht gelingen, was Al. und ef. als wichtige Zukunftsaufgabe linker Publizistik im Bereich Internationalismus definieren: die "Erfahrungsvermittlung" an die "Nachwachsenden", diejenigen z.B., die heute die Chiapas-Solidarität tragen. Darüber sollte weiter nachgedacht werden.

Js.

17. Faschisierung oder Rückkehr zur Normalität? Eine Antwort auf Georg Fülberth

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: KB und AK; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:26

Kaum ein anderer politischer Begriff ist so sehr mit dem ansonsten häufig als theorielos geschmähten Kommunistischen Bund verknüpft wie der von der "Faschisierung von Staat und Gesellschaft". Zumindest in den 70er Jahren war diese These, mal in der Form der "drohenden Faschisierung", mal als "beschleunigte Faschisierung", meist aber als "schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft" ein Markenzeichen des KB. Genau geklärt oder "vereinheitlicht" worden - wie es damals hieß - ist dieser Begriff aber im strengen Sinne nie, so daß jede/r im und am KB darunter verstehen konnte, was sie/er jeweils wollte. Bei Durchsicht der Veröffentlichungen finden sich genau drei Artikel, die diese These stützen. Alle anderen Veröffentlichungen bezogen sich immer nur auf die These, ohne daß eine Vertiefung im Sinne einer Theoriebildung stattgefunden hätte.

In der KB-internen und AK-öffentlichen Diskussion war die Rezeption der These durchaus unterschiedlich: Die Pole des Verständnisses reichten dabei von der konkreten Erwartung eines baldigen Rückfalls in die imperialistische Barbarei (in anderer Form wiederholte sich diese Sicht in späteren Aussagen zum noch in den 80er Jahren drohenden 3. Weltkrieg) über eine allmähliche Verdrängung bürgerlich-demokratischer Zustände durch repressiv-terroristische bis hin zu einem Verständnis, das die Faschisierung als eine Durchdringung des bestehenden Staates und der Gesellschaft mit Strukturen, Prädispositionen, Potentialen etc. begriff, die eben diesen Staat und diese Gesellschaft für eine faschistische Herrschaft des Kapitals brauchbar formen sollte. Faschisierung in diesem Sinne wurde also verstanden als eine dem Imperialismus innewohnende Tendenz der Vorbereitung auf eine terroristische Klassenherrschaft, die zwar endgültig nur durch eine revolutionäre Überwindung des Imperialismus zu verhindern wäre, der aber durch die Mobilisierung eines demokratischen Verteidigungskampfes durchaus Widerstand entgegengesetzt werden könne.

Trotz aller Mängel der theoretischen Klärung und Weiterentwicklung war die These von der "schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft" innerhalb des KB einer der ganz wenigen Ansätze einer Theoriebildung, die in den 70er Jahren eine wichtige Rolle spielte. Die These formulierte die im Imperialismus ständig bestehende Tendenz zur Reaktion inklusive der historisch erfahrenen Möglichkeit, in eine offen terroristische Diktatur umzuschlagen. Die bürgerliche Demokratie wurde also in diesem theoretischen Ansatz immer als ein - vielleicht zeitlich unbestimmtes - Übergangsstadium zu anderen Gesellschaftsformationen gesehen. Innerhalb des KB wurde - anders als in Gruppen oder Organisationen - die Wahrscheinlichkeit eines leichten Siegs des Sozialismus eher skeptisch beurteilt. Die Betonung des antifaschistisch-demokratischen Abwehrkampfs, der Versuch, immer wieder durch konkrete Analysen von einzelnen Aspekten der Rechtsentwicklung die Basis für Bündnisse insbesondere auch außerhalb des linksradikalen Lagers zu schaffen, die generelle Offenheit, mit allen fortschrittlichen Strömungen zusammenzuarbeiten - all dies hatte seine Grundlage in dieser Sicht der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Bohren am falschen Holz?

In seinem Artikel in der Dezember-Ausgabe von ak ("Bohren am falschen Holz") greift Georg Fülberth diese These an und bezeichnet sie im nachhinein als einen großen Irrtum, den der KB - da die These ja identitätsbildend gewesen sei - nicht habe korrigieren können. Andererseits habe, so mutmaßt er, gerade dieses Beharren viele im KB davor bewahrt, allzu schnell in die Arme der Bourgeoisie zurückzukehren oder sich mit den herrschenden Verhältnissen abzufinden.

Es habe - so Fülberth - in den 70er Jahren, insbesondere 1972 aus heutiger Sicht keine besondere Gefahr eines Faschismus gegeben. Im Gegenteil: Neben Berufsverboten und Gewerkschaftsausschlüssen sei das Jahr 1972 geradezu von Fortschrittlichkeit durchdrungen gewesen: Der Zugang der Gewerkschaften in die Betriebe durch die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes und die Ostverträge sprächen geradezu eine reformistische Sprache. Über die späteren 70er Jahre verliert Fülberth dagegen kaum ein weiteres Wort. Quasi als Entschuldigung für die seiner Ansicht nach falsche Wahrnehmung der politischen Wirklichkeit Anfang der

70er Jahre führt er seinen eigenen "Irrtum" an, der ebenfalls in einer Überbewertung der repressiven Tendenzen der BRD bestanden habe.

Zwei Defekte seien es vor allem gewesen, die den KB damals zu seiner irrigen These geführt haben: Erstens die Verkennung dessen, was Faschismus wirklich sei, und damit seine Verwechslung mit der Einschränkung von Demokratie. Und zweitens die Verkennung des Wesens eines jeden (?) Staates. Schon bei Lenin sei nachzulesen gewesen, daß bürgerliche Demokratie auf Gefängnisse und bewaffnete Formationen im Dienst des Kapitals nicht verzichten kann.

"Kapitalismus führt zum Faschismus - Kapitalismus muß weg!" Diese Parole der frühen 70er Jahre war keineswegs nur eine Parole des KB, sondern innerhalb der Linken weit verbreitet.

Aufbruch

Die Rückeroberung eines antifaschistischen Bewußtseins war nach Jahren des Schweigens und der politischen Stagnation eine der wesentlichen Leistungen der Protestbewegung der zweiten Hälfte der 60er Jahre. Mit ganz wenigen Ausnahmen war die Re-Integration der faschistischen Kräfte in das Zentrum der BRD-Gesellschaft vollständig gelungen. Der Faschismus war als ein Betriebsunfall der Geschichte abgetan und jede Erinnerung an ihn verdrängt. Anfang der 60er Jahre führte der Frankfurter Auschwitzprozeß dazu, dieses Schweigen (insbesondere durch den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer) zum ersten Mal und für kurze Zeit zu durchbrechen. Fragen an die eigenen Eltern und deren Verantwortung für die Barbarei wurden dadurch ausgelöst. Hinzu kam, daß die Krise der BRD Mitte der 60er Jahre aus vielerlei Gründen die Gründung einer dezidiert faschistischen Partei, der NPD, begünstigte, gegen die sich dieses neu entstandene antifaschistische Engagement richtete. Die Wahrnehmung des eigenen Staates und der eigenen Gesellschaft als einer Formation, die mit nur wenigen Bruchlinien aus dem historischen Faschismus entstanden war, verstärkte sich in der Debatte um die Notstandsgesetze (1968). Schon damals ging es um die Frage der sogenannten Normalität eines imperialistischen Staates, der sich in der Notstandsverfassung die Souveränität zurückholte, die er über 20 Jahre an die Siegermächte hatte abtreten müssen.

Ich erinnere mich noch an Radioübertragungen von damals in der Universität Tübingen, in denen insbesondere an der Frage des Telefonabhörens die Gefahr diskutiert wurde, daß eine solche Ermächtigung im Gewande der "normalen", legalen, bürgerlich-demokratischen Notstandsverfassung Strukturen schaffen könne, die unter anderen Bedingungen auch faschistisch nutzbar wären. Dieses Beispiel sei hier deshalb angeführt, weil bis heute - und beileibe nicht nur im KB, sondern in jeder auch nur ansatzweise liberalen Diskussion um solche Fragen - eben dieses durch solche Repressionsinstitute geschaffene Risikopotential diskutiert wird. Die Frage der Verletzung der Privatsphäre - übrigens in der Notstandsverfassung von 1968 noch weit weniger möglich als heute - oder die Frage der Aufhebung der Trennung von Geheimdienst und Polizei (in den USA oder in Frankreich hat beispielsweise eine solche Trennung nie stattgefunden) ist in der BRD bis heute nicht abschließend geregelt. Gerade die nicht enden wollende politische Debatte um diese Regularien zeigt bis heute, daß es die von Fülberth postulierte "Normalität" des bürgerlichen Staates so nicht gibt, sondern daß diese "Normalität" jeweils Ausdruck einer konkreten Auseinandersetzung um das jeweils für eine gewisse Zeit festgeschriebene Verhältnis von Demokratie und Repression ist.

Das Begreifen des Faschismus als eine dem Imperialismus gesetzmäßig innewohnende Gefahr war dann in den Artikeln, die die Faschisierungsthese begründeten, zentrales Thema.

Es ist Fülberth zuzustimmen, daß eine Wiederholungsgefahr nicht aus der Existenz bestimmter Institutionen geschlossen werden kann, sondern daß dazu eine Beurteilung der allgemeinen gesellschaftlichen Situation der BRD notwendig ist. Und genau in dieser konkreten Beurteilung gingen damals (und heute) die Meinungen sehr weit auseinander.

Anders als Fülberth es heute darstellt, war die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Prozesses in der BRD gleich durch ein Bündel von Ereignissen geprägt, von denen die Berufsverbote und die Gewerkschaftsausschlüsse nur ein, wenn auch sehr wichtiger Teil gewesen sind. (Zur Erinnerung: Weit mehr als 10.000 Menschen waren von den Berufsverboten direkt betroffen; viele andere wurden durch die "Schere im Kopf" eingeschüchtert. Die VS-Regelanfrage bestand in Bayern bis 1990.) Das besondere Treueverhältnis des Beamten zu seinem Staat ist auch heute noch ein für die imperialistische Welt ziemlich einmaliges Konstrukt und keinesfalls "normal". Auch die Gewerkschaftsausschlüsse wegen Mitgliedschaft in

"gewerkschaftsfeindlichen Organisationen" entsprechen nicht dem "normalen Standard" des Imperialismus (wohl in den USA, nicht aber in Italien oder Frankreich). Solange vom KB noch gezählt würde, waren es Ende der 70er Jahre etwa 4.000 GewerkschafterInnen, die aus dem DGB ausgeschlossen wurden.

Zu den anderen Ereignissen der in Fülberths Erinnerung so fortschrittlichen Jahre gehören u.a.: Die faschistische Mobilisierung gegen den Stoph-Besuch in Kassel 1969 mit dem Herunterreißen der DDR-Flagge; die Aktion Widerstand 1971 mit ihren Aufmärschen; die Gründung der Deutschen Sozialen Union um den FDP-Renegaten Friedrich Zoglmann; der durch die SPD wieder hoffähig gewordene F. J. Strauß, der sich "als Führer des Rechtskartells in Erinnerung bringen" wollte; da war der Widerstand der CDU/CSU gegen die Ostverträge, deren völkerrechtliche Verbindlichkeit immer wieder in Frage gestellt wurde; die (Tod-)Verfolgung der bewaffneten Linken, wobei die Erschießung von Petra Schelm in Hamburg im Herbst 1971 speziell für die Gründergruppen des KB besondere Bedeutung hatte.

Während andere linke Gruppierungen schon 1972 zum Wahlboykott bzw. zur Wahl ihrer eigenen Organisation aufriefen, empfahl der KB die Wahl der SPD als das zwar kleinere Übel, das aber angesichts des Mißtrauensvotums eindeutig die richtige Alternative sei. Etwas anderes sei in der konkreten Situation reines Sektierertum und niemandem zu vermitteln.

Nur Geburtswehen?

Was der KB als Faschisierung begriffen hat, sei in Wirklichkeit die Bildung eines ganz "normalen, ordentlichen" imperialistischen Staates, der die BRD bis zur Verabschiedung der Notstandsverfassung 1968 nicht habe sein dürfen - so Fülberth in seiner Kritik der Faschisierungsthese. In der Tat: Ein Teil der Gesetze zur inneren Aufrüstung, zur Ausweitung der Polizeibefugnisse etc. lassen sich so begreifen.

Der BRD-Staat hatte bei seiner Gründung eine Reihe von Verboten und Einschränkungen seiner Souveränität hinnehmen müssen, die die Alliierten aus den konkreten Erfahrungen des Faschismus heraus in diesem Staat für richtig erachteten und die in der Tat die BRD in mancherlei Hinsicht zu einem nicht-souveränen Staat gemacht haben. Nach meinem Wissen ist erst durch das 2-plus- 4-Abkommen der letzte alliierte Vorbehalt gegen die volle Souveränität der BRD gefallen. Doch diese institutionalistische und strukturalistische Sichtweise des politischen Prozesses der BRD blendet die konkreten Verhältnisse, unter denen diese Entwicklung stattgefunden hat, völlig aus.

Auch nach der Gründung des KB gab es eine ganze Reihe von Ereignissen, die die These von der Faschisierung plausibel erscheinen ließen: Da war 1974 die Sonthofener Rede von Franz Josef Strauss, der der Linken androhte, bei einer Regierungsübernahme "so aufzuräumen, daß bis zum Ende des Jahrhunderts von denen keiner mehr wagt, das Maul aufzumachen". Dazu erschien ein AK-Extra: "Ein Demagoge wie Hitler und Goebbels"; die Beziehungen insbesondere der CDU zu den Faschisten in Griechenland; die Putschpläne in Italien und die dortige Strategie der Spannung von Naziterroristen und bestimmten Sektoren der politischen Szene (Geheimdienst, Democrazia Christiana); der von der CSU/CDU begrüßte faschistische Putsch in Chile, der auch als ein Desaster der Vertreter der These eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus angesehen wurde. Die chilenische Tragödie wurde den Kräften entgegengehalten, die innerhalb der BRD zwar die Berufsverbote als undemokratisch bezeichneten, ansonsten aber in der sozialliberalen Koalition die realistischen Kräfte des Friedens und der Entspannung im Vormarsch sahen.

Auf dieser Grundlage begann der KB etwa Anfang 1975 mit einer systematischen Arbeit zur Faschisierung. Die gesamte zweite Hälfte der 70er Jahre war geprägt von intensiven Arbeiten zur Frage des Faschismus in der BRD, sowohl in Bezug auf den Charakter und die konkreten Strukturen des Staatsapparates als auch zur Frage der Herausbildung faschistischer Bewußtseinslagen innerhalb der Bevölkerung.

Im Hintergrund der Arbeit zu Todesschüssen, RAF-Jagd, Polizeiaufrüstung, Bildung der verschiedenen Sonderkommandos, Raster- und Zielfahndung, des Propagierens des Heroldschen totalen Überwachungsstaates (Herold war Chef des BKA und wollte dessen Befugnisse auf eine flächendeckende präventive Sicherheitspolitik nach Vorbild des "Großen Bruders" ausdehnen) stand dabei die Frage, ob ein Faschismus auch ohne Massenzustimmung denkbar sei. Französische Linke wie Andre Glucksmann (damals durchaus noch "links") hatten es so formuliert: "Früher haben die Faschisten das Innenministerium erobert, heute erobert das Innenministerium Frankreich".

Für die gesamte BRD-Linke war der "deutsche Herbst" mit der allseitigen Präsenz eines hochgerüsteten Polizeiapparats (Demonstration gegen den schnellen Brüter in Kalkar) und der Schleyer-Entführung sowie den Toten in Stammheim ein traumatisierendes Erlebnis. In diesem Kontext bekam für den KB das Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte große Bedeutung. Es darf daran erinnert werden, daß in der demokratischen Bewegung ganz Europas der BRD-Staat damals eindeutig als der Staat der Berufsverbote, d.h. des Maulkorbs, der Zensur und als bedrohliches Beispiel gesehen wurde.

Der Prozeß, in dem die BRD - folgt mensch Fülberth - sich zu einem "ordentlichen Staat" mauserte, war im konkreten ein Prozeß auch der Effektivierung, des Ausbaus und der Modernisierung der Repressionsapparate und Instrumente der Klassenjustiz (§129a, Verteidigerausschlüsse, Trennscheibe etc.), während gleichzeitig die sozialliberale Koalition beispielsweise in der Frage der Verfolgung von NS-Tätern (mit Ausnahme der Diskussion um die Aufhebung der Verjährung für Völkermord 1978) keines der Versäumnisse ihrer VorgängerInnen revidierte.

Diesen Prozeß als etwas zu begreifen, das die BRD auf das Niveau eines "normalen" imperialistischen Staat gehoben habe und das nichts mit Faschisierung zu tun habe, erscheint zwar mit dem Argument, es gäbe bis heute keinen Faschismus, vordergründig als ausreichend begründet. Mit dieser Sichtweise, die ex post (es hat ja keinen Faschismus gegeben) argumentiert, wird aber nicht nur die gesellschaftliche Wirklichkeit der 70er Jahre auf das der eigenen Wahrnehmung zuträgliche Maß reduziert, sondern auch der grundsätzlich ambivalente Charakter eines jeden staatlichen Repressionsinstituts negiert. Faschismus ist - so jedenfalls der Kern der Faschisierungsthese - immer eine latente Möglichkeit des Imperialismus, die durch konkrete Maßnahmen im Schoß der bürgerlichen Demokratie ermöglicht und vorbereitet wird. Der KB hat den Aspekt der konkreten, zielgerichteten Vorbereitung eines bald erwünschten Faschismus mit Sicherheit zumindest bis etwa 1975/76 überbetont. Fülberth schüttet aber mit seiner Kritik das Kind mit dem Bade aus, und der Antifaschismus als ein Fundament der emanzipatorischen Bemühungen bleibt bei ihm vollständig auf der Strecke.

Die Frage der faschistischen Massen

Die These postulierte die Faschisierung von Staat und Gesellschaft, und speziell letzteres stellte die Frage nach einer faschistischen Massenbewegung. An den Untersuchungsarbeiten des KB kann festgestellt werden, daß seit etwa 1975 diese Frage immer wieder unter dem Stichwort einer rechten Sammlungsbewegung etc. erörtert wurde. Diese wurde immer in enger Verbindung zu Franz Josef Strauss gesehen. Die verschiedenen Ansätze von Vierten Parteien wurden vom KB ebenso argwöhnisch beobachtet wie - und dies ist sicher ein bleibendes Verdienst - die Umtriebe neonazistischer terroristisch orientierter NSDAP-Gruppen enthüllt und analysiert wurden.

Tatsächlich reifte während der Untersuchung der reaktionären Massenmobilisierung allmählich die Erkenntnis, daß so bruchlos wie vielleicht angenommen das gesellschaftliche Klima auch in der BRD nicht nach rechts verschoben werden könne. Immer wieder erwies sich die Identifizierung der entsprechenden Strömung mit dem historischen Faschismus als ein wirksames Bollwerk gegen deren Erfolge. Diesem Umstand wurde in vielen Analysen Rechnung getragen. Insbesondere in der Frage der Bewertung der NPD und anderer neofaschistischen Wahlvereinen, in der Frage des Revanchismus oder auch der Frage des Rassismus ("Heidelberger Manifest" des "Schutzbundes für das deutsche Volk") wurde zwar sehr konkret und im Rahmen abnehmender Möglichkeiten auch ausführlich berichtet, die Frage der konkreten Chancen dieser Strömungen aber eher vorsichtig beurteilt.

Die Allmacht der Bourgeoisie

Bei der Arbeit zur faschistischen Mobilisierung zeigte sich eine erhebliche Schwäche der Antifa-Diskussion im KB am deutlichsten: die Tendenz zur Überschätzung der Bourgeoisie. Der theoretische Satz von der "Bourgeoisie als bewußt handelnder Klasse" ließ bei vielen im und am KB wie auch in den Publikationen unterschiedslos jede reaktionäre Äußerung irgendeines Vertreters einer rechten Strömung zur Verkündung eines abgesegneten Plans werden. Jede Absichtserklärung eines prominenten Vertreters des Klassenfeinds wurde zum nicht aufzuhaltenden Vollzug derselben hochstilisiert. Von der schrittweisen ging es bruchlos zur beschleunigten (und intern ironisierend zur galoppierenden) Faschisierung von Staat und Gesellschaft weiter. Diese Sichtweise verbot die Wahrnehmung jeder Art von Widersprüchen innerhalb des politischen rechten

Lagers und schloß dort den Irrtum aus. So war, als Strauß Mitte der 70er Jahre nach irgendeiner verlorenen Wahl auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth die bundesweite Ausdehnung der CSU verkündete, dies für die Antifa-Kommission der Moment, eine radikale Veränderung des gesellschaftlichen Klimas nach rechts zu prophezeien mit der starken Tendenz zum Faschismus. Ein entsprechender Artikel wurde jedoch von der AK-Redaktion "kassiert" und durch den Aufmacher: "Strauß läuft Amok" ersetzt - was dem AK nützte, stand er mit dieser richtigen Analyse doch als rühmliche Ausnahme im sonstigen linken Blätterwald.

Einen Höhepunkt der Unheilserwartung stellte 1983 die Regierungsübernahme Kohls dar. In diesem Schritt schien sich für viele im KB die Faschisierungsthese zu bewahrheiten, und mensch stellte sich nun auf verschärfte reaktionäre Gangarten ein. Ein Jahr später wurde im AK festgestellt, daß die Bilanz der Regierung Kohl keineswegs den sozialen Kompromiß der BRD in Frage stellte. Diese Darstellung der CDU/FDP-Regierung als "Business as usual" wurde im KB nicht überall akzeptiert. Der wesentliche Kritikpunkt aber war nicht eine grundsätzlich andere Beurteilung der konkreten politischen Maßnahmen, sondern der Hinweis, daß eine solche Darstellungsweise sozusagen die revolutionäre Wachsamkeit untergraben und so die Anpassung an die kapitalistischen Verhältnisse begünstigen würde.

Spätestens ein Jahr nach dem Regierungsantritt Kohls wurde die These von der "Faschisierung von Staat und Gesellschaft" allenfalls noch von einzelnen direkt propagiert. Wesentliche Protagonisten der These übten eine zum Teil sehr weitgehende Kritik (siehe dazu den Nachdruck von "Was ist los mit der Faschisierung" aus dem Jahr 1985 in ak 397). Speziell in diesem Artikel wird schon für das Jahr 1972 festgestellt, die "These" sei "aufgrund ihres tendenziell programmatischen Anspruchs dann doch nicht zur ‚These`, sondern geradezu zur zitierten, geschulten und in der Praxis ‚angewandten` Doktrin (erstarrt), die die theoretische Weiterentwicklung tendenziell einfror". Mal abgesehen davon, daß der Kritiker selbst zu denen gehörte, die an der Propaganda der These einen maßgeblichen Einfluß gehabt hatten, bevor er alle Anstrengungen unternahm, die von ihm konstatierte Verkrustung aufzubrechen, bleibt das merkwürdige Phänomen zu erklären, daß mit derart falschen Ideen im Kopf gerade der KB der 70er Jahre seine großen Erfolge gehabt hatte.

Alles nur Schrott gewesen?

Folgt mensch Fülberth (und auch dem Genossen F. von 1985), so standen bei der Gründung des KB 1972 der Irrtum und die starre Doktrin Pate.

Wie im übrigen ganz offenbar für jede politische Theorie der radikalen Linken unter Einschluß insbesondere auch der DKP, so gilt auch für die wenigen theoretischen Positionen des KB (und hier vor allem für seine Faschisierungsthese), daß sie gescheitert sind. Weder gibt es einen Faschismus im alten Mitteleuropa der 70er Jahre noch gibt es eine kommunistische Partei noch gab es eine sozialistische Revolution oder einen anhaltenden Sieg im Volkskrieg; und die realistischen Kräfte des Friedens und der Koexistenz sind allein schon deshalb gescheitert, weil zum Koexistieren ja immer zwei Lager gehören: das historisch fortgeschrittene (das sich aufgelöst hat) und der niedergehende Imperialismus.

Sieht mensch aber die Theorien der frühen 70er Jahre unter dem Aspekt, welche für die heutigen politischen Verhältnisse überhaupt noch herangezogen werden können, so schneidet die Faschisierungsthese so schlecht nicht ab. Sie hat immer betont, daß die bürgerliche Demokratie Ausdruck eines bestimmten Klassenverhältnisses sei und dementsprechend kein "Ende der Geschichte" markiere, sondern ein durch die konkrete Widerspruchsentwicklung bestimmtes Übergangsstadium. In welche Richtung dieses Übergangsstadium überwunden wird, dafür hat die Geschichte dieses Jahrhunderts verschiedene Antworten gegeben. Der Faschismus war die bislang schlimmste.

ES, Hamburg

18. "Es geht vor allem um einfache pragmatische Dinge." Gespräch zwischen Willi K. Goltermann und Knut Mellenthin

Gespräch zwischen Willi K. Goltermann und Knut Mellenthin (Teil 3)

Autor: Teil 3 · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:02

Der 25. Geburtstag der ak - damals noch "Arbeiterkampf", heute "analyse & kritik" -, hat zwei langjährige Autoren und Redakteure dieser Zeitschrift, die an ihrem Entstehen maßgeblich beteiligt waren, wieder einmal zu einem politischen Gespräch zusammengeführt. Willi K. Goltermann verließ den KB Ende 1979 zusammen mit der Gruppe Z, die sich damals den Grünen zuwandte. Knut Mellenthin gehörte der ak-Redaktion bis März 1994 an. Die beiden ersten Gesprächsteile, in denen es besonders um die "Faschisierungsthese" des KB und um die Politik der Grünen und der PDS ging, veröffentlichten wir in ak 397 und 398.

Wi.: Die Linke sollte sich zunächst auf ihre eigenen Möglichkeiten besinnen. Die alte Fragestellung Lenins, "Was tun?", ist so aktuell wie eh und je. Karl Heinz Roth hat im Sinne dieser Fragestellung einen Ansatz gemacht, an dem weiterzudiskutieren sich lohnt. Im Oktober-ak hat er einen zweiseitigen Artikel veröffentlicht, der als Replik auf Ingrao und Rossanda beginnt und mit einer allgemeinen Lageeinschätzung und Bestimmung der Aufgaben der deutschen Linken endet. Viele seiner Beschreibungen sind richtig, wenngleich zumeist in der Sache nicht neu. Falsch dagegen sind meiner Ansicht nach seine wichtigsten Schlußfolgerungen.

Roth konstruiert ein "Neues Proletariat", das er offenbar neben (und gegen?) das traditionelle setzt und auf das sich die Linke konzentrieren soll. Als wesentliche Grundlage dafür sieht er den seit Jahren zu beobachtenden Prozeß der "Verschlankung" der Produktion, in dessen Mittelpunkt er das "Benneton-Modell" stellt. Seiner Meinung nach ist dieses erstmalig und avantgardistisch in Italiens Bekleidungsindustrie entwickelt worden, was so aber wohl nicht richtig ist, denn die amerikanischen Sportartikel-Produzenten wie Reebok oder Nike haben es schon früher entwickelt und konsequenter praktiziert.

Schon seit einem Jahrzehnt oder länger läuft ein Prozeß ab, vor allem in der Konsumgüter-Industrie, mit dem beabsichtigt wird, die eigenen Fertigungstiefen abzubauen und auf die Zulieferer abzuschieben. Ich vermag aber nicht zu erkennen, daß sich ein "Neues Proletariat" zu konstituieren beginnt, wenn Automobilhersteller bestimmte Fertigungsabläufe aufgeben und das Geschäft ihren Zulieferern überlassen. Die Arbeitsplätze, die zum Beispiel bei VW verloren gingen, entstanden bei den Zulieferern neu. Und die Annahme, daß diese Zulieferer im wesentlichen 'miniaturisierte Schwitzbuden' seien, mag für die italienischen Zulieferer von Benneton stimmen - das weiß ich nicht. Doch hierzulande geht diese Annahme an der Wirklichkeit vorbei und läuft im schlechteren Fall auf eine Beschönigung der Plackerei an den alten Laufbändern hinaus.

Dasselbe gilt auch für das von Roth anscheinend angesprochene "moderne" just-in-time-Geschäft. Also der weitgehende Verzicht auf eigene Lagerhaltung zugunsten einer minutengenauen Anlieferung benötigter Bauteile, genau dann, wenn sie für die Montage gebraucht werden. Lageristen-Arbeitsplätze entfallen - und entstehen neu im Speditionswesen. Eine Umwandlung von tariflich abgesicherter in "prekäre" Arbeit müßte dabei zunächst einmal empirisch nachgewiesen und nicht bloß angenommen oder aus italienischen Erfahrungen "geschlußfolgert" werden.

Wenn zum Beispiel die "Wirtschaftswoche" aktuell vermeldet, daß von Ende 1992 bis Mitte 1996 hierzulande 4,1 Prozent industrieller Arbeitsplätze pro Jahr verschwunden seien, bedeutet das nicht, daß in dieser Größenordnung die industrielle Produktion in Deutschland zurückgegangen wäre, und schon gar nicht, daß sich in dieser Größenordnung "gesicherte" Arbeitsverhältnisse in "prekäre" verwandelt hätten: Der ehemalige Lagerist von Opel hatte einen industriellen Arbeitsplatz, der LKW-Fahrer bei Kühne & Nagel hat einen im Dienstleistungsbereich. Beide Arbeitsplätze waren bzw. sind tarifvertraglich abgesichert; der industrielle Output bei VW hat nicht abgenommen.

Kt.: Vielleicht habe ich Dich jetzt falsch verstanden? Du scheinst so zu argumentieren, als handelte es sich lediglich um einen Wechsel der Formen, bei dem eigentlich aber kein einziger Arbeitsplatz verloren geht. Daß

sich dieses System für die Kapitalisten lohnt, liegt aber unter anderem doch wohl daran, daß auf diesem Wege Arbeitsprozesse "verdichtet" werden, Leerzeiten minimiert werden, so daß man letztlich tatsächlich mit erheblich weniger Arbeitern als vorher auskommt.

Außerdem: Die Umwandlung von "abgesicherter" in "prekäre" Arbeit ist zweifellos eine Tatsache. Es kann da nach meiner Ansicht nur um den Umfang und das Tempo gehen, mit dem sich dieser Prozeß vollzieht. Zweifellos ist diese Methode auf verschiedene Branchen nicht in gleicher Weise anwendbar. Zum Beispiel: Ein "freier" Journalist ist ganz natürlich, ein "freier" Autowerker oder Bankangestellter hingegen vorerst nicht.

Auch der sinkende Anteil industrieller Arbeitsplätze ist doch wohl eine unbestreitbare Tatsache. Das ergibt sich daraus, daß mit immer weniger Menschen eine gleiche und sogar eine größere Menge von Produkten hergestellt werden kann, ohne daß der Markt dafür im entsprechenden Maß und Tempo mitwächst.

Wir sind uns aber wohl einig, daß Roth übertreibt, wenn er behauptet, daß das tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsverhältnis der vorausgegangenen Epoche tendenziell schon zu einem Randphänomen geworden sei. Sicher ist es heute immer noch bei weitem die Hauptform, in der lohnabhängige Arbeit stattfindet.

Wi.: Ich möchte dem Genossen Roth zugute halten, daß er wohl gegen Tendenzen in der Linken polemisiert, die die Arbeitslosigkeit feiern nach dem Motto: "Dem Postfordismus geht die Arbeit aus - wie schön für uns alle!". So etwas muß selbstverständlich zurückgewiesen werden. Aber der Denkansatz, den er dafür wählt, bleibt auf halber Strecke stehen.

Zweifellos hat Karl Heinz recht, wenn er schreibt, daß ungesicherte und verschleierte Arbeitsverhältnisse überall auf dem Vormarsch sind. Aber auch das ist nicht wirklich neu: Zieht sich der formelle Sektor zurück, gewinnt der informelle an Boden. Der Schwarzmarkt erblüht, denn von irgend etwas müssen die Leute ja leben.

Im übrigen glaube ich natürlich auch nicht, daß zum Beispiel das Abschieben von Fertigungsstufen auf die Zulieferer als bloßes Nullsummenspiel veranstaltet wird. Sicher gehen auch Arbeitsplätze verloren und werden in den informellen Sektor gedrückt. Aber darum geht es hier in der Hauptsache nicht. Roth will ja ein "Neues Proletariat" begründen und kann das selbstverständlich nicht durch bloßen Verweis auf die anschwellende Massenarbeitslosigkeit. Darum greift er sich aus dem Strauß kapitalistischer Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen gerade jene beiden heraus, die nicht bloß höhere Arbeitslosigkeit zur Folge haben, sondern bei denen es tatsächlich um eine Verschiebung von Arbeitsplätzen und eine Veränderung der kapitalistischen Arbeitsteilung geht.

Mit der sog. Verschlankung der Produktion (mit dem Benetton-Modell im Zentrum) sowie der Auslagerung industrieller Läger auf die Straße (das sog. just-in-time-Geschäft) kann tatsächlich nicht die hohe Massenarbeitslosigkeit in Italien oder Deutschland begründet werden, erst recht nicht deren Zuwächse in den letzten etwa drei Jahren. Dafür sind noch andere Rationalisierungsmaßnahmen verantwortlich. In Deutschland die insbesondere ab Mitte 1995 vorangetriebene "Straffung der Verwaltungen", kombiniert mit dem "Abbau innerbetrieblicher Hierarchien" und der "Verkürzung der Informationswege", also der Anwendung modernster Informationstechnologien in der inner- und zwischenbetrieblichen Kommunikation. Mit diesen Maßnahmen konnten einige hunderttausend Angestellte ersatzlos entlassen und durch Computertechnik ersetzt werden, auch viele tausend leitende Angestellte aus dem unteren und mittleren Management, samt ihrem Gefolge aus Sekretärinnen, Schreibkräften, Fahrern, Bürohilfen etc.

Sicherlich gibt es in der BRD eine rückläufige industrielle Produktion, wenn dieser Prozeß anhand der Zahl der Arbeitsplätze gemessen wird. Für die Ebene von Umsatz und Profit würde ich das aber eher bezweifeln. Es sind gerade die lohnintensiven Branchen, in denen die industrielle Basis hierzulande verlorengeht. Paradebeispiel ist dafür der Großschiffbau. Tanker und Containerschiffe können in Südostasien und Lateinamerika billiger gebaut werden. Und ein Zuwachs im industriellen High-Tech-Bereich vermag zwar die Brieftaschen von Unternehmern zu füllen, aber nicht die Zahl der verloren gegangenen Industriearbeitsplätze zu kompensieren. Dazu kommt - um beim Beispiel zu bleiben -, daß hier nicht unbedingt Schiffbauer, Zimmerleute und Schweißer gebraucht werden.

Kt.: Ich möchte noch einmal auf das Stichwort "Neues Proletariat" zurückkommen. Darunter faßt Roth vor allem die Billiglohnarbeiter ("working poor"), das Heer der Arbeitslosen und der Schwarzarbeiter sowie die

wachsende Zahl mehr oder weniger unfreiwillig selbständiger Ein-Mann- oder Ein-Frau-Betriebe zusammen. Er behauptet, daß sich diese Gruppen "überschneiden", dann spricht er von "verzahnen", und schließlich von der Bildung von "Netzwerk-Konglomeraten". Tatsächlich zeichnet sich dieses "Neue Proletariat" gegenüber dem alten vor allem durch eine ungeheure Ausdifferenzierung und Vereinzelung aus, die schwer zu überwinden sein wird. Das Entstehen einer neuen Klasse ist vorerst nicht in Sicht, und schon gar nicht auf "autonomem" Wege.

Wi.: Ja, zweifellos, da ist kein neues Proletariat entstanden. Und das ist auch in Zukunft nicht zu erwarten, leider. Sicher müßte die Linke in diesem Bereich erhebliche politische und organisatorische Anstrengungen machen. Ich denke, sie hätte dabei bessere Erfolgsaussichten als in den 70er und 80er Jahren, weil und insofern große Teile der ehemaligen Linken selbst Teil dieser gesellschaftlichen Segmente sind und darum nicht unbedingt "von außen" an die Sache herangehen müßten. Und sicher darf eine sich rekonstruierende Linke nicht den historischen Fehler wiederholen, die Marginalisierten als "Lumpenproletariat" politisch abzuschreiben. Das wäre verhängnisvoll.

Soweit bin ich mit dem Genossen Roth einig. Aber seine äußerste Konsequenz kann ich nicht teilen. Er schreibt, die Linke hätte nur noch eine Chance, wenn sie einen Zugang zum "Neuen Proletariat" fände. Das ist sicher nicht verkehrt, aber die Hauptaufgabe der Linken muß doch bleiben, einen Zugang zum traditionellen Proletariat zu finden. Das ist angesichts der neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik aktueller denn je. Und es ist, denke ich, einfacher als in den 70er und 80er Jahren, weil die Masse der "Arbeitsplatzbesitzer" noch nie so verunsichert war wie heute hinsichtlich der Zukunft ihrer Arbeitsplätze, der Stabilität der Arbeitsbedingungen, der Sicherheit ihrer Renten, der Sicherheit im Krankheitsfall.

Kt.: Karl Heinz bringt die Entstehung des "Neuen Proletariats" in einen ursächlichen Zusammenhang mit den "zunehmend globalisierten Märkten", überhaupt mit der "Globalisierung", von der ja heute überall viel die Rede ist, wenn es darum geht, die ständige Verschlechterung der Verhältnisse und der Zukunftsaussichten zu begründen. Die These von der "Globalisierung" ist nachweislich in den Kapitalisten-Verbänden und in ihrer Wirtschaftspresse entstanden und wurde dann von der CDU-Propaganda aufgenommen. Damit soll gerechtfertigt werden, daß es angeblich internationale, unausweichliche Sachzwänge gibt, die zum Sozialabbau usw. zwingen. Irgendwie riecht das auch immer gleich nach "Volksgemeinschaft": "alle in einem Boot", "gemeinsam den Gürtel enger schnallen". Selbstverständlich ist das absolut nicht die Intention von Karl Heinz, ganz im Gegenteil, aber...

Wi.: Sicher, es gibt eine "Globalisierung" weltweiter Kommunikationswege; Stichwort Internet. Und natürlich gibt es die internationale, also "globalisierte" Börsenspekulation, die blitzschnell gewaltige Summen rund um den Globus schicken kann. Aber das begründet doch keineswegs eine Gaia-Theorie der kapitalistischen Produktion. (Die Gaia-Theorie betrachtet den Planeten Erde als ganzheitliches Lebewesen. Anm. ak)

Die kapitalistische Produktion ist nicht globalisiert und auch nicht auf dem Wege dorthin. Sondern sie ist nationalstaatlich organisiert und ausgerüstet mit einem hochsensibilisierten coming-home-Instinkt in Krisenlagen. Natürlich unterhalten deutsche und andere Multis weltweite Verkaufsnetze und Produktionsstätten im Ausland. Und es mehren sich gerade in den letzten Monaten die Botschaften deutscher Multis, daß sie im Ausland höhere Profite erzielen als hierzulande. Das hat aber zumeist mit Finanzschiebereien, Bilanztricks und Ähnlichem zu tun, um die Profite möglichst dort zu versteuern, wo am wenigsten abgeführt werden muß.

Kt.: Ich denke, gerade international operierende Konzerne benötigen einen starken Nationalstaat neben sich, dessen diplomatisches Potential den Weg ebnet und dessen militärisches Potential die erforderliche Deckung liefert, allein oder im NATO-Bündnis.

Wi.: Genau darauf wollte ich auch hinaus. Im übrigen empfinde ich es als Defizit, wenn Karl Heinz Roth seine Globalisierungs-These vertritt, ohne sich mit der ausführlichen Kritik auseinanderzusetzen, wie sie vor allem Ebermann und Trampert in ihrem Buch "Die Offenbarung der Propheten" geleistet haben. (S. 51-86)

Ich vermag in den Texten des Genossen Roth nicht zu erkennen, wo und wie seiner Ansicht nach die "Globalisierung" des deutschen Marktes Gestalt angenommen hat. Denn Kapitalimport im nennenswerten Umfang ist hierzulande eher eine Rarität und auch keineswegs erwünscht. Anderenfalls würden die zehntausend Schutzbestimmungen, die diese Lage verfestigen, fallen. Das brutale Ausschalten der

industriellen Konkurrenz der Ex-DDR spricht hier doch eine eindeutige Sprache. Das steht auch nicht im Gegensatz zur rituellen Klage gewisser Wirtschaftswissenschaftler, also von der Wirtschaft ausgehaltener Pseudo-Wissenschaftler, die den fehlenden Kapitalimport nach Deutschland regelmäßig beweinen und als Beleg für den angeblich schlechten Zustand des Wirtschaftsstandorts Deutschland ausgeben. Das ist bloß ideologische Propaganda gegen die Forderungen der Gewerkschaften.

Kt.: Zweifellos, ja. Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg sah die Lage natürlich anders aus. Damals war Kapitalimport, vor allem aus den USA, sehr erwünscht, um die Kapitalakkumulation wieder anzuschieben. Damals hat die Bundesregierung im Interesse des deutschen Kapitals eine andere Politik betrieben und sie müßte zu dieser Politik zurückkehren, wenn sich Roths "Globalisierungsthese" bestätigen sollte. Dafür sehe ich aber überhaupt keine Anzeichen.

Wi.: Das traditionelle amerikanische Kapital im deutschen Markt - also etwa Ford oder Opel - macht auch keinerlei erkennbare Anstrengungen, um etwa amerikanische Sozialstandards hierzulande durchzusetzen, sondern hält sich brav an die hiesigen Regeln und Gesetze. Auch hier ist eine "Globalisierung" des deutschen Marktes nicht erkennbar.

Wenn Daimler Benz zusammen mit einem Schweizer Uhrenkonzern das angekündigte Swatch-Auto nicht in Deutschland produzieren läßt, sondern in Frankreich, dann ist das für mich auch keine neue Tendenz; sowas hat es immer schon gegeben. Sicherlich sehen die ökonomischen Verhältnisse in den 90er Jahren anders aus als in den 70er Jahren. Immerhin gab es in der Zwischenzeit den Zusammenbruch des realsozialistischen Staatenblocks. Das hatte aber keinen Einfluß auf die bekannte, gesetzmäßige Wirkungsweise des Kapitalismus. Ich gehe daher davon aus, daß wir es zunächst und auf absehbare Zeit in erster Linie mit dem traditionellen, alten Proletariat zu tun haben und daß linke Politik sich auch darauf beziehen muß.

Kt.: Jedenfalls sind die sozialen Gruppen, die Roth als "Neues Proletariat" bezeichnet, für eine linke Politik keineswegs zugänglicher als die traditionellen Lohnabhängigen. Der Versuch, so verschiedene Jobs wie einerseits Zeitungsausträger oder Fahrradkuriere, andererseits freie Journalisten oder Grafiker unter dem gemeinsamen Titel "Schein-Selbständige" zusammenzuwerfen, führt praktisch zu nichts. Da gibt es zuviele Unterschiede, sowohl von der materiellen Lage als auch von den sozialen und kulturellen Voraussetzungen her. Daß sich da so etwas wie eine neue Klasse bildet, ist nicht zu erkennen, und schon gar nicht scheint mir das als ein spontan ablaufender Prozeß vorstellbar. Beispiele aus der sozialen Wirklichkeit für eine derartige Hypothese sind mir nicht bekannt, aus Deutschland nicht und auch nicht aus dem Ausland. Schon wenn sich nur eine einzige Gruppe aus diesem breiten Spektrum enger zusammenschließen würde, wäre das ein Riesenfortschritt, aber noch nicht einmal dazu ist es in der BRD bisher gekommen.

Auch das Stichwort der "prekären Beschäftigung" - als Gegensatz zum "garantierten" Arbeitsverhältnis gemeint - geht meiner Ansicht nach an der Realität vorbei. Denn die Zukunft vieler sogenannter "garantierter" Arbeiter und Arbeiterinnen mit Tarifverträgen ist in Wirklichkeit prekärer, das heißt ungesicherter, als die vieler Selbständiger oder auch "prekär Beschäftigter", also zum Beispiel von Leuten mit Zeitverträgen. Tatsächlich prekär ist vor allem die Lage von unzureichend Qualifizierten, von Menschen in absteigenden Branchen und von "Alten", was heute ja schon bei 45-50 anfängt. Mit der Frage vertraglich "garantierter" Arbeitsverhältnisse hat das gar nicht unbedingt zu tun.

Wi.: Ich glaube, wesentliche Erkenntnisse linker Politik, die in den 70er Jahren selbstverständlich waren, sind heute verloren gegangen, warum auch immer. Wenn man linke Politik machen will, die sich auf das Proletariat bezieht, so wird man nicht umhin kommen, morgens um sechs mit Flugblättern am Hafen oder vor irgendeiner Industriebude zu stehen. Man wird nicht umhin kommen, mit den Leuten zu diskutieren und in den Betrieben mit eigenen Leuten Gewerkschaftspolitik zu machen.

Kt.: Das Fehlen sozialistischer Basisarbeit ist heute wohl eines der folgenschwersten Defizite linker Politik. Aber es findet insgesamt keine linke Politik mehr statt, angefangen damit, daß keine linke Debatte mehr stattfindet, die irgendeine Art von Praxisbezug hat.

Wi.: Richtig.

Kt.: Als langjährigen KBler schmerzt mich besonders, daß der - oder sagt man "die" oder "das"? - AK in keiner Weise mehr ein Eingreifblatt ist, weder auf der Ebene der Politik und Theorie, noch für die Sozialpolitik,

Betriebsarbeit usw. Du weißt sicher, was ich meine: diese Motivation, mit der wir 1970/71 versucht haben, Politik anzufangen. Wir hatten eine klar umrissene Vorstellung, mit welchem Ziel wir eingreifen wollten, und aus diesem Wollen heraus mußten wir uns das publizistische Instrument schaffen, das dafür notwendig ist. Während es uns doch völlig nutzlos erschienen wäre, ein Instrument zu schaffen, wenn man gar nicht weiß, was man damit veranstalten möchte, zu welchem Zweck und in welcher Weise man damit eingreifen möchte.

Wi.: Jedenfalls müßten die Leute, die das Fehlen linker Politik ernsthaft bedauern, tatsächlich mit einer Basisarbeit beginnen. Dazu würde dann auch das Organisieren politischer Kampagnen entlang von Themen der "großen Politik" gehören. Alles andere hat meines Erachtens keinen Sinn.

Die Gründung des SALZ Ende der 60er Jahre verlief ihrer Form nach als eine Abschottung gegenüber immer weltfremderen "Debatten", wie sie nach der Auflösung des SDS vorübergehend die Szene beherrschten.

Kt.: Ich frage mich, ob heute nicht überhaupt das Umfeld fehlt, das es damals ermöglicht hat, eine Organisation zu schaffen, mehrere Organisationen zu schaffen, mit Hunderten oder später Tausenden von Mitgliedern. Ich fürchte, es gibt heute nicht die Voraussetzungen, die es relativ kleinen Gruppen von Leuten ermöglichen würden, organisatorische Kerne zu bilden, um die sich eine linke Massenbewegung formieren könnte.

Wi.: Ist denn der Beweis schon geführt worden?

Kt.: Der Beweis ist natürlich nicht geführt worden. Insofern ist es hypothetisch. Aber ich gehe davon aus, wenn etwas nicht stattfindet, läßt das darauf schließen, daß die Voraussetzungen dafür nicht da sind. Sonst hätte es in den letzten Jahren doch wohl irgend jemand mit einem gewissen Erfolg versucht. So, wie es um 1970 ja auch war. So, wie damals Organisationen zu Dutzenden entstanden sind, die zum Teil innerhalb von ein paar Tagen oder Wochen entstanden sind mit mehreren hundert Mitgliedern.

Wi.: Naja, man muß sehen, daß es Ende der 60er Jahre vor allem in den Metropolen und in den Universitätsstädten eine große Zahl von Linken gegeben hat, die nach der Auflösung des SDS relativ orientierungslos waren und ein Bedürfnis hatten zusammenzukommen, unter welchem Hut auch immer, um erstens ihre linke Identität zu retten und zweitens, um irgendeine konkrete Arbeit zu machen.

Die Lage ist heute selbstverständlich anders. Aber diese Situation, die wir Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre vorfanden, war ein Abfallprodukt höchst konkret geleisteter Arbeit im studentischen Milieu durch den SDS und andere Gruppen. Auf der Grundlage einer konkreten, auf Studium und Universitätsprobleme bezogenen jahrelangen interventionistischen Politik konnten später auch internationale und andere Themen mit einbezogen und das sozialpolitische Umfeld radikalisiert werden, bis hin zur Eroberung der politischen Führung an den westdeutschen Universitäten.

Es ist ja nicht so gewesen, daß der Vietnamkrieg hierzulande schlicht die Gemüter so radikalisiert hat, daß empörte Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten spontan zusammenströmten, um irgendwelche Organisationen gegen den Krieg der USA aufzubauen, sondern die Ereignisse trafen auf eine schon existierende organisatorische Struktur, die der SDS in den Universitäten und ihrem Umfeld aufgebaut hatte. Das war die Voraussetzung für Radikalisierung und Vermassung des politischen und sozialen Protestes. Diese Basis ist heute nicht mehr da, das ist das entscheidende. Es fehlt der Wille, konkret und organisiert etwas zu verändern. Die 68er Generation ist alt geworden und konnte das Staffelholz nicht weitergeben.

Als Ebermann und Trampert ihr Buch "Die Offenbarung der Propheten" in Hamburg vorstellen wollten, war der Andrang so stark, daß ad hoc ein sehr viel größerer Saal besorgt werden mußte. Nach Ende der Vorstellung des Buches wollten viele Anwesende von den Autoren wissen, was praktisch zu tun sei. Darauf haben ihnen Ebermann und Trampert ausdrücklich eine negative Antwort gegeben, weil sie die Position vertreten, daß eine auf Intervention orientierte Politik im Moment nicht angesagt sei, sondern daß man sich vergegenwärtigen solle, wie marginal man sei. Also eine Position der inneren Einkehr.

Ich meine, daß es nicht völlig an Menschen fehlt, die bereit sind, sich in linke Zusammenhänge einzubringen. Es gibt schon ein gewisses Umfeld für einen politische Organisationsversuch, wenngleich es schmaler ist, als das 1968 der Fall war.

Kt.: Die Basis damals war ja außerordentlich lebhaft, und vor allem haben wir eigentlich sehr selten Redner mit der Frage konfrontiert, was wir tun könnten.

Wi: Das ist richtig.

Kt.: Aufgrund der tragischen Entwicklung, die die Linke in Deutschland genommen hat, gab es für uns kaum den Kontakt mit älteren Genossinnen und Genossen, die begründet oder auch unbegründet alle Dinge besser gewußt hätten als wir und gebeten oder ungebeten Ratschläge hätten geben können. Es fehlte natürlich sehr viel Kontinuität, es fehlte sehr viel Möglichkeit, von anderen Menschen ganz unmittelbar, persönlich etwas zu lernen. Andererseits haben wir die Chance und die Notwendigkeit gehabt, unsere Politik von Null auf selber zu entwickeln. Ich glaube, eine sich neu bildende Linke wäre heute, wenn auch aus ganz anderen Gründen, in einer ähnlichen Lage.

Wi.: Ja, das wäre dann wohl so. Aber Geschichte wiederholt sich ohnehin nicht. Ein einfaches Zurück zu den Anfängen unserer organisierten politischen Arbeit, also ein Zurück in die frühen 70er Jahre, kann es nicht geben.

Die Politik der deutschen Kapitalistenklasse folgt heute anderen Kriterien als vor der Wende 1989. Es hat einen Paradigmenwechsel in der ökonomischen und auch in der internationalen Politik gegeben, den die Linke immer noch nicht wirklich verstanden hat und der auf der Ebene von Analyse und Theoriebildung jede Menge Konfusion hinterlassen und auf der Ebene von Intervention und Praxis zu Irritation und Erlahmung geführt hat.

In diesem Milieu wirkt die bourgeoise Propaganda von der Überlebtheit des Sozialismus mit Blick auf den ökonomisch-politischen Zusammenbruch des Sowjetblocks bis in die Linke hinein. Der Linken und der Arbeiterklasse insgesamt wird eingehämmert, daß es keine Alternative zur kapitalistischen Ausbeutung gebe. Das wird zunächst offenbar weithin geglaubt und schlägt sich nieder in einer Schwächung der Gewerkschaften und "linken" Parteien, in Spaltung und Resignation revolutionärer Gruppen, im Erlahmen sozialen und politischen Widerstands an allen Brennpunkten gesellschaftlicher Konfrontation.

Seit mehreren Jahren erleben wir eine kapitalistische Offensive gegen die Bevölkerung von bisher unbekanntem Ausmaß, nicht nur bei uns, sondern weltweit und, ähnlich wie bei uns, in allen Industriestaaten. Ein adäquater Widerstand gegen diese Offensive ist noch nicht erkennbar. Ich betone das Wörtchen "noch", weil sich die Zeichen mehren, daß sich auch auf unserer Seite der Barrikade einiges zusammenbraut - sei es die indigene Gegenoffensive in Südmexiko, die erfolgreichen Massenblockaden französischer LKW-Fahrer, die Bauernrevolte in Griechenland oder die proletarischen Massenstreiks in Südkorea.

Die BRD wird bei dieser Entwicklung keine Insel der sozialen Ruhe bleiben. Als Kohl seine Novellierung des Gesetzes zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durchs Parlament brachte und Schrempp prompte Umsetzung bei Daimler-Benz ankündigte, ging ein Ruck durchs Volk: Bis hierher und nicht weiter, war die allgemeine, weit über den gewerkschaftlichen Organisationsgrad hinausgehende Grundhaltung. Die Gewerkschaften hatten es noch nie so leicht, Streiks und Demonstrationen zu organisieren. Bis hin zu den konservativen Bankangestellten stand eine spontane und erfolgreiche Abwehrfront.

Ziel der Kapitaloffensive und der staatlichen Sozialpolitik ist der Rückbau des allgemeinen Lohnniveaus der deutschen Bevölkerung auf ein durchschnittliches europäisches, das sich aber auch beständig nach unten verschiebt. Das relativ hohe Lebensniveau in Westdeutschland wurde nicht von einer kampferprobten Arbeiterklasse erstritten, sondern ist von Kapitalisten und Staat aus politischen Gründen gewährt worden. Diese Gründe sind offenbar seit 1989 entfallen. Allein um die Binnennachfrage nicht noch weiter absacken zu lassen, werden Kapital und Staat ihre Politik nicht ändern, auch nicht mit einer "rot-grünen" Regierung. Hier sind andere Kräfte gefordert.

Insgesamt sehe ich nicht nur das dringende Gebot einer starken linken Intervention, sondern auch einige Erfolgschancen dafür, ebenso aber die Gefahr, sich statt dessen in Themen wie dem "Neuen Proletariat" oder der "Globalisierung" philosophierend zu verlieren.

Kt.: Es geht zunächst einmal vor allem um einfache, pragmatische Dinge: die Rekonstruktion von organisatorischen Zusammenhängen; Aufbau einer Presse, die sich unbedingt auch agitatorisch "nach außen" wenden müßte; "Anschieben" und Unterstützen von linksgewerkschaftlicher Tätigkeit. Beispielsweise das, was Karl Heinz das Neue Proletariat nennt, müßte zunächst einmal gewerkschaftlich, das heißt zur Vertretung seiner unmittelbaren Interessen, organisiert werden, egal welche Gruppe aus diesem breiten Spektrum man nimmt. Ich meine damit nicht unbedingt eine Organisierung im DGB, sondern vor allem eine kollektive

Mobilisierung zur Vertretung unmittelbarer Interessen. Von da aus bis hin zu einer revolutionären Perspektive oder sozialistischen Politik wäre leider immer noch ein irrsinnig weiter Weg, aber ohne solche minimalen Grundlagen läuft überhaupt nichts.

Eine ganz wichtige Aufgabe wäre es zum Beispiel auch, die Arbeitslosen zu aktivieren und zusammenzuschließen. Es müßte als allererstes darum gehen, gemeinsame Erfahrungen zu vermitteln und gemeinsame Aktionen zu machen, denn die Arbeitslosen sind bisher nur vier bis sechs Millionen Einzelne. Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, man ruft (natürlich erst, wenn die Tage wieder etwas wärmer werden) dazu auf, daß sich die Arbeitslosen überall in Deutschland jeweils an einem bestimmten Wochentag auf einem zentralen Platz ihrer Stadt treffen - einfach nur, um zu zeigen, wieviele sie sind, um zu diskutieren usw. Vielleicht sind es dann beim ersten Mal nur tausend, in der nächsten Woche fünftausend, dann zehn- oder zwanzigtausend. Es käme einfach darauf an, es zu versuchen. Man muß dazu aber auch klar sagen, daß sich so etwas nicht von alleine, "spontan", "autonom" entwickelt, sondern daß man es von bewußt agierenden Kernen aus in Gang bringen, organisieren und kontinuierlich unterstützen müßte.

19. Stadtguerilla, Diskurspolitik und Persönlichkeitsspaltung. Zwischen Köln und San Francisco: Neue politische Bücher

Autor: Js. · Rubrik: Italien; Irland; USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:01

Was haben der bewaffnete Kampf der Roten Brigaden, Political Correctness und eine vierfach gespaltene Persönlichkeit miteinander zu tun? Eigentlich nichts - außer daß es sich um die Themen von drei Büchern handelt, die im vergangenen Jahr erschienen sind; und daß unser Rezensent diese drei grundverschiedenen Bücher besonders lesenswert findet.

Italien Mario Moretti über die Roten Brigaden

280 Seiten Interview mit einem seit 1981 einsitzenden Rotbrigadisten - von außen betrachtet wirkt das vom Verlag Libertäre Assoziation (Hamburg) und dem Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße (Berlin) herausgegebene Buch über die Brigate Rosse (BR) eher abschreckend. Daß es dennoch von der ersten bis zur letzten Seite spannend zu lesen ist, liegt an den beteiligten Personen. Die Fragen stellen Rossana Rossanda und Carla Mosca, beide optimal vorbereitet und bereit zum Streit mit ihrem Gesprächspartner, der selten ausweicht. Mario Moretti, der Mann, der Aldo Moro verhörte und nach 55 Tagen Geiselhaft tötete, erzählt "eine italienische Geschichte" - so der Untertitel - eine immer noch nicht abgeschlossene Geschichte. Besser: seine Version dieser Geschichte. Anders als die Denunziationen der pentiti, der reumütigen Kronzeugen, wirkt seine Erzählung ehrlich. Sie ist auch für ihn selbst unbequem: Die Brigate Rosse, so viel wird deutlich, sind nicht in erster Linie an der Übermacht des Staatsapparats gescheitert.

Vielmehr war ihre Konzeption von Anfang an falsch. Trotz ihrer Verankerung in den norditalienischen Industriebetrieben war die Isolierung der Militanten von den Arbeitern, ihre Illegalisierung voraussehbar. Auf den Alltagsterrorismus - kurzzeitiges Festsetzen und Verhören von Personalchefs und anderen Haßfiguren - folgte die massive Reaktion der Gegenseite. Durch sie wurden die Brigadisten in die Illegalität und in den bewaffneten Kampf getrieben. Der Rückhalt bei den militantesten Arbeitern schwand dahin; allenfalls militärisch "erreichte der Klassenkampf ein höheres Niveau". In Morettis Erzählung erscheint auch die spektakulärste Aktion der BR, die Moro-Entführung, als Desaster. Akribisch geplant und entschlossen ausgeführt, scheiterte sie an der Gutgläubigkeit der Brigadisten. Daß der italienische Staat den Christdemokraten Aldo Moro eiskalt opfern würde, hatten sie nicht bedacht - und hätten es, nach dem ganz ähnlichen, inhumanen Agieren des bundesdeutschen "Großen Krisenstabes" bei der Schleyer-Entführung, doch wissen können: Die herrschende Klasse, ob in Italien oder in der BRD, opfert der Staatsräson notfalls auch die eigenen Leute.

Moretti gibt offen zu, daß die BR während der Moro-Entführung mit symbolischen Gesten des Staates zufrieden gewesen wären: "Wir hatten den größtmöglichen propagandistischen Effekt erreicht, niemand konnte ihn uns nehmen. Für den Abschluß hätte uns das Eingeständnis gereicht, daß es eine Frage der politischen Gefangenen gibt." Genau das war - für den italienischen Staat - eine größere Zumutung als die ursprüngliche Forderung der BR, 13 ihrer inhaftierten GenossInnen freizulassen. Wer die herrschende Klasse angreift, um sie revolutionär zu stürzen, sollte zumindest ungefähre Vorstellungen von den Kräften und dem strategischen Denken des Feindes haben.

Mehr als zwei Jahre nach der Moro-Entführung gelang den BR ihr "politisches Meisterstück" (Moretti). Mit der Entführung des Richters Giovanni D'Urso konnte die Schließung des unmenschlichen Knastes von Asinara durchgesetzt werden. Die gleichzeitige Revolte im Gefängnis von Trani ließ den Slogan "Drinnen und draußen ein Kampf" Wirklichkeit werden; Richter D'Urso wurde auf Beschluß der Gefangenen freigelassen. Was als modellhafte Aktion gedacht war, konnte allerdings nie mehr wiederholt werden. Im April 1981 wurde Mario Moretti verhaftet.

Die Roten Brigaden haben den Nachgeborenen wenig Bewahrenswertes hinterlassen. Aus ihnen sind vor allem "Verräter" hervorgegangen. Deren Lügen tritt Moretti entgegen. Mehr noch als die pentiti (die "reumütigen" Kronzeugen) verachtet er die dissociati: diejenigen, die sich mit politischen Argumenten vom

bewaffneten Kampf lossagen. Auf die Frage nach einem "rettenden Ufer" antwortet er: "Es gibt viele, die es denen anbieten, die sagen, es sei alles sinnlos gewesen. Wer bietet einem wie mir, der behauptet, es hatte einen Sinn, eins an?" Zur Selbstkritik ist er bereit: "Wenn man mich bedrängt zu erklären, warum wir uns geirrt haben, bin ich bereit, es zu tun. Aber ich kann es nur vernünftig tun, wenn wir die Fehler aller betrachten und auch den Kontext, in dem wir uns befanden." Für eine solche öffentliche Debatte scheint Italien - auch oder gerade nach dem Regierungsantritt der Postkommunisten - immer noch nicht reif zu sein.

Mario Moretti: Brigate Rosse. Eine italienische Geschichte. Interview von Carla Mosca und Rossana Rossanda, Verlag Libertäre Assoziation (Hamburg) und Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße (Berlin), 285 Seiten, 29 DM

USA/BRD Diedrich Diederichsens "Politische Korrekturen"

Daß Diedrich Diederichsen, der "Dr. Sommer von Bohemia" (Der Spiegel), mit seinem neuen Buch zum "Napoleon Diederichsen" geworden sei (wie der konkret-Rezensent Ripplinger schreibt), muß entschieden bestritten werden. Keine Rede davon, Diederichsen würde auf 190 Seiten "kühl Order" erteilen, "wie seine Armee sich umzugruppieren habe und welche Strategie die beste sei" (Ripplinger). Vermutlich sind weniger als ein Dutzend Menschen überhaupt in der Lage, Diederichsens Gedanken vollständig zu verstehen und die Namen der zahllosen von ihm gerufenen Zeugen richtig einzuordnen. Allzu gelehrt, verschachtelt, ja verschroben geht es in dem Text zu. Um einen untypisch kurzen, nicht durch endlose Einschübe aufgeblähten Satz zu zitieren: "Die anti-authentische Geste der deklarierten Zitiertheit einer Emotion enthüllt nichts mehr." Alles klar? Diederichsen weiß, warum er die in Teilen der Linken populäre Sprachkritik "mit Mitteln des Deutschlehrers" verabscheut und die Kritik am "akademischen" Sprachgebrauch zurückweist.

Dennoch ist sein Buch nicht nur ärgerlich. In seinem politischen Gehalt - sofern der sich den halbgebildeten LeserInnen erschließt - ist es nicht nur anregend, sondern weitgehend "korrekt": Die Angriffe auf Political correctness (PC) sind Mittel der Rechten im Kulturkampf mit einer Linken (inclusive Feministinnen und allerhand "Randgruppen"), der geradezu diktatorische Macht angedichtet wird. Mit Hilfe ihrer Medien- und Kulturhegemonie übe sie Meinungsterror und verhänge Denkverbote gegen kritische (rechte) Geister, die nur genauer nachfragen oder forschen wollen. Wie das in Deutschland funktioniert, zeigt D.D. am Historikerstreit und seinen Fortsetzungen bis hin zur Goldhagen-Debatte.

Als weitere Beispiele nennt D.D. die Auseinandersetzung um Steffen Heitmanns Präsidentschaftskandidatur, Martin Walsers Geheul über den "Tugendterror der political correctness", Charlotte Höhns Klage, man dürfe ja nicht mehr sagen, "daß die durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner niedriger ist als die anderer". Während solche rechten Figuren über Tabus und Denkverbote greinen, präsentieren sich einige (ehemalige) Linke stolz als "inkorrekt". Der titanic-Zeichner Bernd Pfarr etwa läßt sich als mutiger Kämpfer gegen die Diktatur feiern: "Hemmungslos läßt du Neger auftreten und nennst sie auch noch so ...", attestierte ihm ein hingerissener Interviewer. Die Kampagne gegen die stets "betroffen" labernden "Gutmenschen" war für D.D. in den 80ern legitim; heute würden die Henscheids und Drostes, die diesem Feind treu geblieben sind, mit ihren Polemiken aber "auf ein totes Schwein" einprügeln. Als politische Verirrung von Linken "bei der Suche nach Freunden unter den Feinden ihrer wechselnden Feinde" sieht D.D. auch die Jugoslawien-Politik von konkret und junge Welt, die jahrelang einfach nur "das Gegenteil von der FAZ" behauptet hätten.

Weniger klar als Feindbeschreibung und Fehlerdiagnose sind allerdings die von D.D. empfohlenen Gegenmittel. Daß "Identitätspolitik" von diskriminierten Gruppen (die sich mittels PC zur Wehr setzen) in "konservativen Lobbyismus, wenn nicht in Schlimmeres" umschlagen kann, ist D.D. bewußt. Also "bleibt nichts, als partikulare Kämpfe einer bestimmten Strategie eine Weile zu unterstützen, sie dann von innen umzugestalten oder zu verlassen". Um zu belegen, daß PC mehr sein kann als ein Kampf um Worte, läßt D.D. allerhand linke Theoretiker auftreten, z.B. Althusser ("Gelegentlich läßt sich der ganze Klassenkampf als Kampf für ein Wort und gegen ein anderes zusammenfassen") und Gramsci, dessen Gedanken über die "kulturelle Hegemonie" ihm "so klingen, als wären sie für politische Arbeit unter Massenmedienbedingungen geschrieben".

Das ist auch schon anderen aufgefallen; bei der konkreten Umsetzung dieser Gedanken in linke Politik muß auch D.D. weitgehend passen. Direkt auf den Abschnitt "Gramsci greift ein" folgt die Zwischenüberschrift: "Keine politische Theorie und doch immens politisch produktiv: Dekonstruktion". Gemeint ist die Methode, "die

spezifischen, historischen Voraussetzungen absoluter Größen freizulegen"; es gelte, den Institutionen "die Unfreiheit und Machtbezogenheit ihrer Rede nachzuweisen, bis deren Bekanntheit zu einem Faktor wird, an dem die Institution nicht vorbei kann".

Die Konfrontation der Subkulturen gegenüber "Ökonomie, Kulturhegemonie und politischen Institutionen" müsse auf lokaler Ebene beginnen und "Diskurspolitik" einschließen. Diese soll nicht nur bestehende Begriffe "dekonstruieren", sondern auch "Zukunftsbegriffe" prägen und so die Wirklichkeit verändern: " ... erst künftig zu erringende Positionen mußten sprachlich vorformuliert werden, um überhaupt bezogen oder errungen werden zu können". Mit diesem sicher nicht falschen, aber auch sehr allgemeinen Satz Reinhard Kosellecks aus dem Jahre 1979 schließt das Buch - Diederichsen ist offensichtlich die Puste ausgegangen. "Seine Truppen" (Ripplinger; s.o.), die ihm bis hierher, auf Seite 190, gefolgt sind, läßt er ratlos; mehr als eine grobe Marschrichtung hat der vermeintliche Feldherr ihnen nicht angeben können.

Diedrich Diederichsen: Politische Korrekturen; Kiepenheuer & Witsch (Köln), 192 Seiten, 18,80 DM

Irland/USA Sean McGuffin: Der fette Bastard

Ob Sean McGuffins neuestes Werk in die Rubrik "politische Bücher" gehört, ist fraglich. Genauso fraglich ist, ob es sich bei diesem Buch um einen Roman handelt, wie der Verlag behauptet: Der Autor liefert vier weitgehend voneinander unabhängige Erzählungen, die mittels eines Tricks zu einer Einheit erklärt werden. Es handele sich um ratenweise eingeschickte Schöpfungen ein und desselben Mannes, dessen Persönlichkeit vierfach gespalten sei, versichern die Herausgeber, der Übersetzer und der behandelnde Psychiater in Vor- und Nachworten, Briefen und kurzen Anmerkungen. Ob auf diese Weise nun ein Roman entstanden ist oder nicht - das Buch ist nicht nur spannend geschrieben, sondern - zumindest in Teilen - auch für politische Menschen lehrreich.

Sean McGuffin, Ire mit Wohnsitz San Francisco, habe in seinem Buch die "irische Mentalität und ihre eigenartig-schwerblütige Liebe zur keltischen Mythologie" dargestellt, schreibt der Rezensent der Weltwoche, und der Verlag, der das offensichtlich werbewirksam findet, druckt es im Klappentext nach. Ganz falsch ist das nicht: Der Autor "Setanta" (ein Viertel McGuffins) redet bei den Kopfjägern auf Borneo und unter Drogen plötzlich in einer uralten keltischen Sprache. Ob die Einwohner der grünen Insel unter dem Einfluß von Whiskey und Guinness die gleiche Gewohnheit haben, ist dem Rezensenten unbekannt. Die Bedeutung "Setantas" für die "irische Mentalität" muß also einstweilen offen bleiben.

Die übrigen drei Viertel McGuffins sind ganz und gar Menschen des 20. Jahrhunderts. Da ist zunächst "Der McGuffin", versoffener Rechtsanwalt aus San Francisco, ein "irischer Bastard", der mit Zynismus und ordinärem Vokabular über Gott & die Welt und den Berufsstand der Advokaten herzieht. Die von ihm handelnden Teile des Romans verlieren allerdings rasant an Witz. Der Humor ist vorzugsweise derb bis geschmacklos.

"Sean McGuffaunn" ist als IRA-Kämpfer schon eher als Identifikationsfigur für Linke geeignet. Die von ihm "geschriebenen" beiden Kapitel handeln vom irischen Befreiungskampf in den zwanziger Jahren - mitreißende Episoden eines Abenteuerromans, den zu schreiben Sean McGuffin offenbar unter seiner Würde findet.

Bleibt das letzte Viertel McGuffin, "John McGuffin", dessen Beiträge nicht nur vom Umfang her - sechs Kapitel mit 100 Seiten - besondere Bedeutung haben. Hier spricht der Konterrevolutionär: ein Pinkerton-Agent und ausgewiesener Fachmann, den die Kapitalisten für gutes Geld als agent provocateur gegen die Umtriebe der US-amerikanischen Arbeiterbewegung einsetzen. Seine Memoiren geben den LeserInnen wichtige Einblicke in einen - zumindest hierzulande - wenig bekannten Abschnitt des 20. Jahrhunderts: Sie zeigen, daß auch in den USA der Siegeszug des Kapitalismus kein Naturereignis war, sondern von massiver und zuweilen mörderischer Gewalt gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter begleitet wurde.

So erhellend die von "John McGuffin" gezeichneten Kapitel sind, als Teil eines Ganzen erscheinen sie ebenso wenig wie die übrigen Abschnitte. Das Buch endet mit einem Postscriptum des Übersetzers Jürgen Schneider. Monatelang habe er aus verschiedenen Teilen der Welt Postkarten erhalten, "die vermutlich er mir geschickt hat" - McGuffin. Dann nichts mehr: "Sechs Monate sind vergangen, seit ich die letzte Postkarte erhielt. Ich bin nach wie vor verwirrt und kann nur eine letzte Frage stellen: Wo steckt dieser fette Bastard?"

Damit endet das Buch, das Rätsel seines Titels wird immerhin im letzten Satz enthüllt, und "der Leser" (zumindest der Rezensent) ist trotz allem nicht frustriert. Sean McGuffin, der sich laut editorischer Notiz selbst als "Republikaner, Anarchist, intellektueller Rowdy und Schriftsteller" bezeichnet, hat vier Erzählungsfragmente als "Roman" ausgegeben, und ein linker deutscher Kleinverlag hat ein spannendes Buch daraus gemacht. Alle Achtung.

Sean McGuffin: Der fette Bastard oder Die Exegese einer multiplen Persönlichkeit; Edition Nautilus (Hamburg), 318 Seiten, 39 DM

Js.

Bestellt, erhalten und angelesen...

Werner Raith/ Thomas Schmid (Hrsg.): Politische Morde. 17 Fälle des 20. Jahrhunderts; Verlag Die Werkstatt (Göttingen), 189 Seiten, 24 DM

Birgit Rommelspacher: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht; Orlanda Frauenverlag (Berlin), 219 Seiten, 32 DM

PartisanInnen im Piemont. Antifaschistischer Widerstand in Nordwestitalien; Querblick (Konstanz), 141 Seiten, 24 DM

20. Reformen und Rückkehr. Irak: "food-for-oil"-Abkommen

Autor: Andrea Fischer-Tahir, Christian Pommerening - Kahina-Zentrum, Leipzig · Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:05

Die Resolution 986 des UN-Sicherheitsrates gestattet dem Irak den Export von Erdöl für ein halbes Jahr. Von den 2 Mrd. Dollar Einnahmen des "food-for-oil" genannten Handels leistet der Irak Reparationen, bezahlt einen Teil der Kosten von UNSCOM und kann für den großen Rest unter UN-Kontrolle Lebensmittel und Medikamente einkaufen. 300 Mio Dollar sind für Hilfslieferungen in den kurdischen Nordirak vorgesehen. In ak Nr. 395 im Oktober 1996 befaßten wir uns ausführlich mit den regional- und globalpolitischen sowie völkerrechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen in Irakisch Kurdistan in den vergangenen fünf Jahren humanitäre Hilfe geleistet wurde. Im folgenden möchten wir andere Aspekte vor dem Hintergrund der teilweisen Aufhebung des Embargos und agrarwirtschaftlicher Entwicklungen beleuchten.

Agrarreformen

Die Errichtung der Baath-Diktatur 1968, die Verstaatlichung der irakischen Erdölindustrie und der mit dem Yom-Kippur-Krieg 1973 einsetzende Erdölboom schufen die entscheidenden Voraussetzungen für eine auf dem Erdölexport aufbauende nationale Wirtschaftspolitik. Der Militär- und der Sicherheitsbereich konnten ausgebaut, Bildung, Gesundheit und soziale Fürsorge ausgiebig gefördert werden. Das Regime investierte außerdem große Summen in die Landwirtschaft. Um die Effektivität der Agrarproduktion zu erhöhen, erließ der Kommandorat der Revolution (KRR) 1970 die Reformgesetze Nr.116 und 117. Die Reform enteignete weitgehend die Großgrundbesitzer und verteilte das Land an ehemalige Pächter. Die Regierung richtete "Volksmärkte" ein, wo die kleinen Bauern ihre Produkte günstig absetzen konnten, legte Mindestlöhne für Landarbeiter fest und förderte die Kooperativen und kleinen Bauern durch die Bereitstellung von landwirtschaftlichen Geräten, modernen Maschinen und Düngemitteln. Die Macht der Großgrundbesitzer sollte eingeschränkt bzw. gebrochen werden. Es sei denn, sie verhielten sich dem Regime gegenüber loyal. (1)

Auf Grundlage der vom KRR 1970 veröffentlichten "März-Erklärung" sollten die Baath und die Demokratische Partei Kurdistans (DPK) innerhalb von vier Jahren die Modalitäten für eine kurdische Autonomie aushandeln. Das Regime schuf neue demographische Tatsachen, in dem es aus den erdölreichen Regionen von Kirkuk, Khanaqin und Mosul zehntausende Kurden vertrieb und umsiedelte. Während das Regime die schiitischen Failie-Kurden als angebliche Spione in den Iran auswies, beschuldigte es andere Kurden, sich der Agrarreform zu widersetzen. An ihrer Stelle wurden arabische Familien angesiedelt. (2) Laut Gesetz (Art.16/117) sollte Agrarreformland vorzugsweise an arabische Iraker verteilt werden. Das Ziel, die anhaltende Landflucht einzudämmen, wurde nicht erreicht. Sowohl für das Regime, als auch für die kurdischen Parteien sind die Agrarreformen ein wichtiges Politikum. Die Baath und die damals mit ihr verbündete Irakische Kommunistische Partei (IKP) behaupteten, die Reformen 1970 seien im Nordirak am Widerstand der Nationalbewegung gescheitert. Während die DPK die Reform bis 1974 begrüßte, behauptete sie später, die Reform wegen der politischen Interessen der Baath abgelehnt zu haben. An Hand empirischen Materials läßt sich aber nachweisen, daß die Reform im gesamten Irak schleppend voranging. (3)

Nach der Kapitulation der von Mulla Mustafa Barzani geführten DPK erließ der KRR im Mai 1975 das Gesetz Nr. 90 über die Agrarreform in der Autonomen Region Kurdistan. Das Gesetz limitierte radikal den Privatbesitz an Land. Kern der Reform war die Vergabe von Land an Bauern und Pächter, die dafür einen Vertrag erhielten. Der Vertrag mußte jährlich gegen Entrichtung einer Gebühr erneuert werden und verpflichtete die Bauern, eine Kooperative zu gründen und entsprechend den staatlichen Anordnungen das Land zu bewirtschaften. Somit wurden die Bauern quasi zu Pächtern von Staatsland. Die auf gemeinsame Produktionsschritte, Vermarktung und Instandhaltung der Bewässerungsanlagen ausgerichteten Kooperativen bestanden nicht lange, da sie gegenüber traditionellen Kooperationsformen keine Vorteile boten. Das Gesetz definierte Gartenland so, daß ein Großteil des in Kurdistan genutzten Gartenlandes darin nicht erfaßt; d.h. enteignet und nicht verteilt wurde. Dies führte zu einer Verödung und Vernichtung von Gartenland und verstärkten Landflucht. Ende der 70er Jahre wurden in Kurdistan Nüsse und andere einheimische Früchte knapp. (4) Loyale Großgrundbesitzer konnten sich von der Reform freikaufen. Trotz verbesserter Infrastruktur und Krediten für Kooperativen führte die Reform nicht zu einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion.

Dafür bestand wenig Anreiz, da das Regime bereits in den 70er Jahren dazu übergegangen war, die Lebensmittelpreise festzusetzen und über Bezugsscheine subventionierte Lebensmittel zu verteilen. Lebensmittelagenten, meist Mitglieder der Baath, verteilten die über das Lebensmittelamt und Food Companies bereitgestellten Grundnahrungsmittel. In der kurdischen Provinz Suleimaniya z.B. waren schon Mitte der 70er Jahre über 60% der Bevölkerung in das Verteilungssystem einbezogen. Dies, und die Tatsache, daß in den Städten neue Fabriken entstanden und der Dienstleistungssektor boomte, führten zu einer verstärkten Abwanderung der Bauern in die urbanen Zentren. Der marktorientierte und der auf den eigenen Verbrauch ausgerichtete Anbau von Weizen, Reis und Zuckerrüben wurde zunehmend unrentabel. Die Viehwirtschaft (Schafe, Ziegen) gewann an Bedeutung. Selbstangebautes Getreide diente häufig nur noch der Viehversorgung.

Mit zunehmender Dauer des 1980 begonnenen Krieges gegen den Iran und im Rahmen der Liberalisierung der Wirtschaft versuchte das Regime, die Stagnation in der Landwirtschaft zu überwinden. Das Gesetz Nr. 35/1983 modifizierte die Reformen von 1970 und 1975. Der Erhalt von Land war nicht mehr an den Beitritt in eine Kooperative gebunden. Die Verträge erhielten eine Gültigkeit von 20 Jahren. Durch die Reformen geteilter Familienbesitz durfte wieder zu großen Einheiten zusammengelegt werden. Auch diese Maßnahmen führten zu keiner nennenswerten Steigerung der Produktion. Das Gesetz verfolgte in Kurdistan vorrangig politische und nicht wirtschaftliche Ziele. Ganze Regionen befanden sich unter Kontrolle verschiedener kurdischer Parteien. Bauern, die nach dem neuen Gesetz Verträge abschlossen, galten für die Befreiungsgbewegung als Kollaborateure.

Die Entvölkerung der Grenzstreifen zur Türkei, zu Syrien und zum Iran in den 70er Jahren sowie die Anfal-Offensiven 1988 ließen weniger als 1/3 der kurdischen Dörfer unzerstört. Hunderttausende Menschen wurden verschleppt und später in sogenannten collective towns angesiedelt. Kleinfamilien erhielten eine kleine Landparzelle als Privatbesitz und günstige Kredite zum Hausbau. Noch nicht mal eine kleine Landwirtschaft war aufgrund der Boden- und Klima- sowie Land- und Wasserbesitzverhältnisse möglich. Die Deportierten waren vollständig dem System der Lebensmittelverteilungen unterworfen. Eine nennenswerte Rehabilitierung der Agrarproduktion (Weizen, Sonnenblume, Zuckerrübe) erfolgte erst zu Beginn der Kuwait-Krise 1990, als das Regime an Kollaborateure Land vergab, das die Limitierung sämtlicher Reformgesetze weit überschritt. Diese verpachteten das Land an Verwandte.

Internationales Hilfsbusiness

Die Resolution 688 des UN-Sicherheitsrates war wesentliche Voraussetzung für die erste "Humanitäre Intervention". Sie brauchte nicht, wie manche humanitäre Helfer aber immer noch glauben, humanitäre Phrasen zur Begründung. Die Resolution 688 nennt als Gründe für das Eingreifen "eine Gefährdung des Weltfriedens und der Sicherheit in der Region". Das heißt, das Verbleiben der Flüchtlinge in der Türkei stellte eine Gefahr dar. Durch die Errichtung einer Schutzzone im Nordwesten Iraks zur Rückführung der Flüchtlinge konnte über den Waffenstillstand hinaus die Präsenz alliierter Soldaten legitimiert werden. Seit das Flüchtlingsproblem für die Türkei gelöst war, beschränkte sich das militärische Engagement in Kontrollflügen über der Flugverbotszonen und die Unterstützung türkischer Militäroperationen.

Im am 18. April 1991 zwischen den UN und dem Irak unterzeichneten "Memorandum of Understanding" bestand das Bagdader Regime darauf, daß die Hilfsorganisiationen, denen gemäß Resolution 688 des UN-Sicherheitsrates freier Zugang zu allen Hilfsbedürftigen zu gewähren sei, daß es keine Unterstützung der Rückkehr aus den collective towns in die Dörfer geben dürfe. Das Regime befürchtete, daß andernfalls wieder ländliche Strukturen entstünden, die als Versorgungsrückgrat für den kurdischen Widerstand geeignet wären. In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß die Kurdistan-Front argumentierte, Kurdistan könne darauf verzichten, da es über ausreichende Kapazitäten verfüge.

Das Regime verhängte anläßlich des UN-Winterversorgungsprogrammes eine interne Blockade gegen die kurdisch beherrschten Gebiete und stellte die Lieferung von Lebensmitteln allmählich ein. An die Stelle des irakischen Wohlfahrtsstaates traten häufig ausländische Hilfsorganisationen, die in gleicher Weise, aber mit weniger Lebensmitteln Verteilungen durchführten. Viele Vertriebene in den Städten begriffen aber, daß sie zum Überleben aufs Land zurückkehren müßten, da sich die Hilfsmaßnahmen auf den Wiederaufbau landwirtschaftlicher Strukturen konzentrierten. Enteignete Großgrundbesitzer sahen ihrerseits die Chance, die Reformen der 70er zu annullieren und sich eigene Einnahmequellen zu sichern. Um durch soziale Kämpfe, gar

Klassenkämpfe die "nationale Einheit" nicht zu gefährden, beschränkte sich das im Mai 1992 gewählte kurdische Parlament auf den guten Vorsatz, landrechtliche Probleme in "sozial gerechter Art und Weise" lösen zu wollen, diskutierte aber nie Grundsätze für den Umgang mit der Landfrage. (5) Sowohl Großgrundbesitzer, die vorher mit dem Regime kollaboriert hatten, als auch die, die mit der Nationalbewegung sympathisierten, nahmen in den kurdischen Parteien verstärkt wichtige Positionen ein und wurden ins Parlament gewählt.

Die ausländischen Hilfsorganisationen realisierten in der Regel eigene Projekte für den Wiederaufbau der Dörfer. Sie arbeiteten eher mit traditionellen und lokalen Eliten sowie Parteistrukturen anstatt mit der neuen kurdischen Administration zusammen. Das Versorgungsgefälle von Nord nach Süd begünstigte die von der DPK dominierten nördlichen Gebiete. Die Vernachlässigung der Städte führte zu einer rapide fortschreitenden Verarmung. Doch auch die Bauern, die sich selbst versorgen konnten, blieben von weiteren Hilfsmaßnahmen und informellen Einnahmequellen abhängig. (6) Die Konzepte des Wiederaufbaus gingen davon aus, daß Kurdistan ein Agrarland ist und die Bauern in der Lage versetzt werden müßten, sich selbst zu ernähren, d.h. subsistenzwirtschaftlich zu leben. Von den wenig wahrgenommenen land- und wasserrechtlichen Konflikten abgesehen, war es das Ignorieren der Marktverhältnisse, die zum Scheitern vieler Projekte führte. Neben instandgesetzten Straßen und Brücken mangelte es vor allem an Transportmitteln. Durch die Bagdader Blockade waren Treibstoffe unerschwinglich. Transporttiere waren schon lange nicht mehr in Kurdistan vorfügbar. Selbst wenn Getreide, Reis, Kartoffeln, Gemüse oder Obst auf den Markt gelangten, konkurrierten sie mit den wesentlich preiswerteren Produkten aus dem informellen Grenzhandel oder den Verteilungen.

Die Versorgungskrise verschärfte sich noch dadurch, daß aus dem Iran und Bagdad Händler und Lebensmittelagenten in den kurdischen Dörfern hohe Aufkaufpreise für die Ernte boten. Die kurdische Administration war technisch und finanziell nicht in der Lage, den Bauern die Ernte abzukaufen und die Lebensmittel selbst auf den Markt zu bringen. Erst die Verwaltung der DPK vermochte es 1994 - mittels Einbehaltung der Zolleinnahmen von Habur - in der Provinz Dohuk die Ernte aufzukaufen und Lebensmittel zu verteilen. In den letzten zwei Jahren gab es Fortschritte im koordinierten Handeln von Hilfsorganisationen und kurdischer Administration in Erbil.

Die Resolution 986 und das Bündnis der DPK mit Bagdad in den militanten Machtkämpfen mit der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) stellen die Wiederaufbauprojekte grundsätzlich in Frage. Oktober 1996 stellten ausländische wie auch kurdische Mitarbeiter von Hilfsorganisationen fest, daß die Bevölkerung mit großen Erwartungen der Reetablierung des Lebensmittelverteilungssystems der Bagdader Zentralmacht entgegensieht. Aus den Dörfern kehren wieder Familien in die collective towns und Vororte der Großstädte zurück. Deutsche Hilfsorganisationen sind an einer Weiterarbeit in Irakisch Kurdistan sehr interessiert. Doch sie fürchten die Ignoranz der westlichen Regierungen gegenüber den Sicherheitsrisiken. Einzig für die amerikanische Regierung ist die Gefährdung von kurdischen (und ausländischen) Mitarbeitern angesichts des Re-Etablierens irakischer Sicherheitsorgane überhaupt relevant. Französische und britische Organisationen haben sich bereits in Bagdad akkreditiert. Ob der Irak gemäß Resolution 688 den NGO freien Zugang gewährt, ist fraglich.

Embargogeschäfte

Die Wirtschaft in Irakisch Kurdistan und im Irak hat sehr sensibel auf die Verhandlungen über die teilweise Aufhebung des UN-Embargos reagiert. Die Schwankungen des Dollarkurses und der Lebensmittelpreise sind enorm. Im Dollarkurs, im durchschnittlichen Monatseinkommen und in den Lebensmittelpreisen unterscheiden sich beide Teile des Irak nicht nur in den Relationen sondern auch in der Verfügbarkeit von Waren.

Der Andrang von Managern aus vielen Ländern seit 1994 in Bagdad wurde vielfältig beschrieben. Bereits 1993 warben irakische Diplomaten mit Verträgen über 4,5 Milliarden US-Dollar für die Aufhebung des Embargos. (7) Die Konzerne sind bestrebt, alte Marktpositionen zurückzuerobern. Sie vereinbarten mit irakischen Stellen eigene "Memorandums of Understanding" über joint ventures, Barter-Geschäfte und andere Formen der künftigen Wirtschaftskooperation. Der enorme Bedarf an Baumaterial und jeglicher technischer Ausrüstung ermöglicht eine Neuaufteilung des Marktes Irak. Einige Firmen spendeten gar an Hilfsorganisationen, um sich Vorteile bei den Vertragsvergaben zu sichern. Konzessionen für die Ausbeutung neuer Erdöl- und Erdgasquellen sind längst vergeben. Die Embargoauflagen wurden teilweise gelockert, so daß z.B. deutsche Firmen Ersatzteile für Landmaschinen und Hilfsgüter für die Strom- und Wasserversorgung liefern konnten, was für Irakisch-Kurdistan nie gelang. (8) Die Diskussionen um die humanitäre Notwendigkeit einer Aufhebung

des UN-Embargos haben nicht berücksichtigt, welche Rolle Irak auf dem Weltmarkt und die Interessen der Konzerne dabei spielen. Die diplomatischen Fehler von der Kuwait-Krise bis zur Schaffung instabiler Verhältnisse durch die "Humanitäre Intervention" finden darin keine Erwähnung. Die Aufhebung des Embargos läßt dem Irak nur die Chance, wieder als reiner Rohstofflieferant und Importeur von Technologie, Lebensmitteln und Medikamenten zu dienen. Die massenhafte Einfuhr von Lebensmitteln wird gewährleisten, daß der repressive Versorgungsstaat wiederaufgebaut wird. Die infrastrukturelle Eigenentwicklung Irakisch Kurdistans der letzten Jahren kann schnell wieder rückgängig gemacht sein. Die weitestgehende Verarmung des Mittelstandes und ein großes und billiges Potential ausgebildeter Facharbeiter im gesamten Irak ermöglicht den Konzernen ein über den "food-for-oil"-deal hinausgehendes Vordringen auf den irakischen Markt. Sie werden sich mit jeder das Regime stabilisierenden Regelung für Irakisch Kurdistan zufrieden geben.

Die Resolution 986 ist auch ein wesentlicher Schritt zur internationalen Rehabilitierung des Bagdader Regimes. Die kurdische Administration hoffte noch im Sommer 1996, durch die irakisch-türkische Erdölpipeline eine gewisse Kontrolle über das irakische Öl zu erlangen. Der Einmarsch der irakischen Armee schaffte schnell vollendete Tatsachen. Im September 1996, kurz nach der Eroberung der kurdischen Regionalhauptstadt Erbil durch die irakische Armee und Milizen der DPK, kündigte das Regime an, in Kürze mit der DPK ein Autonomieabkommen abzuschließen. Ende Dezember schon erklärte Saddam Hussain, daß die Zeit für ein Abkommen nicht gegeben sei. Als Hauptgründe für die Absage an die DPK nannte er: 1. Die DPK sei offensichtlich nicht bereit, auf eine eigene Außenpolitik zu verzichten. Und 2. Die DPK repräsentiere nicht die kurdische Bevölkerung im Nordirak. (9) Der erste Punkt bezieht sich auf die zahlreichen Auslandskontakte und Vertretungsbüros der DPK, insbesondere die Kontakte in den USA und zu deren Nahost-Diplomaten Pellentreau, der einen Friedensschluß zwischen DPK und PUK vermitteln will. So rührte das Bagdader Regime keinen Finger, als seine "Verbündeten" im Oktober durch die PUK aus Suleimaniya vertrieben wurden. Der zweite Punkt scheint eine Einladung an die PUK zu eigenen Verhandlungen zu sein. Das sieht nach einer Neuaufführung des Polittheaters von Anfang der 70er zu sein. Die Beziehungen Bagdads mit seinen Nachbarstaaten lassen sich stark an der kurdischen Frage festmachen. Andererseits sind die Beziehungen der kurdischen Parteien zu diesen Staaten für ihr Überleben wichtig sind. Das Regime wartet, bis sich die beiden Parteien bis zur Ohnmacht geschwächt haben. In jedem Fall weiß es, daß sich sein Spielraum durch wohlwollende Diplomatie im Auftrage des Kapitals vergrößert hat. Frankreich beispielsweise kündigte seine Teilnahme an der Flugüberwachung über dem Nordirak (aber nicht über dem Südirak!) mit der Begründung auf, daß mit der Vereinbarung die Legitimation für die Operation "Provide Comfort" entfalle. (10) Für die Operation gelten seit 1. Januar 1997 neue Bedingungen, die für Frankreich den humanitären Aspekt nicht mehr enthalten. (11) Die Forderungen nach Aufhebung des Embargos und Wirtschaftskontakten geht einher mit dem Desinteresse an einer Fortführung bzw. einer Befürwortung von "Provide Comfort".

"Der Traum (von Emanzipation) ist aus ..."

... müssen wir uns spätestens eingestehen, seit mehrere tausend vermeintliche CIA-Agenten kampagnenartig aus dem Nordirak ausreisten und nach Guam geflogen wurden. Die meisten dieser Kurden und Araber waren mitnichten Agenten, sondern Mitarbeiter amerikanischer und anderer Hilfsorganisationen, die von der im September erlassenen Amnestie Saddam Hussains ausgenommen sind und angesichts wiederhergestellter Strukturen der irakischen Sicherheitsorgane ihres Lebens nicht sicher sein können. Der Traum ist aus, wenn wir an die zahlreichen Flüchtlinge und Auswanderer, die seit sechs Jahren den Irak und gerade auch die kurdisch verwaltete, quasi autonome Region verließen, sowie an die "Sehnsucht" der Bevölkerung nach stabilen Verhältnissen, auch unter einem Bagdader Regime denken.

Viele Faktoren beeinflussen die Rahmenbedingungen, in denen Wiederaufbauhilfe oder Nothilfe geleistet werden kann. Es gab wenige deutsche Organisationen, die ernsthaft versucht haben, für die Bevölkerung in ihren Projekten eine Unabhängigkeit von ausländischer Hilfe zu erreichen. Doch auch diese Organisationen haben über ihre Arbeit nicht reflektiert. Sie übten sich in Antragslyrik und vergaßen dabei die anti-imperialistische Argumentation fast vollständig. In keinen Veröffentlichungen findet sich eine Auseinandersetzung dieser Organisationen mit ihrem Eingebundensein in die imperialistischen Strukturen der humanitären Hilfe für Irakisch Kurdistan und ihren Problemen; ein Infragestellen des Erreichten und Möglichen; eine Antwort auf die Frage, ob sie mehr erreicht haben, als ihre Geldgeber den Kurden zugestanden haben, nämlich eine notdürftige Ernährung. Statt dessen scheinen sie sich der Globalisierung verschrieben zu haben. So unterzeichneten zwei deutsche Hilfsorganisationen einen Schutzappell amerikanischer Organisationen an

Bill Clinton und richteten ihn gleichzeitig an die Bundesregierung. (12) Darin wird ein UN-System für die "Überwachung aller Ereignisse" (Einstellung aller Kampfhandlungen und Ende von Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegen Zivilisten und Flüchtlinge) gefordert, "um nicht nur im Nordirak, sondern in allen Regionen des Landes präsent zu sein". An Clinton gerichtet heißt es: "Herr Präsident: Ihre Regierung muß eine politische Führung deutlich machen, die der irakischen Regierung bedeutet, daß sie einer solchen Präsenz zuzustimmen hat und ihre Einrichtung sichern muß. ... Mit vollem Respekt möchten wir dringend bitten, daß Sie an der Spitze der Vereinten Nationen und ihrer Organisationen, in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht, Maßnahmen zur Sicherung des Schutzes der Opfer des Konflikts im Nordirak ergreifen." Die Aufforderung zur Intervention ist angesichts eigener Erfahrungen mit der Einhaltung internationalen Rechts naiv. Eine solche Intervention würde sogar über die Resolution 688 hinausgehen, deren Auslegung und völkerrechtliche Konsequenzen heftig umstritten sind. Beachtet man die militärische Konfrontation zwischen den USA und Irak, die bei Entstehen des Schutzappells noch bestand, würden die Unterzeichner ein militärisches Eingreifen begrüßen. Dies macht auch das Anspielen auf den Massenexodus von 1991 deutlich. Die Forderung an die USA, ihre Führungsrolle in der UNO auszunutzen und als (einzige) imperiale Schutzmacht aufzutreten, ist Kapitulation. Sie ist aber auch das Eingeständnis, daß das internationale Hilfsbusiness eine Führungsmacht wie die USA braucht.

Andrea Fischer-Tahir,

Christian Pommerening

Kahina-Bildungs-und Informationszentrum Naher und Mittlerer Osten e.V., Leipzig

Anmerkungen:

1) s. Hanna Batatu: The old social classes and revolutionary movement of Iraq. New Jersey 1978.

2) s. Ismet Cherif Vanly: Kurdistan im Irak. in: Kurdistan und die Kurden. Bd. 1 Göttingen 1988

3) s. Rony Gabbay: Communism and Agrarian Reform in Iraq. London 1978

4) Leszek Dziegiel: Rural community and contemporary in Iraqi Kurdistan facing modernization. Krakow 1981

5) Perleman (Das Parlament): Gesetz über die Gründung des Landwirtschaftsministeriums. Nr.14/1993 (kurd./arab.)

6) vgl. Katharina Hayden, Hans Klein: Hilflose Helfer. Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft in Südkurdistan. In: Blätter des iz3w Nr. 201, Freiburg 1994

7) taz 6.2.93

8) taz 5.9.95

9) al-hayat 28.12.96

10) al-hayat 28.12.96

11) SZ 28.12.96

12) taz 19./20.10.96

21. Korea im Jahr des Büffels

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Korea (Süd) · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:21

Das war kein schlechter Auftakt, der der südkoreanischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu Beginn des neuen Jahres (des Büffels) geglückt ist. Die Hörner sind gewetzt und die beiden Hauptkontrahenten einstweilen im Clinch miteinander verkeilt - Ausgang offen.

Erquicklicher Etappensieg

Der eine Kontrahent, die Regierung unter Kim Young-Sam, ist gezwungen worden, seinen Kurs der unerbittlichen Konfrontation zugunsten einer Phase der Konsultation zu ändern. Dies ist einerseits das Resultat des Drucks der Straße. Zum anderen haben fortschrittliche Kreise der Kirchen - einschließlich der Buddhisten - und namhafte Intellektuelle den Präsidenten zum Einlenken und Dialog gedrängt. Präsident Kim Young-Sam will nunmehr über das umstrittene Arbeitsgesetz im Parlament, diesmal unter Beteiligung der Opposition, neu verhandeln lassen. Derweil sind die Haftbefehle gegen führende Vertreter der noch immer illegalisierten KCTU (Koreanische Gewerkschaftskonföderation; dieser im November 1995 gegründete Dachverband umfaßt ca. eine halbe Million Mitglieder aus knapp 900 Betriebsgewerkschaften) ausgesetzt, und es ist staatlicherseits signalisiert worden, sie könne möglicherweise doch anerkannt werden. Die Internationalisierung des Protests seitens der in Genf ansässigen Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie aus Kreisen der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), zu deren jüngstem Mitglied Südkorea ja aufgestiegen ist, haben Kim böse auf dem falschen Fuß erwischt.

Seine Regierung hat einen beträchtlichen Gesichtsverlust hinnehmen müssen. Für die Großbourgeoisie seines Landes gilt er nicht länger als verläßlicher Garant ordnungsgemäßer politischer Verhältnisse und des gedeihlichen Arbeitsfriedens. Das Seouler Ministerium für Handel, Industrie und Energie beziffert den durch die Streiks allein in diesem Monat entstandenen volkswirtschaftlichen Schaden auf 3,1 Milliarden US-$. Die Verluste der südkoreanischen Exportwirtschaft belaufen sich auf annähernd 500 Millionen US-$. Damit haben Industrie und Handel allein in drei Wochen mehr Schlappen einstecken müssen, als ihnen im gesamten Jahr 1996 durch Demonstrationen und Streiks zugefügt worden sind.

Die anstehende Parlamentarisierung des neuen Arbeitsgesetzes hat allerdings einen Haken. Die Medien vermitteln den Eindruck, die Opposition werde nunmehr angemessen in die Debatten einbezogen. Da werden dann der sozialdemokratisch orientierte Kim Dae-Jung und Kim Yong-Pil von den sogenannten Liberaldemokraten als edle Häupter präsentiert. Doch diese beiden Figuren sind schlichtweg machtgeile Polit-Oldies, denen jedes Mittel recht ist, Kim Young-Sam auszubooten. Kim Dae-Jung hatte sich offiziell schon vor Jahren aus der Politik zurückgezogen und als schmollender Elder Statesman hinter den Kulissen Schiebereien gepflegt. Und nun? Da ist er wieder und hegt ausschließlich präsidiale Ambitionen. Kim Yong-Pil ist ein aus der Militärdiktatur herübergeschleiftes Fossil des Kalten Krieges. Er war einer der maßgeblichen Architekten des Geheimdienstes KCIA (heute deodorisierend "Agentur für Nationale Sicherheitsplanung", ANSP, genannt) und deren erster Chef. Dieser dritte Kim kennt das berühmt-berüchtigte und leider noch immer intakte sogenannte Nationale Sicherheitsgesetz weitaus besser als die Verfassung seines Landes. Ergo: Diese Opposition verheißt nur Schlechtes.

Und die Gewerkschaften? Sie haben über die Politisierung der vergangenen Wochen hinaus eine beträchtliche politische Stärke bewiesen. Auf sich allein gestellt, sind sie außerstande, strukturelle Reformen herbeizuführen. Aber, und das ist zunächst das Entscheidende, sie bilden ein Widerstandspotential, das in umsichtiger Liaisonarbeit mit anderen relevanten gesellschaftlichen Kräften sehr wohl der Globalisierung auf koreanisch noch so manche Schnippchen schlagen kann.

Ungeliebtes Schmuddelkind

Sollte irgendeine Bürokratenseele im Pariser Hauptquartier der OECD in diesen Tagen - rein zufällig, versteht sich - die aus der guten alten Ära der Prä-Globalisierung stammende Scheibe "Spielt nicht mit den Schmuddelkindern" von Franz-Josef Degenhardt auflegen, dürfte sie ein mulmiges Gefühl beschleichen. Ärger bereitet den Parisern das Südkorea Kim Young-Sams, das offiziell erst im Dezember als 29. Mitglied in diese erlauchte Runde des Großkapitals aufgenommen wurde. Zu früh! - unken nun einige hochrangige OECD-Vertreter und sehen in dem Neuling ein unerwartet widerborstig-wortbrüchiges Schmuddelkind.

Im fernen Seoul peinigen derweil Herrn Koo Bohn-Young in letzter Zeit arge Schlafstörungen. Bei diesem Gentleman mag eitel Freude nicht aufkommen. Anstatt als neugekürter OECD-Botschafter seines Landes mit Residenz im Seouler Außenministerium seine unerwartete diplomatische Aufwertung mit Lust und Wonne zu genießen, wird Mr. Koo die Arbeit zunehmend vergällt. Als Spielverderber hat er, der von Berufs wegen die Spitzbübereien der eigenen Regierung nicht zur Kenntnis nehmen mag, die KCTU mit ihren militanten Arbeiterstreiks und Gewerkschaftsdemonstrationen ausgemacht.

Doch mit dem umstrittenen Arbeitsgesetz verstößt Seoul nach Einschätzung der OECD offen gegen ihre internationalen Verpflichtungen. Der OECD-Ausschuß für Arbeits- und Sozialfragen hat Seoul bereits die gelbe Karte gezeigt. Der Schweizer Ausschußvorsitzende Dieter Grossen erklärte vor dem Rat der Ständigen Vertreter, einige Elemente des südkoreanischen Arbeitsgesetzes seien zwar "ein Schritt in die richtige Richtung", insgesamt entspreche die Reform indes nicht den Zusagen der Regierung Kims. Diese hatte im Dezember verbindlich kundgetan, daß sie als Neumitglied der OECD deren Gepflogenheiten im Rahmen des Streikrechts, der freien Tarifverhandlungen und gewerkschaftlichen Organisation, mithin den Grundkatalog der regulierten Ausbeutung, zu respektieren gedenke. Außerdem, so hatte Kim zugesichert, werde seine Regierung die in der OECD üblichen Normen für Menschenrechte und Demokratie einhalten.

Doch was sich nach dieser großspurigen Ankündigung in den Straßen zahlreicher südkoreanischer Städte abspielte, erinnerte mehr an die martialischen Herrschaftsansprüche eines Obrigkeitsstaates oder gar an die Zeiten der Militärdiktatur denn an die selbstauferlegte Wahrung von Zivilität und Demokratie. Das Junktim zwischen verschärfter Arbeitsgesetzgebung und erweiterten Kompetenzen für den berüchtigten Geheimdienst ANSP hat Kim Young-Sam in aller Öffentlichkeit mit heruntergelassenen, zudem mit unschönen Bremsspuren gezeichneten Hosen dastehen lassen.

"Globalisierung hat einen politischen Preis", leitartikelte Ende Januar die Pariser "Le Monde" über die Ereignisse in Südkorea, "der allerdings nicht allein mit der Öffnung von Märkten und einer Deregulierung bezahlt wird". Globalisierung, so "Le Monde" weiter, gebiete Respekt für das Prozedere und jene Prinzipien, die nun mal zum Regelwerk des demokratischen Spiels in den industrialisierten Ländern gehören. Eben.

Dieses Regelwerk findet in Südkorea allerdings bislang keine Anwendung. Selbst wenn das neue Arbeitsgesetz jetzt, wie vorgesehen, im Seouler Parlament unter Einbeziehung der Opposition überdacht werden soll, verheißt das nichts Gutes. Die beiden von Kim Dae-Jung und Kim Yong-Pil geführten Hauptoppositionsparteien sind lediglich politische Seilschaften außerhalb der Regierung, die allzu gern dieselbe beerben würden und faktisch das Geschäft einer Großen Koalition betreiben. Einen faden Beigeschmack dieses Arrangements verspürten in den vergangenen Tagen selbst aus Paris angereiste Mitglieder des Gewerkschafts-Beratungskomitees der OECD. Da dieses Komitee zuvor die neuen Arbeitsgesetze Seouls rundweg als unakzeptabel kritisiert hatte, wurden deren Vertreter in Seoul der Sympathie für die KCTU verdächtigt und ihnen mit Deportation gedroht. Kommentar des OECD-Generalsekretärs Donald Johnston: "Die OECD ist kein Polizist; wir gestalten den Meinungsaustausch mit unseren Mitgliedern auch durch informelle Kontakte". Wenn da mal Mr. Johnston nicht die Rechnung voreilig ohne die Kim-Wirte gemacht hat...

Possen, Peanuts

und Stamokap

Das vielgepriesene Modell Südkorea schlittert zunehmend in die Krise - politisch wie wirtschaftlich. Da sitzt mit Kim Young-Sam ein Ex-Oppositioneller seit genau vier Jahren als Präsident im Blauen Haus zu Seoul, der vollmundig über Globalisierung faselt, doch in zentralen Belangen der Innenpolitik einen Fehler nach dem anderen macht.

Husarenstreichartig hatte des Präsidenten Neue Korea-Partei am 26. Dezember (für die Linken im Lande hätte ausgerechnet Maos Geburtstag würdiger begangen werden können) das heftig umstrittene neue Arbeitsgesetz durchpeitschen und das berühmt-berüchtigte Nationale Sicherheitsgesetz erweitern lassen. Die sogenannte Opposition um Kim Dae-Jung und Kim Yong-Pil stand derweil als begossener Pudel draußen im Regen. Dann schlugen - überdies angeführt von einer illegalisierten Speerspitze - die Gewerkschaften mit militanten Aktionen zurück und Kim ein derbes Schnippchen. Dieser mußte einlenken, sein Kriegsgeheul dämpfen, die Opposition beschwichtigen und stand schließlich auch im Ausland, vor allem bei der ILO und der OECD, am

Pranger. Nach Berichten der Financial Times erwägt gar die OECD, ein Novum in ihrer Geschichte, Seoul offiziell zu rügen, sollte es seine Arbeitsgesetzgebung nicht demokratisieren.

Und nun sattelt man in Seoul noch eins drauf. Anstatt sein Altenteil zu genießen, war der 73jährige Chung Tae-Soo berufsmäßig so sehr mit Geldzählen befaßt, daß er sich partout nicht vorstellen konnte, selbst einmal ausgezählt zu werden. Dieser alte Mann ist kein Geringerer als der Konzernchef der mächtigen Hanbo-Gruppe, die in den Bereichen Energieversorgung und Pharmazie aktiv ist und zudem zu den Top-Stahlproduzenten des Landes zählt. Den Löwenanteil von umgerechnet schlappen 5,8 Milliarden Dollar an staatlichen Krediten soll Chung veruntreut und damit großzügig Schmiergelder gezahlt haben. Doch das sonderbare Gebaren des Gerontokraten, der bereits wegen Bestechung des Ex-Präsidenten Roh Tae-Woo veurteilt worden ist - die Strafe indes ward zur Bewährung ausgesetzt -, wurde gar noch überboten. Als Hanbo vor wenigen Tagen Bankrott anmeldete und sein Chef neuerlich festgenommen wurde, gingen die im bewährten Geiste Chungs erzogenen Konzernburschen daran, die Bilanzunterlagen von 1992 bis 1995 einfach in den Reißwolf zu stecken. Dieses kühne Recycling brachte die Regierung Kim dermaßen in die Bredouille, daß der Präsident von dem sich selbst gegönnten Geburtstagsgeschenk - eine bevorstehende Europareise - Abstand nehmen mußte. Statt dessen verlangte man seiner Crew die Zusage ab, umgerechnet 11,4 Milliarden Mark für Firmenkredite zur Verfügung zu stellen, um dem Bankrott von Hanbo keine Pleitewelle kleiner und mittlerer Zulieferer folgen zu lassen. Wäre ja noch schöner, wenn da plötzlich albanische Verhältnisse auf Seoul überschwappten!

Bekanntlich ist nichts so schlecht, um nicht doch noch für etwas gut zu sein. Seoul lehrt uns, wie intensiv, spannend - und letztlich unwägbar - die Verquickung von Staat, Politik und Ökonomie sein kann. Der vermeintlich nur archäologisch interessante Stamokap (staatsmonopolistische Kapitalismus) zeigt sich ausgerechnet in Seoul vitaler denn je. Die Chung-Hanbo-Affäre ist da lediglich die Spitze des Eisbergs. Entstehung und Aufstieg der Chaebol (und damit die Grundsteinlegung für das "Modell Südkorea") sind aufs engste mit jahrelangem zentralstaatlichen Dirigismus und politökonomischer Verfilzung verknüpft, da politisches Wohlverhalten der Firmengründer zum Privileg des Erhalts zinsgünstiger Kredite berechtigt hatte - eine durch und durch klientelistische Praxis, welche die Apologeten des Neoliberalismus ziemlich bedröppelt dastehen läßt. Da heute die Herrschenden in Seoul vom Globalisierungsfieber erfaßt sind und lauthals Deregulierung predigen, können sie sich selbst noch so manche Fallen stellen und auf weitere böse Überraschungen gefaßt machen. Erst einmal bleibt's dabei: Vestigia terrent - die Spuren schrecken ab.

Rainer Werning

22. La lotta continua. 22 Jahre Knast für Adriano Sofri und Genossen

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:28

Im siebten Verfahren zum "Fall Calabresi" sprach der römische Kassationsgerichtshof ein endgültiges Urteil: Drei ehemalige Mitglieder der 1976 aufgelösten linksradikalen Organisation Lotta continua ("Fortwährender Kampf") sollen für 22 Jahre ins Gefängnis. Zwei von ihnen, Adriano Sofri und Ovidio Bompressi, sind bereits in Haft; der dritte, Giorgio Pietrostefani, hielt sich zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung in Frankreich auf. Verurteilt wurden sie wegen Mordes an dem Carabinieri-Kommissar Luigi Calabresi, begangen im Jahre 1972. Das Urteil stützt sich allein auf die Aussage des "reuigen" Kronzeugen Leonardo Marino.

Adriano Sofri, der prominenteste der drei Verurteilten, hatte schon vor dem Urteilsspruch seine Tasche für den Haftantritt gepackt. Bereit, bei einer Verurteilung in den Knast zu gehen, erinnerte er an andere politische Gefangene in der italienischen Geschichte, deren Gefangenschaft "für ihre Feinde teurer wurde als eine verlorene Schlacht". (Interview in dem Wochenmagazin Panorama, 30.1.1997) So pathetisch das klingt - Sofris Verurteilung könnte den italienischen Staat stärker erschüttern als manche der zahlreichen Regierungsumbildungen der vergangenen Jahrzehnte: zum einen wegen der offenkundigen Willkür des Gerichts (dazu später), zum anderen aber, weil nun erneut an die unbewältigte Geschichte des italienischen Staatsterrorismus erinnert wird. Denn die Ermordung des Kommissars Calabresi war nur die Folge eines faschistischen Terroranschlags, der bis heute nicht aufgeklärt ist:

Am 12. Dezember 1969, im Jahr des "Heißen Herbstes" der FIAT-Arbeiter, sterben 16 Menschen bei einem Bombenanschlag auf die Landwirtschaftsbank an der Mailänder Piazza Fontana. Nicht zuletzt Lotta continua ist es zu verdanken, daß Teile der Wahrheit ans Licht kommen: die Bombenleger sind Faschisten, ihre Auftraggeber sitzen in Polizei, Armee und Geheimdiensten. "Strage di Stato - Staatsmassaker" wird zum geflügelten Wort. Die Polizei ermittelt zunächst ausschließlich in der revolutionären Linken. Nach dreitägigem Verhör fällt der als "Tatverdächtiger" festgenommene Eisenbahner und Anarchist Giuseppe ("Pino") Pinelli aus dem vierten Stock des Mailänder Polizeipräsidiums. Die offizielle Version: Selbstmord. Der verhörende Polizeikommissar Luigi Calabresi fällt dagegen nach oben und wird zum Hauptkommissar befördert. "Pagherete caro, pagherete tutto - ihr werdet teuer bezahlen, ihr werdet alles bezahlen" - das ist die Stimmung in der Linken.

Am 17. Mai 1972 wird Calabresi mitten in Mailand erschossen. Lotta continua kommentiert in ihrem gleichnamigen Zentralorgan: "Die Ausgebeuteten erkennen in diesem Akt ihren eigenen Willen zur Gerechtigkeit". Den Mord hätten die LC-Leitungsmitglieder Sofri und Pietrostefani in Auftrag gegeben, behauptete 16 Jahre nach der Tat der Kronzeuge Leonardo Marino. Er will den Wagen gefahren haben, aus dem heraus Ovidio Bompressi die tödlichen Schüsse abgegeben haben soll.

Das Mailänder Schwurgericht verurteilte Sofri und Genossen1990 zu 22 Jahren Haft, weil es den einzigen Belastungszeugen für glaubwürdig erklärte. Der Historiker Carlo Ginzburg schrieb, Marinos Geständnisse folgten einem "sehr italienischen Weg, der bei einem republikanischen Anwalt beginnt, sich über einen Priester und einen kommunistischen Vizebürgermeister fortsetzt und endlich ein Jahr später in einer Carabinierikaserne endet". ("Der Richter und der Historiker", Wagenbach-Verlag, Berlin 1991) Der von Marino behauptete "schmerzhafte moralische Sinneswandel" ist angesichts dieser verworrenen Route für Ginzburg nicht nachvollziehbar. Trotzdem und ungeachtet zahlreicher Widersprüche in Marinos Aussagen zum angeblichen Tathergang erklärte das Gericht seinen einzigen Zeugen für glaubwürdig.

Mit dem Spruch des Kassationsgerichts ist das Urteil nun rechtskräftig. Die einzige juristische Chance besteht für die Verurteilten in einem Verfahren wegen Amtsmißbrauchs, das gegen Richter Giangiacomo Della Corte angestrengt wurde: Richter "Giangi", so sein Schmähname, habe Druck auf Geschworene ausgeübt. Sofri bezeichnete ihn schon vor dem Urteilsspruch als "unredlich" und "möglicherweise korrupt". Es ist müßig darüber zu spekulieren, ob dieser Richter im Auftrag oder aus eigenem Antrieb handelte. Sein politisches Motiv wurde in dem Verfahren deutlich: Für "Giangi" waren die Angeklagten "nicht so sehr Mörder als vielmehr monströse Teile einer Generation, die dieser Idiot verletzen, auslöschen wollte" (Sofri). Selbstverständlich geht es um Rache - an der militanten maoistischen Organisation Lotta Continua, deren fähigste Köpfe, allen voran

Sofri, heute auf beachtliche bürgerliche Karrieren zurückblicken können; Rache an der aufmüpfigen Generation der "68er", die bleibende Spuren in der Alltagskultur hinterlassen hat; Rache schließlich an irgendwem für den Mord an einem mörderischen Polizisten, dessen Tod aus der Sicht seiner Auftraggeber und Gesinnungsgenossen schwerer wiegt als der von 16 "zufälligen" Opfern eines faschistischen Anschlags, von denen die meisten Bauern waren.

Das jetzt verhängte Urteil gegen Sofri, Pietrostefani und Bompressi hat die italienische Nation gespalten: Nach einer Umfrage der Wochenzeitschrift L'Espresso fanden jeweils etwa 20% das Urteil insgesamt "gerecht" bzw. "ungerecht"; nur 9,7% sehen in Adriano Sofri zweifelsfrei den Auftraggeber des Mordes an Calabresi - 42% der Befragten halten ihn für unschuldig. (L'Espresso, 6.2.1997)

Die Spaltung verläuft nicht eindeutig nach "links" und "rechts" orientierten Menschen. Erstaunlicherweise hat vor allem Sofri auch auf der Rechten, sogar bei den Neofaschisten, Fürsprecher. An die Spitze der Solidaritätsbewegung stellte sich das Wochenmagazin Panorama aus Berlusconis Mondadori-Verlag. "Adriano Sofri siamo noi - wir alle sind Adriano Sofri" ist das Editorial vom 6. Februar überschrieben. Die Redaktion erkannte die Chance, ihrem von der Justiz bedrängten Chef einen Dienst zu erweisen und den Richterstand insgesamt zu diskreditieren. Im Fall Sofri gehe es nicht um links oder rechts; das Urteil zeige, daß "jeder" - natürlich auch der von Feinden umgebene Silvio Berlusconi - aufgrund der Aussage irgendeines Denunzianten "für zwanzig Jahre ins Gefängnis" geschickt werden könne. Das zeigt es eben nicht.

Sofri, selbst regelmäßiger Panorama-Autor, hat den politischen Charakter des Verfahrens klar benannt - die Abrechnung mit "1968". Er sieht keinen Anlaß, sich von seiner Vergangenheit zu distanzieren, und versteht sich weiter als Linker. Als gemeinsame Grundlage seiner Arbeit bei Lotta continua und seines heutigen Engagements - z.B. für italienische Geiseln in Tschetschenien - bezeichnet er sein "starkes Bemühen um gegenseitige Hilfe". Diese Grundorientierung hat ihn leider dazu verleitet, für eine militärische Intervention in Bosnien einzutreten. Für radikale Linke ist Adriano Sofri damit ein "schwieriger Fall". Der Solidarität mit ihm und seinen Ex-Genossen sollte das nicht im Wege stehen: Freiheit für Adriano Sofri, Giorgio Pietrostefani und Ovidio Bompressi!

Js.

23. Verhärtete Fronten in Lima. Verhandlungsbeginn scheitert an den Vorbedingungen beider Seiten

Autor: kuk · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:22

Seit nunmehr 56 Tagen hält die Besetzung der japanischen Botschaft in Lima durch ein MRTA-Kommando an (siehe auch ak 398). Regierung und Geiselnehmer sind bisher keinen Millimeter von ihren Forderungen abgerückt. Während Fujimori ausschließlich über Geiselfreilassung und freien Abzug in ein Drittland sprechen möchte, fordert die MRTA Verhandlungen, die sofort oder möglichst bald zu einer Freilassung der tatsächlichen und mutmaßlichen MRTA-Gefangenen in den peruanischen Gefängnissen führen. Wir fassen die Ereignisse der vergangenen vier Wochen zusammen.

An den Kalkülen der Kontrahenten hat sich bisher keine Veränderung ergeben. Fujimori kann seine Wunschoption, die Botschaftsstürmung, nicht umsetzen, weil die japanische Regierung auf einer friedlichen Lösung besteht. Eine Verhandlungslösung ist für ihn nur insoweit denkbar, daß sich die Geiselnehmer bedingungslos seinen Vorstellungen unterwerfen. Daher schwankt er zwischen verbalem Bekunden von Verhandlungsbereitschaft und realer Verhinderung von Gesprächen. Das MRTA-Kommando unter Führung von Nestor Cerpa scheint sich auf eine langwierige Operation vorbereitet zu haben, denn er zeigt bisher keine Anzeichen von Müdigkeit. Er geht wohl immer noch davon aus, Fujimori mit der Botschaftsbesetzung echte Zugeständnisse abringen zu können. Ebenfalls unverändert ist die Haltung Japans. Dessen Regierung betont immer wieder ihre Ablehnung einer gewaltsamen Lösung, verzichtet aber ansonsten auf jeden Versuch, Fujimori zu einer kompromißbereiteren Haltung zu bewegen. Nimmt man all dies zusammen, dann ist es nicht erstaunlich, daß die bisherigen Bemühungen, wenigstens die technischen Voraussetzungen für Verhandlungen zu schaffen, von Lustlosigkeit und quälender Langsamkeit geprägt sind.

Verhandeln, aber worüber?

Am 12.1. schlug Erziehungsminister Domingo Palermo die Bildung einer Kommission vor, die Vereinbarungen zur Lösung der Krise ausarbeiten und deren Einhaltung überwachen solle. Als mögliche Teilnehmer nannte er Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes, der katholischen Kirche, der MRTA und der Regierung. Als Sitzungsort wurde ein nahe der Botschaft liegendes Gebäude ins Auge gefaßt. Ein für den gleichen Tag geplantes Gespräch zwischen Palermo und den Rebellen scheiterte an den unterschiedlichen Themenwünschen. Die MRTA erwartete einen Regierungsvorschlag bezüglich der Freilassung der Gefangenen, die Regierung lehnte jedes Gespräch darüber strikt ab. Am 15.1. stimmten die Botschaftsbesetzer der Bildung einer Verhandlungskommission zu. Als weitere Mitglieder wünschten sie Vertreter Guatemalas und der EU. Einen Tag später lehnte die Regierung eine guatemaltekische Beteiligung ab, um jegliche Analogie zu dem dortigen Verhandlungsprozeß zu vermeiden. Statt dessen einigten sich beide Seiten auf den kanadischen Botschafter Anthony Vincent als weiteren Vermittler. Am 24.1. erklärte Fujimori gegenüber japanischen Journalisten, daß bei Verhandlungen unter Umständen über die Verbesserung der Haftbedingungen gesprochen werden könne.

Am 28.1. traf Fujimori sich in Lima mit potentiellen Mitgliedern der Verhandlungskommission. Gegenüber einer Zeitung erklärt er zwei Tage später, je länger die Geiselnahme dauere, desto weniger sei seine Regierung zu Verhandlungen bereit. Anfangs habe er noch auf viele Forderungen der Rebellen eingehen können, derzeit könne er ihnen nur noch die Ausreise in ein Drittland anbieten. Am 1.2. traf sich Fujimori mit Japans Premierminister Ryutaro Hashimoto in Toronto. Er bekräftigte seine Dialogbereitschaft, ohne von seinen Vorbedingungen (keine Haftentlassung) abzurücken. Als Ergebnis des Gesprächs wurde der japanische Botschafter in Mexiko, Terusuke Terada, als weiteres Mitglied in die Verhandlungskommission aufgenommen.

Am 3.1. bestärkte Bill Clinton Fujimori in Washington, auf keinen Fall Zugeständnisse an die MRTA zu machen. Vor der Organisation Amerikanischer Staaten erklärte der peruanische Präsident, in "Peru gebe es weder eine Guerilla noch eine Volksarmee". Und da in seinem Land tiefster Frieden herrsche, gebe es auch keine Veranlassung, Friedensabkommen mit irgendwem anzustreben. Der peruanische Strafvollzug sei der modernste in Lateinamerika, die Rehabilitation der Gefangenen stehe im Vordergrund.

Es ist wenig wahrscheinlich, daß die Verhandlungskommission bald ihre Arbeit aufnehmen wird. Man könnte sich dies nur vorstellen, wenn zunächst auf ein konkretes Verhandlungsthema verzichtet und mit "talks about

talks" begonnen wird. Da aber mit den Mitarbeitern des Roten Kreuz und mit dem Erzbischof Cipriani bereits funktionierende Kommunikationskanäle vorhanden sind, wären Vorverhandlungen eine reine Alibihandlung.

Die Kompromißunwilligkeit der peruanischen Regierung wird auch noch auf einer anderen Ebene deutlich. Die Sicherheitskräfte provozierten die Botschaftsbesetzer in den vergangenen Wochen mehrfach in massiver Weise.

Nervenkrieg

Eher lächerlich wirkte der Versuch der Regierung, mittels inszenierter Demonstrationen den Eindruck zu erwecken, daß die Bevölkerung für die sofortige Freilassung der Geiseln eintrete. So marschierten zunächst (8.1.) Mitarbeiter des Erziehungsministeriums auf, am 12.1. dann Tausende von Bewohnern aus den Armenvierteln Limas. Der Teilnahmebereitschaft war insofern etwas nachgeholfen worden, daß den Menschen mit der Einstellung der staatlichen Lebensmittelhilfe für den Fall gedroht worden war, daß sie nicht zugunsten der Regierung auf die Straße gehen.

Am 20.1. begannen Polizisten damit, unmittelbar vor dem besetzten Gebäude auf und ab zu gehen. In der Nacht zum 22.1. bewarfen sie das Botschaftsgebäude mit Steinen, Stöcken und Flaschen. Einige kippten Müll über die Botschaftsmauer und machten obszöne Gesten in Richtung der Geiselnehmer. Diese antworteten mit Warnschüssen, woraufhin die Polizisten sich zurückzogen.

Am 28.1. wurden sechs Panzerfahrzeuge und 150 Soldaten einer Eliteeinheit an die Botschaft herangeführt. Zwei Offiziere näherten sich der Eingangstür. Großlautsprecher beschallten das Gebäude mit lauter Militärmusik. Nachdem die Rebellen gezielte Schüsse auf ein gepanzertes Fahrzeug abgaben, zogen die Soldaten ab. Die japanische Regierung und das Rote Kreuz kritisierten die Militärprovokationen. In der Nacht zum 30.1. ließ die Polizei die Residenz wieder eine halbe Stunde lang mit lauter Militärmusik beschallen.

Die Möglichkeiten der MRTA, zusätzlichen Druck zu erzeugen, sind eher begrenzt. Sinnvollerweise verzichten sie auf Drohungen gegen das Leben oder die Gesundheit der Geiseln. Am ehesten können noch Schüsse, die ab und zu in die Luft abgegeben wurden, als ihr Beitrag zum Nervenkrieg gewertet werden.

Weiteres Geschehen

Am 7.1. nahm die peruanische Polizei angeblich mit Dario Perez Velarde ein führendes MRTA-Mitglied fest. Am 17.1. und am 26.1. entließen die Geiselnehmer jeweils einen Offizier, darunter Polizei-General José Rivas Rodriguez, wegen ihres schlechten Gesundheitszustands. Damit verbleiben bis heute 72 Geiseln in der Botschaft. Am 27.1. erklärten MRTA-Gefangene des Knastes Miguel Castro, daß sie mißhandelt worden seien und ein unmittelbar bevorstehendes Massaker befürchten. Am 30.1. verkündete die bolivianische Regierung, die Haftstrafen gegen mehrere in ihrem Land einsitzende MRTA-Gefangene zu überprüfen. Damit deutet sich an, daß die Regierung in La Paz ihrem als Geisel in der Botschaft festgehaltenen Botschafter das möglicherweise noch Wochen und Monate fortdauernde Drama ersparen möchte.

kuk, 7.2.1997

24. Von der fernen Insel Utopia nach Europa. Zu Joscha Schmierers Essay "Mein Name sei Europa"

Zu Joscha Schmierers Essay "Mein Name sei Europa" und einigen linken Denkgewohnheiten

Autor: Balduin Winter · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Westeuropa / EG allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:03

Mit Europa und der europäischen Integration hat die Linke ihr Kreuz. Natürlich gibt es eine Reihe griffiger Formeln für den alltäglichen Sprachgebrauch: Die Europäische Union ist nichts anderes als ein undemokratischer, bürokratischer, undurchschaubarer, sich jeder Kontrolle entziehender Moloch, ein Instrument zur Optimierung der kapitalistischen Verhältnisse ("Europa der Kapitale"). Natürlich gibt es eine Reihe ernst zu nehmender Argumente, die diesen Kritiken zugrunde liegen und die sich die eine oder der andere aus wissenschaftlichen Statements von Experten herausgefiltert haben. Wir lesen ja fleißig unsere wenigen Propheten, die Ökobibeln eines Elmar Altvater, glauben Frank Deppe bereitwillig, wenn er von einer Formierung Europas spricht, das im Triaden-Kapitalismus um Hegemonie kämpft, hoffen mit Karl Heinz Roth auf die Wiederkehr der Proletarität, erzittern bei Robert Kurzens apokalyptischen Zusammenbrüchen, und nutzt alles nichts, lassen wir uns von Trampert und Ebermann ein Marx-Klistier verabreichen...

Aber viel ist es im Grunde nicht, was die Linke zur europäischen Integration zu sagen hat. Überwiegend Ablehnung, denn die EU fungiert, so der Grüne Frieder Otto Wolf in der taz am 31.7.96, "als Verstärkerin der zerstörerischen Potentiale globalisierter Marktprozesse". Es ist ja ein imperialistisches Projekt, das für "Solidarität ebensowenig Platz wie für ein sozial-ökologisches Reformprojekt" hat (Elmar Altvater in der taz vom 22.7.96). Beide Stellungnahmen zeichnen sich durch grenzenlose Oberflächlichkeit in ihrer Prinzipientiefe aus. Wolf geißelt zwar die EU mit großer Geste, hofft aber im nächsten Atemzug nach dem Mitte-Links-Sieg in Italien auf linke Wahlsiege in Großbritannien, Frankreich und Deutschland, woraufhin sich die Linke für ein "ökologisch-solidarisches Reformeuropa" entscheiden könnte. Diese Naivität drückt die Unfähigkeit aus, Europa als das zu sehen, was es ist; statt dessen bedarf es immer einer Portion Utopie, um den grauen EU-Alltag bunt zu machen. Altvater sieht immerhin, daß für dergleichen Utopien unter den gegenwärtigen Bedingungen wenig Platz ist - klar, warum sollte im Kapitalismus schon viel Platz für derlei antikapitalistische Elemente sein? Auch er macht es sich leicht, spricht der europäischen Integration jede Reformfähigkeit ab, um in der EU einen Watschenmann für seine antikapitalistische Gesinnung zu finden. In der Analyse des Charakters der europäischen Integration hilft das freilich nicht weiter.

In dieser Analyse geht es, grob gesagt, um ein Defizit in der Imperialismus-Theorie. Der Integrationsprozeß, der sich zweifelsohne auf kapitalistischer Grundlage abspielt, trägt qualitativ neue politische und gesellschaftliche Züge. Hierbei geht es einmal nicht bloß um ökonomische Neuentwicklungen - insofern greift Frank Deppe in ak 391 vom 1.6.96 zu kurz, wenn er "Forschungsbedarf" auf dem Gebiet "transnationaler Netzwerke der Macht" einfordert, "um die Imperialismusanalyse und -theorie am Ende des 20. Jahrhunderts zu reformulieren". Das mag wichtig sein, um den Veränderungen makroökonomischer Prozesse auf die Spur zu kommen, aber der Springpunkt liegt woanders. Reduziert auf den im wesentlichen ökonomistischen Ansatz bei Deppe kann die europäische Integration nur als Formierung von "nationalen Wettbewerbsstaaten" mit "standort-gemäßen Gesellschaften" und "Netzwerken transnationaler Konzerne" verstanden werden, die im "Triaden-Kapitalismus" um Hegemonie kämpft. Das klingt plausibel, vor allem vertraut, da es linken Denkgewohnheiten entspricht. Zu vertraut, denn das tatsächlich Neue kommt darin nicht zum Ausdruck.

Einen ganz anderen Ansatz entwickelt Joscha Schmierer in seinem Essay "Mein Name sei Europa". Seine zentrale These lautet, daß es einen politischen Bruch zwischen den Bemühungen um die europäische Integration und der jahrhundertelangen europäischen Machtpolitik gibt. Dieser Epochenbruch bedeutete das Ende des alten europäischen Staatensystems, fast fünf Jahrhunderte lang wesentlicher Angelpunkt der kolonialen und imperialen Weltordnung. Schmierer setzt diesen Bruch nicht erst mit 1989 an, sondern mit 1945, als eine bloße Restauration des alten Systems nicht mehr möglich war. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg befand sich Europa in einer historisch einmaligen Situation. Das Vordringen der Sowjetunion nach Mitteleuropa zwang die westlichen Staaten, ihre Konflikte auf friedlichem Weg zu beheben. Die Hauptstörenfriede Deutschland und Italien waren durch die militärische Niederlage in einer Weise besiegt, die

ihnen nichts anderes übrig ließ, als alle Restaurationspläne ihrer Reiche - und das hieß immer: innereuropäische Kolonialreiche - fallen zu lassen und eine demokratische Entwicklung einzuschlagen. Die Spaltung Deutschlands stutzte den Hauptstörer auf ein empfindliches Maß zurück. Die "sowjetische Gefahr" in Form der Machtergreifungen im ostmitteleuropäischen Bereich 1947/48 brachte Sieger und Besiegte näher. Die Ausgangspositionen wurden zudem immer ähnlicher: Die Besiegten hatten keine Reiche mehr, die Sieger hatten zwar noch Kolonien, aber ihr Spielraum zur Bewahrung ihrer Weltreiche wurde immer kleiner. Die Erhaltung der Kolonien wurde immer aufwendiger und gefährlicher, die gespannte Lage in Europa erforderte die Konzentration auf den Nahtbereich der beiden Blöcke.

Ein komplizierter Prozeß von Entkolonialisierung und Rekontinentalisierung, Liberalisierung des Weltmarkts und Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise setzte ein. Von den USA wurde die Integration gefördert, sie verstanden sich von Anfang an als militärische Garantiemacht in der Auseinandersetzung mit der SU. Eine Westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft, wie sie von europäischen Politikern projektiert wurde, hätte ohne die USA niemals dem Druck der SU standhalten können. Umgekehrt ermöglichte die Konzeption der NATO erst die direkte Einflußnahme der USA auf Europa, die deshalb den zivilen Einigungsprozeß unterstützte. So entstand trotz der Blockkonfrontation in Europa eine Zone relativen Friedens, im Verhältnis zu anderen, wesentlich unruhigeren Weltregionen. Und Europa weckte zusehends den Eindruck einer Normalität, die um so begehrenswerter wurde, je mehr der Anschein von Normalität im ostmitteleuropäischen Teil des sowjetischen Imperiums verloren ging. Denn die Vorteile der östlichen Integration entpuppten sich immer deutlicher als einseitige Ausrichtung auf die Bedürfnisse der SU, ebenso schritt die Militarisierung auch der kleinen Länder des Ostens immer weiter voran.

Die westeuropäischen Länder mußten in ihrem Inneren nie den Umsturz ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse fürchten, zu attraktiv war die Kombination von ziviler Entwicklung und wirtschaftlichem Aufschwung. Der Ausbau der Militärapparate konnte ohne große Probleme als Sicherheitsfaktor gegen äußere Bedrohung verkauft werden. In den ostmitteleuropäischen Ländern aber wurde die Militarisierung der Gesellschaft von ihr als direkte Bedrohung empfunden. Sie ließ sich trotz der massiven Propaganda von der Wachsamkeit gegenüber Imperialismus, Militarismus und Revanchismus nicht nur als Sicherheitsfaktor verkaufen, denn die Menschen mußten bald Erfahrungen machen, daß die militärischen Apparate mehr als zur äußeren Abschreckung dienten, daß sie auch zur gewaltsamen Aufrechterhaltung der Herrschaft der SU eingesetzt wurden. Dagegen stand die zunehmende Attraktion des Westens, für die "öffentlich sprachlos gehaltene Bevölkerung" attraktiv als schöne neue Warenwelt gegenüber der Mangel- und Engpaßwirtschaft im Osten, für die Opposition vor allem aufgrund der Zivilität westlicher Verhältnisse.

Strategischer Springpunkt dieser Attraktion war die DDR. Als hier die Bevölkerung ihre Gegnerschaft zum System und die Attraktion des Westens als Wunsch nach nationaler Vereinigung artikulierte, war klar, daß es im Ostblock nichts mehr zu reformieren gab, wie es in Ungarn zunächst den Anschein hatte. Als mit der DDR der entscheidende Stein ins Rutschen kam, brach das letzte europäische Reich, die SU, zusammen. Sie hatte mit der Gorbatschov-Administration bereits die Hoffnung aufgegeben, ihr imperiales Reich auf militärischem Weg zusammenzuhalten. Sie fraß sich in einem letztlich scheiternden Reformprozeß fest. Mit dem Fall der SU als letztes europäisches Kolonialreich endete eine jahrhundertelange Epoche der Dominanz europäischer Mächte in der Welt, die mit der Eroberung Amerikas begonnen hatte. Das ist die historische Dimension von 1989, eine seit längerem stattfindende Entwicklung hat sich endgültig durchgesetzt.

Damit haben sich auch die Rahmenbedingungen für den europäischen Integrationsprozeß entscheidend verändert. Nicht mehr Mächte, die um Weltherrschaft oder europäische Vorherrschaft ringen, stehen sich gegenüber, sondern Europa besteht heute aus einer Reihe mehr oder minder auf ihren nationalen Kernbestand reduzierten Staaten. Die Spannung aus dem Ost-West-Konflikt, für die Integration ein wichtiges Bindemittel, entfällt - wie kann es weitergehn? Immerhin ist die EU mit Binnenmarkt und Maastricht bereits über den Zustand eines reinen Staatenvereins hinaus.

Schmierer beleuchtet diese Entwicklung mit einer vorsichtig-positiven, aber auch kritisch-distanzierten Haltung von verschiedenen Seiten her. Sehr lesenswert sind seine historischen Exkurse zur europäischen Staatenbildung, die deutsche mit all ihren Problemen eingeschlossen. Indem die Mechanismen des alten Staatensystems - ihr Funktionieren und ihr Versagen - und ihre labilen Machtkonstellationen aufgezeigt werden, wird auch die neue politische Qualität nach 1945 klar erkennbar. Außerdem wirft er eine Reihe von aktuellen Fragen auf, wobei er immer wieder versucht, die verschiedenen Standpunkte in der französischen,

englischen und deutschen Diskussion herauszuarbeiten, etwa zur deutsch-französischen Nachbarschaft und zu "Kerneuropa", zu Maastricht und zur "(Be-)Währungsprobe", zur Rolle des größeren Deutschlands in einem größeren Europa.

Ausführlichen Raum nehmen auch die Krisenelemente ein, die sich in den einzelnen Gesellschaften verstärken und die europäische Integration beeinträchtigen. Das Problem ihrer Bewältigung sieht Schmierer als eine Frage der Tragfähigkeit der "Mitte", womit er nicht einen Stand oder eine Schicht bezeichnet, "sondern den Spannungsbogen meint, innerhalb dessen bewußt und im Streben nach Konsens um den Zusammenhalt einer ökonomisch antagonistischen, sozial ungesicherten und politisch gefährdeten Gesellschaft gestritten wird". Die Verallgemeinerung der Lohnabhängigkeit hat die kulturellen, religiösen und ethnischen Differenzen relativiert gegenüber den gemeinsamen Interessen der Lohnabhängigen, die diesen Konsens verlangen. Jedoch die Formen, die ihn ermöglichen, sind unterentwickelt bzw. in der Krise. Das politische System funktioniert nach dem binären Muster Regierung-Opposition, das weitgehend auf die Öffentlichkeit abfärbt - aber keines der größeren Probleme läßt sich nach diesem Muster formulieren, geschweige denn lösen. Eine Gesellschaft aber, die ständig erfährt, daß Verständigungsbereitschaft die Grundlage für die Alltagsbewältigung ist, rümpft über eine politische Sphäre die Nase, die statt dieses Prinzips Freund-Feind-Muster pflegt. Hier zeigen sich entscheidende Schwach- und Bruchpunkte der EU. Den Gesellschaften gelingt es kaum, die Konsenssuche in der politischen Sphäre zu verankern, wo sich festgefügte Blöcke noch erbitterter halten als im antagonistischen Lohn-Kapital-Verhältnis. Als Beispiel nennt Schmierer den Umgang in der Sozialstaat-Debatte. Hat sich Lohnarbeit verallgemeinert, sind also den breiten Menschenmassen die Möglichkeiten der Subsistenz entzogen, so ist es völlig leichtsinnig, den Sozialstaat in Frage zu stellen - er muß nun einmal für die vielen Pannen in dieser Gesellschaftsform geradestehen. Sicherung des sozialen Netzes ist seine zentrale Aufgabe.

Und gerade in der Sozialpolitik ist es der EU bisher nicht gelungen, auch nur Ansätze zu entwickeln. Währungsunion, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Innen- und Rechtspolitik werden häufig als die drei tragenden Säulen genannt - die Sozialpolitik als notwendige vierte Säule ist gar nicht vertreten. Dahinter steckt eine große Ignoranz der Politiker gegenüber den eigenen Gesellschaften und ihrer ökonomischen Grundform, und man muß sich nicht wundern, warum die EU bei den breiten Massen auf Desinteresse und Ablehnung stößt - ihre Probleme werden gar nicht erst angesprochen.

Schließlich nimmt Schmierer auch zur Imperialismus-Theorie direkt Stellung. Er bezieht sich zunächst auf Lenin, um klarzustellen, daß dieser dem Kapitalismus nicht einfach eine allgemeine und zwangsläufige Entwicklung hin zum Imperialismus attestierte - die Herausbildung ökonomischer Monopole und des Finanzkapitals allein machen noch keinen Imperialismus aus. Imperialismus bedeutete für Lenin erst die spezifische Verknüpfung der kapitalistischen Entwicklung mit dem System der großen Mächte, die um die territoriale Aufteilung der Welt kämpften. Diese Theorie hat für sich, daß sie die ökonomischen Grundlagen der Entwicklung rezipiert, den Imperialismus aber als ein politisches System versteht, in dem jede Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu gewaltsamen Versuchen der Neuaufteilung der Welt führen muß, zu Krisen, Kriegen und Revolutionen.

"Als dann die imperiale Ordnung der traditionellen europäischen Mächte zwar zerbrach und sich die Aufteilung der Welt unter ihnen nicht mehr halten ließ, der Kapitalismus aber daran nicht nur nicht zugrunde ging, sondern eine neue Welle der Kapitalisierung und Industrialisierung der Welt einsetzte, wußten sich die leninistischen Nachfolgetheorien nur noch mit dem ‚Neo`-Präfix zu helfen, während die sowjetische Theorie im engeren Sinn in die Schwierigkeit geriet, die Aufteilung der Welt in ein kapitalistisches und ein sozialistisches Lager, zwei Weltreiche also, zu begründen und zugleich die Theorie von der Unvermeidbarkeit des Krieges auf das ‚imperialistische Lager` einzuschränken." (Schmierer, S.191)

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte von einer territorialen Aufteilung der Welt unter ein paar Großmächte immer weniger die Rede sein. Die SU war die letzte Großmacht, die sich ein imperiales Lager aufbaute. Für zahlreiche Linke aber war es undenkbar, daß ein Staat, der sich als sozialistisch bezeichnete und nicht auf kapitalistischer Grundlage aufbaute, dem alten imperialen Hegemoniestreben nachhing. Andererseits wurde die konkrete Analyse der neuen Entwicklungen in der Nachkriegszeit völlig vernachlässigt, in breiten Kreisen der Linken war der Begriff "Imperialismus" (oft im Kontext mit den USA, obwohl diese nie ein territoriales Reich zum Ziel hatten) eine feststehende Formel, die schon längst nicht mehr auf dem neuesten Stand war. Schmierer nennt als einen Versuch, mit den veränderten Verhältnissen in der Welt zurechtzukommen, die

"Drei-Welten-Theorie", die zwar von vornherein darauf verzichtete, politische Konstellationen auf ökonomische Grundlagen zurückzuführen, aber als politische Ad-hoc-Theorie eine Reihe richtiger politischer Einschätzungen erlaubte: "Jedenfalls richtete die ‚Drei-Welten-Theorie` den Blick auf die Neuigkeiten der internationalen Entwicklung, anstatt sie nur immer wieder auf die Folie einer Imperialismustheorie zu projizieren, die politisch ihre Geltung verloren hatte und deren ökonomistischer Reduktionismus nur noch zur Begründung von Verschwörungstheorien, aber kaum noch zur Klärung realer Konfliktlinien in der Welt beitrug." Wobei freilich nicht nur vom Brett vorm linken Kopf die Rede ist, denn "die vorherrschende politische Weltsicht überhaupt noch bis 1989 und darüber hinaus war völlig von den Vorstellungen einer imperialen Weltordnung bestimmt". Die europäische Integrationsleistung wurde weitgehend als regionale Form des westlichen Blocks und nicht als einer der wenigen Neuansätze einer nachimperialen Welt verstanden.

Das mag provokant klingen - aber wer theoretische Defizite beklagt, sollte Provokationen nicht scheuen. Noch nie haben Linke so wenig Anlaß gehabt wie heutzutage, sich in die Selbstzufriedenheit vorgefertigter und längst unstimmiger Antworten hineinzufügen. Denn die Folie linker Weltbilder läßt sich nicht so ohne weiteres über die heutige Welt streifen. Dabei ist nicht der Verlust an Utopien das eigentliche Problem, wie oft eingefordert wird, sondern die Trübung in der Wahrnehmung der realen Welt mit ihren historisch-politischen Grundtendenzen. Aber die ferne Insel Utopia, so Schmierer, ist so fest in den Köpfen der Linken verankert, "daß ein Aufbruch, der nicht eigentlich sie zum Ziel hat, sich nicht zu lohnen scheint".

Balduin Winter

Joscha Schmierer: Mein Name sei Europa. Einigung ohne Mythos und Utopie. Zeit Schriften im Fischer Verlag, Frankfurt/Main, 1996. 224 Seiten

25. Wider den affirmativen Europadiskurs. Anmerkungen zu Schmierers Programmschrift

Anmerkungen zu Joscha Schmierers Programmschrift

Autor: Hans-Jürgen Bieling · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:06

1. Europa ohne Projekt

Mitte 1997 soll die Revisionskonferenz, die den Maastrichter Vertrag über die Europäische Union nachverhandelt, zum Abschluß kommen. Die anfangs hochgesteckten Erwartungen sind mittlerweile heruntergeschraubt worden. Zwar wird nach wie vor das Ziel verfolgt, über die Vertiefung und institutionelle Reform ("Effektivierung und Transparenz") der EU die sozioökonomischen Problemlagen und das schwelende Legitimationsdefizit abzumildern und zugleich die Voraussetzungen für die Ost-Erweiterung zu schaffen. Doch von einer intensiv geführten Diskussion über die Grundlagen und Ziele der Integration ist derzeit wenig zu spüren. Offensichtlich fühlen sich die maßgeblichen politischen Akteure - insbesondere die nationalen Regierungen - nicht wohl in ihrer Haut und versuchen, die Europa-Diskussion herunterzukochen. Wohl wissend, daß die unterbreiteten Antworten nicht ausreichen, die Herausforderungen der gesellschaftlichen und internationalen Umbruchsituation zu bewältigen, verengen sie die europapolitische Diskussion auf ökonomisch-technische Detailfragen.

Doch obwohl sich der technokratische Eliten-Diskurs "nur" um die Auslegung der Konvergenzkriterien, den Stabilitätspakt, institutionelle Veränderungen etc. sorgt, mehren sich innerhalb der EU die Widerstände und Blockaden. Die EU setzt offiziell zwar zum großen Sprung ins nächste Jahrtausend an, doch faktisch kommt sie nicht von der Stelle. Anders als noch in den 80er Jahren mit dem EG-Binnenmarkt treibt kein ausstrahlungskräftiges politisches Projekt den Integrationsprozeß voran. Im Gegenteil, längst haben die Vereinbarungen von Maastricht einen negativen Beiklang: Denn zum einen verbinden wachsende Teile der Bevölkerung mit dem eingeschlagenen Entwicklungspfad nicht mehr in erster Linie Wirtschaftswachstum und Wohlfahrtssteigerung, sondern Arbeitslosigkeit, Armut und Sozialabbau. Zum anderen mehren sich bei den anderen Mitgliedstaaten die Zweifel, ob die WWU die geeignete Form ist, das vereinigte Deutschland politisch einzubinden. Die missionarischen Drohgebärden, mit denen die Bundesbank und der Bundesfinanzminister den anderen Mitgliedstaaten ihr währungspolitisches Modell aufzwingen wollen, lassen wohl berechtigte Zweifel an der europapolitischen Verläßlichkeit der Bundesrepublik aufkommen; zumal sich die Bundesregierung stets aufs neue bemüht - zunächst über das Subsidiaritätsprinzip, dann über die Kern-Europa-Konzeption oder neuerdings über die Flexibilitätsklausel -, die deutschen Handlungs- und Definitionsspielräume zu erweitern.

Kurzum, die europapolitische Agenda hat sich grundlegend gewandelt: Infolge der sozio-ökonomischen Krise, des Endes der Systemkonkurrenz und der deutschen Vereinigung erodiert der integrationspolitische Basiskonsens. Die Vorstellungen, Zielsetzungen und Prioritäten der europäischen Integration driften damit auseinander. Bislang ist kein politisches Projekt erkennbar, das diese desintegrativen Tendenzen auffangen könnte. Alle Hoffnungen konzentrieren sich daher auf den Vertrag über die Europäische Union. Dieser scheint jedoch vollkommen ungeeignet, mit dieser Bürde fertig zu werden. Wie die Maastricht-Debatten in den anderen Staaten und die Standortdebatte hierzulande zeigen, wird der Kern des Vertrags, die WWU, zunehmend zum Dissens stiftenden Reizwort: Während sich andernorts die Kritik vornehmlich auf die negativen beschäftigungs- und sozialpolitischen Konsequenzen der WWU konzentriert, folgt die Diskussion in der Bundesrepublik nach wie vor dem Primat geldpolitischer Stabilität.

2. "Mein Name sei Europa"

Die von Joscha Schmierer verfaßte Programmschrift gibt sich sehr hintergründig und nähert sich nur ganz allmählich und punktuell den tagespolitischen Streitigkeiten. Zumeist sind die Reflexionen allgemein gehalten. Vorrangiges Ziel des Buches ist es - der Titel legt dies nahe - den Prozeß der europäischen Integration gegen seine Kritiker von "links" und "rechts" zu verteidigen. Nicht zuletzt versteht es sich als ein Plädoyer, das wider alle nationalistischen Töne die Errungenschaften einer immer intensiveren europäischen Kooperation herausstreicht, um diese in die Zukunft zu verlängern. Schmierer setzt sich demzufolge nicht so sehr mit den

Risiken und Ungewißheiten der anstehenden Integrationsschritte auseinander, sondern versucht in erster Linie ein historisch begründetes positives Selbstverständnis der EU zu vermitteln. Die Kernthese des Buches lautet in diesem Sinne: Die europäische Integration ist sowohl Ausdruck als auch Garant eines historischen Bruches mit imperialistischen Politikstrategien und der engen Vernetzung von gleichberechtigten Nationalstaaten. Galt dies lange Zeit nur für den westeuropäischen Raum, so scheint nach dem Ende der Sowjetunion, so Schmierer, die imperiale Epoche nunmehr in ganz Europa beendet. Diese Sicht kommt unter anderem in Zitaten wie dem folgenden zum Ausdruck: "Deutschland und Polen sind in ihrer heutigen Gestalt Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, der bezüglich der Grenzen der übrigen Staaten meist nur bekräftigte, was der Erste bereits zum Ergebnis hatte. In dieser Hinsicht kann man sagen, daß Europa erst heute in seine Nachkriegsordnung eingetreten ist, die durch die Etablierung der Sowjetunion als Supermacht mit eigenem mitteleuropäischem Herrschaftsbereich nur vorübergehend verfälscht werden konnte." (S. 25)

Hier sollte meines Erachtens der historisch und theoretisch informierte, wie politisch engagierte Leser Einspruch anmelden. Denn erstens handelt es sich theoretisch keineswegs um einen innovativen Blickwinkel, sondern bestenfalls um alten Wein in neuen Schläuchen. Zweitens wird der Charakter der alten Weltordnung vor 1989 historisch fehlinterpretiert. Und drittens schließlich sind die von Schmierer unterbreiteten politischen Konsequenzen höchst problematisch. Da er die Tiefe der aktuellen gesellschaftlichen wie internationalen Umbrüche unterschätzt und die sozialen Interessen und Zielsetzungen des eingeschlagenen Integrationspfades nicht aufspürt, steht am Ende nur ein naiv-hilfloses Bekenntnis: "Weiter so, Europa!"

2.1. Ein Aufguß idealistischer Argumente

Die gesamte Argumentation Schmierers ist alles andere als neu und innovativ, sondern greift auf die Basisprämisse der idealistischen Schule zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe demzufolge innerhalb der kapitalistischen Welt der friedliebende Handelsstaat den aggressiven Machtstaat abgelöst. Vor allem die Geschichte der europäischen Integration stellt sich aus dieser Perspektive als eine gelungene Kombination von Wirtschaftsliberalismus und politischem Funktionalismus dar. Auf den ersten Blick lassen sich eine Reihe Indizien finden, die die idealistische Lesart stützen. In der Tat spricht bezogen auf Westeuropa zunächst alles dafür, einen positiven Zusammenhang von ökonomischer Verflechtung, Wirtschaftswachstum, liberaler Demokratie und internationaler politischer Kooperation anzunehmen. Im Vergleich zur realistischen Schule wie auch zu Lenins Imperialismustheorie, die zwischenstaatliche Rivalitäten bis hin zum Krieg als unausweichlich erachten, erstrahlt das idealistische Kooperations- und Harmoniedenken daher in hellem Glanz.

Auf den zweiten Blick wird jedoch erkennbar, daß die vermeintliche theoretische Stärke des Buches ein zentrales Defizit nur mühsam verbirgt. Ich meine hier nicht, daß die zwischenstaatliche Kooperation immer nur relativ harmonisch und konsensual verläuft und Reibereien wie Konflikte gleichsam zum Tagesgeschäft gehören. Diese Relativierung räumt Schmierer an vielen Stellen ein. Defizitär ist die Argumentation vor allem deswegen, weil Machtpolitik und Hegemonie pauschal mit Imperialismus und Dominanz gleichgesetzt werden. Da sich letztgenannte in Westeuropa nicht mehr entfalten können, ist nurmehr von einer veränderten Konstellation gleichberechtigter Staaten die Rede. Imperialismus und Dominanz werden der Gleichberechtigung also schlicht gegenüber gestellt. Letztlich muß Schmierer dadurch aber ein differenziertes und begriffsgenaues Verständnis der derzeitigen Situation verborgen bleiben. Die Frage, ob und wie sich trotz der formellen Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten in Westeuropa hegemoniale Projekte und Strukturen etablieren können, kann er sich gar nicht stellen. Ein hierfür geeigneter Hegemoniebegriff unterscheidet sich freilich deutlich von den Formen imperialistischer Machtpolitik: Zum einen fließt nicht nur der Zwangsaspekt des politischen Handelns in ihn ein, sondern auch und vor allem - ganz im Sinne Gramscis - die Konsens stiftende intellektuelle und moralische Führung. Und zum anderen ist dieses Verständnis von Hegemonie, auch im Kontext internationaler Beziehungen, nicht allein an den Nationalstaat gebunden, sondern ebenso an soziale Kräfte wie z.B. die transnationalen Konzerne.

2.2. Kalter Krieg und europäische Integration

Schmierer gilt die Nachkriegszeit als Geburtsstunde eines zivilisierten und international kooperativen Kapitalismus. Den Realsozialismus begreift er weniger als ein konstitutives Moment dieser Konstellation, sondern eher als dessen imperiale Begrenzung. Die Abkehr von imperialistischen Politikstrategien war in der Nachkriegsära demzufolge auf die westliche Hemisphäre beschränkt: "Eine Pax americana hat es freilich nie gegeben. Zwar trug das Gleichgewicht des Schreckens Züge einer imperialen Ordnung, aber nicht die einer

amerikanischen. Die Triebkraft der US-Politik war die Öffnung der Welt, das Aufbrechen alter imperialer Räume und die Verhinderung von neuen." (S. 196) Diese Sichtweise ist jedoch in zweifacher Hinsicht irreführend, wenn nicht schlichtweg falsch:

Zum einen bleibt unerkannt, daß die äußere Klammer des Kalten Krieges ein wesentlicher Faktor war, der den kapitalistischen Westen zusammenschweißte und zu inneren Reformen anhielt. Eric Hobsbawm, Mary Kaldor u.a. haben die wechselseitige Bezugnahme, Bedingtheit und implizite Kooperation der kapitalistischen und staatssozialistischen Gesellschaftsordnungen eindrucksvoll aufgezeigt. Der Realsozialismus diente dem Westen sowohl als negative Referenzfolie wie als kritischer Maßstab sozialer Ansprüche. In dem Maße jedoch, wie er als potentielle Alternative verblaßte und die Arbeiterbewegung schwächer wurde, verlor auch die europäische Integration als Variante eines dritten Weges an Attraktivität und Ausstrahlungskraft.

Zum anderen gab es sehr wohl eine Pax americana, wenn sich diese auch nicht mehr im herkömmlichen Sinne als imperialistisch-territorial präsentierte. Nahezu alle internationalen Institutionen bzw. Regimes der Nachkriegszeit, man denke nur an das Bretton-Woods-System, das GATT, die NATO etc., entsprachen maßgeblich den US-amerikanischen Vorstellungen. Und auch was die Produktions- und Konsummuster anbetrifft, verallgemeinerte sich - selbstverständlich politisch-institutionell und kulturell gebrochen - von den USA ausgehend, deren technologisch hochentwickeltes Gesellschaftsmodell. Nicht umsonst sprechen viele Sozialwissenschaftler von der Ausbreitung des Fordismus und des "american way of life". Im übrigen blieben die USA dabei keineswegs geopolitisch abstinent. In allen Regionen der Welt, dies ergab sich geradezu zwangsläufig aus der Logik der Systemkonkurrenz, sicherte sie indirekt, d.h. über militärpolitische Bündnisse bzw. einzelne Bündnispartner ihre Einflußsphären. Nicht selten zeigte sie sich bereit, selbst militärisch zu intervenieren. Der Vietnam-Krieg war sicherlich das aufsehenerregendste Beispiel. Aber auch in anderen Fällen im Nahen Osten, der Mittelmeer-Region, auf dem afrikanischen Kontinent, vor allem in Lateinamerika haben sich die USA wirtschaftlich wie militärisch immens engagiert.

Mit anderen Worten: Schmierer hat sicherlich recht damit, daß die militärische Eroberungspolitik in der nachimperialen Epoche nicht mehr das bestimmende Merkmal der internationalen Politik bildete. Vollkommen falsch liegt er jedoch insofern, als er sie vollständig beiseite schiebt. Zudem geht er davon aus, daß die friedenspolitische Kooperation nach 1945 allein das Verdienst der kapitalistischen Staaten war, und die Konstellation des Kalten Krieges hierbei keine nennenswerte Rolle spielte.

2.3. Kritiklos und pro-europäisch?

Der zuweilen etwas weitschweifige historische Rückblick dient Schmierer wesentlich dazu, seine politische Botschaft zu unterfüttern. Diese lautet: Trotz aller Krisen, Widersprüche und Konflikte gibt es keine Alternative zur europäischen Integration. Gerade die Linke habe dies zur Kenntnis zu nehmen und sich produktiver in die Europa-Diskussion einzubringen, anstatt sich als "nützlicher Idiot der EU-Feinde" zu präsentieren (so Schmierer in der taz vom 18.7.96). Ganz pragmatisch empfiehlt er ihr in diesem Sinne, sich für die stärkere politische Einbindung der Bundesrepublik - auch über die WWU - stark zu machen. Sein Plädoyer für die politische Mitte könnte genauso gut von Altbundeskanzler Helmut Schmidt geschrieben sein. Während dieser nicht müde wird, in diversen Zeit-Artikeln den Präsidenten der Bundesbank zu mehr Voraussicht und Besonnenheit zu ermahnen, wendet sich Schmierer gegen den linken Populismus, der die strukturellen (Arbeitslosigkeit) oder hausgemachten Probleme (Finanzkrise) der EU in die Schuhe schieben will.

Sicher liegt er gar nicht falsch, wenn er manch populistische Europa-Kritik als Ablenkungsmanöver entlarvt und bei (großen Teilen) der Linken ein defizitäres realpolitisches Gespür wie einen Mangel an konzeptiven Ideen feststellt. Nichtsdestotrotz macht es sich Schmierer zu einfach. Mit Blick auf die WWU streicht er, wie viele andere, zwar die politischen (anti-nationalistischen) und die ökonomischen Vorteile heraus: die bessere Kalkulierbarkeit des Warenverkehrs und der Direktinvestitionen, transparentere Finanztransaktionen, ein größeres geldpolitisches Gewicht der EU und den Wegfall der innereuropäischen Währungsspekulation. Wohlbegründete linke Einwände nimmt er jedoch nicht zur Kenntnis. Die Kritik wird allenfalls am Rande erwähnt, um dann rasch in Form einer einfachen, aber falschen Alternative abgebürstet zu werden: Seines Erachtens steht der europäischen Variante der WWU nur die national-soziale "Lösung" einer lockeren Ausgabenpolitik gegenüber. Daß diese völlig unangemessen und in sich widersprüchlich ist, veranschaulicht er am Populismus eines Gerhard Schröder. Dieser saugt nämlich sowohl linke wie rechte Argumente - die Kritik

an der Austeritätspolitik und den "DM-Nationalismus" - in sich auf, ohne jedoch tragfähige Angebote zu unterbreiten.

Nicht entkräftet werden hingegen die inhaltlich gewichtigeren Vorbehalte und Befürchtungen: Wie Altvater/Mahnkopf oder Busch wiederholt gezeigt haben, muß nämlich davon ausgegangen werden, daß sich infolge des Wegfalls der Wechselkurse der Druck auf die Tarifpolitik erhöht. Harte Neoliberale, wie z.B. Giersch vom Kieler Institut für Weltwirtschaft, frohlocken bereits über die Zerschlagung des gewerkschaftlichen Lohnkartells. Zumindest ist zu erwarten, daß durch die WWU das Lohn- und Sozialdumping weiter verschärft und die Umverteilung von "unten" nach "oben" fortgesetzt wird (so zuletzt die Kritik von Bourdieu am "Modell Tietmeyer"). Überdies spiegelt sich der neoliberal-monetaristische Inhalt der WWU in der Tatsache, daß die austeritätspolitischen Vorgaben allen keynesianisch orientierten Initiativen einen Riegel vorschieben. Alle Bemühungen, die Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik gemeinschaftlich zu reregulieren, werden von daher politisch abgeblockt oder auf bloße symbolische Gesten reduziert. Das neoliberale Austeritäts- und Wettbewerbscredo erhält hingegen höhere Weihen und wird vertraglich festgeschrieben.

3. Die soziale und die demokratische Frage

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Meines Erachtens wäre es gewiß zu einfach, ja sogar falsch, für die beschäftigungs- und sozialpolitischen Problemlagen in erster Linie die EU verantwortlich zu machen. Dies soll nicht der Punkt sein. Schließlich stützen sich alle wichtigen Grundsatzentscheidungen in der EU nach wie vor auf die Zustimmung der nationalen Regierungen und in der Regel auch auf die Lobbying-Zirkel der transnationalen Konzerne. Insofern handelt es sich bei der EU um ein Mehrebenensystem der politischen Regulation, das sich seinen Inhalten und seiner Funktionsweise nach seit den 80er Jahren entscheidend verändert hat. Nicht mehr Angleichung und Harmonisierung, wie noch Anfang der 70er Jahre, stehen auf der Tagesordnung, sondern eine forcierte marktgetriebene Wettbewerbsorientierung. Die Hinwendung zur "neoliberalen Wirtschaftstheologie" (Hobsbawm), erfaßte - wenn auch mit länderspezifischen Akzenten und z.T. zeitverzögert - alle EU-Staaten. Wie die wachsenden sozialen Problemlagen belegen (offiziell ca. 20 Mio. Erwerbslose, 50 Mio. Arme, eine steigende Zahl prekär Beschäftigter und größere regionale Disparitäten), wurde dadurch ein Modernisierungsprozeß in Gang gesetzt, der sich gegenüber sozialen Relevanzen weitgehend blind zeigt. Insofern weitere Integrationsschritte diesen Kurs nochmals festschreiben - die Diskussionen im Hinblick auf die WWU und im Rahmen der Revisionskonferenz bestätigen dies -, sind aufgeklärte Europäer geradezu verpflichtet, sich kritisch in die Diskussion einzubringen.

Dies gilt um so mehr, als die gesellschaftlich und zwischenstaatlich ungleich verteilten Vorteile und Anpassungslasten den Fortgang der europäischen Integration zunehmend blockieren. Vor allem drei Problembereiche verdeutlichen, daß neue Orientierungen und konzeptive Gestaltungsentwürfe dringend notwendig sind:

Erstens staut sich die Massenerwerbslosigkeit zum ernsthaften Integrationshindernis. Sie ist nicht nur die zentrale Ursache von sinkenden Staatseinnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen sowie steigenden Ausgabenlasten, sondern auch der Auflösung solidarischer Gesellschaftsstrukturen. Tendenziell untergräbt sie zudem die Bereitschaft, nationale Kompetenzen und Ressourcen innerhalb der EU zu vergemeinschaften. Umgekehrt bedeutet dies: Um die Widersprüche und Konflikte im Integrationsprozeß zu reduzieren, bedarf es neuer beschäftigungs- und sozialpolitischer Impulse: Arbeitszeitverkürzung, Infrastruktur- und Konjunkturprogramme, öffentliche Förderung ökologisch-sozialer Aufgaben, Ausbau eines "dritten Sektors" etc. All dies ist mit der WWU in ihrer bisherigen Form nur sehr bedingt zu machen.

Ein weiteres Moment der Legitimationskrise der EU bilden die Defizite der demokratischen Partizipation. Hier ist das Vertragswerk von Maastricht zwar einen kleinen Schritt vorangekommen, doch insgesamt bleiben die Möglichkeiten der Demokratisierung unausgeschöpft: Bislang beschränkt sich die Demokratie im Sinne von Volkssouveränität auf die Wahl des EU-Parlaments sowie der kommunalen Parlamente; im EU-System dominiert bislang eher die Gewaltenverschränkung als die Gewaltenteilung; trotz der beschleunigten Integration sind auch die zivilgesellschaftlichen Strukturen einer europäischen Öffentlichkeit noch immer unterentwickelt; an Elemente einer direkten, plebiszitären Demokratie ist gar nicht zu denken; und ob die "Europäischen Wirtschaftsausschüsse" als Vorformen bzw. als zarte Ansätze wirtschaftsdemokratischer Beteiligung gelten können, ist zumindest sehr umstritten.

Drittens schließlich, und dies zeigt, daß das Jahr 1989 entgegen Schmierers Ansicht eher als Bruch, denn als Kontinuität zu interpretieren ist, vollzieht sich die Einbindung des vereinigten Deutschland und die geplante Erweiterung nach Osten keineswegs so reibungslos wie unterstellt. Wie der Streit über die institutionelle Reform - unter anderem auch über die Auslegung des Flexibilitätsprinzips - zeigt, drohen beide Prozesse das alte widersprüchliche Arrangement der zwischenstaatlichen Kooperation auszuhebeln. Infolge des deutschen Machtzuwachses wird das Prinzip der formellen Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten gegenüber ihrer faktischen, realen Ungleichheit geschwächt. Hieraus einen neuen deutschen Imperialismus abzuleiten, wäre wohl ebenso überzogen, wie es naiv ist, die daraus erwachsenden Spannungen zu ignorieren oder - so Schmierer am Beispiel der Kerneuropa-Konzeption - auf ein taktisches Mißgeschick zu reduzieren. Offenbar verändert sich demnach auch in machtpolitischer Hinsicht die Funktionsweise der EU.

Fazit: Schmierer unterbreitet zwar provokative Überlegungen, die zum Teil ihre Berechtigung haben (z.B. die europäische Fesselung des Nationalismus) und mit denen die Linke sich auseinandersetzen sollte, doch letztlich wird auch bei ihm (wie in der offiziellen Politik) zu schnell entschieden, wo erst noch zu diskutieren ist. Spätestens dann zeigt sich nämlich, daß viele seiner Thesen der theoretischen und historischen Überprüfung nicht Stand halten und politisch-strategisch in die Irre führen.

Hans-Jürgen Bieling

26. Nicht hinter Dutschke verstecken! Betr.: Dutschke-Kritik - Entgegnung auf Christoph Jünke (ak 398, S. 30)

Betr.: Dutschke-Kritik - eine Entgegnung auf Christoph Jünke (ak 398, S. 30)

Autor: Js. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:11

Was als Buchbesprechung begann, hat sich zu einer Debatte ausgeweitet. In ak 396 (S. 30) brachten wir einen Artikel von Christoph Jünke über Gretchen Dutschkes Buch "Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben. Rudi Dutschke - Eine Biographie". Da der ak-Redaktion diese Rezension arg unkritisch erschien, stellte ein ak-Redakteur Jünkes Text "Dutschkes Vermächtnis" in der selben Ausgabe (S. 31) einen Artikel mit der Überschrift "Falsche Heroisierung" entgegen. In ak 398 (S. 30) antwortete wiederum Christoph Jünke mit dem Artikel "Auf eigenen Füßen stehen!"

Christoph Jünke läßt auf Rudi Dutschke nichts kommen. Anfechtbare Äußerungen des Meisters sind entweder falsch übermittelt, oder es handelt sich um verzeihliche taktische Fehler:

Ich hatte aus einem Artikel Gretchen Dutschkes aus dem Jahre 1992 zitiert und Rudis Auffassung zu NATO und RGW als "haarsträubend" bezeichnet. Gretchen schrieb: "Er wandte sich ... nur sehr differenziert gegen die NATO. Er hielt sie für gerechtfertigt, solange der Warschauer Pakt existierte..." Christoph Jünke stellt richtig: "Auch Gretchen Dutschke ist nicht unfehlbar, und ihre diesbezügliche Aussage läßt sich nirgends bei Dutschke belegen." In seiner Rezension hatte Jünke die Autorin noch für ihr "Feingefühl für das Persönliche" und ihr "klares Verständnis für die wesentlichen Elemente seines (Rudis) Denkens" gelobt. Als Quellen habe sie "unveröffentlichte Notizen, Manuskripte, Briefe" und Rudis Tagebuch verwendet. Entweder läßt sich damit Rudis - angebliche, "differenzierte" - Befürwortung der NATO belegen - oder die gelobte Biographin hat sich ihre Behauptung ausgedacht. Womit ihre Arbeitsweise insgesamt als - gelinde gesagt - unseriös zu beanstanden wäre.

Westdeutsche Linke und die Blockkonfrontation

Christoph Jünke nimmt dieses Dilemma nicht weiter tragisch und unterstellt, Rudi sei mit ihm einer Meinung gewesen, es komme darauf an, daß die deutsche Linke, Ost wie West, sich "dem Freund-Feind-Schema der Blockkonfrontation" entziehe. Einem nicht näher definierten Teil der westdeutschen Linken wirft er vor, sie hätten es an der "nötigen Solidarität mit ostdeutschen Oppositionellen" fehlen lassen und sich zu "Komplizen der DDR-Bürokratie" gemacht. Die DKP allein kann damit wohl nicht gemeint sein. Und in der Tat holt Christoph Jünke wenig später (nachdem er die "breite linke Akzeptanz der Mauer in den Köpfen" und "übelste Verleumdung der sogenannten ‚Republikflüchtigen`" beklagt hat) die Keule raus: "Hier hat auch und gerade ein ak-Redakteur einiges zu verarbeiten!"

Spätestens an diesem Punkt sollten wir den Streit um Dutschkes wirkliche, "authentische" Positionen bis auf weiteres beenden und um die Sache selbst streiten:

So wie die DDR-Bürokratie sich ihre "Komplizen" selbst ausgesucht hat, hat der KB - nach bestem Wissen und Gewissen - unter den "ostdeutschen Oppositionellen" zu differenzieren versucht. Spektakulärstes Beispiel unserer "selektiven" Solidarität war die Kampagne anläßlich der Biermann-Ausbürgerung (nachlesbar in ak 94, noch einmal in Erinnerung gerufen in ak 396, derselben Ausgabe, in der auch Christoph Jünkes Rezension abgedruckt ist). Zu der weitaus wichtigeren Frage, wie westdeutsche Linke sich zur "Blockkonfrontation" verhalten sollten, haben wir im Herbst 1983 als Beilage zu ak 241 die "Grüne Ostpolitik" einer grundsätzlichen Kritik unterzogen. Grundpositionen des KB waren: das Eintreten für zwei deutsche Staaten; für einseitige Abrüstung des Westens; für Austritt der BRD aus der NATO; für eine BRD ohne Armee. M.E. war es richtig, an diesen Grundpositionen festzuhalten, auch wenn sie - teilweise - von der Geschichte überrollt wurden.

Was ist "nationale Identität"?

Dem Streit um die Bedeutung "nationaler Identität" versucht Christoph Jünke die Brisanz zu nehmen, indem er dem Begriff seine eigene Definition gibt. Allem Anschein nach versteht er darunter das, was jedeR Deutsche, auch der "antideutsche" Sektierer, als unfreiwilliges Erbe mit sich herumträgt: nicht nur die durchaus vorteilhafte Staatsangehörigkeit, sondern auch "Kultur" und Unkultur, Traditionen, Denkweisen, Gebräuche etc. Daß das so ist, läßt sich nicht bestreiten - nur versteht Dutschke unter "nationaler Identität" etwas, das erst noch zu erkämpfen ist. Zitat Gretchen Dutschke: "Den Identitätsverlust der Deutschen aus der nachfaschistischen Zeit hielt Rudi Dutschke für ein Hemmnis in der internationalen sozialistischen Revolution."

Christoph Jünke stellt dieses Zitat weder in Zweifel, noch kritisiert er es, sondern belehrt uns, wir alle hätten doch eine "nationale Identität" im oben beschriebenen Sinne. So kann man sich um eine klare Meinungsäußerung herummogeln.

Falsche Freunde

und taktische Fehler

"Aufgabe des Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen" war das Motto des Vietnam-Kongresses im April 1968. Für den "bedeutendesten Revolutionär in Nachkriegsdeutschland" (Jünke über Dutschke) reichten offenbar die guten Absichten. Dutschke unterliefen zwar viele Fehler, aber sie waren alle taktischer Natur, versichert sein treuester Fan.

Immerhin im Vorfeld der Grünen-Gründung fand der "Einzelkämpfer" (was für ein Revolutionär!) Bündnispartner. Sein Eintreten für "glaubwürdige Persönlichkeiten" und gegen "Sektiererorganisationen" war damals "zweifelsfrei richtig", findet Christoph Jünke. Ich will hier nicht wiederholen, was ich an anderer Stelle (ak 397, S. 14) zu diesem Thema ausführlich dargestellt habe. Mich würden nur die Namen dieser "glaubwürdigen Persönlichkeiten" interessieren. Im machtpolitischen Getrickse des Jahres 1979 sind mir, zumindest unter den auf Bundesebene agierenden grünen PolitikerInnen, herzlich wenige aufgefallen, denen man das Prädikat "glaubwürdig" hätte verleihen können.

Ein Geständnis zum Schluß. Christoph Jünkes Vorwurf, daß ich keinen so simplen "revolutionsstrategischen Rahmen" wie Dutschke anno 67 "besitze", ist leider wahr. Ich verspreche, daran zu arbeiten.

Js.

27. Elemente einer neuen ArbeiterInnenbewegung. Einladung zur Internationalen Tagung vom 6.-9. März in Frankfurt/Main

Einladung zur Internationalen Tagung vom 6.-9. März 1997 in Frankfurt/Main

Autor: TIE/express · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:07

Dieser - von der ak-Redaktion gekürzte - Text ist ein gemeinsam verfaßtes Resultat der seit der letzten Konferenz zwischen KollegInnen aus verschiedensten Betrieben, TIE und express geführten Diskussionen und dient als inhaltlicher Rahmen für die Konferenz. TIE steht für Transnational Informations Exchange

Spätestens Anfang der 90er Jahre ist ein "Epochenbruch" für die westeuropäische ArbeiterInnenbewegung, die über 100 Jahre als Vorbild und Modell weltweit angesehen wurde, deutlich geworden. Von der ihr von der Linken zugedachten Rolle des "Totengräbers des Kapitalismus" scheint sie weiter denn je entfernt. Wesentliche Voraussetzungen, auf denen ihre Entwicklung beruhte, haben sich heute verändert. Selbst als "Ordnungsfaktor" scheint sie ihre Rolle allmählich zu verspielen.

Die westeuropäischen ArbeiterInnenbewegungen waren eine "nationale" Macht, sie besaßen einen gewerkschaftlichen und politischen Arm, ihre Machtbasis war der industrielle Großbetrieb mit Massenproduktion. Ein wesentlicher Teil ihrer Stärke und Anziehungskraft lag in der Fähigkeit, die Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen zu dämpfen, eine Art "Normalarbeitsverhältnis" durchzusetzen und ein Bewußtsein des Interessengegensatzes von Arbeit und Kapital wachzuhalten, auch wenn dieser zumeist nur als "Verteilungsdefizit" dargestellt wurde. Im Interesse einer "gerechteren Verteilung" kämpfte die ArbeiterInnenbewegung (mit einigem Erfolg) für den Auf- und Ausbau eines Sozialstaats, für die Verbesserung der "Chancengleichheit" im Bildungssystem, usw. Heute

- ist der nationalstaatliche Rahmen ihrer Tätigkeit aufgebrochen, ohne daß eine internationale Praxis an ihre Stelle getreten wäre,

- ist ihre politische Kraft wesentlich geschwächt,

- ist ihre Vorstellung vom stetigen Wachstum der Produktivkräfte als Motor zur Entwicklung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in Frage gestellt,

- sind der Betrieb, an dem sie ihre Machtbasis besaß, damit auch die Gestalt der ArbeiterInnenklasse und die bisher vorherrschenden Formen des Arbeitsverhältnisses wesentlich verändert,

- ist das Bewußtsein vom Interessengegensatz durch eine weitverbreitete Ideologie der "Standortsicherung" überwuchert, wenn nicht ersetzt.

Die westeuropäische ArbeiterInnenbewegung durchläuft eine Krise ihrer Institutionen, ihrer Praxis und ihrer Theorie. Der Ausgang dieser Krise ist ungewiß. Die Möglichkeit einer Rückkehr zu ihrem Zustand im "goldenen Nachkriegskapitalismus" scheint ausgeschlossen. Eine Politik des Anpassens, der Symbolhandlung und des Überwinterns wird ihren weiteren Niedergang nicht aufhalten, sondern ihn eher schneller herbeiführen. Vielmehr muß eine neue Bewegung der Lohnabhängigen entstehen, die in ihren Institutionen, ihrer Praxis und ihrer Theorie Antworten auf die veränderten Bedingungen findet.

Darüberhinaus meinen wir, daß der Umbruch in diesem westeuropäischen Modell auch Konsequenzen für andere Länder haben wird: sei es über parallele ökonomische und industriepolitische Entwicklungen, sei es über die zunehmende Interdependenz der nationalen Ökonomien. Einen über Europa hinausgehenden internationalen Austausch über die Perspektiven und Elemente einer neuen ArbeiterInnenbewegung halten wir daher für notwendig.

Globalisierung

Seit den späten 80er Jahren steckt das Modell des Klassenkompromisses, das für die Geschichte des Nachkriegskapitalismus charakteristisch war, in der Krise. In enger Zusammenarbeit zwischen Kapital,

Gewerkschaften und Nationalstaat sollte dieses Modell mit Hilfe "keynesianischer" Wirtschaftspolitik eine weitgehend krisenfreie gesellschaftliche und politische Entwicklung garantieren. Als zentrale Ursache für das Scheitern dieser Politik gilt die "Globalisierung" des Kapitals, unterstützt von einer zunehmend neoliberal orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Diese Feststellung ist nicht umstritten. Aber schon dort, wo versucht wird, den Charakter derzeitiger "Globalisierung" anzugeben, bestehen erhebliche Unterschiede.

In einigen Analysen "globalisiert" sich vor allem das Finanz- und Spekulationskapital. Damit habe sich - so der Tenor in diesen Ansätzen - zugleich der Kapitalismus endgültig von der Produktion gelöst, sei der kapitalistische Verwertungsprozeß an sein Ende gekommen. In anderen Analysen hat sich das Finanzkapital zwar auch "globalisiert", aber gerade dies sei die Triebfeder für die Anstrengung des produktiven Kapitals, sich noch die letzten Winkel des Erdballs zu unterwerfen, eine "globale" Konkurrenz zwischen den Arbeitskräften zu entfesseln, um die Verwertungsbedingungen zu verbessern und die Profitmargen in der Produktion wieder über den erzielten Zinsfuß für spekulatives Kapital hinauszutreiben. Es findet sich schließlich die Einschätzung, daß sich die "Globalisierung" von produktivem Kapital im Interesse einer besseren Verwertung im wesentlichen auf die Investitionen innerhalb der sogenannten Triade (USA, Japan, Europa) und deren bestehende oder künftige Einflußzonen beschränkt, während der Rest der Welt "abgekoppelt" wird.

Als Konsequenz sehen diese Analysen vor allem, daß mit der "Globalisierung" der klassische Nationalstaat und seine Instrumente dramatischen Veränderungen unterworfen sind. Einige Vorhersagen sehen sein Ende voraus und plädieren für den Aufbau von "globalen" politischen Strukturen, die dann der schrankenlosen weltweiten Kapitalverwertung (auf keynesianische Weise) gegensteuern könnten. Andere behaupten seine Verwandlung vom alten, mehr oder weniger keynesianisch orientierten "Sicherheitsstaat" in den "Standortsicherungsstaat", der vor allem die Aufgabe hat, durch eine Verbesserung der Verwertungsbedingungen möglichst viel Kapital in sein Staatsgebiet zu ziehen, und damit zumindest den materiellen Lebensstandard der jeweiligen Bevölkerung zu sichern. Wiederum andere sehen sein Aufgehen in einer größeren regionalen staatlichen Einheit innerhalb der Triade. Hier wird im schlimmeren Falle das Auftreten eines vor allem von Deutschland dominierten neuen "europäischen Imperialismus", der anderen, jeweils von Japan und den USA dominierten "Blockimperialismen" gegenübersteht und mit ihnen in einen gnadenlosen Konkurrenzkampf verstrickt ist, befürchtet. Im günstigen Falle werden in der Bildung neuer politischer Institutionen über den Nationalstaat hinaus Möglichkeiten zu einer Wiedergeburt des "Sicherheitsstaates" und einer keynesianischen Wirtschaftspolitik im neuen, übernationalen Gewand gesehen.

Diese unterschiedlichen Einschätzungen führen aber auch zu unterschiedlichen Sichtweisen über Funktion, Zukunft und Strategie der ArbeiterInnenbewegung:

1. Das Ende der ArbeiterInnenbewegung als "Subjekt der Geschichte" ist mitgedacht in der Vorstellung von der endgültigen Vorherrschaft des "globalisierten" Finanzkapitals über das industrielle. Mit dem Verschwinden der Produktion als Basis von Herrschaft hat auch die ArbeiterInnenbewegung die Möglichkeit zur Veränderung von Machtverhältnissen eingebüßt.

2. Wenn nicht von ihrem allgemeinen Ende, so doch vom Ende der herkömmlichen ArbeiterInnenbewegung geht die Vorstellung aus, daß mit dem Ende des "gezähmten" Kapitalismus der Nachkriegsjahre auch die Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse erheblich verändert wird. Hervorgehoben wird dabei vor allem der mit der "Globalisierung" verknüpfte Abbau des "klassischen", sozial und materiell abgesicherten Normalarbeitsverhältnisses. Dabei geht man davon aus, daß sich die ehemaligen Unterschiede in den jeweiligen nationalen ArbeiterInnenklassen einzuebnen beginnen. Auf der Basis einer neuen weltweiten "Proletarität" soll eine, sich in ihrem Status immer mehr angleichende, neue internationale ArbeiterInnenbewegung entstehen.

3. Eine vorübergehende Krise der Arbei-terInnenbewegung behaupten Ansätze, die zwar auch von einem veränderten Gesicht der künftigen ArbeiterInnenklasse ausgehen, aber darauf hoffen, daß neoliberale Politik aufgebrochen und der Prozeß der Globalisierung künftig in der einen oder anderen Form politisch kontrolliert werden könnte. Wie diese Regulierung politisch aussehen könnte, und an welchen Punkten sie inhaltlich anknüpft, darüber gehen die Ansichten allerdings auch hier auseinander. Sie reichen von der Hoffnung auf technologische und industriepolitische Innovationen und einem damit verbundenen Wiederaufleben des klassischen keynesianischen Beteiligungsmodells bis hin zur Forderung nach einer Anhebung bzw. Homogenisierung von rechtlichen und sozialen Standards. (...)

Produktivkraftwachstum, Ökologie und Herrschaft

Die Vorstellung, daß die stetige Entfaltung der Produktivkräfte Arbeitsplätze schaffen, sozialen Fortschritt sichern oder eine revolutionäre Situation herbeiführen würde, und daß ein hoher Stand ihrer Entwicklung unabdingbar notwendige Voraussetzung für einen (friedlichen oder revolutionären) Übergang zu einer über die bestehende Gesellschaft hinausgehenden Zustand sei, (ob man ihn sich nun als sozialistische Gesellschaft oder als eine entwickelte "soziale Marktwirtschaft" dachte), gehörte von Anfang an zum eisernen Bestand der Erkenntnisse der ArbeiterInnenbewegung. Sie wurde bis heute kaum ernsthaft in Frage gestellt. Die "bessere Zukunft" wird dabei bis heute überwiegend als die Verwirklichung technischer Utopien, als Reichtum an Waren gedacht. Zugleich wird in dieser Konstruktion die Entwicklung der Produktivkräfte als ein von einer gesellschaftlichen Form unabhängiger "neutraler" Fortschritt von Wissenschaft und Technik aufgefaßt. Diese Konstruktion ist aber - nicht erst - am Ende des 20. Jahrhunderts fragwürdig geworden.

1. Es ist deutlich geworden, daß ein weiteres Wachsen der Produktivkräfte in ihrer bisherigen Form auf Grenzen stößt. Weder reichen zu einem solchen Wachstum die vorhandenen Energie- und Rohstoffreserven aus, noch scheinen bestehende Ökosysteme die Abfallprodukte dieser Art von Produktion (Müll, Schadstoffe) auf die Dauer ohne dramatische Folgen verarbeiten zu können. Im Bann der Ideologie von Arbeitsplatz- und Standortsicherung

- spielt selten die Überlegung eine Rolle, daß in einem Kampf um Arbeitsplätze bisweilen auch "umweltschädliche" Produktion und Produkte erhalten werden sollen;

- setzen Gewerkschaften, zumal in Westeuropa, noch immer ihre Hoffnung auf die weitere industrielle Entwicklung bisher nicht oder schwach industrialisierter Länder, weil dies Exportchancen eröffne (so z.B. in China) und Arbeitsplätze sichere;

- wird der Glaube an den Fortschritt von Technik und Wissenschaft in der Mehrheit der ArbeiterInnenbewegung durch die ökologischen Katastrophenmeldungen manchmal eher noch bestärkt. Man erhofft sich vom verstärkten Ausbau neuer, ökologischer Technologie den nächsten Wachstums- und Exportschub für "seinen Standort". Die Frage nach der "Zukunft von Erde und Gattung" hat in den letzten Jahrzehnten zu einer breiten öffentlichen Diskussion und zu vielen Initiativen geführt, ohne daß dies innerhalb der ArbeiterInnenbewegung nachhaltige Wirkung gezeigt hätte.

Dies mag zum einen damit zusammenhängen, daß in der öffentlichen Diskussion Vorschläge vorherrschen, die Verzicht, Selbstversorgung und -genügsamkeit, die Rücknahme von Vergesellschaftung auf kleine Gruppen, zusammen mit ökologisch begründetem staatlichen Zwang als Ausweg aus der Krise beschwören. Verzichtsideologie, unentwickelte Vergesellschaftung und staatlicher Zwang aber waren die Hindernisse, die die ArbeiterInnenbewegung in ihrer Geschichte überwinden mußten. Sie sind für sie eher Gespenster der Vergangenheit, kaum Visionen der Zukunft. Mit der Ablehnung dieses Typus von Politik wird jedoch dessen Anlaß mit verdrängt. Zum andern hat eine grundsätzliche Diskussion über den Charakter und die Entwicklungsrichtung von Produktivkräften in der ArbeiterInnenbewegung nur selten stattgefunden. Ihre eigene Organisation und ihre Vorstellung von Politik ist durch den Gang der Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus tief geprägt. (...)

2. In den Kämpfen vor allem der italienischen ArbeiterInnenbewegung am Ende der 60er Jahre ging es darum, daß eine Organisation der Fabrik, die auf scheinbar "neutraler", in Wirklichkeit aber kapitalistischer Entfaltung von Produktivkräften beruht, für eine freie und gleiche Gesellschaft untauglich ist. (Am Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" Ende der 80er Jahre ist dies erneut sichtbar geworden). In Italien, Frankreich und England war mit der Kritik an der Fabrik zugleich die Kritik an der Organisation und Politik der ArbeiterInnenbewegung verbunden. Die Kritik ging davon aus, daß die Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus keineswegs unbestimmt ist und ihre Wirkung sich - entgegen einer in der ArbeiterInnenbewegung weit verbreiteten Annahme - nicht schon dadurch ändert, daß die gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse verändert sind. Vielmehr gibt sie umgekehrt diesen einen bestimmten Inhalt. Das Fabriksystem, in dem sich seit dem 19. Jahrhundert die Produktivkräfte entfalten, ist dem Bedürfnis der Kapitalverwertung unterworfen. Der Produktionsprozeß ist kapitalistischer Produktionsprozeß.

Das blinde Einverständnis mit der Entwicklung der Produktivkräfte in der ArbeiterInnenbewegung ist ein wesentliches Moment ihrer Krise. Eine Ahnung davon, wie menschliche Produktivkräfte außerhalb ihrer

jetzigen kapitalistischen Verwertung aussehen, sich verändern und entwickeln könnten, d.h. eine eigene Utopie, hat die ArbeiterInnenbewegung weniger denn je.

Die Idee, daß die gewerkschaftliche und politische Arbeit der ArbeiterInnenbewegung vor allem darin bestünde, irgendeine Mechanik in Apparaten - sei es der Apparat der Interessenvertretung, sei es die Maschine des Klassenkampfs - möglichst gut technisch zu bedienen, ist in der ArbeiterInnenbewegung eindeutig vorherrschend. Die Erfahrung des einzelnen Individuums, seine Ängste und Wünsche, aber auch seine Fähigkeiten werden als "private" fast ganz beiseite gelassen, höchstens werden "verwertbare" Teile davon nach den Regeln des "Machbaren" technisch "umgesetzt."

Die Idee von der Gesellschaft als Maschine bleibt auch nicht ohne Folgen für die Entwicklung innerer Demokratie in der ArbeiterInnenbewegung: "Experten" und "Macher" bestimmen ihre Politik. (Die anderen sind in ihrer überwiegenden Mehrheit damit einverstanden und beklagen gar, wenn es an "Machern" fehlt, die die "Probleme lösen"). Die ArbeiterInnenbewegung repräsentiert damit keine - wie sie immer beanspruchte - gegenüber der bürgerlichen Demokratie fortgeschrittene Form, sondern ihr getreues Abbild.

Abschied vom Großbetrieb

In der ArbeiterInnenbewegung gilt bis heute die ausgesprochene oder stillschweigende Annahme, daß ihr sozialer und politischer Fortschritt mit der Existenz von Großbetrieben verknüpft ist. Der Großbetrieb unter dem einheitlichen Kommando eines Unternehmens ballt die Arbeitermassen in der Produktion, manchmal auch in ihrer Freizeit, im Stadtviertel, an einem Fleck zusammen. In ihm entwickeln sich im allgemeinen fest gefügte Gruppen von IndustriearbeiterInnen mit langjähriger Berufserfahrung und Qualifikation. Die Macht des Kapitals stützte sich auf den Großbetrieb. Hier herrschte das allgemein gültige "Normalarbeitsverhältnis". (...) Zugleich galt der Großbetrieb als die psychologisch günstigste Bedingung für die Entfaltung von Klassenbewußtsein. (...)

Neue Unternehmenskonzepte versuchen zunächst neu zu bestimmen, was der Betrieb sei. Vermindert werden sollen die Kosten für die Produktion selbst, aber auch die Kosten, die aus der herkömmlichen Form der Kontrolle über die Beschäftigten entstanden waren. Die Produktion im neuen Betrieb soll sich auf das beschränken, was man als "Kerngeschäft" zu bestimmen versucht. Das "allmächtige einzige Kommando" im alten Betrieb erhält dabei eine neue Form. Indem es bestimmte alte Bereiche des Betriebs per Fremdvergabe anderen Unternehmen übergibt, herrscht es über diese nicht mehr direkt, sondern qua "Marktmacht" (Preisvorgaben, Vorgaben von Qualitätsstandards, Entfesseln von Konkurrenz unter Zulieferern usw.).

Die Veränderungen betreffen aber auch den "Kern" selbst. Was im klassischen Betrieb eine Abteilung war, wird jetzt quasi als kleiner Einzelbetrieb unter dem Dach einer koordinierenden Leitung gesehen. Ziel dabei ist die "Optimierung" von Betriebsabläufen und Kosten nicht mehr durch klassische technologische Innovationen sowie zentrale Investitions- und Rationalisierungsentscheidungen, sondern durch die Beschäftigten selbst, indem sie in der neuen Betriebsorganisation für ihren Arbeitsplatz "neue Verantwortung" übernehmen sollen (der Betrieb als "Netzwerk"). Mit dem veränderten Konzept des Betriebs wandelt sich der alte Betrieb auch räumlich. Die in den "optimierten Kleinbetrieb" verwandelte Abteilung, die sich der "Kommandozentrale" des Marktes fügen soll, ist nicht mehr an den alten Ort gebunden. Sie kann sich bei Bedarf dort ansiedeln, wo sie die besten Bedingungen vorfindet. (...)

Die Belegschaft eines Betriebs wird aufgespalten in Individuen, die sich hinsichtlich ihrer räumlichen und vertraglichen Anbindung an den Betrieb, ihrer Qualifikation, ihrer Arbeitszeiten und ihrer Entlohnung erheblich unterscheiden.

Unter den Bedingungen neuer "Unternehmenskonzepte" und "neoliberaler" Politik verschwindet aber nicht nur allmählich der "normale Beschäftigte", sondern auch der "normale Arbeitslose". Mit dem rapiden Abbau sozialer Sicherungssysteme soll auch die Armee der Arbeitslosen "flexibilisiert" werden. Statt die "Hände in den Schoß" zu legen, wird ihnen die "Selbstversorgung" verordnet. Sie sollen aus Arbeitslosen zu einer Armee der "Unterbezahlten" gemacht werden. Eingegliedert werden sollen sie in ein Heer, das schon besteht und ständig wächst. Es setzt sich zusammen aus Beschäftigten in (manchmal drei bis vier) "ungeschützten" Arbeitsverhältnissen, aus Beschäftigten, die immer mal wieder "arbeitslos" werden und sich vor allem mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen durchs Leben schlagen, aus Beschäftigten, die in riskanten Kleinstunternehmen ihr Glück versuchen usw.

Mehr noch: Nach den Konzepten neuer industrieller Beziehungen soll die überwiegende Mehrheit der Lohnabhängigen (ob nun gerade beschäftigt oder nicht) einer industriellen Reservearmee aus voneinander isolierten Individuen eingegliedert sein, aus der Unternehmen nach Bedarf und zu Bedingungen, die das Unternehmen setzt, nehmen, was immer man an Arbeitskräften braucht. Eine kleine, für die "neue" Produktionsform unverzichtbare Minderheit ist die einzige Gruppe, die über einen längeren Zeitraum eine feste Beschäftigung finden wird. Mit dem alten Modell industrieller Beziehungen im Großbetrieb sind auch die alten Einrichtungen und Instrumente der ArbeiterInnenbewegung in eine offensichtliche Krise geraten:

1. Bei der organisatorischen Aufspaltung des Unternehmens sieht sich die herkömmliche betriebliche Interessenvertretung plötzlich einer Vielzahl von Unternehmensleitungen gegenüber. Sie wird "mitgespalten" oder verliert auf einzelne ehemalige Betriebsteile überhaupt jeden Einfluß. Ebenso gespalten werden kann die gewerkschaftliche Interessenvertretung (besonders bei Industriegewerkschaften), weil die abgespaltenen Betriebsteile danach einer anderen Branche angehören (z.B. bei der Fremdvergabe von Firmen). Mitgespalten wird schließlich auch der vorher einheitliche Tarifvertrag.

2. Bei der räumlichen Aufspaltung des Unternehmens muß die betriebliche Interessenvertretung unter Umständen zur "rasenden Vertretung" werden. Ein Kontakt zu den räumlich weit verstreuten Beschäftigten ist kaum mehr möglich. Umgekehrt kann es die betriebliche Interessenvertretung im schlimmsten Fall mit einem Betrieb zu tun haben, in dem zahlreiche Beschäftigte dem Unternehmen gar nicht angehören, sondern von Fremdfirmen beschäftigt sind.

3. Mit der raschen Zunahme "ungeschützter" Arbeitsverhältnisse, der Aufspaltung von Belegschaften in Individuen, die unter höchst unterschiedlichen Bedingungen, oftmals nur vorübergehend beschäftigt sind, sich "selbst kontrollieren" und dabei häufig gegeneinander ausgespielt werden, nimmt die Solidarität unter den Lohnabhängigen ab. (...)

Betriebliche Politik

und Lean-Production

Die Beziehung zwischen Kapital und Arbeit beruhte in vielen Industrieländern seit der Nachkriegszeit auf einem Kompromiß. Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen wurden in den meisten Fällen als institutionelle Partner anerkannt, Klassenkonflikte auf Probleme der Verteilung verengt. Je nach Stärke und politischen Kräfteverhältnissen wurden Gewerkschaften gar zu Juniorpartnern eines Wachstumspakts; für die Kontrolle und Disziplinierung ihrer Mitglieder wurden sie durch institutionelle Garantien und stetige Lohnzuwächse belohnt. Aufkommende Widersprüche konnten in der Regel durch materielle Konzessionen (Sozialpläne, etc.) der Unternehmen befriedet werden. Die Vernachlässigung von Problemen einer entfremdeten und entwürdigenden Arbeit sowie die Vernachlässigung von bestimmten Gruppen der beschäftigten LohnarbeiterInnen (Frauen, prekär Beschäftigte, Kleinbetriebe, höherqualifizierte Angestellte, etc.) und von Arbeitslosen war dabei tendenziell immer Bestandteil dieser gewerkschaftlichen Praxis.

Die seit den 70er Jahren anhaltende Krise und die damit verbundenen Unternehmensoffensiven der letzten Jahre haben diesen Kompromiß inzwischen allerdings derart aufgeweicht, daß mittlerweile bis auf die Sicherung und Erweiterung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit alles zur Disposition steht. (...)

1. Die Hoffnung oder Argumentation von Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen (...) bestand darin, im Zuge einer neuen Kooperation zwischen Kapital und Arbeit durch Konzessionen in bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der jeweiligen nationalen Industrie insgesamt beizutragen, um damit beschäftigungssichernde Maßnahmen durchsetzen und zumindest einen Teil des bisherigen Status quo aufrecht erhalten zu können. Konzessionen stellten sich jedoch nicht als Garantie für die Sicherung von Arbeitsplätzen dar. Statt dessen haben sie den institutionellen Kontext gewerkschaftlicher Arbeit und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit entscheidend verändert. Unternehmen haben sie insbesondere dazu genutzt, um die betrieblichen Machtverhältnisse neu zu ordnen. (...) Verbunden mit der Unfähigkeit von Gewerkschaften, Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen und außerhalb der gewerkschaftlichen Hochburgen zu organisieren, vertieften die Konzessionsvereinbarungen die Fragmentierung der Lohnabhängigen und trugen entscheidend mit zum Bedeutungsverlust von Gewerkschaften bei.

Neben der Institutionalisierung neuer Rahmenbedingungen bedeuten Konzessionsvereinbarungen für die gewerkschaftliche Arbeit darüber hinaus einen ideologischen Angriff auf ihr elementares Selbstverständnis: die Einschränkung von Konkurrenz und die Förderung von Solidarität zwischen Lohnabhängigen. Die Ideologie der Konzessionen zielt damit auf die Preisgabe dessen, was bisher gewerkschaftliche Identität zu einem großen Teil ausmachte: das politische Verständnis eines strukturellen gesellschaftlichen Interessen- oder Klassengegensatzes, das Gewerkschaften zu einem gesellschaftlichen Projekt zur Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Lohnabhängigen macht. Die Ideologie der Konzessionen legt demgegenüber nahe, daß das (ureigenste) Unternehmensinteresse an mehr Profit nun ein gemeinsames Interesse darstelle. Die Durchsetzung des Konkurrenzprinzips zwischen den Beschäftigten erscheint in dieser Logik als notwendige und quasi natürliche Voraussetzung, um jedwede Verbesserung von Arbeitsbedingungen und -verhältnissen ermöglichen zu können.

In seiner Essenz bedeutet dies, daß die Beschäftigten einzelner Betriebe und Abteilungen solidarisch mit ihrem Unternehmen gegen andere Gruppen von Beschäftigten anderer Unternehmen, Betriebe und Abteilungen vorzugehen haben. Wird dies von Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen akzeptiert, wird damit ein ideologisches Projekt vorangetrieben, dem zufolge Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen bisherige Schutzeinrichtungen und Errungenschaften aktiv abzuschaffen und statt dessen die Funktionen des Managements effektiver zu gestalten haben. Es wird zur Aufgabe von Gewerkschaften und Beschäftigten, Vorschläge zur Verbesserung der Verwertungsbedingungen zu unterbreiten und neue Kunden zu gewinnen.

2. Partnerschafts- und Beteiligungsprogramme folgen diesbezüglich einem vergleichbaren Ziel. Bereits der Kompromiß der Nachkriegszeit gründete in der Ideologie der Sozialpartnerschaft und hatte die Interessen der Lohnabhängigen an das Wohlergehen der Unternehmen gebunden. Partnerschaftsprogramme gehen jedoch einen Schritt weiter. Hinsichtlich der Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen sind sie in erster Linie als ein ideologisches Instrument zu begreifen, um Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen darin einzubinden, neue Rationalisierungsmuster nun selbst aktiv voranzutreiben und das Argument der Konkurrenzlogik als Ausgangspunkt der eigenen Politik zu übernehmen.

Die politische Bedeutung eines solchen Prozesses kann dabei nicht hoch genug eingeschätzt werden. Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen waren und sind von ihrer Funktion her immer mehr als bloße Institution, die sich um die Aushandlung von Tarifverträgen und von Betriebsvereinbarungen kümmert. Gewerkschaft und Interessenvertretung waren immer auch ein Instrument von "Gegenöffentlichkeit", ein politischer Ort, in dem Erfahrungen des betrieblichen Alltags anders als im herrschenden Konsens artikuliert, strukturiert und verarbeitet werden. Die Argumentation der Konkurrenzlogik als offizielle Politik zielt darauf ab, den Beschäftigten einen öffentlichen Raum zu entziehen, in dem andere Sichtweisen und andere Interpretationen von Realität als die des Managements entwickelt und unterstützt werden. Wird diese Argumentation von Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen übernommen, so werden in einem historischen Moment der Veränderung (Konzessionsverträge, Arbeitsplatzverluste, Umbruch der Arbeitsorganisation im Betrieb, etc.) - und damit gleichzeitig der Verunsicherung - mit Unterstützung der Gewerkschaften neue Strukturen und Ideologien aufgebaut. Diese diffamieren ein politisches Verständnis, das auf grundsätzlichen Interessensunterschieden beharrt, als "veraltet", sie reproduzieren die Unternehmensposition als "zukünftig" und "modern" und drohen allen, die sich nicht anpassen können oder wollen, mit dem Ausschluß.

Erlebte Widersprüche in der "schönen neuen Arbeitswelt" wie Arbeitshetze, Krankheit, Unsicherheit, etc. werden gegen die Beschäftigten selbst gewendet. Jedwede Opposition oder auch nur die Infragestellung dieser Interpretation von Realität hat sich dann gegen Unternehmen und Gewerkschaften durchzusetzen. Beschäftigte bleiben damit angesichts ihrer widersprüchlichen Erfahrungen individualisiert oder sind angewiesen auf oppositionelle Orte innergewerkschaftlicher Gegenöffentlichkeit.

3. Partnerschaftsprogramme und betriebliche Beteiligungsprogramme sind jedoch mehr als bloße Ideologie oder ein Managementtrick zur Verschleierung einer erhöhten Ausbeutung und der dazu benötigten Kollaboration der Interessenvertretungen. Sie sind ebenso Teil des Versuchs, ein betriebliches Rationalisierungs- und Kontrollmuster durchzusetzen, das neue Formen der Mitarbeit und der Selbstkontrolle eines Teils der Beschäftigten benötigt. Die betriebliche Thematisierung des "neuen, selbstbewußten, kreativen, kommunikativen und sozial kompetenten Mitarbeiters" beruht darauf, daß dies in den neuen

Rationalisierungskonzepten zum Teil unabdingbare Voraussetzung ist. In ihnen werden Beschäftigte doppelt thematisiert:

- als Stör- und gefährlicher Kostenfaktor, wenn er oder sie sich nicht mit der Arbeit und den Unternehmenszielen identifiziert, sich nicht mit Leib und Seele für eine reibungslose Produktion und/oder das Zufriedenstellen oder Anwerben von Kunden einsetzt;

- als Produktivitäts- und Gewinnfaktor, wenn er oder sie sowohl qualitativ als auch zeitlich flexibel einsetzbar ist, mögliche Störungen antizipiert und in Eigeninitiative vermeiden hilft und, mehr noch, selbst innovativ zum Unternehmenserfolg beiträgt, sei es durch das Aufspüren neuer Marktchancen oder durch das Entwickeln neuer Rationalisierungsmöglichkeiten. (...)

Gewerkschaften wie die Canadian Auto Workers (CAW) in Kanada vertreten die Ansicht, daß im Kontext der Schlanken Produktion die Zukunft von Gewerkschaften wesentlich davon abhängt, ob es gelingt, eine neue betriebliche Praxis zu entwickeln, die betriebliche Konflikte zu politisieren in der Lage ist. Bisher haben betriebliche Interessenvertretungspolitiken diesbezüglich allerdings in der Regel weder erreicht, daß das Lohnarbeitsverhältnis prinzipiell in Frage gestellt wird, noch daß Bedürfnisse und Konflikte von Beschäftigten mehr als nur selektiv aufgegriffen werden. Im Falle der BRD hat die Verrechtlichung von Betriebspolitik vielmehr dazu beigetragen, bestimmte Konflikte zu immunisieren und zu entpolitisieren.

Entzauberung und Kritik neuer Rationalisierungs- und Beteiligungskonzepte innerhalb der betrieblichen Politik kann deshalb nur zum Teil genügen. Darüber hinaus ist es notwendig, die bisherige betriebliche Interessenpolitik hinsichtlich ihrer Funktion und ihrer politischen Auswirkung zu hinterfragen und eine betriebliche Praxis zu entwickeln, der es gelingt, auch Konflikte und Bedürfnisse aufzugreifen, die bisher in der Vertretungsarbeit herausgefallen sind. Auch linke Betriebspolitik kann aus diesem Selbst-Reflexionsprozeß nicht ausgenommen werden, sondern muß sich fragen, ob sie tatsächlich eine andere Politik im Betrieb gemacht hat. Zudem haben sich im Zuge der neuen Produktionskonzepte Belegschaften in Form von veränderten Ansprüchen, veränderten Mechanismen zur Konfliktbearbeitung, etc. subjektiv verändert. Wie greift eine linke Betriebspolitik diese Probleme auf? Wie kann es zukünftig gelingen, Organisationsprozesse von Selbstbestimmung der Beschäftigten zu fördern, die politisierende Lernprozesse ermöglichen? Was bedeutet das für das eigene Selbstverständnis? Welche neuen Fragen, Konfliktebenen und Politikformen tauchen dabei auf?

Anmeldungen für die Konferenz, Tagungsunterlagen und weitere Informationen sowie der vollständige Text sind zu beziehen über: TIE/express, Postfach 102062, 63020 Offenbach, Tel: 069/885007 oder 885006.

28. Ramos Vega in akuter Lebensgefahr. Zusicherungen werden nicht eingehalten

Autor: Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega · Rubrik: Internationale Solidarität; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:27

Benjamin Ramos Vega saß vom 28. Januar 1995 bis zu seiner Auslieferung an den spanischen Staat am 5. Juni 1996 in Berlin-Moabit in Auslieferungshaft. Ihm wird vorgeworfen das Kommando Barcelona der baskischen Befreiungsbewegung ETA durch Anmieten einer Wohnung im Februar 1994 in Barcelona unterstützt zu haben. Das Kammergericht in Berlin unter Vorsitz von Dr. Werner Nöldeke hatte seine Auslieferung von Zusicherungen des spanischen Staates abhängig gemacht. U.a. forderte das Kammergericht, daß Ramos Vega "die Untersuchungshaft ohne Isolation verbüßen muß" und daß "es dem Verfolgten nach seiner Auslieferung gestattet werden soll, die Rechte eines normalen Untersuchungsgefangenen wahrzunehmen". Ferner sollte für ihn wegen seiner HIV-Erkrankung, eine "sachgerechte medizinische Behandlung (...) gewährleistet sein".

Am 27. Dezember 1995 erklärte das Kammergericht die Auslieferung von Benjamin Ramos Vega für rechtlich zulässig, obwohl in dem von spanischer Seite eingereichten Schreiben die erbetenen Zusicherungen im Wesentlichen nicht erteilt wurden. Die Verteidigung hatte auch mehrfach darauf aufmerksam gemacht, daß "die gesundheitliche Versorgung für den Personenkreis der HIV-Positiven, zu dem der Verfolgte gehört, in spanischen Gefängnissen mehr als unzureichend ist." Die allgemeinen Zustände in den spanischen Gefängnissen sind von der Verteidigung hinreichend belegt worden, u.a. durch ein Urteil des Landgerichts Kleve, das durch einen erschütternden Bericht über die Verhältnisse in spanischen Gefängnissen dazu veranlaßt wurde, einen Tag Auslieferungshaft in Spanien auf drei Tage hier zu verbüßender Freiheitsstrafe anzurechnen.

Besuch in Alcála Meco

Wir haben am 26. Dezember 1996 Ramos Vega im Gefängnis von Alcála Meco, wo er zur Zeit einsitzt, besucht. Dabei haben wir uns über seine Haftsituation in den sieben Monaten seit seiner Auslieferung, über seinen Gesundheitszustand und über die Einhaltung der Zusicherungen informiert. Weder der verantwortliche Kammerrichter Dr. Nöldeke, noch die deutsche Botschaft, noch irgendeine andere offizielle Stelle, die für die Auslieferung mit verantwortlich ist, hat sich bisher überhaupt in irgendeiner Weise über die Situation von Ramos Vega und die Einhaltung der Zusicherungen informiert.

Direkt nach seiner Auslieferung war Ramos Vega im Gefängnis von Garabanchel in der Nähe von Madrid inhaftiert worden. Dort wurde er auf die Krankenstation verlegt, zusammen mit Gefangenen, die an ansteckenden Infektionskrankheiten wie z.B. Tuberkulose litten, daneben Drogenabhängige auf Entzug. Ramos Vega erhielt dort keine Diät, obwohl diese ärztlich verordnet worden war; ebensowenig ein homoöpathisches Präparat, das er vor seiner Festnahme eingenommen hatte. Da die Krankenstation in Garabanchel völlig überfüllt ist, wurde er am 2. Juli 1996 dort heraus verlegt und isoliert. Erst auf seinen Protest hin wurde die Isolation am 6. Juli aufgehoben. Am 17. Juli erhielt er - nachdem er mit Hungerstreik gedroht hatte - seine Diät.

Zehn Tage später wurde er in das Gefängnis von Alcála Meco verlegt, wo ihm wiederum die Diät vorenthalten wurde. Erst Mitte August erhielt er sie. In Alcála Meco sind die hygienischen und sanitären Bedingungen derart schlecht, daß ab Oktober dort Tuberkulose in einem solchen Ausmaß grassierte, daß die warmen Gemeinschaftsduschen abgestellt werden mußten, um eine weitere Ausbreitung der Infektionskrankheit zu verhindern. Eine ärztliche Untersuchung im Herbst 1996 ergab, daß die Anzahl der T4-Helferzellen, die ein Maßstab für die Abwehrkräfte von Ramos Vega sind und die vor seiner Festnahme bei 466 im Normalbereich lagen, mittlerweile auf 196 gefallen waren! Das bedeutet, daß er äußerst anfällig für andere Infektionskrankheiten ist. In einem Telefongespräch teilte Ramos Vega am 2.2.97 seiner in Berlin lebenden deutschen Ehefrau mit, daß laut letzter ärztlicher Untersuchung von Mitte Januar die Anzahl der T4 - Helferzellen inzwischen auf in nur zwei Monaten um 86 auf 116 gefallen ist. Damit besteht akute Lebensgefahr!

In Alcála Meco ist Ramos Vega, obwohl formal Untersuchungshäftling, in der Strafhaftabteilung. Er befindet sich also keinesfalls in "normaler Untersuchungshaft". Er ist u.a. zusammen mit Drogenabhängigen inhaftiert, bei denen die Gefahr von Infektionskrankheiten und damit die Ansteckungsgefahr für Ramos Vega erwiesenermaßen besonders hoch ist. Seine Kommunikation - schriftliche wie mündliche - wird in Alcála Meco, ebenso wie in Garabanchel, überwacht. Seine Post, auch die an seine Anwältin, kann nicht nur vom zuständigen Richter, sondern auch von jedem beliebigen Schließer gelesen werden.

Die Haftsituation von Ramos Vega ist also genau so schlecht, wie es die Verteidigung in Berlin vorausgesagt hat. Wie auch von der Verteidigung vorausgesagt, werden die Zusicherungen von Seiten des spanischen Staates nicht eingehalten. Das hat zu der dramatischen Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Ramos Vega geführt. Ramos Vega ist haftunfähig!

Im Jahr 1994 sind in spanischen Gefängnissen 183 Personen mit AIDS verstorben, von denen 166 einen Antrag auf vorzeitige Entlassung gemäß Artikel 66 des Strafvollzugsgesetzes gestellt hatten. Aufgrund der Bearbeitungszeiten von durchschnittlich sieben Monaten haben sie die Entscheidung über ihren Entlassungsantrag nicht mehr erlebt. Untersuchungshäftlinge können nach diesem Artikel überhaupt keinen Antrag auf Haftunfähigkeit stellen. Gleichzeitig sind in Spanien überlange Untersuchungshaftzeiten gang und gäbe, was auch schon vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kritisiert worden ist. Ramos Vega ist jetzt bereits über zwei Jahre in Haft, davon acht Monate in Spanien. Für einen Prozeß gegen ihn gibt es immer noch keinen Termin.

Wir denken, daß die spanische Justiz kaum noch Interesse an dem Prozeß hat. Sie haben gegen Ramos Vega wenig in der Hand. Ihre Beweismittel, das mußten sogar das Berliner Kammergericht und das Bundesverfassungsgericht einräumen, bestehen aus Aussagen, die unter Folter erpreßt wurden. Das war von einer relativ breiten Öffentlichkeit in Deutschland kritisiert worden und würde im Prozeß sicher wieder zum Hauptthema werden, vor allem deshalb, weil es uns gelungen ist, eine 15 köpfige BeobachterInnenkomission für den Prozeß zusammenzustellen. Die spanische Justiz setzt darauf, daß sich Ramos Vegas Gesundheitszustand soweit verschlechtert, daß ein Prozeß nicht mehr zustande kommt.

Wir als Solidaritätskomitee haben den verantwortlichen Richter des Berliner Kammergerichts Dr. Nöldeke in einem Offenen Brief aufgefordert, sich "sofort und in aller Intensität" für die Haftsituation und die Einhaltung der Zusicherungen einzusetzen. Dr. Nöldeke hat uns am 23. Januar 1997 in einem Brief mitgeteilt, daß er die zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland in Spanien bitten will, "Nachforschungen anstellen zu lassen, ob die von dem Verfolgten geäußerten Klagen über zeitweise Isolierung und nicht sachgerechte medizinische Behandlung berechtigt sind." Für den Fall, daß sich dabei herausstellen sollte, daß die für die Frage der Zulässigkeit der Auslieferung von spanischer Seite zugesicherten Mindestvoraussetzungen nicht eingehalten werden, habe er weiter darum gebeten, die spanischen Behörden umgehend in geeigneter Weise zur sofortigen Abhilfe aufzufordern.

Eine dieser "zuständigen Behörden" ist die deutsche Botschaft in Madrid. Diese hatte in einer Stellungnahme zum Auslieferungsverfahren die von vielen internationalen Menschenrechtsorganisationen festgestellten Menschenrechtsverletzungen in Spanien als "Propaganda der ETA" bezeichnet und das Kammergericht davor gewarnt, die Auslieferung von Zusicherungen abhängig zu machen. Ein Gutachten der deutschen Botschaft über den Knast Garabanchel klingt wie eine Werbebroschüre für eine Ferienparksiedlung an der Costa del Sol.

Die deutsche Botschaft fühlt sich seit Jahrzehnten verpflichtet, die guten Beziehungen zum spanischen Staat zu pflegen. Sie ist deswegen für diese Untersuchung kaum geeignet, wir werden daher versuchen, dafür eine unabhängige und kompetente Person zu finden.

Solidaritätskomitee

Benjamin Ramos Vega

29. Begegnung mit der jüngsten Vergangenheit. Zur Eröffnung des Museums der Arbeit in Hamburg

Autor: ge. · Rubrik: Geschichte; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak399/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:25

Der spätere Hamburger Stadtteil Barmbek war noch ein Dorf, als die New-York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie 1872 mit der Produktion von Kämmen, Pfeifen und anderen Gegenständen aus Hartgummi begann. Ende des 19. Jahrhunderts wurde Hartgummi als erster großtechnisch verwendbarer Kunststoff durch die Elektrifizierung zum gefragten Material. Die Firma produzierte jetzt vor allem Isolatoren und Schalter. Nach dem 2. Weltkrieg zog sie nach Harburg, wo sie noch heute produziert. Zurück blieb das im 2. Weltkrieg teilweise zerstörte Areal der Fabrik, heute eine Insel inmitten des modernen Stadtteils, zu dessen Entstehung die Fabrik entscheidend beigetragen hat. Seit 1980 setzte sich eine Bürgerinitiative für den Erhalt des alten Fabrikareals ein; gegen viele Widerstände konnte ein ebenfalls 1980 gegründeter Verein seine Idee verwirklichen: Anfang des Jahres wurde das Museum der Arbeit in der alten Fabrik eröffnet.

Die Eingangshalle ermöglicht auf sinnlichem Wege erste Annäherungen an den Arbeitsalltag während der Industrialisierung. Objekte und Dokumente sind hier versammelt, einige - wie kostbare Fundstücke - in Vitrinen präsentiert, andere zum Anfassen: Eine Stechuhr aus dem Jahr 1887, ein halbsteifer Kragen "van Heusen" für Handlungsgehilfen, die Arbeitsordnung der Firma J.S. Douglas Söhne aus dem Jahre 1892, eine Lampenfassung Jahrgang 1910/15, der bestickte Wandbehang "Mit Fleiss und Kraft man Vieles schafft".

Warum heißt die Stechuhr Stechuhr? Das Produkt der württembergischen Firma Bürk Söhne aus dem Jahr 1887, das beim ersten Hinsehen wie ein Biedermeiermöbel wirkt, verbirgt einen unerbittlichen Mechanismus: Die Arbeiterinnen und Arbeiter mußten beim Betreten und Verlassen des Betriebes ihre Nummern "stechen". Unkontrollierbar für sie registrierte ein Mechanismus im Inneren der Uhr Nummer und Zeit auf einem Papierstreifen. Wenige Schritte entfernt hängt eine Arbeitsordnung aus dem Jahr 1892. Beide Disziplinierungsmittel lassen ahnen, daß es vielen Menschen, die aus der Landwirtschaft oder aus dem Handwerk kamen, schwer fiel, sich an das Fabrikleben zu gewöhnen. Die Kapitalisten sahen es als "Schlendrian", sie bleuten "der ersten Generation der Fabrikarbeiter die Bedeutung der Zeit ein ...". (1) "Zeit ist Geld" wurde erst für die folgenden Generationen zur Selbstverständlichkeit.

An einem anderen Objekt, einer Pendelschlagpresse, mit der der Prägestempel in den Seifenrohling gepreßt wurde, wird deutlich, wie die Arbeitenden an die Maschinen angepaßt wurden. Wurde vor der Industrialisierung beispielsweise "nur" das Arbeitsprodukt eines Webers durch den Verleger kontrolliert, so gab jetzt die Maschine den Arbeitsrhythmus vor. Hierzu ein Zitat aus einem Buch über die moderne Toilettenseifen-Fabrikation aus dem Jahr 1926, das den Arbeitsvorgang nüchtern und sachlich beschreibt: "Die Arbeit des Pressens wird wohl in den weitaus häufigsten Fällen von weiblichen Kräften geleistet, und zwar nach einem eingeführten Akkordsatz, so daß eine solche Arbeiterin bei einer gewissen Übung und Geschicklichkeit 5.000 - 6.000 Stück auf einer Pendel-Fußpresse in einem Tag zu pressen imstande ist." (2)

Die Werkstatträume der Fa. Wild - ebenfalls in der Eingangshalle ausgestellt - wirken so, als hätten die Arbeiterinnen und Arbeiter sie gerade verlassen. 1989 konnte der Museumsverein die Hinterlassenschaft dieses typischen Hamburger Kleinbetriebs übernehmen. Fast 90 Jahre hatte die Firma Wild in einem Hinterhof Anstecknadeln, Medaillen, Broschen und Orden produziert - mit Maschinen aus der Zeit der Jahrhundertwende und den 30er und 40er Jahren. In kleinen Kästen demonstriert eine Vielzahl von Anstecknadeln und Orden, darunter viele aus der Zeit des Faschismus, die Arbeit der Firma. Der Betrieb wurde sogar als "kriegswichtig" eingestuft, als der Bedarf an "Eisernen Kreuzen" ins Unermeßliche stieg. Für die Mitarbeiter ein Glück - ihnen blieb die "Front" erspart.

Nach diesen ersten Eindrücken des Alltags im Industriezeitalter folgen in den Stockwerken darüber einzelne Ausstellungen wie z.B. "Arbeit im Kontor - Handel mit Übersee", "Die New-York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie - Ansätze einer Fabrikgeschichte" und "Frauen und Männer - Arbeits- und Bilderwelten". Viele Besuche sind nötig, um sich all das anzusehen - und anzufassen. Gerade die vielfältigen Präsentationsformen des Museums ermöglichen ein tieferes Verständnis des Arbeitsalltags als in einem herkömmlich gestalteten Museum. Als besonders reizvoll empfand ich die Möglichkeit, in der Abteilung über die Mechanisierungen und

das Ende des Buchdruckes vom Ausstellungsteil zu einer der alten Maschinen zu wechseln und mir die Funktionsweise einer Schnellpresse erklären zu lassen.

"Ende eines Berufsstandes", so der Untertitel dieser Ausstellung, zeigt die atemberaubenden technischen und sozialen Veränderungen seit der Industrialisierung am Beispiel des Druckgewerbes. Faszinierend zu beobachten, wie der Buchdruck 350 Jahren nach seiner Entdeckung in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts durch die Mechanisierung verändert wurde. Die zuerst von der "Times" in England eingesetzte Schnellpresse sorgte für Aufregung und soziale Turbulenzen. Viele Drucker fürchteten um ihre Arbeitsstellen. Die rapide steigende Nachfrage nach Druckerzeugnissen nahm ihnen allerdings die Ängste. Mit der Schnellpresse veränderten sich auch die sozialen Strukturen im Betrieb. Jahrhundertelang hatte das Gespann von Setzer und Drucker in der Druckerei geherrscht. Hilfskräfte - Frauen und Kinder - übernahmen viele Arbeiten, wie etwa das Einlegen der Bögen, nachdem die Meister die Maschine zum Druck vorbereitet hatten. Weitere Verbesserungen brachte der "Durchbruch zum mechanischen Satz mit der Vereinigung von Schriftguß und Schriftsatz ..., bei dem nicht mehr die fertigen Lettern gesetzt und nach dem Druck wieder abgelegt wurden, sondern Lettern oder Schriftzeilen jeweils neu gegossen und nach dem Druck wieder eingeschmolzen wurden." (3) Anfang der 80er Jahre hatte der Druck mit beweglichen Lettern nach 500 Jahren "ausgedient". Der Licht- bzw. Fotosatz, dem allerdings nur ein kurzes Leben beschieden war, löste ihn ab. Immerhin erinnerte die Schriftscheibe in der Belichtung noch ein wenig an die Lettern aus dem Setzkasten. "Schließlich löste sich die physisch vorhandene Buchstabenvorlage ganz in die elektronische Verarbeitung von Daten auf, die die zeilenweise Herstellung von Buchstaben steuerten." (4)

In die achtziger Jahre konnten Museumsmitarbeiter viele Maschinen retten, die sonst auf dem Schrott geendet wären. Ehemalige Drucker, jetzt als Rentner Mitarbeiter des Museums, führen die Maschinen vor. Den Umstieg auf Lichtsatz, so erzählt einer von ihnen, hat er noch miterlebt, an den Macintosh "wollte ich nicht mehr". Berufliche und soziale Erfahrungen einer vergangenen Welt können so zumindest im Museum noch eine Zeitlang überleben.

ge.

Anmerkungen:

1) Akos Paulinyi, Industrielle Revolution. Vom Ursprung der modernen Technik, Reinbek b. Hamburg, 1989, S. 212

2) Museum der Arbeit. Katalog, Christians-Verlag 1997, S. 29

3) ebenda, S. 67

4) ebenda, S. 69

30. Quelldatei 13.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak399/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:13

Kalender

Bilder im Kopf

Jugendliche aus Deutschland, Polen, Östereich, Finnland und der Ukraine sehen Auschwitz-Birkenau, das ehemalige Lager, die polnische Kleinstadt. Doch welche Bilder entstehen in ihrem Kopf, welche Bilder bringen sie mit dorthin, welche nehmen sie mit, wenn sie Auschwitz verlassen. Bilder im Kopf wirft Fragen auf, Fragen nach dem Gedenken und nach dem Umgang Jugendlicher mit dieser Vergangenheit, die sie auch heute nicht losläßt.

Die Ausstellung ist noch bis zum 28. Februar in der Paulskirche in Frankfurt zu sehen. Täglich von 10.00 bis 17.00 Uhr.

Mai 68 und der Film

Unter diesem Titel zeigt das b-Movie verschiedene Kurzfilme aus der Zeit der Springerblockaden, der Vietnamdemonsrationen, des Häuserkampfes und der StraßenkämpferInnen.

15., 16., 22. und 23.2. jeweils um 20.30 Uhr. Brigittenstraße 5 in Hamburg.

Lesereise

Danny Rubinstein veranstaltet zu dem Buch "Yassir Arafat: Vom Guerillakämpfer zum Staatsmann" eine Lesereise durch die Republik.

17.2. Schwetzingen, Palais Hirsch, 20 Uhr; 18.2. Heidelberg, Katholisches Bildungszentrum Ziegelhausen, 20 Uhr; 19.2. Weinheim, Volkshochschule, 20 Uhr; 20.2. Hannover, Im Pavillon, 20 Uhr; 23.2. Berlin, Haus der Kirche in der Goethestr., 17 Uhr; 24.2. Köln, Melanchthon-Akademie, 19.30 Uhr; 25.2. Dortmund, Auslandsinstitut, 19.30 Uh; 26.2. Bonn, SPD-Fraktionssaal im Bundestag, 20 Uhr; 27.2. Dorsten, Volkshochschule, 19.30 Uhr; 28.2. Kassel, Gemeindezentrum am Lutherplatz, 19.30 Uhr; 1.3. Hofgeismar, Eangelische Akademie, 9.15 Uhr.

Peru

Delia Zamudio berichtet in ihrer Autobiographie "Frauenhaut" über ihr Leben als schwarze Frau, engagierte Feministin und ehemalige Gewerkschaftsführerin in der peruanischen Tochterfirma des deutschen Pharmakonzerns Schering AG. Sie gewährt einen Blick auf ein von Gewalt geprägtes peruanische Alltagsleben und die aktuellen sozialen und politischen Kämpfe.

17.2. Berlin, DGB-Jugendzentrum, Brunnenstr. 125-127 (Wedding), 18.30 Uhr; 18.2. Bremen, Überseemuseum, 19 Uhr; 19.2. Hamburg, Werkstatt3, Nernstweg 32, 19 Uhr; 20.2. Göttingen, Theaterkeller, 19.30 Uhr; 21.2. Hannover, Bildungsverein "Soziales Lernen und Kommunikation", Wedekindstr. 14, 19.30 Uhr; 24.2. Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Projektraum, Melchiorstr., 19 Uhr; 25.2. Bielefeld, Buchhandlung Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7, 20 Uhr; 26.2. Wuppertal, Börse, Viehhofweg, 18 Uhr; 27.2. Frankfurt, Drittel-Welt-Haus, Westerbachstr. 47, 20 Uhr; 28.2. Mannheim, Forum der Jugend, Neckarpromenade 46, 20 Uhr; 3.3. Freiburg, Frauenzimmer, Merianstr. 16, 20 Uhr; 4.3. Karlsruhe, DGB-Haus, Großer Saal, Ettlinger Str. 3a, 19.30 Uhr; 5.3. Nürnberg, Stadtteilzentrum DESI, Brückenstr, 23, 20 Uhr; 6.3. München, Dritte-Welt-Cafe, Daiserstr., 19.30 Uhr; 7.3. Heidelberg, Karlstor-Bahnhof, Emil-Gumbel-Raum, 20 Uhr.

Antifa

Eine entschlossene antifaschistische Gegendemonstration soll einen Aufmarsch der NPD und der JN verhindern, die in München am 1.3. gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht" demonstrieren will. Die Münchner Antifas - und hoffentlich nicht nur die - wollen das nicht hinnehmen.

1.3., München. Infos über Antifaschistische Telefon München 089-4489638 jeden Sonntag von 18 - 19 Uhr. Fax: 089-4802006.

Spanien und Baskenland

Zwei Videodokumentationen über die politischen Zustände in der zweiten Hälfte der 80er Jahre im spanischen Baskenlandwerden gezeigt am

6.3., Hannover, Wilhelm-Bluhm-Str. 12, Cafe Siesta, 20 Uhr..

Über die baskische Sprache, die kein spanischer Dialekt ist, wie viele glauben, infornmiert Inigo Arandia am

19.3., Hannover, Wilhelm-Bluhm-Str. 12, Cafe Siesta, 20 Uhr.

Internationaler Frauentag

Der Tag beginnt mit einem Brunch um 11 Uhr. Um 12.30 Uhr eröffnet Gertrud Müller (Vorsitzende der Lagergemeinschaft Ravensbrück) die Veranstaltung, die aus verschiedenen Workshops besteht: Gunhild Klöckner: "Endlich das Schweigen brechen. Die Tochter eines Nazi-Arztes berichtet." Sati Cinar: "Die kulturelle Identitätsbildung in der zweiten MigrantInnengeneration." Anette Emmerich: "Wie erlebe ich mich selbst als Frau." Sabine Zöller: "Die BRD als Dominnzkultur. Frauen im Spannungsfeld von Privilegien und Unterdrückung." "Pränatale Diagnostik: zwischen gesellschaftlichem Zwang und Selbstbestimmung."

Zum Abschluß wird mit der Frauenband "Haut ab 3"" aus Nürnberg gefeiert.

Wichtig für Frauen mit Kindern: Es gibt von 12.30 bis 18 Uhr eine Kinderbetreuung!

8. März, Heidelberg, Am Karlstor 1, Kulturhaus/Soziokulturelles Zentrum. Brunsch ab 11 Uhr, Eröffnung der Veranstaltung 12.30 Uhr, Workshops ab 14 bzw. 16 Uhr und Fest ab 21 Uhr.

Gentechnik

Zur Vorbereitung weiterer Aktionen und Veranstaltungen gegen Gentechnik treffen sich die GegnerInnen am 8.3., Köln, Vondelstr. 28, Gesundheitsladen, 11 Uhr.

Marxismus

Der ausschließlich aus Männern bestehende Initiatorenkreis (Bischoff, Deppe, Heuer, Jung, Schmid) will durch Vorträge, Podiumsdiskussionen und über 30 Workshops Licht in das Dunkel bringen. Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Bilanz und Perspektive ist das Thema der "offenen wisenschaftlichen" Tagung.

14., 15., und 16.3. Hannover, Uni Königsworther Platz 1. Die Veranstalter bitten um Anmeldung bei IMSF e.V., Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt. Dort gibt es auch weitere Informationen.

Libertad!

Das bundesweite Koordinierungstreffen ruft auch in diesem Jahr am 18. März, dem bundesweiten Aktionstag, zu Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrückung auf. Widerstand läßt sich auf vielfältige Arten demonstrieren: Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen können ein Mittel sein, Solidarität zu zeigen.

18.3., überall und zu jeder Zeit! Infos über Libertad! Fon: 069-97843444, Fax: 069-97843445.

31. Quelldatei 14.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak399/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:14

Leserbrief

Ökonomie-Kritik

Betr.: Ebermann/Trampert-Kritik (ak 394 und 395)

Die Ökonomie-Kritik der beiden Autoren ist noch viel schrecklicher als Jacob das in seinem umfassenden und m.E. treffenden Beitrag darstellen kann: So beschäftigen sich die Autoren zum Beispiel im ersten Teil ihres Buches mit der Frage, ob dem Kapital die mehrwertschaffende Arbeit ausgehe oder nicht mit dem Satz: "die Behauptung (...) entpuppt sich schon bei einer wenig aufwendigen Analyse als apokalyptische Weissagung zur Gewinnung denkfauler Jünger" (S. 57).

Wer denkfaul ist und sich deshalb mit einer "wenig aufwendigen Analyse" begnügt, sind die Autoren selbst.

Ihre ökonomischen Kategorien lassen eher den Schluß zu, daß sie nicht einmal "Lohn, Preis, Profit" kennen, wie Jacob meint. Als Grundlage ihrer Analyse nennen sie nämlich folgenden Ausgangspunkt: "Das fixe Kapital wirft immer mühsamer die angestrebte Profitrate ab, es kann sich nicht mehr ausreichend verzinsen." (S. 23)

Es ist schon bezeichnend, daß Sätze wie diese von Heiner Möller und anderen Ex- und Noch-Bahamas-Autoren (Baumann in der "jungen Welt") als Glanzleistung der Kritik der politischen Ökonomie gefeiert werden.

Sie könnten immerhin wissen, daß die (Einzel-)Profitrate durch das Verhältnis von vorgeschossenem Geld zum Profit definiert ist. Das fixe Kapital ist nur der Teil des vorgeschossenen Kapitals, der in Maschinen etc. angelegt ist. Seine Wertgröße ändert sich überhaupt nicht, sondern wird auf die neuen Waren sukzessive übertragen. Das fixe Kapital wirft also überhaupt keine Profitrate ab. Es kann sich auch nicht "verzinsen", wie die Autoren meinen, und Zinsen haben wiederum nichts mit der Profitrate zu tun. Zinsen sind ein Teil des Mehrwertes, der an die Banken geht, wenn sie Geld verleihen.

So wird in diesem Buch auf jeder Seite alles durcheinander geworfen, bis hin dazu, daß die Autoren schreiben, daß "der Markt nur Mittel zum Zweck der Wertsteigerung" sei (S. 134). Sie glauben offensichtlich wirklich, daß der Verkauf von Waren wertsteigernd wirkt.

Niemand muß Marx richtig finden. Es ist jedem freigestellt, Begriffe wie "Wertanalyse" so zu benutzen, wie es im Managermagazin geschieht. Aber es ist einfach unredlich zu behaupten, die Begriffe des Managermagazins seien von Marx.

Werner Hoffmann

32. Quelldatei 32.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak399/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:399:32

Rassismus im Alltag

Die sozialwissenschaftliche Literatur über Rassismus und "Fremdenfeindlichkeit" in der BRD füllt mittlerweile in jedem linken Buchladen mindestens ein Regalbrett. Nur selten kommen darin die von Rassismus Betroffenen selbst zu Wort. Um dies zu ändern, hat die freie Journalistin Dorothea Schütze einen Band mit 16 Interviews veröffentlicht. Darin berichten Flüchtlinge und ImmigrantInnen aus verschiedenen Herkunftsländern über ihre Erfahrungen in der BRD. Das Buch vermittelt anschauliche Eindrücke davon, wie Nicht-Deutsche auf Schritt und Tritt mit Vorurteilen und Diskriminierung konfrontiert sind, ob auf der Straße, am Arbeitsplatz, bei der Polizei oder in der Schule. Leider beläßt es die Herausgeberin meist bei Sachfragen ("Kannst du mal erzählen, wie...?") und verzichtet auf Diskussionen mit ihren InterviewpartnerInnen. Zudem ist der Band recht unübersichtlich gegliedert; wer nach einem bestimmten Aspekt (z.B. "Rassismus am Arbeitsplatz") sucht, muß eben durchblättern.

Dorothea Schütze: "Ich hatte kein Kleingeld..." Erfahrungen mit alltäglichem Rassismus in Darmstadt, Justus von Liebig Verlag Darmstadt 1996. 207 Seiten, 14,80 Mark. Bestellungen über den Buchhandel oder über version Köln, Tel. 0221/3100961.

Flüchtlinge

in Abschiebehaft

Der Videofilm "Hinter Gittern" entstand 1995. Darin schildern Menschen die Situation im größten deutschen Abschiebeknast, der JVA Büren. Im Mittelpunkt steht das Schicksal des nigerianischen Flüchtlings William Oderinlo, der als Asylbewerber nach Büren verfrachtet wurde. Jetzt ist auch die Begleitbroschüre zu dem knapp halbstündigen Film erschienen. Sie bietet knappes, aber anschauliches Material zum Thema und soll antirassistische Initiativen dazu bewegen, den Film auszuleihen und vorzuführen. Diesem Anliegen können wir uns nur anschließen.

Hinter Gittern. Flüchtlinge in Abschiebehaft (Begleitbroschüre zum Film). 12 Seiten, 2 DM (Solipreis 3 DM); Bestelladresse: Klack Zwo B e.V., Wallbaumweg 108, 44894 Bochum, Tel. 0234/26616; Fax. 0234/235037

Menschenrechte

und Demokratie

Um "Menschenrechte und Demokratie in ost-westdeutscher Perspektive" ging es auf einer Tagung, die im Herbst 1995 vom Komitee für Grundrechte und Demokratie und dem Bildungswerk "weiterdenken" gemeinsam veranstaltet wurde. Die nun vorliegende Dokumentation der Tagung enthält Beiträge zu den Schwerpunkten Demokratisierung; Demokratische Teilhabe an gesellschaftlich sinnvoller Arbeit und soziale Sicherung; MigrantInnen- und Flüchtlingspolitik - Die wiedervereinigte Menschenrechtsperspektive.

Menschenrechte und Demokratie in ost-westdeutscher Perspektive, 130 S. Die Broschüre kann gegen Vorauszahlung von 12 DM bestellt werden beim Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bismarckstr. 40, 50672 Köln.

Gesundheitswesen

Dr. med. Mabuse, die Zeitschrift im Gesundheitswesen, beschäftigt sich in ihrer ersten Ausgabe des Jahres 1997 (Nr. 105) schwerpunktmäßig mit der von Bundesgesundheitsminister Seehofer erlassenen dritten Stufe der Gesundheitsreform. Eine genaue Darstellung der geplanten Leistungskürzungen läßt die Autoren zu der Schlußfolgerung kommen, daß eine Zweiklassen-Medizin droht. Ein weiterer Artikel untersucht Ziele und Gefahren der gentechnischen Bearbeitung von Lebensmitteln und stellt die von der Europäischen Union verabschiedete Novel-Food-Verordnung vor. Sie regelt die Kennzeichnungspflicht von gentechnisch veränderten Lebensmitteln. Eine weitere Artikelserie beleuchtet die ersten Auswirkungen der Pflegeversicherung.

Dr. med. Mabuse erscheint zweimonatlich und ist zu beziehen bei: Mabuse-Verlag GmbH, Kasseler Str. 1a, 60486 Frankfurt am Main, Tel. 069/ 97074071; Fax 069/704152, Einzelpreis 9,80 DM.

Birgit Hogefeld

Der Titel des Buches ist bittere Ironie: "Ein ganz normales Verfahren ..." war der Prozeß gegen Birgit Hogefeld mit Sicherheit nicht. "Um die Wahrheit ging es hier nie", sagte Birgit Hogefeld in ihrem Schlußwort: "Hier gab und gibt es nur die Alternative zwischen dem Lebenslänglich-Urteil und dem Verrat - dazwischen gibt es nichts". Das Buch mit einer Einleitung von Christian Ströbele und einem Nachwort der Berliner Prozeßgruppe enthält Beiträge, die Birgit Hogefeld seit ihrer Festnahme im Juni 1993 verfaßt hat. Darin geht es um die Polizeiaktion von Bad Kleinen und den Tod ihres Gefährten Wolfgang Grams; um den V-Mann Klaus Steinmetz; um ihre Haftsituation und vor allem um die RAF. Der neben ihrem Schlußwort im Prozeß längste Text behandelt die Geschichte der RAF. Er endet mit der Aufforderung an die Linke, die Erfahrungen der vergangenen 25 Jahre selbstkritisch zu verarbeiten: "Es wird hier keine relevante Gegenmacht geben, wenn wir - und damit meine ich nicht nur die RAF - uns weiterhin weigern, unsere eigene Geschichte zu begreifen."

Birgit Hogefeld: Ein ganz normales Verfahren ... Prozeßerklärungen, Briefe und Texte zur Geschichte der RAF, Edition ID-Archiv Berlin - Amsterdam, 192 Seiten, 20 DM.

"Haus Europa"

Ob die HerausgeberInnen der Zeitschrift FORUM Wissenschaft daran glauben, wissen wir nicht. In der Januarausgabe nähern sie sich der Europäischen Integration von verschiedenen Seiten: Lobbypolitik des großen Kapitals, Identität der "Festung Europa", Europa unter unter frauenpolitischen Gesichtspunkten, Geschlechterdemokratie in der EU, um nur einiges zu nennen. Sehr ausführlich werden internationale Regelungen des Zugriffs auf genetische Ressourcen beschrieben. Erwähnenswert ist auch ein Artikel über den Wingolfsbund. In dieser studentischen Korporation sind Anzeichen rechtsextremistischer Einflüsse zu beobachten. Interne Abwehrversuche haben gezeigt, daß keine einheitliche Linie einer radikalen Ausgrenzungs- und Ausschlußpraxis gefunden werden konnte. FORUM Wissenschaft erscheint vierteljährlich und kann bestellt werden beim:

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e.V., Postfach 543, 35015 Marburg, Tel. 06421/21395; Fax 06421/24654. Einzelpreis 12,50 DM.

Vorwärts und

nicht vergessen

Dieser schöne, nostalgische Titel schmückt die bereits 1996 erschienene Jubiläumsausgabe der Zeitschrift Rote Hilfe. Anläßlich ihres 20jährigen Bestehens bietet sie eine Rückschau auf die Arbeit der gleichnamigen Organisation, die ihre Geburtsstunde in Deutschland in den frühen Jahren der Weimarer Republik erlebt hat. Lesenswerte Beiträge beschäftigen sich mit der Internationalen Roten Hilfe, der Bündnisarbeit der KPD-nahen Organisation, der Klassenjustiz in der Weimarer Republik, der Kinderhilfe, der illegalen Arbeit im Nationalsozialismus, der Wiederaufnahme der Arbeit in den 70er Jahren und wichtigen Kampagnen der jüngeren Geschichte.

Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V., Postfach 64444, 24125 Kiel; Tel./Fax 0431/75141. Einzelpreis 8,- DM plus 2,- DM Porto.